Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Das Sachsen-Anhalt-Wissen aus Wittenberg

Die HoF-Beiträge des letzten Jahrzehnts (2013–2022)

HoF

Peer Pasternack

Das Sachsen-Anhalt-Wissen aus Wittenberg

Die HoF-Beiträge des letzten Jahrzehnts (2013–2022)

Institut für Hochschulforschung (HoF)
Halle-Wittenberg 2022

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über https://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-937573-86-1

© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF)
Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt-Wittenberg,
institut@hof.uni-halle.de, https://www.hof.uni-halle.de

Druck: OsirisDruck Leipzig

Inhalt

Sachsen-Anhalt erforschen und verstehen 5

Wissen für die Regional- und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt

Die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ 13

Die Bildungs-IBA. Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ 18

Stadtentwicklung und Hochschulen 24

Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt. Wie geht Integration? 30

Abgehängte Regionen? Der ländlich geprägte Raum in Sachsen-Anhalt 33

Lebendiger als manche Design-Innovation. Die Plattenbausiedlungen als das andere Bauhaus-Erbe 40

Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem 50-Jahre-Jubiläum 48

Forschungslandkarte Demografischer Wandel 54

Third Mission Sachsen-Anhalt 57

Expertisen zur Wissenschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt

25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt 65

Kooperationsplattformen in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts 70

Geistes- und Sozialwissenschaften in Sachsen-Anhalt. Regional so relevant wie unverzichtbar 74

Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre 79

Studienkapazitätsauslastung als Beitrag zur Regionalentwicklung 82

Studienerfolg als Demografieressource 86

Qualität der Lehre im Verbund. 10 Jahre HET-LSA-Koordination am HoF ... 90

Damit das Studium für alle passt. Neue Konzepte und gute Praxis 94

Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen 98

www.lehre-fuer-lehre.de. Lehrinnovationen in Sachsen-Anhalt 101

Wer schon da ist, könnte auch bleiben. Internationale Studierende als künftiges Fachkräftepotenzial 104

Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts 110

Beiträge zur Geschichte Sachsen-Anhalts

Nach 204 Jahren endlich online: www.uni-wittenberg.de 117

Nicht nur Resteverwertung. Die Verwaltung der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817 122

Verstreut: Die Überlieferungssituation aus und zur Universität Wittenberg. Auffindbarkeit und Zugänge 128

Toleriert und kontrolliert. Konfessionelles Bildungswesen in Sachsen-Anhalt 1945–1989 134

Die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR. Das Fallbeispiel Halle-Neustadt 139

Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Die „sozialistische Chemiearbeiterstadt“ Halle-Neustadt 144

Parallel zum Grafikdesign: Helmut Brade als Essayist und Requisitenbriefschreiber (*Gerhard Wünscher*) 150

Vor allem Arbeit. Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1990 155

Hochschulforschung in Sachsen-Anhalt und ihre Vorgeschichte: 1964–2014 160

Kurz vor der Gegenwart. Zeitgeschichte als HoF-Thema 165

Zwischen Tradition und Reflexion. Wie die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre jüngere Geschichte aufarbeiten 168

Alle HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt im Überblick (1997–2022) ... 173

Demografischer Wandel & Regionalentwicklung 174

Studium und Lehre 181

Forschung 190

Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellung 195

Regionale Zeitgeschichte 198

Verzeichnis der Übersichten und Abbildungen 205

Sachsen-Anhalt erforschen und verstehen

Als Landeseinrichtung Sachsen-Anhalts widmet das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) seit seiner Gründung 1996 seinem Sitzland eine spezielle Aufmerksamkeit. Das Institut macht damit seine überregionale Expertise für die Entwicklung Sachsen-Anhalts nutzbar. Umgekehrt mobilisiert HoF das Land als Fallbeispiel in Untersuchungen, die fallübergreifende Relevanz beanspruchen dürfen. Auf der Website des Instituts findet sich ein Menüpunkt, dessen Titel zum Ausdruck bringt, wie HoF sein Sitzland nutzt: „Referenzraum Sachsen-Anhalt“.[1]

Im Mittelpunkt der Institutsarbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung. Hier befasst sich HoF vor allem mit

- Hochschulgovernance, -organisation und -digitalisierung,
- der Entwicklung des Wissenschaftssystems und von Wissenschaftskommunikation sowie
- Hochschulbildung, Studienreform und Studierenden.

Diese Themen sind bei einem Institut für Forschung über Hochschulen wenig überraschend. Daneben aber werden auch zwei Forschungsperspektiven gepflegt, die zwar mit aktuellen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklungen in engem Zusammenhang stehen, dennoch von Einrichtungen der Hochschulforschung typischerweise nicht verstetigt bearbeitet werden:

- Bildung, Hochschule und Wissenschaft in regionalen Kontexten sowie
- Zeitgeschichte von Hochschule, Wissenschaft und Bildung.

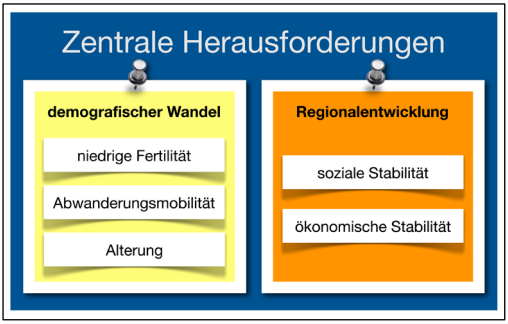
Die Befassung mit regionalen Fragen ergibt sich aus den spezifischen Umfeldbedingungen, denen eine beträchtliche Zahl von Hochschulen und Forschungsinstituten in Deutschland, vor allem Ostdeutschland und darunter nicht zuletzt Sachsen-Anhalt, ausgesetzt ist: Sie sind in Regionen angesiedelt, die durch demografischen und Strukturwandel herausgefordert sind.

Der vergleichsweise frühe Zeitpunkt, zu dem in Sachsen-Anhalt die daraus resultierenden Herausforderungen zu gestalten waren, erzeugte einen Problemvorsprung gegenüber (noch) saturierteren Regionen und, in der Folge, einen Problemlösungsvorsprung – wobei das Problem nicht zum Verschwinden gebracht, sondern in einen produktiven Bearbeitungsmodus überführt

[1] https://www.hof.uni-halle.de/forschung/#cluster-150

wurde. Sachsen-Anhalt wurde zum ‚demografischen Labor'.

Zentrale Fragen in den demografisch herausgeforderten Regionen



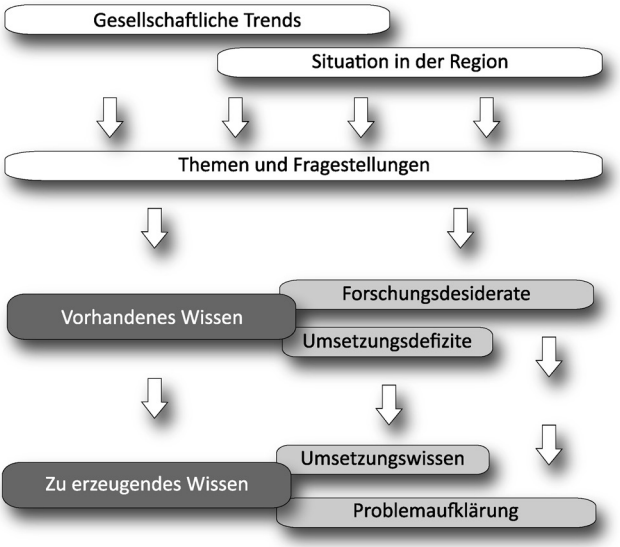
In Laboren finden Experimente statt, und die können gelingen oder scheitern. Um genau das herauszufinden, werden Labore betrieben. Auch in Sachsen-Anhalts Bemühungen, nach den Transformationsverwerfungen der 90er Jahre wieder auf die Beine zu kommen, gab es Gelingen und Scheitern. Dabei hat sich gezeigt, dass es hilfreich ist, die Expertise der ortsansässigen Wissenschaft einzubeziehen. Wo das vermieden wurde, klappten die Dinge seltener. Die möglichst umfangreiche Kenntnis etwa der gegebenen Handlungsoptionen vermag es, die Rationalität von Entscheidungsprozessen zu steigern. Deshalb nimmt HoF auch die inhaltliche Koordinierung der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt" wahr.

Im Bereich der Hochschulwirkungen für regionale Entwicklungen gibt es in Sachsen-Anhlt durchaus auch unausgeschöpfte Potenziale. Dabei geht es nicht allein um Anwesenheitseffekte, die sich aus dem schlichten Da-Sein der Hochschulen ergeben, sondern auch um expizite Aktivitätseffekte. Die Außenwahrnehmung der Wissenschaft ist hier häufig so, dass diese vornehmlich dazu neige, vor allem auf die planetarische Bedeutung ihrer Aktivitäten zu verweisen. Das kann dann z.B. in der Politik dazu verführen, den Umkehrschluss zu ziehen: also regional wohl nicht so bedeutsam.

Hier dürfte es nötig sein, dass sich die Hochschulen stärker als das, was sie (auch) sind, auch inszenieren: eines der wichtigsten Verödungshemmnisse in demografisch herausgeforderten Räumen. Eine Aufforderung zur Selbstregionalisierung ist das aber nicht: Die regionale Wirksamkeit von Hochschulen ist dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -verteilung anschließen. Dazu wiederum sind die Hochschulen wie keine andere Institution in ihren Regionen in der Lage.

Selbstredend erforscht HoF aber nicht allein die Kontextbedingungen, in denen sich Hochschulen und Wissenschaft entfalten. Ebenso sind die Entwicklungen des Hochschul- und Wissenschaftssystems selbst Gegenstand von Untersuchungen. Auch in diesem Themenbereich hat das Institut eine Reihe von

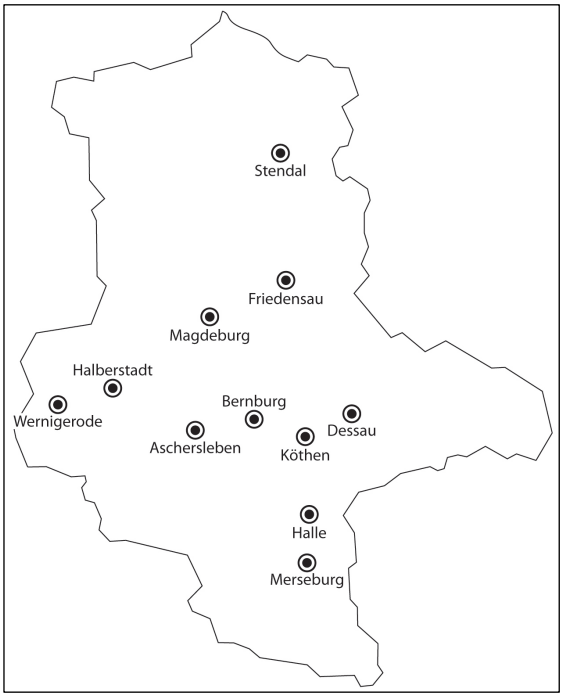
Modell der Produktion regional relevanten wissenschaftlichen Wissens



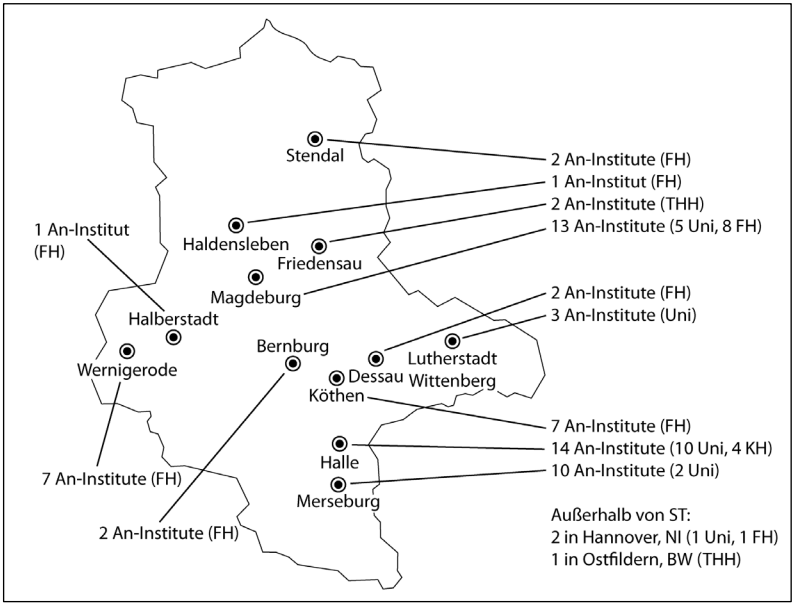
Sachsen-Anhalt-bezogenen Expertisen vorgelegt. In diesen geht es etwa um die Bilanzierung von 25 Jahren Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt, Kooperationsplattformen in der Wissenschaft des Landes, die regionale Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften, Studienkapazitätsauslastung und Studienerfolg als Demografieressourcen, Lehrinnovationen in Sachsen-Anhalt, die Frage, ob internationale Studierende ein künftiges Fachkräftepotenzial im Land darstellen können, und die Gleichstellungsarbeit an den sachsen-anhaltischen Hochschulen.

Grundsätzlich liegt hier die Einschätzung zugrunde, dass die vorhandenen institutionellen Potenziale kaum einen überregionalen Vergleich scheuen müssen. Stellt man die Größe des Landes in Rechnung, so ist das Wissenschaftssystem Sachsen-Anhalts durchaus komfortabel ausgestattet. Wie diese Ressource für eine zukunftsfähige Landesentwicklung genutzt werden kann, steht im Mittelpunkt der landesbezogenen HoF-Forschung.

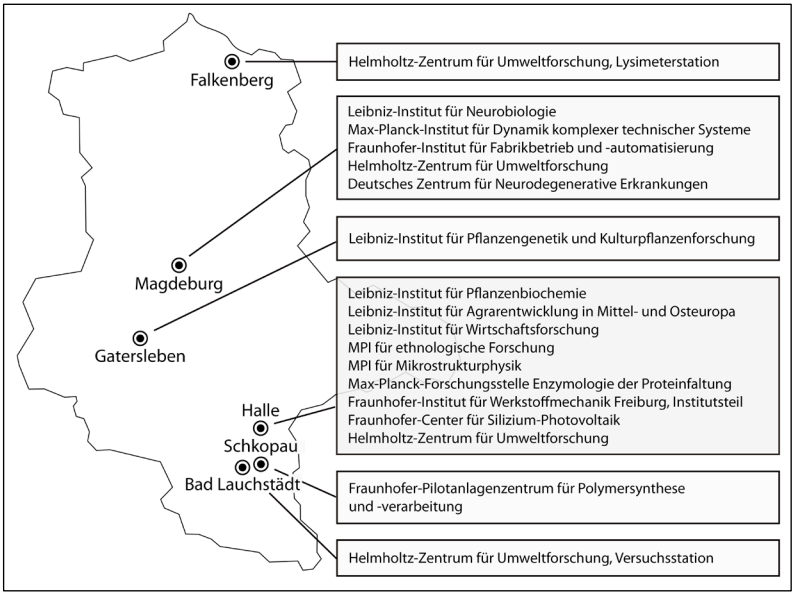
Die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft



An-Institute der Hochschulen Sachsen-Anhalts



Öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt



Beiträge zur Zeitgeschichte schließlich leistet das Institut, da es die Gegenwartskompetenz stärkt, wenn diese historisch informiert ist. Einerseits wird die Gefahr von Fehldeutungen gemindert, wenn historische Erfahrungen präsent sind. Andererseits lassen sich (zeit)geschichtliche und aktuelle Entwicklungen häufig auch unmittelbar aufeinander beziehen, beispielsweise weil Ursache-Wirkungs-Beziehungen aufgedeckt werden können.

Themen sind hier die Geschichte der Universität Wittenberg (1502–1817) und die Verwaltung der Wittenberger Universitätsfundation von 1817 bis 1957, das Konfessionelles Bildungswesen in Sachsen-Anhalt während der DDR-Jahrzehnte, die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR am Beispiel Halle-Neustadts, die Geschichte Halle-Neustadts als „sozialistische Chemiearbeiterstadt“, die Fachgeschichte der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Vorgeschichte und Geschichte der Hochschulforschung in Sachsen-Anhalt 1964–2014 oder die Frage, wie die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre jüngere Geschichte aufarbeiten.

Die Antworten auf Fragen in Gestalt von Forschungsergebnissen sind nicht immer umstandslos ‚lesbar‘, d.h. durch Praktiker in ihrer Relevanz für konkrete Problemlösungen einzuschätzen. Daher sind hier Übersetzungsleistungen

nötig: Die Ergebnisse müssen entsprechend aufbereitet werden. Das unternimmt für die einschlägigen HoF-Studien der vorliegende Band: Auf jeweils drei bis sechs Seiten werden in aller Kürze und Prägnanz zentrale Ergebnisse aus den 30 Sachsen-Anhalt-bezogenen HoF-Untersuchungen präsentiert, die in den vergangenen zehn Jahren realisiert wurden. Insgesamt hat das Institut für Hochschulforschung seit seiner Gründung 72 Studien zu seinem Sitzland erarbeitet, wie sich am Ende der vorliegenden Publikation nachvollziehen lässt.[2]

[2] s.u. „Alle HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt im Überblick (1997–2022)“

Wissen für die Regional- und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt

Die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“

Sachsen-Anhalt ist in Deutschland – neben Mecklenburg-Vorpommern – am stärksten von demografischer Schrumpfung betroffen. Das erzeugt aber weniger eine sachsen-anhaltische Sondersituation, sondern eher einen Problemvorsprung gegenüber anderen Regionen. Dieser Problemvorsprung kann sich auch in einen Problemlösungsvorsprung überführen lassen. Darauf jedenfalls wirkt die Expertenplattform hin, die vom HoF inhaltlich betreut wird.

Eines der wichtigsten internen Potenziale Sachsen-Anhalts zur Bewältigung der Herausforderungen, die der demografische Wandel erzeugt, stellt die im Lande ansässige Wissenschaft dar. Diese Bedeutung ergibt sich aus einem einfachen Umstand: Von außen ist die notwendige Expertise nicht im erforderlichen Umfang zu bekommen, da der Außenblick auf Sachsen-Anhalt immer nur einen ‚interessanten Fall‘ entdeckt, der sporadisch, aber nicht dauerhaft Interesse zu wecken vermag. Daher arbeitet seit 2009 die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ (EPF).

Die EPF war im Bemühen entstanden, einen misslichen Umstand einigermaßen auszugleichen: Sachsen-Anhalt ist zwar neben Mecklenburg-Vorpommern das am stärksten vom demografischen Wandel betroffene Land, doch verfügt es – anders als etwa Mecklenburg-Vorpommern – über kein für das Thema einschlägiges Forschungsinstitut. Die EPF umfasst über 50 Mitglieder, die an Hochschulen, Einrichtungen der außeruniversitären Forschungsorganisationen und freien Instituten in Sachsen-Anhalt zum demografischen Wandel und seinen Folgen forschen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Möglichkeiten, wie ein produktiver Umgang mit diesen Folgen gefunden werden kann.

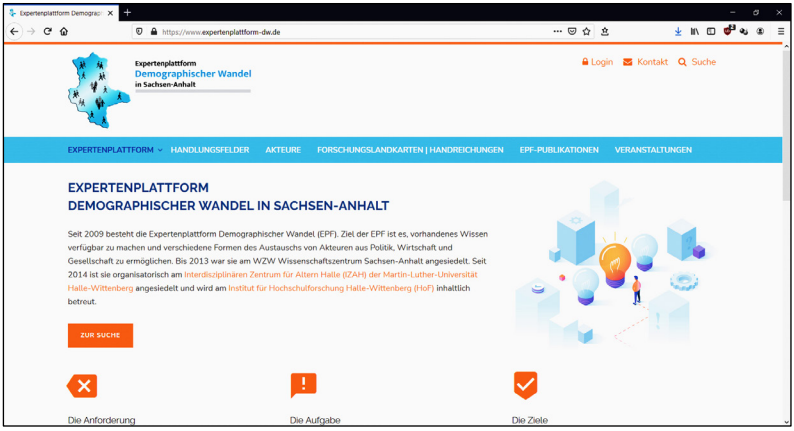
Beteiligt daran sind alle Fächergruppen: Sozial- und Geisteswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin. Das Hauptziel der EPF ist, den Austausch zwischen den Expert.innen selbst sowie zwischen diesen und Wissensnachfragern aus der Praxis zu unterstützen. Die EPF stellt den Rahmen bereit, innerhalb dessen sich ihre Mitglieder vernetzen können und von außen auf diese versammelte

Die Expertenplattform erzeugt eine Sichtbarkeit für die wissenschaftliche Expertise zum demografischen Wandel, welche die einzelnen Einrichtungen, Personen und Projekte jeweils für sich kaum herstellen könnten

Expertise zugegriffen werden kann. Die Plattform erzeugt eine Sichtbarkeit für die demografiebezogene wissenschaftliche Expertise, welche die einzelnen Einrichtungen, Personen und Projekte jeweils für sich kaum herstellen könnten. Inhaltlich wird sie am HoF betreut, Peer Pasternack ist ihr Sprecher, Steffen Zierold geschäftsführend für ihre Lenkungsgruppe tätig und Gerhard Wünscher Mitglied der Lenkungsgruppe.

Die Website der EPF (https://www.expertenplattform-dw. de) versammelt Informationen zu Forschungsprojekten, präsentiert Publikationen und Veranstaltungen der Plattformmitglieder und bietet weiterführende Wissensressourcen. Die Publikationen zum Download sind nach Themenfeldern bzw. Herausforderungsbereichen des demografischen Wandels sortiert und lassen sich bedarfsfokussiert und aufwandsarm recherchieren.

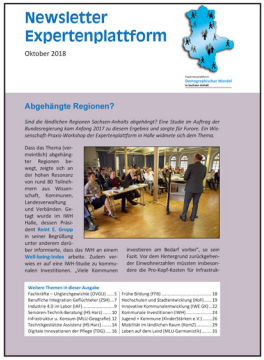
EPF-Homepage



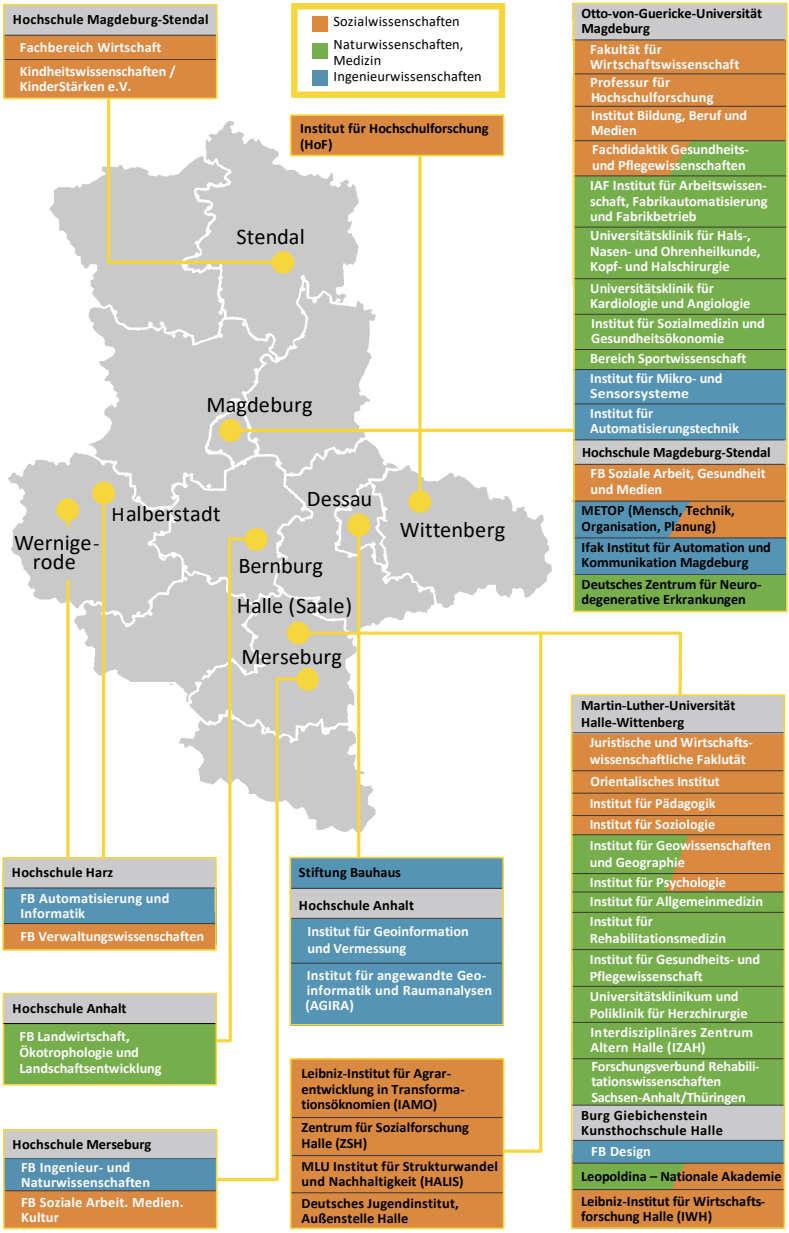
Deutlich wird dort, dass die Themen, zu denen die EPF-Mitglieder forschen, breit gefasst sind. Es geht nicht allein um Bevölkerungsentwicklungen – Fertilität, Mortalität und Mobilität. Themen sind auch deren Folgen für Wirtschaft und Beschäftigungssystem, Raumentwicklung und Daseinsvorsorge, ländlich geprägte Regionen oder Bildung. Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels relevant ist, wird an mindestens einer Hochschule oder Forschungseinrichtung des Landes wissenschaftlich bearbeitet, häufig auch an mehreren, nicht selten in institutsübergreifenden Verbünden. Die Wissenschaft des Landes klärt die Grundlagen der ablaufenden Prozesse auf, etwa indem letztere in internationale und überregionale Entwicklungen einordnet werden, und sie erbringt auf dieser Basis vielfältige Beratungsleistungen.

In insgesamt zehn Workshops hat die EPF in den letzten Jahren Wissenschaft und Praxis zusammengeführt, um drängende Probleme des Landes zu verhandeln:

- Raumwirksame Folgen des demografischen Wandels in Ostdeutschland (8.12.2009)
- Transferworkshop (27.10.2011) und Statusseminar (6.5.2011)
- EU-Workshop (18.10.2012)
- Die Zukunft der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: Entwicklungsoptionen für Kinderbetreuung, Schule und Kultur (14./15.2.2013)
- EPF-Jahrestreffen (3.11.2015)
- Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt – wie geht Integration? (10.5.2017)
- Abgehängte Regionen – Probleme und Gegenstrategien (28.6.2018)
- Das andere Bauhaus-Erbe: Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute (1.7.2019)
- Wissensausstattung ländlicher Räume (1./2.12.2019)



Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demografierelevanten Forschungsaktivitäten



2017 wurde im Auftrag der EPF-Lenkungsgruppe ein EPF-Newsletter gestartet und ist seither in sechs Ausgaben erschienen. Er richtet sich vor allem an Verwaltungen, Akteure vor Ort, also in Gemeinden, Landkreisen und Zivilgesellschaft, dient aber auch der plattforminternen Vernetzung. Dazu stellt der Newsletter vor allem aktuelle empirische Projektergebnisse in niedrigschwelliger Form vor.

Wie intensiv sich die Wissenschaft in Sachsen-Anhalt mit der Landesentwicklung befasst, wird nicht nur an der Anzahl der beteiligten Personen deutlich. Auch die Vielfalt der Einrichtungen, die zum Thema arbeiten, zeigt die Ressourcen, über die das Land in der Wissensproduktion zum demografischen Wandel, seinen Folgen und deren Bearbeitung verfügt.

☞ Uwe Grelak / Peer Pasternack / Steffen Zierold (Red.): **https://www.expertenplattform-dw.de**

☞ Peer Pasternack / Steffen Zierold (Red.): **Newsletter Expertenplattform 2017ff.**, online unter https://www.expertenplattform-dw.de/publikationen/

Die Bildungs-IBA

Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“

Die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 (2002–2010) zielte darauf, der Herausforderung schrumpfender Städte zu begegnen, indem diese Städte selbst exemplarische Antworten entwickeln. Die ‚schrumpfende Stadt' – bislang allein als Problem wahrgenommen – sollte zum Ausgangspunkt eines Denkens von Chancen und neuen Möglichkeiten werden. Von den 19 IBA-Städten hatten insgesamt 15 solche Profile entwickelt, die entweder auf das Thema Bildung fokussierten oder Bildungsthemen integrierten.

Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ lief unter dem Leitthema „Neue Perspektiven für Städte im Umbruch“. Als dezentrale IBA war sie die erste, deren Versuchsfeld ein gesamtes Flächenland ist, und es beteiligten sich an ihr 19 Städte. Diese arbeiteten daran, leistungsfähige und zugleich günstige Infrastrukturen zu entwickeln, die auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagieren. Die IBA war damit Bestandteil der Versuche, den demografischen Wandel auch als Chance zu begreifen und die Folgen dieses Wandels jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren.

Jede der Teilnehmerstädte behandelte ein individuelles und zukunftsfähiges Thema („Profil“). Dieses zielte auf Attraktivitätssteigerung durch Betonung jeweiliger Besonderheiten. 15 der Stadtprofile fokussierten dabei auf oder integrierten Bildungsthemen. Damit war Bildung das meistgewählte Thema innerhalb der 19 städtischen IBA-Profile. Das ist insofern beachtenswert, als die Kommunen frei waren in der Wahl ihrer Themen. Das heißt: die erwähnten 15 IBA-Städte haben eigenständig Potenziale von Bildung zur produktiven Bearbeitung des demografischen Wandels erkannt. In der Tat gilt unter Schrumpfungsbedingungen: Den weniger vorhandenen Menschen müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll.

Sind weniger Menschen vorhanden, müssen diesen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll

Die bildungsbezogenen Einzelthemen der Städte waren sehr heterogen. Dennoch ließen sich einige Häufungen von Anliegen entdecken:

- Insgesamt sechsmal zielten die Bildungsprojekte auf die Verbesserung der *schulischen Bildung* bzw. die kooperative Ergänzung schulischer Angebote durch außerschulische Aktivitäten.
- Ebenfalls sechsmal wurde eine *Campus-Idee*, d.h. die Zusammenführung verschiedener Einrichtungen und Funktionen an einem integrierten Ort, verfolgt.
- *Kulturelle Bildung*, häufig an die eigenen Einwohner adressiert, war in wiederum sechs Städten Gegenstand der Bildungsprojekte.
- Gleichfalls sechsmal ging es darum, die *Versäulung* einzelner Bildungsträger aufzulösen und so Bildungsübergänge fließender zu gestalten.
- Jeweils dreimal wurden *Lebenslanges Lernen*, die Gewinnung *„temporärer Bewohner“* und Beiträge zur regionalen Sicherung des *Fachkräftenachwuchses* als Ziele verfolgt.

Bildungsthemen innerhalb der IBA Stadtumbau

19 IBA-Städte

15 IBA-Bildungsstädte

Bildungsbezogene IBA-Profile

Bernburg: „**ZukunftsBildung – Lernen im Zentrum**“
Köthen/Anhalt: „**Homöopathie als Entwicklungskraft**“
Lutherstadt Wittenberg: „**Campus Wittenberg**“
Naumburg/Saale: „**Stadtbildung – Bürgerschaft und Baukultur**“

Bildungsprojekte als Elemente des IBA-Profils

Aschersleben: „**Bildungszentrum Bestehornpark**“	Quedlinburg: „**Forschung für nachhaltige Sanierung und Lernlabor Quedlinburg**“
Dessau-Roßlau: **Wissensquartier**	Stendal: „**Wirtschaftlich und pädagogisch nachhaltiges Schulsystem**“
Magdeburg: „**Wissenschaftshafen**“	Wanzleben: „**Familie Stadt**“
Merseburg: „**Europäisches Romanik Zentrum**“	Weißenfels: „**Wirtschaft schafft Bildung**“

Bildungsaspekte als Bestandteile einzelner Projekte innerhalb des IBA-Profils

Bitterfeld-Wolfen: **Bildung als Standortfaktor, Kooperation Schulen-Wirtschaft, Ansiedlung von FuE-Einrichtungen**
Halberstadt: **Erfahrbarkeit einer „Ästhetik der Leere“**
Halle (Saale): **Öffnungen: Franckesche Stiftungen, Kreative Erkundung Halle-Neustadts**

Dabei konnten die städtischen IBA-Aktivitäten nicht anstreben, die lokal gegebenen bildungsbezogenen Probleme systematisch zu lösen. Was sie leisten

konnten, war, fokussierte Impulse jenseits der herkömmlichen Handlungsroutinen zu geben.

Es ließ sich aber auch eine Reihe von Spannungen, die während der IBA prozessiert werden mussten, herausarbeiten – Spannungen innerhalb der zentralen IBA-Struktur, zwischen den IBA-Gremien und den Städten sowie innerhalb der einzelnen Städte:

- *Kooperationskulturen:* Auf Landesebene kam die angestrebte interministerielle Zusammenarbeit nur ausnahmsweise zustande. Das „Querschnittsthema Demografie" konnte sich nur ausnahmsweise gegen Ressortegoismen durchsetzen. Die beiden zentralen operativen Akteure der IBA – Stiftung Bauhaus vs. SALEG – arbeiteten zunächst zusammen, trennten sich dann aber, indem die Betreuung der Einzelstädte zwischen beiden Einrichtungen aufgeteilt wurde.
- *Negative vs. positive Bilder des demografischen Wandels:* Die IBA musste drastische Vorstellungsbilder von den Konsequenzen des demografischen Wandels erzeugen, um eine angemessene Problemwahrnehmung durchzusetzen. Zugleich wollte sie produktive Aspekte dieses als problematisch markierten Prozesses herausarbeiten. Hier die Vermittlung zwischen Risiken und Chancen herzustellen erwies sich, was kaum überraschen kann, als schwierig.

IBA-Projekt Bildungszentrum Bestehornpark, Aschersleben

- *Diskursneigungen vs. Pragmatismus:* Die Stiftung Bauhaus suchte internationale Diskurse in die IBA einzubringen, während die Pragmatiker in den Städten und den IBA-Gremien dafür wenig Resonanzfähigkeit auszubilden

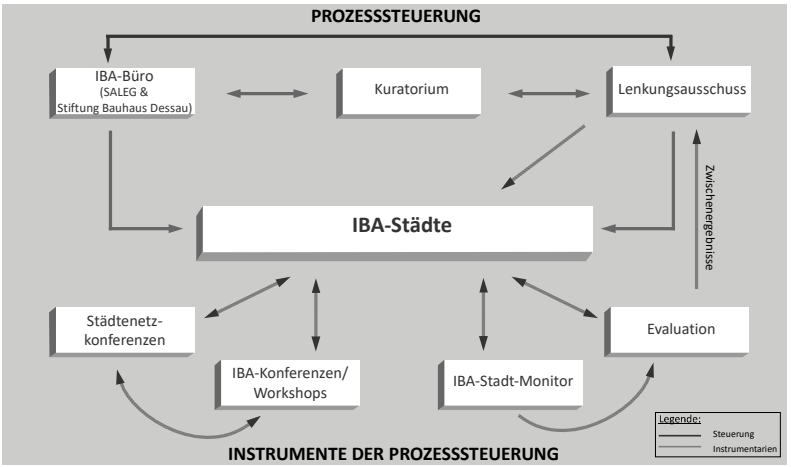
vermochten. Letztere wollten praktische Probleme vor Ort lösen, und die Relevanz des Diskursiven erschloss sich ihnen dafür häufig nicht.

- *Innovation vs. Pfadabhängigkeiten:* Dem Innovationsanspruch der IBA standen vielfach lokale Pfadabhängigkeiten entgegen, d.h. die Anknüpfung an bisheriges Handeln und die prognostizierte Anschlussfähigkeit an künftiges, d.h. IBA-nachgelagertes Handeln der kommunalen Administrationen.
- *Bildungsbezogene Bauprojekte vs. ‚Konzeptions-IBA":* Wo gebaut wurde – das geschah im Rahmen der IBA nicht in allen der 15 Städte –, wurde eine Hardware für die Software Bildung geschaffen. In den Städten, in denen allein konzeptionell gearbeitet, aber nichts gebaut wurde, fehlte dieses bekräftigende und befestigende Element.
- *Breite Öffentlichkeit vs. ‚Bürgereliten':* Ein Mangel bisheriger Stadtentwicklungsprozesse ist, dass Verwaltungen für die Bürgerschaft, aber nicht mit dieser planen. Dieser Mangel konnte nur ansatzweise behoben werden. Lokale ‚Bürgereliten' – also ohnehin Aktive aus Vereinen, Verbänden und Initiativen – mussten dann häufig als ‚die Bürger' das Partizipationselement repräsentieren.
- *Innovation ohne Hochschulen:* Konzeptionell-strategische Beteiligungen ortsansässiger Wissenschaftseinrichtungen an den lokalen IBA-Prozessen waren nur ausnahmsweise zu verzeichnen. Damit fehlten in den meisten IBA-Bildungsstädten die Impulse der – im doppelten Sinne: inhaltlich wie räumlich – naheliegendsten Innovationsagenturen.
- *Integration möglichst vieler Akteure vs. Innovation:* Die Einbeziehung zahlreicher Akteure sollte breite Ideenmobilisierung und Legitimation sichern. Sie führte aber auch dazu, dass zahlreiche Partikularinteressen zu berücksichtigen waren. Dann setzte sich eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige durch. Dieses ist häufig gerade nicht innovativ und konterkarierte dadurch den Innovationsanspruch der IBA.
- *Diversität vs. Innovation:* Die IBA setzte einerseits auf die Fantasien in den einzelnen Städten, und diese sind sehr differenziert ausgeprägt. Andererseits sollte auch niemand entmutigt werden. Daher musste in der Außendarstellung auch manche Banalität als IBA-würdig verkauft werden.

Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010" wollte innovativ sein, also noch nicht Mehrheitsfähiges ausprobieren – was bereits mehrheitsfähig ist, ist nicht Innovation, sondern Mainstream. Die IBA hatte keinen Masterplan, sondern wollte Planungen, vor allem Umplanungen anregen. Sie sah sich als Labor und war als Experiment angelegt. Experimente zeichnen sich durch Ergebnisoffenheit aus: Sie können gelingen oder nicht gelingen. Dass einige der IBA-Projekte nicht zustandekamen oder abgebrochen werden mussten, dass es Planungs- und Umsetzungsprobleme gab, ist insoweit wenig verwunder-

lich. Sowohl das Gelingen als auch das Scheitern brachten in jedem Fall Erfahrungen, von denen vergleichbare Projekte und Prozesse profitieren können. Indem Versuche begonnen worden waren, die dann fallweise gelangen oder misslangen, hat sich jedenfalls gezeigt, dass die IBA tatsächlich ein ergebnisoffener Prozess war.

Die Governance-Struktur der IBA Stadtumbau



Als Erfolgsfaktoren für das Gelingen lassen sich, neben dem dezidiert experimentellen Charakter der IBA, sieben konstatieren:

- der erleichterte Fördermittelzugriff,
- die temporäre Veränderung der Aktivitätsstruktur,
- die Anknüpfung an lokale Voraussetzungen,
- inhaltlich begründete räumliche Konzentration,
- Veränderungen im Bildungsverständnis,
- das Zustandekommen von Kooperationen und
- die Beteiligung der Bürgerschaft (wenn auch meist in Gestalt deren ohnehin aktiver Teile).

Als zentrales Ergebnis der IBA aber hat sich erwiesen: Zu Beginn der 2000er Jahre wurde in den sachsen-anhaltischen Städten der demografische Wandel als ein zwar bedauerlicher, doch durch angemessene Anstrengungen auch wieder umkehrbarer Prozess betrachtet. Dagegen wurde der demografische Wandel im Laufe der IBA als ein unabweisbarer Vorgang akzeptiert, der gestaltet werden muss und gestaltet werden kann.

Fragt man danach, welche systematisierenden Konsequenzen aus den Erfahrungen der IBA-Bildungsstädte gezogen werden können, so lassen sich zwei Auffälligkeiten mobilisieren: Die IBA-Bildungsprojekte wiesen in ihren Umsetzungen Ähnlichkeiten zu zwei Konzepten auf, die für den Typus der hier dominierenden Mittelstadt beträchtliche Eignung besitzen:

- Mit dem Konzept des *Community Organizing* (Bürgerplattformen) kann an die IBA-Erfahrungen der Bürgerschaftsbeteiligung angeschlossen werden.
- Mit dem Konzept der *Kommunalen Bildungslandschaft* lässt sich an die Erfahrungen im Umgang mit der hemmenden Versäulung lokaler Bildungsstrukturen anknüpfen.

Kommunale Bildungslandschaften in Verbindung mit Bürgerplattformen – dies könnte der Zukunftsweg für die Gestaltung von Bildungsprozessen in demografisch herausgeforderten Städten sein.

Insgesamt: Die IBA erzeugte eine temporäre Sondersituation. In dieser wurden Grenzen überschreitbar, die sonst durch die administrative Normalität integrierter Stadtentwicklung gezogen sind. Die IBA wandelte die zwischen den Basisprozessen Schrumpfung und Stadtentwicklung aufeinanderwirkenden Energien, z.B. durch Übersetzung in andere Handlungslogiken. Die Wirkungen problemlösungsbehindernder Störgrößen schwächte sie ab und stärkte lösungsfördernde Einflüsse.

Die HoF-Untersuchung ist die einzige systematische Auswertung der IBA nach ihrem Abschluss geblieben.

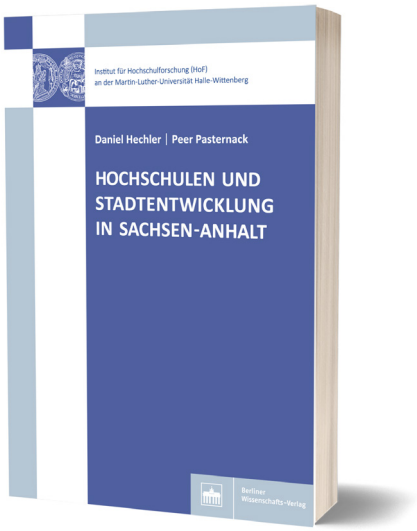
☞ Uwe Grelak / Peer Pasternack: **Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Die-Bildungs-IBA.pdf

Stadtentwicklung und Hochschulen

Werden Hochschulen und Wissenschaft für die Stadtentwicklung genutzt, und wie können sie erfolgreich in entsprechende Konzepte eingebaut werden? Welche kulturellen, sozialen und ökonomischen Wirkungen sind von ihnen zu erwarten, und wie werden solche Erwartungen erfüllt? Wie werden Hochschulen als Agenturen der Verteilung des Wissens im Raum wirksam? Welche Prägungen der Raumstruktur sind durch Hochschulen leistbar, etwa als regionale Infrastruktur? Diese Fragen sind für die sachsen-anhaltischen Hochschulstädte untersucht worden.

Hochschulen sind Quellen und Agenturen sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Innovationen. Sie können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen, ihre Sitzorte an die überregionalen Wissensströme anschließen und stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte bereit. Damit sind die Hochschulen eine zentrale Voraussetzung dafür, die Resonanzfähigkeit ihrer Sitzorte für wissensbasierte und damit zukunftsträchtige Entwicklungen zu verbessern bzw. zu erhalten.

Wo Hochschulen in Städten und Regionen sitzen, die demografisch herausgefordert sind, sind die Hochschulwirkungen aber auch noch viel elementarer. Dort intervenieren die Einrichtungen schon durch ihre bloße Anwesenheit in die Schrumpfungsprozesse, indem sie eine jüngere Klientel in der Region halten bzw. von außen anziehen.

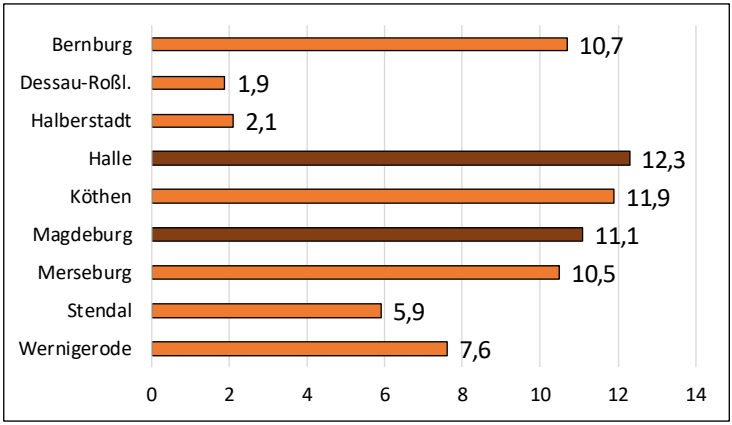


Dies ist für die sachsen-anhaltischen Hochschulstädte untersucht worden, im einzelnen für die beiden Groß- und Universitätsstädte des Landes – Halle (Saale) und Magdeburg – sowie vier Mittelstädte. Die Auswahl der letzteren bildet das institutionelle Muster des Netzes der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt repräsentativ ab: Einbezogen sind eine Sitzstadt mit einer Ein-Standort-Hochschule

(Merseburg), der Hauptstandort einer Zwei-Standorte-Hochschule (Wernigerode), ein Nebenstandort einer Zwei-Standorte-Hochschule (Stendal) sowie ein Ort mit Forschungseinrichtungen, aber keinen Studiengängen und Studierenden (Lutherstadt Wittenberg). Daneben finden sich über Querschnittsanalysen aber auch die anderen Hochschulstädte des Landes berücksichtigt.

Erschlossen wurden zahlreiche Quellen: Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK), Verwaltungsberichte und Dokumentationen, die im Rahmen der Beteiligung an Einzelinitiativen entstanden, Hochschulzeitschriften, für die Fallbeispiele Stendal und Wernigerode exemplarisch auch die Regionalberichterstattungen der örtlichen Tageszeitung eines Jahres, die Internetauftritte der Hochschulen und ihrer Sitzorte sowie Daten der amtlichen Statistik. Schließlich wurden Interviews mit 23 Vertreter.innen von sachsen-anhaltischen Hochschulstädten und Hochschulen geführt.

Hochschulangehörige je 100 Einwohner in sachsen-anhaltischen Hochschulstädten



Sind Hochschulen und Forschungsinstitute auch eine zentrale Voraussetzung dafür, die Resonanzfähigkeit ihrer Sitzorte für wissensbasierte und damit zukunftsträchtige Entwicklungen zu verbessern bzw. zu erhalten, so geht es doch nicht nur darum, was sie für ihren Sitzort tun können. Es geht ebenso darum, was die jeweilige Stadt für die Wissenschaft in ihren Mauern tun kann. Mittlerweile wird eine Reihe von Instrumenten regelmäßig eingesetzt, wenn eine Governance lokaler Wissenskooperationen etabliert werden soll, doch ihr zielführendes Funktionieren hängt jeweils von bestimmten Bedingungen ab:

- *Kooperationsverträge* zwischen Stadt und Hochschule sind Rahmung. Für sich genommen bewirken sie in der Regel nichts. Sie entfalten Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen. Als Ausgangspunkte von bisher nicht bestehenden Kooperationen sind sie eher ungeeignet.

- Die Wirksamkeit regelmäßiger *Treffen auf Leitungsebene* – (Ober)Bürgermeisterin und Rektor – hängt von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Untersetzung ab, etwa durch Maßnahmenpläne, aber auch Ressourcen.

- *Gemeinsame Lenkungsausschüsse* funktionieren am ehesten da, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen. Das Anliegen, möglichst viele Akteure einzubinden, kann dagegen einen Zielkonflikt erzeugen, wenn vorrangig innovative Lösungen entwickelt werden sollen: Je mehr Akteure integriert werden, desto zahlreicher und intensiver sind auch Partikularinteressen repräsentiert. Der dann notwendige Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen erzeugt meist eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige, also das, was typischerweise gerade nicht innovativ ist.

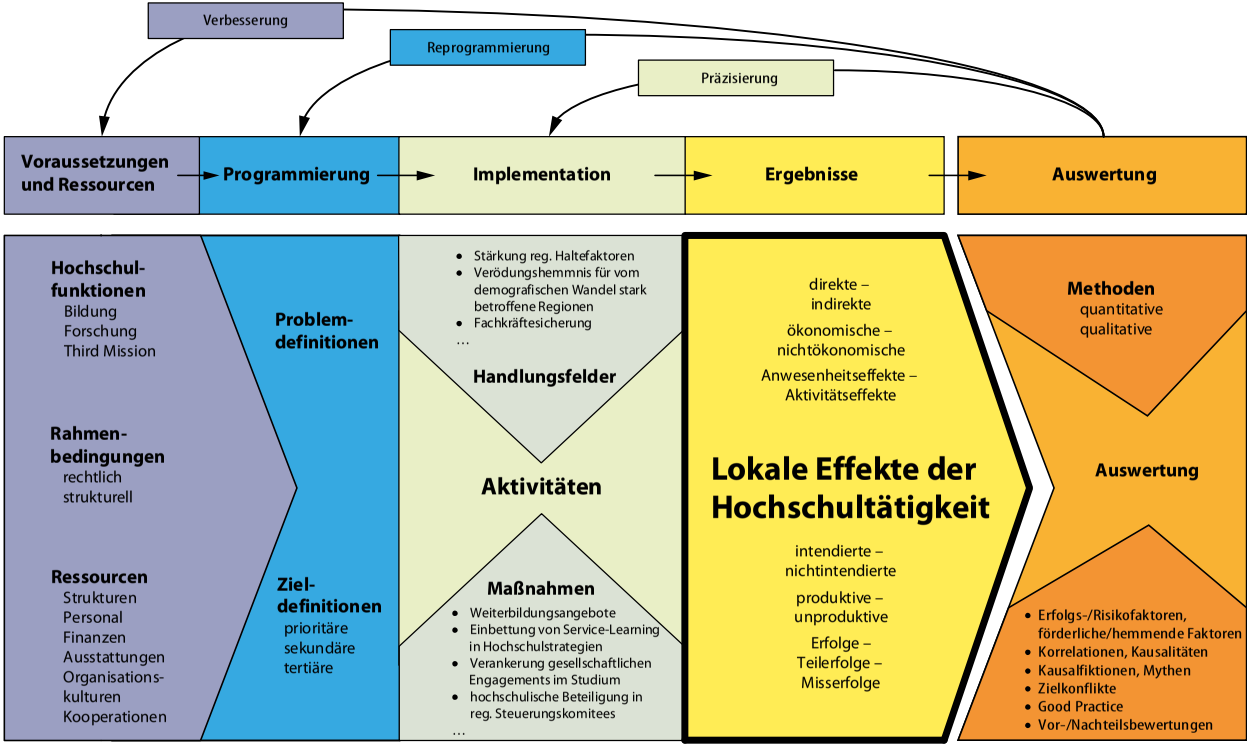
- *Netzwerke* funktionieren nur dann, wenn sie stabil und erreichbar sind. Ohne ein dauerhaft ansprechbares Netzwerkmanagement fehlen zum einen Verantwortlichkeiten. Zum anderen besteht das Risiko, dass Kontakte nicht zustandekommen, weil Reaktionen zu lange auf sich warten lassen oder gar unterbleiben. Wenn sie aber organisatorisch unzureichend durchdacht ist, kann Netzwerkbildung mithilfe eigens dazu eingerichteter Stellen auch in Kooperationsbürokratie ausarten.

- Jährlich aktualisierte *Maßnahmenpläne* zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.

- *Stabstellen „Wissenschaft" in Stadtverwaltungen* funktionieren – da Städte in Bezug auf Hochschulen kaum über Steuerungsmechanismen verfügen – nur als Dienstleister, und dies wiederum nur, wenn sie auch tatsächliche Dienste leisten können, d.h. Ressourcen (materielle und immaterielle) organisieren können.

- Verpflichtende *Berichterstattungen* an das jeweilige Stadtparlament erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die Hochschulen), etwas Vorzeigbares berichten zu können, also zuvor etwas zu unternehmen.

Modell lokaler und regionaler Hochschulwirkungen



Auch an die Hochschulen selbst bleiben die lokalen Erwartungen, die an sie adressiert werden, nicht ohne Echo. Hier ist unterdessen eine Art Standardrepertoire an stadtbezogenen Aktivitäten etabliert, das sich an praktisch allen Hochschulen findet. Zu diesem Repertoire zählen:

- Kinderuni
- Seniorenuniversität
- Weiterbildungsangebote
- Career Center
- Technologie-Transfer-Zentrum
- Existenzgründer-Unterstützung
- Lange Nacht der Wissenschaften
- Kooperation mit lokalen Gymnasien

Dieses Standardrepertoire beinhaltet also Hochschulaktivitäten, die sowohl auf ökonomische Wirken zielen als auch auf die nichtökonomischen Voraussetzungen lokaler Entwicklungen bzw. auf Wirkungen in sozialen oder kulturellen Bereichen abstellen.

Hochschulen haben ihre Kernkompetenzen in der Aufbereitung, Erzeugung, Verwaltung und Vermittlung von Wissen. Insofern liegt hier eines nahe: Das Instrument, mit dem sie ihre lokalen Kontexte durch Nutzung eigener Kompetenzen gestalten können, ist der Aufbau und die Unterhaltung eines lokal bzw. regional vernetzten Wissensmanagements. Eine offensive Selbsteinordnung in lokale (bzw. regionale) Wissensinfrastrukturen entspricht dem Selbstverständnis von Hochschulen als Wissensproduzenten und -distributoren am ehesten. Diese Selbsteinordnung hat zudem in einer wissensgesellschaftlichen Perspektive eine unmittelbare Plausibilität: Sie steigert die Wahrnehmung der Hochschulen als Teil eines Netzes, das Zukunftsfähigkeit verbürgt.

Werden zur Bearbeitung lokaler Problemlagen gescheite Einordnungen zunächst unsortierter Informationen benötigt, sollte es die Wissenschaft beunruhigen, wenn nicht sie es ist, die um diese Einordnungen gebeten wird

Andersherum: Werden zur Bearbeitung lokaler Problemlagen gescheite Einordnungen zunächst unsortierter Informationen benötigt, sollte es die Wissenschaft beunruhigen, wenn nicht sie es ist, die um diese Einordnungen gebeten wird. Ebenso sind wissenschaftliche Wissensbestände für lokale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von ansprechbaren Experten gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden. Ein lokales Wissensmanagement sollte dreierlei sicherstellen:

- Erstens ist der Zugang zu dem in Stadt und Region – an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz – vorhandenen Wissen niedrigschwellig zu ermöglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation.

- Derart soll zweitens eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht werden, die potenziell jeden Problemlösungsbedarf mit den lokal vorhandenen problemlösungsbezogen Wissensressourcen verbindet.
- Drittens müssen Wissensbedarfe, die lokal nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Insbesondere Hochschulen in peripheren Regionen fällt es leichter, die eigene Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren, wenn sie auch auf ihre Sitzstadt und -region bezogen agieren. Werden berechtigte Forderungen nach angemessener Hochschulausstattung mit lokal und regional relevanten Leistungszusagen verbunden, so lässt sich auch hochschulfernen Gesprächspartnern, etwa in der Politik, vermitteln, dass die überwiesenen Gelder nicht nur außerhalb der Region Wirkungen zeitigen.

☞ Daniel Hechler / Peer Pasternack: **Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt**, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-HePa_HS-u-Stadt-LSA_web.pdf

Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt

Wie geht Integration?

Die Zuwanderungsbewegungen aus Kriegs- und Krisengebieten auch nach Sachsen-Anhalt stellen dort einen weitgehend neuartigen Aspekt des demografischen Wandels dar. Er ist damit nicht mehr nur durch Alterung, einhergehend mit niedriger Fertilität, durch Abwanderung und Fachkräftemangel, sondern auch im Hinblick auf ethnisch-kulturell-religiöse Vielfaltssteigerung gekennzeichnet. Die Integration von Zugewanderten verlangt, dass ebenso die damit verbundenen Probleme wie die damit verbundenen gesellschaftlichen Chancen in den Blick genommen werden.

Die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ befasste sich 2016/2017 aus gegebenem Anlass mit der Integration von Zugewanderten. In die Diskussion waren Wissenschaftler und Praktiker einbezogen, d.h. Personen, die sich mit der Integration von Migranten wissenschaftlich und/oder praktisch befassen. Es kristallisierten sich drei Themen als zentral heraus: Bildung, Mentoring und Arbeit.

Ein Transferworkshop „Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt – wie geht Integration?“ am 10. Mai 2017 bildete den Höhepunkt der Aktivitäten. Tagungsort war das IWH und Eröffnungsredner dessen Präsident Reint E. Gropp. Herausgearbeitet wurden insbesondere die folgenden Aspekte:

- In den kommenden 10 bis 15 Jahren werden bundesweit um die 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus dem Arbeitsmarkt aussteigen. Deutschland ist daher auf Zuwanderung incl. entsprechender Arbeitsmarktintegration angewiesen. Bislang wird diese Zuwanderung stark innereuropäisch organisiert, was aber aufgrund demografischer und wirtschaftlicher Entwicklungen erwartbar nicht so bleibt. Daher sollte die Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt als Chance zu gesehen werden.
- Das Qualifikationsniveau der Geflüchteten passt nur bedingt zum Profil des sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkts. Es gibt ein Überangebot an Personen, die Helfer-Tätigkeiten ausüben können: knapp zwei Drittel der Zugewanderten. Benötigt werden aber vor allem Fachkräfte und Spezialisten. Daher sind umfängliche (Aus)Bildungsinvestitionen und eine integrationsfördernde Arbeitsmarktpolitik nötig.

- Letzteres erweist sich für Sachsen-Anhalt auch angesichts der innerdeutschen Konkurrenz um Geflüchtete als relevant. Zwar werden die Geflüchteten prinzipiell nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Doch berechtigt ein Beschäftigungsverhältnis außerhalb des ursprünglichen Bundeslandes zur Abwanderung.
- Klassische Arbeitsmarktprogramme müssen an die Situation Geflüchteter angepasst werden. Arbeitsmarktzugänge könnten verstärkt über Kompetenzerfassungsverfahren anstatt zertifikatsbasiert organisiert werden. Das Instrument der Teilqualifizierung für über 25jährige ohne Berufsabschluss könnte auch für Geflüchtete eine Chance sein.
- Der Arbeitsmarkteinstieg über einfache Tätigkeiten kann durchaus sinnvoll sein, insbesondere für erste Zugewanderten-Generation. Eine Förderung von „Erfahrungsaufstiegen“ über Weiterbildungsangebote und Anerkennung von Teilqualifikationen sollte diese Struktur allerdings unterstützen.
- Die Integration über Fachschulen und duale Ausbildungen, also das mittlere Qualifikationsegment, ist der Königsweg zur Arbeitsintegration in Deutschland. Der Ausbildungszugang sollte Zugewanderten bis zum Alter von 30 Jahren ermöglicht werden.

Workshopimpression 1

- Sprachliche Bildung und Maßnahmen der beruflichen Orientierung gehören zusammen. Das Sprachniveau wirkt auch als Hürde des Hochschulzugangs. Meist wird in den Kursen das Sprachniveau B1 angestrebt. Doch reicht dieses nicht für den Arbeitsmarkt – hier muss B2- oder sogar C1-Niveau erreicht sein. Insbesondere im ländlichen Raum ist eine Sprachlern-Infrastruktur bis zum Niveau C1 erforderlich. Dazu sind Landeskooperationen für Blended Learning mit Vor-Ort-Präsenz denkbar.

- Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus haben besondere Probleme. Ihnen ist z.B. häufig der Bildungszugang verwehrt. Dies ist auch vor dem Hintergrund kritisch zu hinterfragen, dass das Ausländerrecht häufig als Schutzrecht des deutschen Arbeitsmarktes ausgelegt wird. Sprachkurse sollten auch dieser Gruppe mit unklaren Aufenthaltsstatus zugänglich sein, was bei etwaiger Rückkehr ins Herkunftsland dann als gut investierte Entwicklungshilfe anzusehen ist.

Workshopimpression 2

- Die Arbeit mit Zugewanderten muss nicht nur auf Wissensaneignung, sondern Anwendbarkeit, auf Fähigkeiten zur Bewältigung des Alltags und letztlich zur Lebensgestaltung zielen. Besonders in den ersten Monaten ist daher eine strukturierte Beratung bzw. Begleitung hilfreich. Unterstützungsleistungen sind schon bei der Nutzung des ÖPNV oder dem Zugang zu medizinischer Versorgung gefragt. Wenn es um Fragen der Alltagsgestaltung geht, werden klare Ansprechpartner benötigt. Dies ist – vor dem Hintergrund teils undurchsichtiger Zuständigkeiten auch für Einheimische – keineswegs trivial.
- Erste Integrationserfolge sind in Sachsen-Anhalt an der steigenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus nichteuropäischen Herkunftsländern zu erkennen. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass Integration über die Integration in den Arbeitsmarkt hinausgeht. Wichtig ist eine positive gesellschaftliche Grundhaltung gegenüber den Zugewanderten. Diese ist letztlich die entscheidende Voraussetzung dafür, die zuwanderungsbedingten Chancen erfolgreich nutzen zu können.

☞ **Transferworkshop-Präsentationen**: https://www.expertenplattform-dw.de/veranstaltung/transferworkshop-zuwanderung-nach-sachsen-anhalt-wie-geht-integration-in-zusammenarbeit-mit-dem-iwh/

Abgehängte Regionen?

Der ländlich geprägte Raum in Sachsen-Anhalt

Sind die ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts abgehängt? Eine Studie im Auftrag der Bundesregierung kam Anfang 2017 zu diesem Ergebnis und sorgte für Furore. Die am HoF koordinierte Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt" nahm sich daher 2017–2019 des Themas an. In den Blick rückte dabei nicht zuletzt die Wissensausstattung der ländlichen Räume.

Kulminationspunkte der Befassung mit dem Thema waren zwei Workshops in den Jahren 2017 und 2019. Der erste fragte nach der Berechtigung des Begriffs „abgehängte Regionen", der zweite nach der nötigen Wissensausstattung des ländlich geprägten Raumes. Beide Workshops dienten dazu, einerseits sachsen-anhaltische mit externer Expertise und andererseits die Perspektive von Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen. Aus wissenschaftlicher Sicht waren die zentralen Ergebnisse:

- Es gebe elf ländliche Regionen mit „sehr stark unterdurchschnittlichen" Lebensverhältnissen, so Antonia Milbert vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung. Den Begriff „abgehängte Regionen" benutze sie dafür allerdings nicht. Erst die mediale Verarbeitung des entsprechenden Textes führte den Begriff ein. Fünf der elf Regionen mit „sehr stark unterdurchschnittlichen" Lebensverhältnissen liegen in Sachsen-Anhalt: Altmarkkreis-Salzwedel, Stendal, Mansfeld-Südharz, Burgenlandkreis und Harz. Die Sendereihe „Abgehängte Regionen" des Deutschlandfunks machte einige dieser Regionen auch bundesweit bekannt. Milbert wandte sich gegen den Begriff „abgehängt": „Abgehängt sein bedeutet loswerden oder hinter sich lassen. Das aber geben unsere Daten nicht her." Vergleiche man die Zahlen mit dem Jahr 2000, hätten sich einige dieser Regionen wirtschaftlich durchaus positiv entwickelt.
- Um als „stark unterdurchschnittlich" eingeordnet zu werden, reichte es zudem aus, wenn vier der sechs untersuchten Bereiche unterentwickelt waren: Demografie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt. Vor allem die Aspekte Demografie, Arbeitsmarkt und Wohlstand führten zu dieser Einschätzung. Wohlstand werde von den Menschen in ländlichen Regionen aber mitunter anders erlebt als in städtischen Gebieten. Und im Bereich „Infrastruktur", also z.B. ärztliche Versorgung und Anschluss an Autobahnen und Zugstrecken, seien die Regionen nicht stark unterdurchschnittlich versorgt, so Milbert.

*Ausprägung regionaler Lebensverhältnisse**

Land	Kreisregion „stark unterdurchschnittlich“	Kreisregion „sehr stark unterdurchschnittlich“
Brandenburg	Oder-Spree/Frankfurt (Oder) Oberspreewald-Lausitz Uckermark	Prignitz Ostprignitz-Ruppin Elbe-Elster
Bremen	Bremerhaven	---
Mecklen-burg-Vorp.	Ludwigslust-Parchim Vorpommern-Greifswald	Vorpommern-Rügen Mecklenburgische Seenplatte
Nordrhein-Westfalen	Herne Oberhausen Gelsenkirchen	---
Sachsen-Anhalt	Anhalt-Bitterfeld/Dessau-Roßlau Jerichower Land Wittenberg Saalekreis Salzlandkreis	Altmarkkreis Salzwedel Stendal Mansfeld-Südharz Burgenlandkreis Harz
Thüringen	Altenburger Land Unstrut-Hainich-Kreis	Kyffhäuserkreis

* jeweils aktuellste verfügbare Datengrundlagen zwischen 2013–2016; schlechteste Ausprägung zuerst. Tabelle: Next:Public, Quelle: Bundestagsdrucksache 18/11263

Patrick Küpper vom Thünen-Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei wies auf folgenden Nicht-Zusammenhang hin: Die in der öffentlichen Debatte als „abgehängt“ bezeichneten Regionen seien zwar regelmäßig ländlich geprägt, doch ein statistischer Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Ländlichkeit lasse sich nicht aufweisen. Einstige Problemregionen hätten sich oftmals gut entwickelt. Hierfür seien auch Bremseffekte der Schrumpfung verantwortlich. Dazu gehörten Finanzausgleichssysteme, sinkende Immobilienpreise, die Menschen anlocken, sinkende Löhne, die auch Chancen für Unternehmen darstellen können, wachsende Freiräume, die innovative Ideen zulassen, und letztlich die „passive Sanierung“, bei der die Arbeitslosenquote durch Abwanderung und Verrentung zurückgeht.

Allerdings: Es seien auch gerade die kleinen Städte und Dörfer mit unter 2.000 Einwohnern, in denen eine gewisse Demokratieverdrossenheit messbar ist. Dies ergab eine Auswertung des jüngsten Sachsen-Anhalt-Monitors von Everhard Holtmann (ZSH Halle und Kompetenz-

Der ländliche Raum Wird häufig als Beiwerk der Großen Städte angesehen und als Restraum gedacht. Doch leben dort zwei Drittel der Bevölkerung

zentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt). Demnach gaben 2016 18 Prozent der Befragten in Kleinstädten und Dörfern „Protest“ als Grund zur Beteiligung an einer Wahl an, während der Landesdurchschnitt bei 13 Prozent lag.

■ Die Menschen in den Regionen müssten Eigenverantwortung übernehmen können, man müsse ihnen Vertrauen geben, „Entmündigungen unten“ seien aufzubrechen. Top-down-Steuerung vermittle hier eher ein Gefühl von Ohnmacht und fördere Politikverdruss oder Resignation. Angeraten sei es, Bottom-up zu ermöglichen, indem dafür förderliche Bedingungen gestaltet werden, so Gerhard Henkel von der Universität Duisburg-Essen. Hardo Kendschek (empirica Leipzig) wies darauf hin, dass man nicht defensiv denken und offensiv handeln könne. „Abgehängt“ befeuere eine Kommunikation, die zugespitzt als „Vertreibungskommunikation“ bezeichnet werden könne.

Im Zuge des Kohleausstiegs und den damit verbundenen sog. Kohlegeldern hatte die Diskussion um die Entwicklung ländlicher Räume nochmals Fahrt aufgenommen. Zahlreiche Akteure bewarben sich um die Finanzierung von Vorhaben, deren Ausgangspunkte und Zielsetzungen jedoch zuweilen an den realen Problemen vorbeizugehen scheinen und sich durch eine hohe Erwartbarkeit auszeichnen. Angesichts dessen ist von Defiziten bei der Problembeschreibung ländlicher bzw. metropolenferner Räume auszugehen. Diese wiederum gründen unter anderem in einer defizitären Ausstattung ländlicher Räume mit Wissensressourcen. Wie aber steht es um das Wissen zu metropolenfernen Regionen und den dort gegebenen Wissensausstattungen?

■ Häufig werde, so Harald Kegler (Universität Kassel), der ländliche Raum lediglich als Beiwerk der Metropolen und großen Städte angesehen. Insofern werde ländlicher Raum oft als Restraum gedacht. Allerdings lebten in diesem zwei Drittel der Bevölkerung, und er mache einen Großteil der Fläche aus. Daher sei ein Perspektivwechsel nötig. Der Kohleausstieg reize die Kommunikation über den ländlichen Raum an. Darin sei eine Chance zu sehen und zu nutzen.

■ Nötig erscheint eine Ausstattung der ländlichen Räume mit Wissen, das (a) „die Leute abholt“ – also in den jeweiligen Horizonten und Zusammenhängen wesentlich und verständlich ist – und (b) kein Trivialwissen darstellt. Transformatives (wissenschaftliches) Wissen und Wissen vor Ort müssten kombiniert werden, um den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Wissenschaftliches Wissen und Praxis liefen allerdings nicht umstandslos zusammen (Werner Nell, MLU Halle). Hierfür bedürfe es fixer Strukturen, die diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozess begleiten und eine Anpassung von Ausbildungsoptionen zu leisten vermögen (Harald Kegler).

Man kann nicht defensiv denken und offensiv handeln

Diskutiert wurde, ob dafür bisherige Aktivitäten und Initiativen verwertbar seien oder ob eine neue Struktur geschaffen werden müsse. Einigkeit bestand darin, dass es keiner zusätzlichen Einrichtungen derart, wie es sie schon gebe, bedürfe. Als Themenfelder ländlicher Entwicklung, die zu bedienen sind bzw. bislang nicht hinreichend bedient werden, wurden vier identifiziert:

- Partizipations- und Demokratisierungsprozesse
- Migration und Integration
- Transformation und sozial-kulturelle Aushandlung und Anerkennung
- regionale Wirtschaftskreisläufe und dezentrale Daseinsvorsorge

Im Sinne effektiver und effizienter Arbeit sei es nötig, neue Strukturen und Einrichtungen so aufzustellen, dass klassische Grenzen zwischen den Disziplinen überschritten werden können, Theorie und Praxis verbunden, Beratungsleistungen angeboten und Praxiskooperationen durchgeführt werden könnten. Um den ländlichen Raum angemessen mit Wissensressourcen auszustatten, sollten funktional verschiedene Bereiche abgedeckt werden:

- Bewahrung von traditionellem Wissen („altes Handwerk“) in Verbindung mit Innovation
- Ausbildungsfunktion (auch im Sinne von Lernorten und der Etablierung von gut strukturierten Lernplattformen)
- Wissensgenerierung und -vermittlung für Ausbildung und Beratungsfunktionen
- offene Module der Forschung mit und für Menschen
- Wissensarchiv
- Antennenfunktion für die Zukunft: Welches Wissen wird benötigt werden?

Die Perspektiven der Praktiker waren in diese Einschätzungen der Wissenschaftler bereits zum Teil eingegangen. Insbesondere wurde der Begriff „abgehängt“ problematisiert. Er vermittle den Menschen, dass sie in einer nicht zukunftsfähigen Region leben:

- „Wir mussten lange arbeiten, um diesen Stempel wieder loszuwerden“, berichtete Thomas Böhm, Wirtschaftsdezernent des Burgenlandkreises. Auch wolle solchen Negativ-Sprech doch keiner mehr hören, so Steffi Trittel, Bürgermeisterin der Gemeinde Hohe Börde und Vorsitzende der Lokalen Aktionsgruppe Flechtinger Höhenzug.

Die ländlichen Räume benötigen eine Ausstattung mit Wissen, das sowohl ‚die Leute abholt‘ als auch kein Trivialwissen ist

Blick in den Tagungssaal des IWH Halle während des Workshops

Andreas Brohm, Bürgermeister von Tangerhütte, bemängelte den geringen Gestaltungsspielraum der Gemeinden. „Man muss uns Gemeinden auch machen lassen“. Auch habe er niemanden mehr in der Verwaltung, der den Menschen zuhören kann, da dies in den Kapazitätsberechnungen für die Verwaltungsgröße nicht vorgesehen ist. Gerade kleinere Gemeinden und Dörfer brauchten mehr finanzielle Spielräume abseits von zweckgebundenen Förderprogrammen, einerseits um die kommunale Selbstverwaltung langfristig-strukturell zu sichern, andererseits um Initiativen und Vorschläge aus der Bürgerschaft unterstützen zu können. Dazu gehörten auch „Kümmerer“ in der Verwaltung, die Umsetzungsideen regulatorisch begleiten und unterstützen. Solche Kümmerer und Begleiter für ehrenamtliche Initiativen seien wichtig, damit die Menschen in den ländlichen Regionen den Glauben an ihre eigene Gestaltungskraft und an die Zukunftsfähigkeit der Region wiederbekommen.

Im übrigen wollten die Menschen von Staat und Politik Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren, fasste Siegrun Höhne (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg) ihre Erfahrungen aus zahlreichen Projekten im ländlichen Raum zusammen. Noch heute wirke etwa das Elbehochwasser identitätsstiftend in den betroffenen Regionen: „Die Menschen standen im Mittelpunkt, die Bundeswehr hat geholfen, und die Tagesschau berichtete.“

Markus Nierth, ehemaliger Ortsbürgermeister von Tröglitz (Burgenlandkreis), erlebt Menschen, die Arbeitsplatzverlust als Verlust jeglichen Geschätzwerdens erfahren haben, daher Traumata der Nachwendezeit mit sich herumtrügen, zudem nicht mithalten können angesichts des Leistungsdrucks und Unterstützung bräuchten, die sie sich aber auch nicht einzufordern trauen. Thies Schröder (Energieavantgarde Anhalt) verwies auf das Problem, dass manche Förderprogramme „bürokratische Monster“ geworden seien. Personen, die nicht so taff seien wie manche der Bürgermeister auf diesem Workshop, fragten dort dann eher nicht mehr an. Aber Ferropolis z.B. – die

„Stadt aus Eisen“ mit ihren Tagebaubaggern, heute gehypte Festival-Location – wäre in Gräfenhainichen nicht entstanden, hätte man vorher Machbarkeit und Bedarf geprüft.

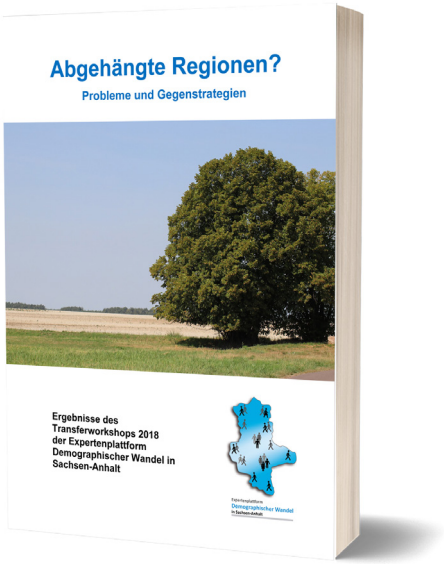
- Stefan Althoff stellt das Beispiel des „Ökodorf Sieben Linden“ in der Altmark vor. In diesem lebten Menschen solidarisch miteinander, führten gemeinsam den Haushalt und seien in verschiedenen Gremien bzw. Räten organisiert, die konkrete Themen beraten und Entscheidungen treffen. Arbeitsplätze vor Ort stellten für ca. 50 Prozent der Bewohner.innen eine Arbeitsoption dar. Die gemeinschaftlich-solidarische Organisation und Struktur von Sieben Linden habe dazu geführt, dass die Einwohnerzahl steige und sich das Dorf nachhaltig entwickle.

- Monika Meschede-von Bülow (Staatskanzlei Sachsen) berichtete über „Ländliche Entwicklung in Sachsen“. Zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes stünden dem Staat dieselben Instrumente zur Verfügung wie bei anderen Aufgaben. Mit den etablierten Förderinstrumenten allein könne jedoch kein Strukturwandel gestaltet werden. Vor allem für kleinere Einrichtungen und Akteure, die in kleineren Kommunen häufig die Entwicklungsmotoren sind, bringen Förderungen Hürden mit sich: Eigenanteil und aufwändige Antragsverfahren. Letztere wiederum resultierten aus unterschiedlichen rechtlichen Anforderungen auf Landes- und EU-Ebene. Korrektes Agieren im Einklang mit der Haushaltsordnung z.B. fördere lange, umständliche und bürokratische Antragsverfahren.

Resümierend ließ sich festhalten:

- „Abgehängt“ wird einerseits von den Bewohnern entwicklungsgebremster Regionen als sarkastisch-polemische Selbstbeschreibung genutzt, andererseits aber als Fremdmarkierung abgelehnt.

- Die Erwartungen an die Politik sind überwiegend gering. Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen mündet, resultiert aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, nicht mehr im Griff.



■ Entwicklungsideen für Sachsen-Anhalt müssen davon ausgehen, was das Land vor allem habe. Das seien Fläche, also: Flächen für gestaltende Initiativen; die Nähe zu Berlin und Leipzig, wo Flächen teuer und knapp werden, was als Lagegunst nutzbar sein könnte; schließlich eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hervorragende wissenschaftliche Ausstattung. Was für die Nutzung dieser Vorzüge fehle, seien flächendeckende Digitalisierung und Ideen für die viele Fläche. Es brauche daher Digitalisierung, Bildung, die Ertüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen sowie eine Entschlackung der Fördermittelverwaltung. Dann könnten Ideen ebenso entstehen wie auf fruchtbaren Boden fallen, um sich dort weiterzuentwickeln.

☞ Carsten Köppl / Peer Pasternack / Steffen Zierold: **Abgehängte Regionen? Probleme und Gegenstrategien**, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2018, 24 S. URL https://www.expertenplattform-dw.de/wp-content/uploads/2020/08/01_Tagungsbroschuere-zum-Transferworkshop_180912-1.pdf

Lebendiger als manche Design-Innovation

Die Plattenbausiedlungen als das andere Bauhaus-Erbe

Das Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“ feierte 2019 die Prägungen des Designs und der Architektur, die heute noch als schick gelten. Die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen als das andere Bauhaus-Erbe indes blieb abwesend. Indem dort aber auch heute Menschen ihr Leben leben, handelt sich um einen der lebendigsten Teile des Bauhaus-Erbes bzw. seiner Wirkungsgeschichte.

Sachsen-Anhalt hat zwei siedlungsräumliche Problemfälle: den ländlich geprägten Raum (s.o. „Abgehängte Regionen?“) und zahlreiche Plattenbausiedlungen. Letztere sind zum Gegenstand eines Buches gemacht worden und waren Thema eines Workshops der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“.

Ausgangspunkt war, dass die am Bauhaus erdachten Mustersiedlungen technologisch und gestalterisch den Grund für die Serienfertigung gelegt hatten. Ebenso wurde der industrialisierte Wohnungsbau (auch) am Bauhaus vorgedacht, etwa von Ludwig Hilberseimer. Und seit den 50er Jahren waren es vor allem ehemalige Bauhäusler, die an der Spitze der Bewegung des industrialisierten Bauens standen, im östlichen Deutschland z.B. Richard Paulick.

In dem Buch „Das andere Bauhaus-Erbe“ werden neben drei Fällen aus anderen ostdeutschen Ländern (Neu-Hohenschönhausen, Leipzig-Grünau, Erfurt-Nord) drei Fallbeispiele in Sachsen-Anhalt behandelt: Stendal-Stadtsee, Magdeburg Neu-Olvenstedt, Halle-Neustadt. Gerahmt werden die Falldarstellungen durch übergreifende Themen: Großwohnsiedlungen-Typologie, soziale Segregation, Bauen im Bestand.

Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt (leere Felder: keine Angaben)

Stadt	Siedlungsname	Anzahl Wohnungen	
		1991	nach 2000 Rückbau auf
Großwohnsiedlungen (mehr als 2.500 Wohnungen)			
Bitterfeld-Wolfen	Wolfen-Nord	11.100	8.282 (2008)
Halle (Saale)	Halle-Neustadt	32.700	
	Silberhöhe		
Magdeburg	Neu-Olvenstedt	12.700	6.700
Stendal	Stadtsee	10.200	
Sonstige Plattenbausiedlungen			
Aken	Dessauer Chaussee/Landstraße		
Aschersleben	Hecklinger Straße	1.100	
	Kosmonautenviertel	1.600	
Bad Dürrenberg	Lutherstraße/Gradierwerk	1.200	
Bernburg	Großsiedlung Süd/West	1.500	913 (2008)
	Talstadt		2.009 (2008)
	Zepziger Weg		1.435 (2008)
Bitterfeld-Wolfen	Krondorf		
Blankenburg	Regensteinsiedlung	1.400	
Burg	Burg Süd	1.400	1.178 (2016)
Calbe	Große Mühlenbreite		
	Kleine Mühlenbreite		
Dessau-Roßlau	Friederikenplatz		1.640 (2007)
	Kleine Schaftrift		1.000 (2007)
	Zoberberg	3.100	2.400 (2007)
Eisleben	Raismeser Straße/Am Sonnenweg	700	
	Helbraer Str./Gerbstedter Str.	1.800	
Gardelegen	Schlüsselkorb	1.100	
Genthin	SG Baumschulenweg		
	S7 Uhlandstraße	1.446	
	S8 Einsteinstraße		
	S9 Heinigtenweg		
Gräfenhainichen	Gartenstraße/Poetenweg	2.653	1.963 (2005)
Halberstadt	Bahnhofsvorstadt/R.-Wagner-Str.		
	Nordring-Innenstadt		
	Ernst-Thälmann-Ring	1.000	204 (2014)
	Karl-Marx-Ring		1.200 (2014)
	Wilhelm-Pieck-Ring		2.100 (2014)
	Hemann-Matern-Ring	600	
Haldensleben	Süpliner Berg	1.900	1.490 (2010)
Halle (Saale)	Südstadt		9.700
	Heide-Nord		3.877
	Wohnstadt Nord/Trotha	2.200	
Havelberg	Neubaugebiet	1.128	1.078 (2013)
Hettstedt	Wohngebiet II, III, IV	4.484	3.583 (2009)
Hohenmölsen	Hohenmölsen-Nord		
Jessen	Holzdorf-Ost		
	Nord	1.228	

Stadt	Siedlungsname	Anzahl Wohnungen	
		1991	nach 2000 Rückbau auf
Klötze	An der Wasserfahrt/Am Hegelfeld		
Köthen	Rüsternbreite	3.600	
Magdeburg	Alte Neustadt	1.600	
	Jakobstraße	2.400	
	Neue Neustadt	2.000	
	Neustädter Feld	5.100	
	Neustädter See	11.000	
	Nord	10.600	
	Schilfbreite	3.200	
	Reform	5.000	
Merseburg	Innenstadt		2.400 (2008)
	West	2.000	
Nebra	Nebra-Ost		
Oschersleben	Wasserrenne	1.200	
Osterburg	Wohngebiet Golle		
Quedlinburg	Kleers	900	
	Süderstadt		1.313 (2012)
Querfurt	Querfurt-Süd		
Salzwedel	Arendseer Str.	1.400	
	Ernst-Thälmann-Str./Friedensring	1.134	
	Uelzener Straße	k.A.	
Sangerhausen	Othaler Weg	2.100	
	Süd	1.000	
	West	3.000	
Schönebeck	Am Malzmühlenfeld	2.300	
	Moskauer Straße		1.401 (2001)
	Straße der Jugend		1.659 (2002)
Staßfurt	Nord		
	Löderburger Straße	2.400	
	Am Tierpark		1.191 (2012)
Stendal	Stendal-Süd	4.400	
Thale	Blankenburger Str.		
Wanzleben	Südöstliche Stadterweiterung		
Weißenfels	Kugelberg	1.100	
	Nord	1.000	
	West	3.105	
	Süd	1.400	
Wernigerode	Burgbreite	2.100	
	Harzblick	1.500	
	Stadtfeld	2.100	
Wittenberg	Apollensdorf		
	Lerchenberg/Trajuhnscher Bach	3.200	1.600 (2007)
Wolmirstedt	Zentrum		
Zeitz	Völkerfreundschaft	1.000	
	Ost	4.621	3.186 (2010)
Zerbst	Zentrum-Nord	1.200	

Quellen: Werner Rietdorf/IRS 1991; http://www.machmaplazda.com/listen/GWSD_ST.pdf (25.3.2019)

Bis 1989 waren die ostdeutschen Siedlungen Orte der geplanten Expansion und seit 1990 Orte der ungeplanten Schrumpfung. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen meist die Großwohnsiedlungen, d.h. Plattenbaugebiete mit 2.500 oder mehr Wohnungen.

Von diesen gibt es im Osten Deutschlands 171, in Sachsen-Anhalt 18. Daneben finden sich zahlreiche kleinerer Siedlungen. In den Großwohnsiedlungen bündeln sich die sozialen Problemlagen allerdings besonders. Doch sind sie nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme.

Stendal-Stadtsee

Der Workshop zum Thema am 1.7.2019 im IWH Halle erbrachte eine Reihe von Ergebnissen, die in das Buch einfließen konnten. 51 Teilnehmer.innen aus Quartiersmanagement, Kommunalverwaltungen, Wohnungswirtschaft und Wissenschaft hatten sich versammelt:

- IWH-Vizepräsident *Oliver Holtemöller* lieferte einige problematisierende Einschätzungen aus sozioökonomischer Sicht: Für die demografische Entwicklung sei zunächst die natürliche Bevölkerungsentwicklung ausschlaggebend. Hier schreite in Ostdeutschland die Alterung schneller voran als im Westen. Deshalb könne sich das BIP je Einwohner zwischen Ost und West kaum noch weiter annähern – es sei denn, es ließe sich Zuwanderung bewerkstelligen. Dafür erweise sich das Vorhandensein von attraktivem Wohnraum als ein Standortvorteil. Die Plattenbauten indes zählten nicht zum attraktiven Wohnraum und seien folglich kein stärkendes Motiv für qualifizierte Zuwanderung. So gehe etwa die Blue-Card-Zuwanderung vor allem nach Ba-

den-Württemberg, Bayern und in die Metropolen, kaum jedoch in die ostdeutschen Flächenländer. Die Städtebauförderung der vergangenen Jahrzehnte habe Segregationstendenzen nicht aufhalten können. Daher müsse man auch die Frage stellen, ob deren Ziel „Stabilität mit Wachstumspotenzial" erreicht werden könne. In Halle-Neustadt z.B. wäre erst einmal die Herstellung von Stabilität gut.

■ Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts *Reiner Haselhoff* ordnete in seinem Vortrag die Situation gleichfalls in einen größeren Rahmen ein, akzentuierte aber etwas anders: Plattenbausiedlungen müssten keine unattraktiven Wohngebiete sein, wenn sie mit anderen Angeboten kombiniert werden, etwa Digitalisierung oder flankierenden Offerten, um in fortgeschrittenen Lebensphasen ein selbstbestimmtes Leben realisieren zu können. Vergleiche man zudem die Plattenbausiedlungen mit ländlichen Gebieten, dann schärfe das den Blick für die vorhandenen Qualitäten.

Damit waren auch die Hauptpunkte gesetzt, welche die weiteren Beiträge und Diskussionen dominierten: Im Mittelpunkt stand der Zusammenhang von Segregation sowie Wohn- und Lebensqualität.

Zumindest in den Großwohnsiedlungen – nicht immer in den kleineren Plattenbauquartieren – gebe es infrastrukturell das meiste, was im allgemeinen gewünscht wird: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was fehle, seien wirkliche Begegnungsorte und gelebte Nachbarschaft. Kultur werde überwiegend von freien Trägern angeboten, Partizipation über Projektförderungen organisiert. Selbst Quartiersmanagement müsse immer wieder über Fördermittel neu ausfinanziert werden.

Ebenso fehlten Orte urbanen Lebens, also der Begegnung im öffentlichen Raum, die über eine hohe Aufenthaltsqualität verfügen. Nötig seien solche zentralen Treffpunkte aber, um die Siedlungen als beheimatend erfahren zu können. Sie sollten öffentlichen Raum, Nahversorgung, (Sozio-)Kultur, Kunst, Nachbarschaftszentrum und freies WLAN verbinden. Generell muss (weiter) in die Gestaltung der Lebensqualität investiert werden. Hier braucht es

- soziale, kulturelle und Bildungs-Angebote, vor allem für finanziell schwache oder ausgegrenzte Kinder sowie Alleinerziehende, Geflüchtete und Ältere
- die Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation, z.B. durch Unterstützung von Initiativen der Stadtteilbewohner.innen
- eine ausgewogene Mischung günstigen – z.B. noch nicht vollsanierten – und höherwertigen Mietwohnraums
- Erhalt bzw. Schaffung von Gewerberaum und multifunktionellen Räumlichkeiten, u.a. für Firmen, Kinder- und Jugendarbeit, Veranstaltungen sowie Aktivierungen im zweiten und dritten Beschäftigungssektor

Workshop im IWH Halle am 1.7.2019

v.l.n.r.: Prof. Klaus Friedrich (bis 2015 EPF-Sprecher), Dr. Reiner Haseloff (MP), Prof. Peer Pasternack (EPF-Sprecher)

- Erhalt und bei Bedarf Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, städtischen Plätzen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV

Für die ältere Generation sind intensivierte Anstrengungen nötig, Wohnraum und -umfeld barrierefrei zu gestalten. Zahlreiche Wohnungsgesellschaften investieren bereits entsprechend, um Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen, sie also nicht als Mieter zu verlieren.

Zugleich erreicht inzwischen eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge fallen sehr viel geringer aus als die der vorangehenden Generation. Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in den Plattenbausiedlungen heute zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersarmut müssen daher Sanierungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.

Besonders heikel sind die hohen Anteile unter den Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Im Durchschnitt lag die Kinderarmutsquote 2005 bis

Handlungserfordernisse und -optionen

Probleme	Lösungen
soziale Segregation	Vermeidung weiterer sozialer Entmischung: selektiven Fort- und Zuzügen entgegenwirken durch • andere Kalkulation von KdU-Sätzen • Rückerwerb von Fondsgesellschafts-Immobilien • Sozialwohnungsneubau nicht mehr in Plattenbau-, sondern gut situierten Gebieten
soziale Integration	Begegnungsorte im öffentlichen Raum und gelebte Nachbarschaft durch • zentrale Treffpunkte mit Nahversorgung, (Sozio-)Kultur, Kunst, Nachbarschaftszentrum, freiem WLAN • Dauerfinanzierung Quartiersmanagement aus städtischem Haushalt, da Daueraufgabe Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation – Unterstützung von Initiativen Steigerung der Lebensqualität: • Erhalt/Schaffung von Gewerberaum und multifunktionellen Räumlichkeiten • Erhalt/Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV • Wohnraum und -umfeld barrierefrei für Senioren und Familien
Kinder in Bedarfsgemeinschaften	Bildung = Ertüchtigung für ein Leben jenseits der Prekarität: • Bedarfsanpassung der Betreuungsstruktur incl. (Personal-)Ressourcen • Bedarfsanpassung der Schulinfrastruktur • Absenkung Schulabbrecherquote: jährlich –1 Prozentpunkt • Herstellung Ausbildungsfähigkeit: jährlich +1 Prozentpunkt • Angleichung Übergangsquote zum Gymnasium an Landesdurchschnitt: jährlich +1 Prozentpunkt
Abriss-Image	• Abbruchmaßnahmen mit Umbaumaßnahmen zeitlich koppeln: Erfahrbarkeit des Gewinns, der mit dem Abriss möglich wird. • Sekundäre Nachnutzung der Betonressourcen im Wohn- und Nichtwohnbau, für Ergänzungsbauten zur Aufwertung des Wohnumfeldes, als landschaftsgestaltende Elemente
Wohnpräferenzen	Anpassung an veränderte Nutzungsbedürfnisse durch Umbau der Bestände und Wohnungsangebotserweiterung: • monotone Struktur aufbrechen • Teilrückbau • Grundrissveränderungen • Fassaden- und Dachgestaltung • Modernisierung und/oder Sanierung • Wohnumfeldverbesserungen • infrastrukturelle Anpassungen preiswerte Wohnungen für Rentner.innen mit gebrochenen Erwerbsbiografien
Wohnraummangel in Altstädten	• Plattenbausiedlungen als Reserve • ausgewogene Mischung günstigen und höherwertigen Mietwohnraums • Verbünde mit Wohnbauten am Rande der Plattenbausiedlungen → Wohnquartiere mit eigenen Quartiersidentitäten, statt Großwohnsiedlung mehrere überschaubare Siedlungen unterschiedlichen Charakters

2014 in den Plattenbausiedlungen zwischen 38 und 49 Prozent. Die Betreuungs- und Schulinfrastruktur ist vielfach erweiterungs- und sanierungsbedürftig. Für angemessene Bildung, also das künftig individuell realisierbare Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe, ist diese jedoch eine zentrale Voraussetzung. Die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen muss für ein Leben jenseits der Prekarität ertüchtigt werden. Das diesbezügliche Ziel lässt sich schlicht formulieren: Es soll dereinst kein biografischer Nachteil gewesen sein, seine Kindheit und Schullaufbahn in einer Plattenbausiedlung verbracht bzw. absolviert zu haben.

In den Großwohnsiedlungen bündeln sich die Problemlagen besonders. Doch sind sie nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme

Die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte in den Plattenbausiedlungen hat benennbare Ursachen:

- selektive Fort- und Zuzüge mit der Folge einer sukzessiven sozialen Entmischung,
- die politisch kalkulierten Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU), für die sich Wohnungen zum größten Teil nur in Plattenbauten finden lassen, sowie
- rein renditeorientierten Strategien einiger privater Eigentümer, insbesondere Investmentfonds, die auf Sanierungen gänzlich verzichten oder nur Schlichtsanierungen realisieren.

Die beiden letztgenannten Ursachen stehen politischer Bearbeitung durchaus offen. Indem den Plattenbausiedlungen nicht nur mangelnde bauliche Attraktivität zugeschrieben wird, sondern sie auch zu sozialen Brennpunkten geworden sind, sinkt ihre soziale Attraktivität zusätzlich. Ein wesentlicher Grund dafür: Sozialwohnungen sind bisher vor allem in diesen Gebieten zu finden. Hier besteht die Option, Neubauten in besseren Wohnlagen mit strikten Auflagen für einen Sozialwohnungsanteil zu versehen.

☞ Peer Pasternack: **Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute. Transferworkshop der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt**, EPF, Halle (Saale) 2019, 28 S. URL https://expertenplattform-dw.de/files/2019/09/EPF-Workshop-Bauhaus-Erbe-Brosch%C3%BCre-2019.pdf

☞ Peer Pasternack (Hg.): **Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen heute**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 211 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_BWV_Plattenbaubuch_Online.pdf

Kein Streitfall mehr?

Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem 50-Jahre-Jubiläum

2014 hatte sich die Gründung Halle-Neustadt zum 50. Male gejährt. Fünf Jahre danach wurden zwei Fragen gestellt: Hat die 2014 erhöhte Aufmerksamkeit dazu geführt, dass eine größere Souveränität im Umgang mit den Problemen des größten Stadtteils Halles gewonnen werden konnte? Ließ sich seither für die zentralen Herausforderungen, vor denen die Neustadt stand und steht, ein produktiver Bearbeitungsmodus finden?

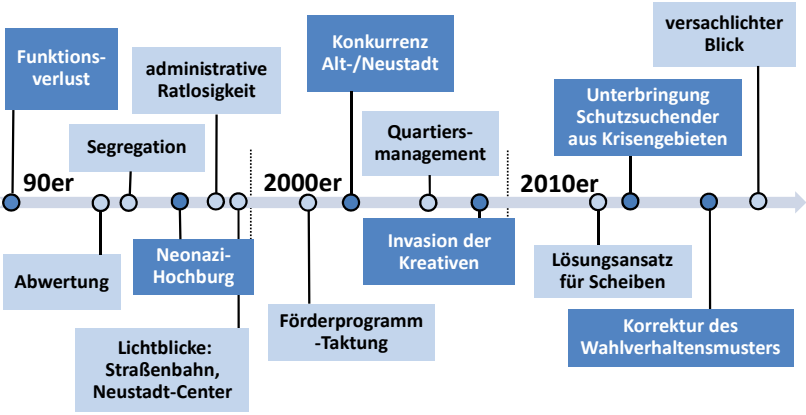
Das 50-Jahres-Jubiläum war ein vornehmlich lokales Ereignis geblieben, obgleich das Entstehen der Plattenbaustadt für fast 100.000 Einwohner seinerzeit international beachtet und häufig mit der Niemeyerschen Umgestaltung Brasilias (1957–1964, seit 1987 Weltkulturerbe) verglichen worden war. Das Jubiläum 2014 brachte eine deutliche Aufmerksamkeitssteigerung für die Probleme des Stadtteils – Schrumpfung, Segregation, Bildungsarmut und ein entsprechendes Image – mit sich.

Die 90er Jahre waren geprägt gewesen durch den Funktionsverlust als Chemiearbeiterstadt, den Wegzug von 70 Prozent der Einwohner des Jahres 1989, den Zuzug von Menschen, die ‚vom Amt' finanziert werden, eine Abwertung der bisher als privilegiert empfunden Wohnsituation und die (damals berechtigte) Markierung als Neonazi-Hochburg. Der ursprünglich tatsächlich sozial gedachte Wohnungsbau mutierte nun zum sozialen Brennpunkt. Abgerundet wurde all dies durch administrative Ratlosigkeit, wie diesem Problemfall beizukommen sei.

Einzelne Lichtblicke gab es freilich auch: Eine erste Sanierungswelle hatte einen beträchtlichen Teil der Wohnungen erfasst. 1998 bereits waren 70 Prozent des Neustädter Wohnungsbestandes voll- oder teilsaniert. Große Investitionen wie das Halle-Neustadt-Center (eröffnet 2000) und die Einbindung der Neustadt ins Hallesche Straßenbahnnetz (stufenweise von 1999 bis 2003)

gaben Anlässe zu der Hoffnung, dass der Stadtteil eine positive Zukunft haben könne. Mit den Programmen „Stadtumbau Ost“, „URBAN 21“, „Soziale Stadt“ und der IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ setzte sich dann in den 2000er Jahre die Förderprogramm-Taktung der Stadtteilentwicklung fort.

1990–2019: 30 Jahre Halle-Neustadt in Stichworten



Das Jahrzehnt, in welches das 50. Gründungsjubiläum fiel, hat kommunalpolitisch einen versachlichten Blick auf die Neustadt gebracht. Werden die fünf Jahre nach dem Jubiläum resümiert, so lassen sich die folgenden zentralen Entwicklungen beschreiben:

- *Neustadt-interne Kontraste:* Die Neustadt ist intern differenzierter, als dies von außen wahrgenommen wird. Die Leerstandsquoten sind in der östlichen und nördlichen Neustadt gering. Auch die Sozialdaten unterscheiden sich deutlich (wenngleich alle vier Neustadt-Quartiere nach wie vor in die Kategorie „Hoher Problemdruck“ fallen). Das aktuelle ISEK 2025 arbeitet mit dem neuen Gebietskonzept „Hallescher Westen“, das neben der Neustadt auch die Stadtteile Nietleben und Heide-Süd umfasst. Indem die Neustadt nicht mehr als monolithischer Block gesehen wird, sondern als ein aus mehreren kleineren Quartieren bestehendes Gebilde, können ggf. auch in Kooperation mit umliegenden Stadtteilen, etwa Nietleben, Entwicklungspotenziale gehoben werden.
- *Sozialprofil:* Die Arbeitslosigkeit nimmt in Halle-Neustadt ab, ohne dass sich damit zwingend auskömmliche Familieneinkommen ergeben. Der Transferleistungsbezug nimmt aber zu. Die Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit verbessern sich. Dabei fallen daher

dennoch sämtliche dieser Daten deutlich schlechter als im Durchschnitt Halles insgesamt aus. Besonders heikel ist der Umstand, dass 60 Prozent der Neustädter Kinder in Bedarfsgemeinschaften leben.

*Einschätzungen der Lebenszufriedenheit (in %)**

Raumeinheit	Bewertung	1994	1999	2005	2009	2012	2017
Halle-Neustadt	Unzufrieden	14,8	15,4	23,5	16,6	13,2	11,5
	Zufrieden	46,2	57,6	42,5	55,9	58,1	65,6
Silberhöhe	Unzufrieden	11,1	14,2	26,3	11,6	19,1	11,2
	Zufrieden	48,7	43,0	38,0	54,1	47,8	60,7
Giebichenstein	Unzufrieden	11,5	15,6	12,0	4,9	9,2	5,4
	Zufrieden	55,8	57,9	71,8	77,5	76,7	80,8
Halle-Gesamt	Unzufrieden	12,5	12,2	18,3	11,3	11,2	9,3
	Zufrieden	48,8	60,9	54,0	65,9	67,2	73,1

* Referenzgröße zur Bestimmung der Prozentwerte sind jeweils die Gesamtgrößen pro Stadtteil. Die Angaben ‚unzufrieden' und ‚sehr unzufrieden' sowie ‚zufrieden' und ‚sehr zufrieden' wurden in ‚unzufrieden' bzw. ‚zufrieden' zusammengefasst. Die Angabe ‚teils teils' blieb unberücksichtigt. Die Berechnungen für Halle-Neustadt ergeben sich aus den Kumulierungen der Neustadt-Quartiere.

Quellen: Bürgerumfragen MLU, Institut für Soziologie 1994-2009; Zentrum für Sozialforschung 2012-2017; eigene Darstellung

■ *Politisches Profil:* Die Wahlentscheidungen korrespondieren nur gering mit den (Un-)Zufriedenheitswerten: Die individuelle wirtschaftliche Lage bewerten knapp 16 Prozent als schlecht, unzufrieden mit dem eigenen Leben sind 11,5 Prozent. Die AfD bindet in Wahlen stabil ein Viertel der (wählenden) Neustädter Bevölkerung. CDU, SPD und FDP als die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden, erreichten in Halle-Neustadt 2014–2019 Zustimmungswerte zwischen 30 und 46 Prozent. Offenkundig wird die AfD auch als Partei gewählt, mit deren Stärkung sich der etablierte Politikbetrieb am intensivsten ärgern lässt. Zuvor hatte diese Rolle die Linke wahrgenommen: In den zwölf Wahlen (Kommune, Land, Bund) von 1994 bis 2017 setzte sie sich fünfmal als stärkste Partei durch. Sie war damit in Halle-Neustadt häufiger stärkste politische Kraft als CDU und SPD zusammen.

■ *Am Südpark:* Am Beispiel des Wohngebiets Am Südparks wird deutlich, wie sich eine rein auf Rendite und KdU-Vermietung ausgerichtete Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes auswirkt: Sie fördert die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte. So weist das Wohngebiet eine weit fortgeschrittene Entwicklung zum Armutsgebiet auf, die als dramatisch

zu bezeichnen ist. Zu der dortigen Konzentration von Armutshaushalten ist es nicht zufällig gekommen, und völlig singulär ist die Problemkonzentration auch nicht: Das Wohngebiet ist ein paradigmatisches Beispiel für die Verarmung von Teilen der ostdeutschen Großwohnsiedlungen, aber auch für das Geschäft, das damit gemacht wird. Die Bewohner artikulieren dies auch als Befürchtung einer Ghettoisierung. Sie schreiben diese jedoch nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern der Anwesenheit von zugewanderten Roma zu.

- *Schulen:* Es gibt deutliche Differenzen zwischen den Schulen, die sich besonders kontrastreich zeigen, wenn man die Grund- und die Sekundarschule an der Kastanienallee und die Heinrich-Heine-Schule im Westen Neustadts betrachtet. In letzterer, bis dahin eine abgehängte Sekundarschule, wurde 2014 ein Öffnungsprozess begonnen: durch Aufwertung außercurricularer Inhalte, die Erweiterung des Kompetenzspektrums von Lehrkräften, Hinwendungen zu privaten Unternehmen, Vernetzung mit der Universität sowie multimediale Öffentlichkeitsarbeit hin zu einer höherwertigen Gemeinschaftsschule mit sehr spezifischem Profil. Deutlich gestiegene Anmeldezahlen aus dem gesamten Stadtgebiet Halles waren die Folge. Die Schulen an der Kastanienallee hingegen sind gekennzeichnet durch bis zu 75prozentige Belegungen der Klassen mit Schülern nichtdeutscher Muttersprache und einer Personalausstattung, die dieser Belegungssituation in keiner Weise Rechnung trägt. Zwei Brandbriefe aus dem Lehrerkollegium der Sekundarschule an den Ministerpräsidenten machten dies öffentlich (und bewirkten inzwischen, wenn auch eher sachte, Umsteuerungen).

- *Senioren:* Die Generation hochbetagter Senioren aus dem Erstbezug Halle-Neustadts hatte großteils Vorruhestandsregelungen an Anspruch nehmen können oder verfügt aufgrund ungebrochener Erwerbsbiografien über eine auskömmliche Rente. Das wirkt sich in den Quartieren noch stabilisierend aus. Doch inzwischen erreicht eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge fallen viel geringer aus. Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in Halle-Neustadt heute zur Verfügung stehen. Die Wohnungsgesellschaften investieren beträchtlich in barrierearme Umbauten, um den Bedürfnissen der älter werdenden Bewohner.innen zu entsprechen. Dabei müssen aber vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersarmut Sanierungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.

Neubauten: Einzelne Rückbaubrachen wecken inzwischen das Interesse von Investoren, die zeitgemäßen Wohnungsbau realisieren wollen. Damit kann

sich die Chance ergeben, das Wohnungsangebot zu erweitern, um ein breiteres Spektrum potenziell interessierter Mieter anzusprechen. Dies ist allerdings ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Bisher sind attraktive Wohnprojekte immer durch inner-neustädtischen Bezug belegt worden: Wer eine dieser Wohnungen bezog, verließ zugleich in der Neustadt eine andere. Sofern der Zuzug von neuen Mietern nach Halle-Neustadt ausbleibt, werden sich erneute Wohnungsleerstände ergeben.

Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in Halle-Neustadt heute zur Verfügung stehen

Blick über Halle-Neustädter Dächer zum Wissenschaftsquartier Weinberg Campus/Heide-Süd

■ *Zukunftsstadt?* Der Bundeswettbewerb „Zukunftsstadt“ war 2017/18 genutzt worden, um Energien zu bündeln. Der Wettbewerb bot die Chance, für das, was ohnehin zu erledigen ist, Unterstützung zu organisieren. Die Mobilisierung und Zusammenarbeit förderte – zumindest bei den (zahlreichen) beteiligten Akteuren – das Aufkeimen einer gemeinschaftlichen Aufbruchstimmung. Da die Saale zwischen Alt- und Neustadt bislang als „Bildungsäquator“ gilt, erscheint zweierlei sehr sinnvoll: sich vor allem auf die bildungsbezogenen Projekte zu konzentrieren sowie eine Anbindung an Halles Charakter als

Kultur- und Wissenschaftsstadt, von dem die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt ist, zu organisieren. Erstmals gelang es im Zukunftsstadt-Wettbewerb auch, Wissenschaftsakteure in größerer Zahl einzubinden. Die Neustadt bot im Zuge der Wettbewerbsteilnahme Beteiligungschancen, die unmittelbar anschlussfähig zu den eigenen Tätigkeitsbereichen waren. Es zeigte sich, was auch andernorts die Beteiligung von Wissenschaftler.innen an lokalen Aktivitäten prägt: Die Wissenschaft engagiert sich nicht ‚an sich', sondern wenn es Schnittmengen zwischen Erkenntnis- und Entwicklungsinteressen gibt. Daneben regte die Aussicht auf nicht unerhebliche Fördermittel die Mitwirkungsbereitschaft an. Und schließlich waren mit der Beteiligung vergleichsweise leicht Legitimationsgewinne – lokales Engagement für den Sitzort – einzufahren.

Visualisierte Zukunftsstadtvision aus dem Fraunhofer IMWS Halle

© Norman Klüber/Fraunhofer IMWS

☞ Peer Pasternack (Hg.): **Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2019, 265 S. Inhaltsverzeichnis und Leseprobe: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Ha-Neu-Buch-2019_Inhalt-u-Leseprobe.pdf

Forschungslandkarte Demografischer Wandel

Immer wieder wird darauf verwiesen, dass es nicht in erster Linie an validem wissenschaftlichen Wissen zu den Problemen des demografischen Wandels mangele. Zwei Informationsübersichten zeigen, in welch reichem Maße solche Expertise regional in Sachsen-Anhalt und überregional verfügbar ist.

Welches Wissen existiert in Sachsen-Anhalt zum demografischen Wandel? Wo findet sich dieses Wissen? Wer sind Expertinnen und Experten für entsprechende Themen? Ein Mangel an Wissen und Experten herrscht nicht, doch bereitet die Zugänglichkeit mitunter Probleme. Deshalb hat HoF zwei umfängliche Informationsübersichten erarbeitet, die zu diesem Wissen hinführen – eine online und eine im Printformat (die aber gleichfalls auch online zur Verfügung steht).

Dabei wurde nicht nur die Expertise der Wissenschaft, sondern auch diejenige der Praxis berücksichtigt, insbesondere solcher Wissensträger, die mit den entsprechenden Problemen vor Ort konfrontiert sind. Die Wissenslandkarten zeigen, in welch reichem Maße Expertise verfügbar ist, und sie zeigen ebenso, dass bei Land und Kommunen eine Nachfrage danach besteht. Der Großteil der gebotenen Informationen ist online zugänglich, und die Expertise-Übersichten liefern die entsprechenden Verlinkungen.

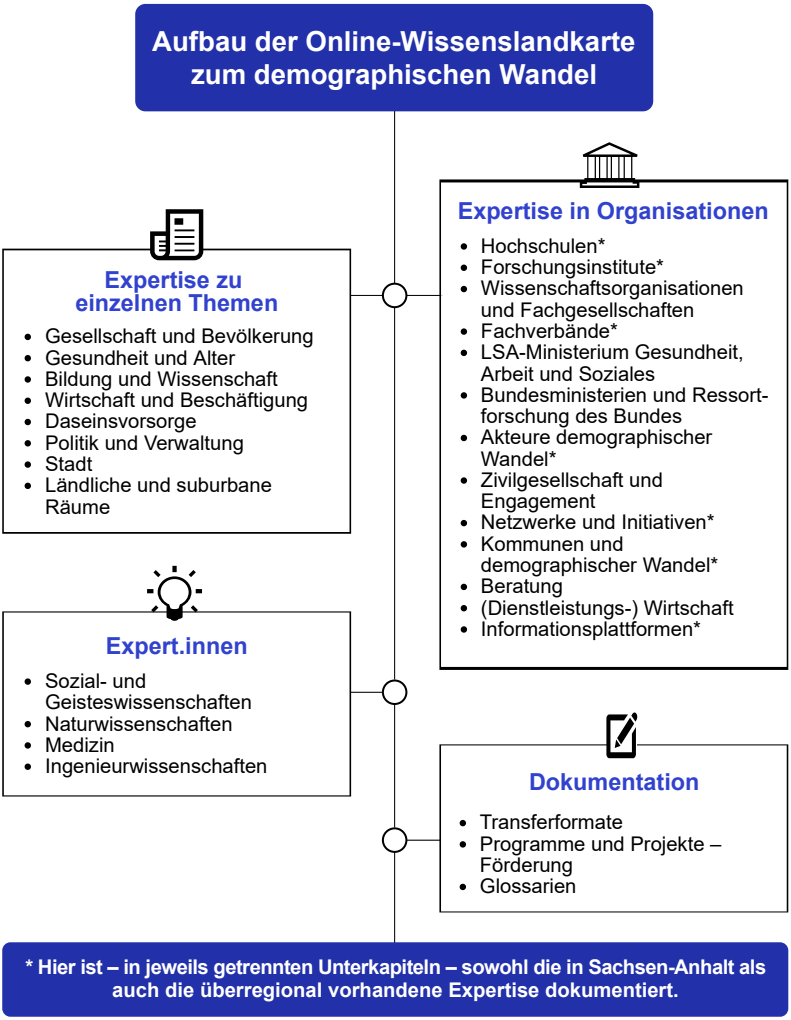
Die Forschungslandkarten zur demografierelevanten Forschung fokussieren auf Sachsen-Anhalt (und die ostdeutschen Länder), gehen aber zugleich darüber hinaus, da die Probleme und vorhandenes Problembearbeitungswissen auch andernorts zu finden sind. Die Recherchen haben einen reichen Ertrag gebracht:

- Entstanden sind Navigationsinstrumente hin zu dem einschlägigen Wissen, die drei Kapitel umfassen: Expertise zu einzelnen Themen, Expertise in Organisationen und Expert.innen. So werden drei unterschiedliche Blickrichtungen ermöglicht, um Zugang zu den Informationen zu erhalten.
- Thematisch sind die Kapitel gegliedert nach „Gesellschaft und Bevölkerung“, „Gesundheit und Alter“, „Bildung und Wissenschaft“,

Ein Mangel an Wissen und Experten herrscht nicht, doch bereitet die Zugänglichkeit mitunter Probleme. Dem wurde nun abgeholfen

„Wirtschaft und Beschäftigung“, „Daseinsvorsorge“, „Politik und Verwaltung“, „Stadt“ sowie „Ländliche und suburbane Räume“.

Gerade in Sachsen-Anhalt zeigt sich, dass ebenso Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin, wie auch Geistes-und Sozialwissenschaften zahlreiche gewichtige Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Ebenso zeigt sich, dass die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in ihren Regionen sehr aktiv sind.



Deutlich wird: Die Hochschulen und Wissenschaft Sachsen-Anhalts stellen sich den regionalen Herausforderungen, und sie entwickeln eine beachtliche Leistungsfähigkeit dabei. Die Übersichten erleichtern nicht nur die Navigation durch die reichhaltigen Wissensressourcen. Sie können nicht zuletzt auch den Wissenstransfer fördern und Kooperationen erleichtern.

☞ Gerhard Wünscher: **Demographischer Wandel. Expertise aus Wissenschaft und Praxis**, unt. Mitarb. v. Alexandra Katzmarski, Peer Pasternack und Steffen Zierold, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 217 S. URL https://expertenplattform-dw.de/expertise-demografischer-wandel.pdf

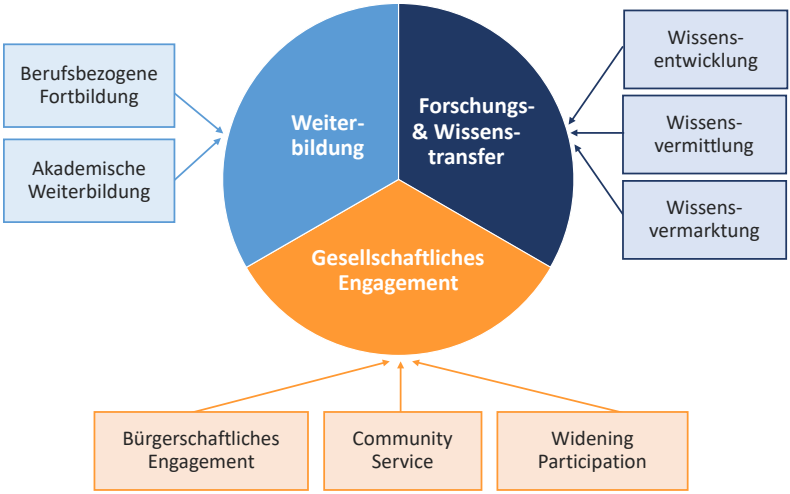
☞ Alexandra Katzmarski / Peer Pasternack / Gerhard Wünscher / Steffen Zierold: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demographie**, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 95 S. URL https://expertenplattform-dw.de/Landkarte-Demographie.pdf

Third Mission Sachsen-Anhalt

Die sog. Third Mission umfasst all die Leistungen, die Hochschulen neben ihren ersten beiden Aufgaben – Lehre und Forschung – erbringen: Weiterbildung, Wissenstransfer und gesellschaftliches Engagement. Wie steht es um die Third Mission der sachsen-anhaltischen Hochschulen? Und welche Rolle spielt sie in Außenkommunikation der Hochschulen?

Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf die Third Mission eine besondere Hochschullandschaft: Die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen nehmen explizit Bezug auf diesen dritten Leistungsbereich. Die Hochschulen haben sich in ihren Hochschulentwicklungsplänen eigene Third-Mission-Ziele gesetzt. Und Sachsen-Anhalt gehört aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung zu den am meisten herausgeforderten Bundesländern, was die Erreichung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ angeht – entsprechend hoch sind auch die Erwartungen an die ansässigen Hochschulen, hierzu Beiträge zu leisten.

Systematik der Third Mission



Untersucht wurden Stand, Perspektiven und Kommunikation der Third Mission an zwei sachsen-anhaltischen Hochschulen, der Otto-von-Guericke-Uni-

versität Magdeburg (OVGU) und der Hochschule Merseburg (HoMe) – und das heißt: einer Universität und einer HAW, einer Hochschule im Norden und einer im Süden, einer groß- und einer mittelstädtischen Hochschule.

Stadt und Universität *Magdeburg* haben sich die Ziele gesetzt, überregional Studierende durch ein positives Image der Universität anzuziehen sowie durch Profilbildung im MINT-Bereich Forschungskooperationen mit Unternehmen auszubauen. Die Stadt selbst sieht sich als Leitfigur der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region. An der OVGU Magdeburg ist die Third Mission folgenderweise gekennzeichnet:

- Interaktionen mit externen Partnern finden in Magdeburg überwiegend mit der Wirtschaft statt, allerdings ebenso in nennenswerter Anzahl mit der Zivilgesellschaft.
- Besonders auffällig sind zahlreiche Angebote für Nichtstudierende, vor allem Kinder/Jugendliche und Senioren, sowie kulturelle Aktivitäten.
- Als Hindernis für die Entwicklung der Third Mission wird deren dezentrale und vielfach an Projektmittel gekoppelte Struktur wahrgenommen.

Hinsichtlich der *Kommunikation* der Third Mission ergab die Untersuchung an der OVGU:

- Die öffentliche Berichterstattung zur Third Mission findet vor allem über die Abteilung Kommunikation und Marketing statt, wobei einige Wissenschaftler.innen über eigene Pressekontakte verfügen. Thematisch liegt der Schwerpunkt auf MINT.
- Gehemmt ist die Öffentlichkeitsarbeit durch das Fehlen einer systematischen Erfassung der zahlreichen Third-Mission-Aktivitäten sowie die fehlende Personalkapazität, um daran etwas zu ändern. Effizienter Technologieeinsatz bleibt hinter den eigenen Wünschen zurück. Ferner wirkt die Notwendigkeit, fachliches Wissen allgemeinverständlich zu übersetzen, begrenzend.

Good-Practice-Beispiele an der OVGU

■ *Bildung im Alter:* Es handelt sich um ein fächerübergreifendes Angebot für ältere Erwachsene, das den Zugang zur wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung ermöglicht. Darin enthalten sind Spezialveranstaltungen zu „Studieren ab 50“ als Angebote der Fakultäten und Institute. Ausgewählte Lehrveranstaltungen sowie des Lehrangebotes „Studium Generale“ sind für Gasthörer geöffnet. Außerdem bieten ältere Menschen eigene Lehrveranstaltungen für ältere Menschen an.

■ *Lange Nacht der Wissenschaften*: Die OVGU beteiligt sich an der Wissenschaftsnacht in Magdeburg, die zuletzt mehr als 18.000 Besucher.innen erlebten. Insge-

samt umfasst die Wissenschaftsnacht über 200 Aktionen, die in mehr als 35 Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Industrie stattfinden.

■ *Meile der Demokratie*: Jedes Jahr im Januar findet die Demonstration für Toleranz und gegen Rassismus statt. Zeitlich um den Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs während des Zweiten Weltkriegs herum platziert, richtet sich die Veranstaltung gegen Versuche, den Jahrestag revisionistisch zu vereinnahmen. Sie wird durch ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis getragen, an dem beide Magdeburger Hochschulen beteiligt sind. Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit ist auch ein dauerhaftes Thema in der Berichterstattung der Hochschulzeitschrift „uni:report". Die OVGU geht dabei im Vergleich zu anderen sachsen-anhaltischen Hochschulen offensiver mit diesem Problem um, das – obwohl Sachsen-Anhalt davon insgesamt betroffen ist – in deren Zeitschriften keine oder nur marginale Aufmerksamkeit findet.

■ Kante e.V.: Der Name steht für „Kultur auf neuem Terrain erleben" und ist als gemeinnütziger Verein eine Plattform für kreative Kulturprojekte in und für Magdeburg. Entstanden ist der Verein, der mittlerweile über 150 Mitglieder hat, aus einer Initiative von Studierenden des Studiengangs „cultural engineering" der OVGU.

In Stadt und Hochschule *Merseburg* erleben die Bewohner und Kenner der Stadt das kulturelle Angebot als vielseitig und belebend, wodurch die Lebensqualität höher geschätzt wird als von Außenstehenden, welche die Stadt nicht persönlich kennen. Vor diesem Hintergrund kooperieren Hochschule und Stadt besonders aktiv:

- Interaktionen der Hochschule finden sowohl mit der Wirtschaft als auch der Zivilgesellschaft statt.
- Weiterbildung wird in Kooperation mit weiteren Hochschulen realisiert. Prägnanteste Third-Mission-Aktivität ist das Deutsche Chemie-Museum (s. Kasten).
- Gewünscht wird für die Intensivierung der Third Mission noch mehr Unterstützung, z.B. durch größere Flexibilität innerhalb der Hochschule und administrative Assistenz. Hemmend wirkten sich Planungsunsicherheiten durch befristete Finanzierungen aus.

Good-Practice-Beispiel: Chemiemuseum Merseburg

Das Deutsche Chemie-Museum Merseburg (dchm) ist nach eigener Aussage einzigartig in Europa, was die Aufbereitung der Geschichte der chemischen Forschung und der Chemieindustrie für ein öffentliches Publikum betrifft. Gegründet 1993, verfolgt es einen differenzierten Ansatz zur Wissensvermittlung:

- Die Besucher können sich eigenständig und spielerisch durch Experimentieren Wissen aneignen.
- Es stellt als Museum Inhalte und Objekte aus, und

- es gewährt Zugang zu einer Sammlung originaler Anlagen und Apparate der chemischen Industrie des 20. Jahrhunderts in einem Technikpark.

Die Hochschule Merseburg ist in vielfältiger Weise am Wirken des dchm beteiligt. Der Vorstand des Fördervereins „Sachzeugen der chemischen Industrie e.V." setzt sich vorwiegend aus WissenschaftlerInnen der HoMe zusammen. Das Museum nutzt Liegenschaften und Räumlichkeiten der Hochschule. Zudem trägt es, gemeinsam mit dem Förderverein und der Hochschule, das überaus erfolgreiche Schülerprojekt „Chemie zum Anfassen" mit rund 10.000 Teilnehmer.innen pro Jahr und übernimmt dessen Organisation.

Neben dem Museum stellt der Verein einen Integrations- und Anlaufpunkt für frühere Mitarbeiter.innen des Chemiesektors dar. Wissensressourcen in diesem Bereich werden so unabhängig von Projektlaufzeiten und institutioneller Verankerung am Standort Merseburg gehalten.

Weitere Informationen unter http://www.deutsches-chemie-museum.de/

Hinsichtlich der *Kommunikation* der Third Mission ergab die Untersuchung an der Hochschule Merseburg:

- Die Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle wird durch weitere Akteure unterstützt und ergänzt – z.B. durch Webseitenredakteure oder den Rektor. Die Homepage und das Hochschulmagazin sind die wichtigsten Formate hierfür.
- Da die Pressestelle eher klein ist, wird ein Teil der redaktionellen Arbeit durch Ansprechpartner in den Fachbereichen abgedeckt. Da keine systematische Erfassung der Third Mission stattfindet, wird die Pressestelle so zumindest auf die meisten Aktivitäten mit Potenzial für die Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen. Nicht alle Wissenschaftler.innen zeigen allerdings ein Gespür für die Bedeutung von Wissenschaftskommunikation.

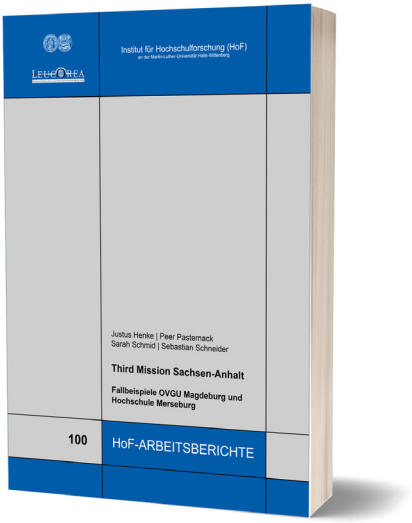
Nicht nur an den beiden Fallhochschulen, sondern generell weisen Hochschulen verschiedene Stärken und Schwächen auf, welche die interne und externe Kommunikation der Third Mission beeinflussen:

- Zahlreiche Aktivitäten bleiben nahezu unsichtbar für nicht involvierte Gruppen, für die Hochschulleitung und die Öffentlichkeitsarbeit. Da ist vor allem durch die häufige Dezentralität und den informellen Charakter des Engagements von Einzelpersonen bedingt.
- Viele Hochschulangehörige wissen nicht, dass ihre Aktivität zur Third Mission der Hochschule gezählt werden könnte und dass diese kommuniziert werden soll. Dies liegt vor allem an einem unklaren Verständnis, was alles zur Third Mission zählt.

- Das Fehlen einer systematischen Erfassung der Aktivitäten steht einer konsequenten Berichterstattung im Weg. Für diese wiederum steht momentan nur eine bedingt geeignete informationstechnische Infrastruktur bereit.

Beide untersuchten Hochschulen sind anschauliche Beispiele für ein typisches Third-Mission-Phänomen, das sich in dem Satz zusammenfassen lässt: Niemand weiß so ganz genau, was Third Mission ist, aber viele betreiben Third Mission. Doch auch im übrigen lässt ein Vergleich von OVGU und Hochschule Merseburg mehr Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten als Unterschiede erkennbar werden:

■ Hinsichtlich der Aktivitäten wird deutlich, dass es inzwischen ein bestimmtes Standardrepertoire an Third-Mission-Aktivitäten gibt: Kinderuni und Schülerarbeit, Seniorenuniversität, strukturierte Weiterbildungsangebote, Career Center, Technologie Transfer Zentrum, Existenzgründer-Unterstützung sowie Lange Nacht der Wissenschaften.



■ Die Formate, in denen die Öffentlichkeit (unter anderem) über Third-Mission-Aktivitäten unterrichtet wird, sind an beiden Hochschulen sehr vielfältig: Hochschulwebseite und -zeitung, Social-Media-Plattformen, Veranstaltungskalender, Rektoratsbericht, Jahrbuch. Hier zeigen sich die Wirkungen einer in den letzten Jahren expandierten Öffentlichkeitsarbeit, mit der sämtliche Hochschulen versuchen (müssen), in einer harten aufmerksamkeitsökonomischen Konkurrenz zu bestehen.

■ Dagegen ist die informationstechnische Infrastruktur für viele Anliegen, so auch die der Third Mission, suboptimal aufgestellt. Das ist wiederum kein Spezifikum der Fallhochschulen, sondern gilt für nahezu alle deutschen Hochschulen. Über ein wirklich integriertes Campus-Management-System verfügt deren übergroße Mehrheit nicht – was auch jenseits der organisatorischen Unterstützung, Dokumentation und Kommunikation der Third Mission durchaus beunruhigen darf.

- Es gibt bislang kaum wirksame Anreize für Professorinnen und Professoren, an Third-Mission-Aktivitäten mitzuwirken. Primär resultiert das Engagement aus jeweils individuellem Antrieb. Hinderlich wirkt dabei die übliche hohe Zeitbelastung von Professor.innen.
- Sowohl in Magdeburg als auch Merseburg gibt es bemerkenswert aktive Studierendengruppen, die nicht nur in und für die jeweilige Stadt wirksam werden, sondern die Stadt ausdrücklich als Aktionsraum nutzen und adressieren.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass es für Third-Mission-Aktivitäten keine prinzipiellen Begrenzungen gibt, die etwa in Hochschulgröße, -art und -profil, Sitzstadtgröße oder wirtschaftlichem Umfeld verhindernde Ursachen fänden. Beide untersuchten Hochschulen hatten vor dem Untersuchungszeitraum noch keine systematische Entwicklung der Third Mission insgesamt betrieben – und dennoch ist ein beachtliches Aktivitätsspektrum entstanden, das in den lokalen und regionalen Gegebenheiten Herausforderungen identifiziert, die zu bearbeiten sich lohnt. Das Lohnenswerte dabei ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass die aufgesetzten Aktivitäten auch Lehre und Forschung – also den ersten beiden Missionen einer Hochschule – Impulse zu geben vermögen.

☞ Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: **Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016, 92 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/AB_100_ThM-LSA.pdf

Expertisen zur Wissenschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt

25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt

Wissenschaftspolitik umfasst in ihrem Kern die Forschungs- und die Hochschulpolitik. In diesen Policy-Feldern werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für die inhaltlichen Leistungserbringungen der Wissenschaft schaffen und erhalten. Wie sah es diesbezüglich in den ersten 25 Jahren nach der Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt aus? Die zentralen wissenschaftspolitischen Entwicklungen wurden anhand ihrer prägenden Konkurrenzen und Konflikte verdichtend resümiert.

Wie in jedem Politikfeld, so ist auch in der Wissenschaftspolitik vor allem zwischen der Policy-Ebene und der Leistungsebene zu unterscheiden. Auf letzterer werden die eigentlichen inhaltlichen Leistungen erbracht, also Studiengänge realisiert, Wissen produziert sowie das Forschungswissen in außerwissenschaftliche Anwendungskontexte überführt. Auf der Policy-Ebene dagegen werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für diese inhaltlichen Leistungserbringungen schaffen und erhalten. Wie gelang dies in einem wiedergegründeten Land zunächst unter Transformationsbedingungen, dann unter Transformationsfolgewirkungen, d.h. unter Bedingungen weiträumigen wirtschaftlichen Niedergangs mit anschließender Re-Stabilisierung auf niedrigem (Produktivitäts-)Niveau, massiven demografischen Verwerfungen und haushalterischer Dauerkrise?

In Sachsen-Anhalt wird seit 1990 eine Wissenschaftspolitik realisiert, die weitgehend von sachlichen Anforderungen bestimmt ist, das heißt: Sie lässt nur wenige Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Zusammensetzungen der wechselnden Landesregierungen erkennen. Dennoch war die sachsen-anhaltische Wissenschaftspolitik der letzten 25 Jahre wesentlich konfliktbestimmt. Die Konflikte bestanden aber weniger im politischen Raum selbst, sondern vornehmlich zwischen der Policy-Ebene und der wissenschaftlichen Leistungsebene.

Die wesentlichen in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik eingesetzten Governance-Instrumente waren vier und lassen sich wie folgt beschreiben:

- Die sachsen-anhaltische *Normen- und Regelsetzung* – qua Gesetzen, insbesondere dem Hochschulgesetz, und Verordnungen – bewegt sich im bundesdeutschen Mainstream: Überregional auffällig geworden ist die Gesetzge-

<table>
<tr><th colspan="3">Ebene</th><th colspan="4">Akteure</th></tr>
<tr><td rowspan="8">Policy-Ebene</td><td rowspan="2">Politische Entscheider</td><td>Legislative</td><td colspan="4">Landtag</td></tr>
<tr><td>Exekutive</td><td colspan="2">Ministerium Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung</td><td colspan="2">Landesregierung</td></tr>
<tr><td rowspan="6">intermediäre Akteure</td><td>Hochschulen</td><td colspan="4">Landesrektorenkonferenz</td></tr>
<tr><td rowspan="5">Partialinteressenvertretungen</td><td colspan="2">GEW und Verdi</td><td colspan="2">IHKs Magdeburg und Halle-Dessau</td></tr>
<tr><td>Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (LaKoG)</td><td>Konferenz der Studierendenschaften Sachsen-Anhalts (KSSA)</td><td colspan="2">Landesverband des Deutschen Hochschulverbandes</td></tr>
<tr><td rowspan="3">Leistungsebene</td><td colspan="2">öffentliche Hochschulen</td><td>2 Universitäten</td><td>eine Kunsthochschule</td><td>4 HAWs</td></tr>
<tr><td colspan="2">außeruniversitäre Forschungseinrichtungen</td><td>13 Einrichtungen der Forschungsorganisationen</td><td>Nationalakademie Leopoldina</td><td>3 Landeseinrichtungen</td></tr>
<tr><td colspan="2">fallweise relevant</td><td>drei Hochschulen mit Sondercharakter</td><td>Innovationsakteure</td><td>3 wissenschaftliche Einrichtungen des Bundes</td></tr>
</table>

Gesetzgebung des Landes zum Wissenschaftsbereich in den letzten 25 Jahren nicht. Ausnahmen davon waren lediglich zwei Regelungen anfangs der 90er Jahre: die Promotionsmöglichkeit für FH-Absolvent.innen und die Festsetzung der Lehrdeputate für FH-Professor.innen auf 16 (statt 18) Semesterwochenstunden.

■ Anders verhält sich das bei der *Hochschulfinanzierung*. Diese war über die Jahre hin permanenter Gegenstand von Konflikten zwischen Landesregierung und Hochschulen. In der Sache gibt es allerdings auch Überraschungen. So ist das Land beim Anteil der Hochschulfinanzierung am BIP, neben Berlin, bundesdeutscher Spitzenreiter mit einem Wert von 0,9 Prozent (Bundesdurchschnitt: 0,7 Prozent). Das ist zwar weniger auf sehr hohe Hochschulausgaben, sondern mehr auf das niedrige BIP zurückzuführen. Immerhin aber zeigt es an, dass Sachsen-Anhalt im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durchaus beachtliche Anstrengungen unternimmt, seine Hochschulen zu finanzieren.

■ *Verhandlungen zwischen den Akteuren* sind dauerhaft institutionalisiert in Gestalt der sog. Hochschulrunde (früher „Rektorendienstberatung“) mit dem Minister, in der Regel monatlich, und in den Verhandlungen über die

Zielvereinbarungen, erstmals 2003 zwischen Landesregierung und Hochschulen abgeschlossen. Sie enthalten jeweils Festschreibungen mehrjähriger Hochschulbudgets bzw. Budgetentwicklungen und inhaltliche Zielsetzungen. Eine systematische Evaluation der Zielerreichungen gab es bisher nicht.

- Die *Beratung durch Expertenkommissionen* ist ein über die Jahre immer wieder genutztes Instrument gewesen. Insgesamt waren fünf Expertengremien mit jeweils ähnlichen Aufträgen beauftragt worden. Prüfungen der Effekte dieser Beratungen liegen nicht vor.

Expertengremien zur sachsen-anhaltischen Wissenschaftsentwicklung

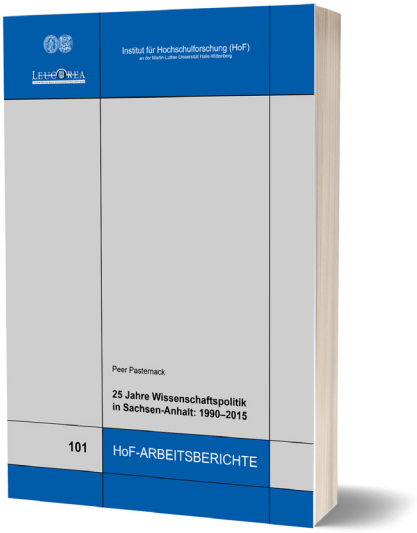
Nr.	Gremium	Laufzeit	Zusammensetzung	Anlass
1	**Hochschulstrukturkommission**	1992	zwei Drittel externe, ein Drittel interne Expert.innen	Neustrukturierung des Hochschulsystems
2	**Beirat für Wissenschaft und Forschung („Neuweiler-Kommission“)**	1996–1998	externe Expert.innen	Profilierung des Wissenschaftssystems nach den ersten Erfahrungen mit dem Neuaufbau
3	**Arbeitsgruppe Wissenschaftsstruktur des Kultusministers**	2000–2001	externe ExpertInnen; zugeordnet: Projektgruppen mit Vertretern der sachsen-anhaltischen Hochschulen	Vermutung einer Überdimensionierung von Struktur und Ausstattung der Hochschullandschaft
4	**AG Hochschulstrukturen**	2002–2003	Vertreter.innen der sachsen-anhaltischen Wissenschaftseinrichtungen und des Kultusministeriums	Vorgabe der Landesregierung, ab 2006 durchschnittlich 10 % der Hochschulbudgets einzusparen
5	**Wissenschaftsrat**	2012–2013	Wissenschaftsrats-Arbeitsgruppe (externe Expert.innen)	Vorgabe der Landesregierung, dass die Hochschulen zur Haushaltskonsolidierung beitragen müssen

Das auf diese Weise aufgebaute und im wesentlichen über die Jahre und haushaltspolitischen Verwerfungen hin auch gesicherte Wissenschaftssystem kann insgesamt als eine gut bestückte Wissenschaftslandschaft gekennzeichnet werden. Sie muss einen überregionalen Vergleich nicht scheuen. Zugleich heißt das: Strukturell dürften die Chancen ausgereizt sein, mit Neugründungen oder -ansiedlungen ist wohl kaum zu rechnen. Es gilt folglich, mit dem Vorhandenen klug umzugehen.

Anhand der prägenden Konkurrenzen und Konflikte kann sich die Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt so verdichtet werden, dass sich die Darstellung nicht in der Nachzeichnung von Aspekten verliert, die nur

tagespolitisch relevant gewesen waren. Zugleich aber lässt diese Darstellungsweise etwas von den phasenweise dramatischen Zuspitzungen aufscheinen, die zu ignorieren sie unvollständig machen würde. Die prägenden Konkurrenzen und Konflikte waren und sind:

- *Die Abwicklungen und Strukturumbauten ab 1990:* Zunächst wurde ein grundlegender Systemumbau ingang gesetzt, der sich in drei Dimensionen entfaltete: (1) Personalumbau, bestehend aus der Personalstruktur-Neugestaltung und Personalüberprüfungen, (2) strukturelle Anpassung an das normsetzende westdeutsche Wissenschaftssystem sowie (3) inhaltliche Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs. In den 2000er Jahren wurden dann einige Strukturanpassungen vorgenommen.



- *Der Halle-Magdeburg-Dualismus:* Begünstigt durch die erhebliche Nord-Süd-Ausdehnung Sachsen-Anhalts, aber auch historisch bedingt – zuletzt in den DDR-Jahrzehnten durch die Trennung in die Bezirke Halle und Magdeburg –, haben sich zwei Wissenschaftsräume Nord- und Süd-Sachsen-Anhalt herausgebildet. Diese werden am deutlichsten erkennbar, wenn die Kooperationsdichte zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrachtet wird: Sie sind nahezu ausnahmslos auf den räumlichen Nahbereich beschränkt.

- *Die Dauerhochschulreform:* Nachdem die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre neu geordnet war und noch während erste Konsolidierungen der neuen Strukturen betrieben wurden, kehrte keine Ruhe ein, sondern Hochschulreformen. Diese haben sich zur Hochschuldauerreform verdichtet. Seit Ende der 1990er Jahre setzten sich die allgemeinen Trends der bundesweiten Hochschulreform auch in Sachsen-Anhalt durch, ohne dass das Land dabei den Ehrgeiz entwickelt hätte, als Vorreiter aufzutreten.

- *Die Hochschulfinanzierung:* Alle hochschulbezogenen Entwicklungen seit 1991 waren dadurch gekennzeichnet, dass die Hochschulfinanzierung ein dauerhaft streitbelastetes Thema zwischen Landespolitik und Hochschulen

darstellte. Allerdings konnte die Grundfinanzierung der Hochschulen nach einigen Verwerfungen früherer Jahre in den letzten Jahren stabilisiert werden. Eine Besonderheit stellt es dar, dass Sachsen-Anhalt nahezu nicht (mehr) mit dem Instrument programmgebundener Förderungen arbeitet. Mit solchen Finanzierungen versuchen andere Bundesländer, politisch priorisierte Anliegen mit Schubkraft zu versehen.

- *Die Frage nach der Relevanzorientierung der Wissenschaft:* Das Verhältnis von freier Grundlagenforschung einerseits und anwendungsorientierter Forschung andererseits durchzieht zahlreiche Konflikt- und Konkurrenzanordnungen in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik. Im Kern geht es dabei immer um eine Frage: In welcher Weise und in welchem Umfang soll das Bedürfnis bedient werden, die öffentlichen Mittel mit dem Nachweis eines *return on investment* zu verknüpfen? Beziehungsweise umgekehrt: Wie stark muss Wissenschaft vor einer Funktionalisierung für außerwissenschaftliche Anliegen geschützt werden, um wissenschaftlich erfolgreich sein zu können?

☞ Peer Pasternack: **25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015** (HoF-Arbeitsbericht 101), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016, 92 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_101.pdf

Kooperationsplattformen in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts

Kooperationen in der Wissenschaft gelten als Chance, durch Potenzialzusammenführungen Leistungen zu steigern, auch gemeinsam mit nichtwissenschaftlichen Partnern. Der Wissenschaftsrat hatte 2013 der sachsen-anhaltischen Wissenschaft dazu die vermehrte Bildung von Kooperationsplattformen nahe gelegt. Wie sah es diesbezüglich fünf Jahre später aus?

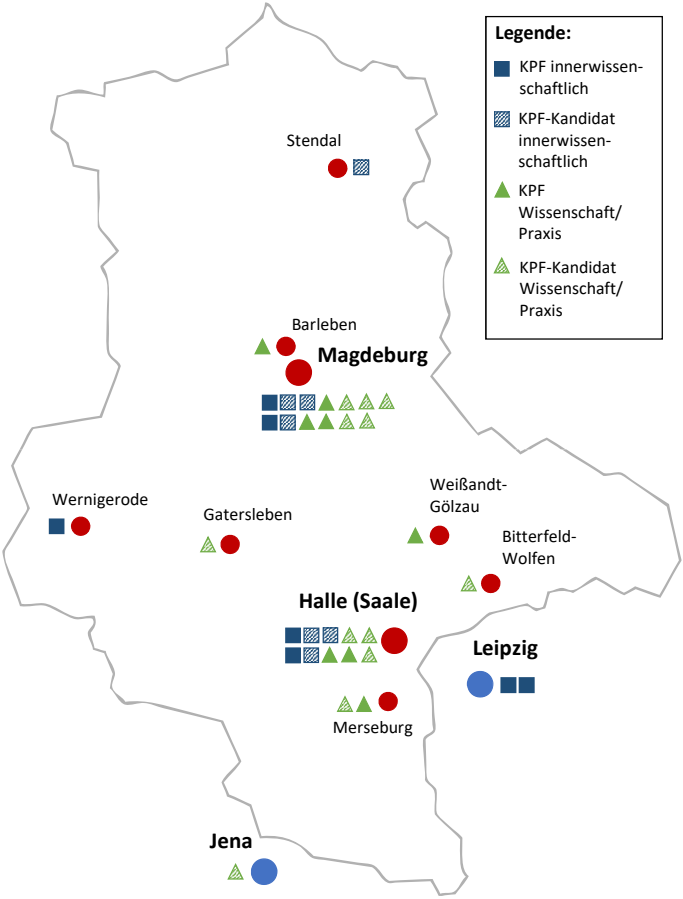
2013 hat der Wissenschaftsrat eine Landschaftsbetrachtung des Wissenschaftssystems Sachsen-Anhalts unternommen. Dabei formulierte er vor allem eine Erwartung: Insbesondere die Hochschulen sollten bestehende Anknüpfungspunkte konsequenter nutzen, um die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und deren Beitrag zur wissensbasierten Regionalökonomie durch intensivierte Kooperationsbeziehungen zu steigern. Der Wissenschaftsrat thematisierte das unter dem Titel „Kooperationsplattform“ (KPF): Er erwähnte diesen Begriff in seinen 300seitigen Empfehlungen insgesamt fünfundvierzigmal.

Wird in der sachsen-anhaltischen Wissenschaft intensiv, hinreichend oder zu wenig kooperiert? Fünf Jahre nach den Empfehlungen hat HoF die Situation erhoben. Wo gibt es bereits Vernetzungen, welche die Anforderungen des Wissenschaftsrats erfüllen? Gibt es KPF, die im Verborgenen wirken, weil ihre Themen in den Profilschwerpunktdefinitionen (die an den Hochschulen nicht immer mit den tatsächlichen Profilschwerpunkten identisch sind) bislang nicht vorkommen?

Erfasst wurden zunächst sämtliche Vernetzungen jeglicher Art: zwischen Unis und HAWs, zwischen Hochschulen und außeruniversitären Instituten, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen Wissenschaft und Non-Profit-Organisationen. Diese Vernetzungen wurden dann bewertet. Um als KPF gelten zu können, müssen einige Bedingungen erfüllt sein:

- Die Mitglieder sind Einzelinstitutionen bzw. Angehörige von diesen.
- Eine KPF ist mindestens trilateral.
- Sie zielt auf Herstellung kritischer Massen und Qualitäten.
- Sie ist verbindlich geregelt, dauerhaft angelegt, selbstverwaltet und hat eine Koordinierungsstelle.
- Schließlich bedient eine KPF mindestens zwei Leistungsdimensionen (z.B. FuE und Lehrkooperation).

Regionale Verankerung der Kooperationsplattformen



So konnte ermittelt werden: 15 Initiativen erfüllen die KPF-Kriterien, und 19 Initiativen sind auf dem Weg dahin („KPF-Kandidaten"). Von diesen insgesamt 34 Initiativen sind 14 rein innerwissenschaftliche Vernetzungen, 20 dagegen solche von Wissenschaft und nichtwissenschaftlichen Partnern. Formal und inhaltlich ließen sich folgende Auffälligkeiten ermitteln:

- Die Beteiligung von HAWs findet sich vergleichsweise häufiger bei Vernetzungen von Wissenschaft und Praxis. Das ist aufgrund der anwendungsbezogenen und praxisorientierten Ausrichtung auch erwartbar. Im Vergleich der beiden Landesuniversitäten ist es die OVGU, die verhältnismäßig stärker

in Kooperationsplattformen von Wissenschaft und Partnern aus der Wirtschaft involviert ist.

- Sowohl innerwissenschaftliche als auch Plattformen von Wissenschaft und Praxis weisen einen ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkt auf. Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschungsfelder sind vor allem bei den innerwissenschaftlichen KPFs vertreten.

- Aktivitäten im Bereich der Lehre und/oder Nachwuchsförderung finden sich schwerpunktmäßig bei den innerwissenschaftlichen Kooperationsplattformen und dort bei fast allen. Bei den Vernetzungen zwischen Wissenschaft und nichtwissenschaftlichen Partnern ist das nur bedingt der Fall. Das könnte eine zu erschließende Ressource markieren.

- Hinsichtlich der Kooperationsinstrumentarien finden sich bei Vernetzungen von Wissenschaft und Praxis vor allem forschungsbezogene Vermarktungsmaßnahmen sowie Beratungs- und Vermittlungsaktivitäten.

- Zu beobachten ist, dass Vernetzungsinitiativen dazu neigen, alles sein zu wollen bzw. alles, was sie in irgendeiner Art und Weise strukturell sein könnten, in der Außendarstellung auch so behaupten. So sind manche Initiativen in der Selbstdarstellung z.B. Netzwerk, Plattform und Zentrum zugleich. Andere präsentieren sich, sehr anspruchsvoll formuliert, als „interdisziplinäres und interinstitutionelles Forschungs-, Entwicklungs- und Transfernetzwerk". Nicht jede Kooperation, die sich z.B. als „Innovationsnetzwerk" darstellt, ist auch zwingend schon ein tatsächliches Netzwerk, sondern mitunter lediglich eine interinstitutionelle Kooperation. Die Errichtung solcher Fassaden liegt vermutlich darin begründet, dass wissenschaftspolitische Legitimationsanforderungen befriedigt werden sollen.

- Sowohl beim Wissenschaftsrat als auch vielen Akteuren im Land herrscht ein innovationspolitisch verengter Blick auf KPF vor: Die Historische Kommission für Sachsen-Anhalt oder das Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien Halle z.B. erfüllen alle Wissenschaftsratskriterien für KPF; das Forschungsnetz Frühe Bildung Sachsen-Anhalt ist auf dem Weg dahin. Dennoch finden sich solche Vernetzungen regelmäßig nicht genannt, wenn es um den Stand von Kooperationen geht.

- Zugleich sind die Kooperationsaktivitäten der Wissenschaft des Landes auch dann breit aufgestellt, wenn sie im engeren Sinne innovationspolitisch betrachtet werden: Das Kompetenznetzwerk für Angewandte und transferorientierte Forschung (KAT), das BioEconomy Cluster Halle oder das Netzwerk für Medizintechnik in Sachsen-Anhalt sind entsprechende Beispiele.

Wenn der politische Wille besteht, aus dem Bestand heraus die Bildung kritischer Massen, etwa in Gestalt von Kooperationsplattformen zu fördern, dann gibt es vor allem eine Option: Das fachliche Interesse bei kooperationswilligen Partnern kann dadurch stabilisiert werden, dass die kooperationsbeding-

KPF und KPF-Kandidaten im Überblick

	innerwissenschaftliche Vernetzungen		Vernetzungen von Wissenschaft und nichtwissenschaftlichen Partnern	
Kooperations-plattformen	CBBS, KAT, WCH, ABZ, STIMULATE, iDiv, FSGC	= 7	HiKo, BioEconomy Cluster, Med-Tech, ZERE WIGRATEC, KKZ/AMK, MAHREG, InnoMed	= 8
potenzielle Kooperations-plattformen	Automotive, CAI, ZIK SiLinan, EPF, NanoMat, HET-LSA, FFB	= 7	POLYKUM, BMD, CeDeMo, weinberg campus, 4chiral, nutriCARD, Fluss-Strom und Fluss-Strom Plus, ibi (1.0/2.0), InnoPlanta, InDiWa, NekoS, Assistenz in der Logistik	= 12

ten Mehrkosten finanziert werden. Voraussetzung dafür ist, dass das Land wieder eine relevante eigene Forschungsförderung auflegt und diese entsprechend programmiert. Wesentlicher Teil der Programmierung müsste eine offene Wettbewerblichkeit sein. Diese ließe sich in Stufen realisieren: Dabei würden jeweils Verstärkungsmittel ausgereicht, die sich am Maß der externen Projektmitteleinwerbungen in der vorangegangenen Förderstufe orientieren. Das entsprechende Modell findet sich im Bericht abschließend ausformuliert.

☞ Peer Pasternack / Sebastian Schneider: **Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts**, unt. Mitarb. v. Carolin Seifert, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2019, 129 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_111.pdf

Geistes- und Sozialwissenschaften in Sachsen-Anhalt

Regional so relevant wie unverzichtbar

Die Geistes- und Sozialwissenschaften (GSW) befinden sich, wenn es um die Zuweisung von Ressourcen geht, strukturell und seit langem in der Defensive. Während die Natur- und Ingenieurwissenschaften als unersetzlich für die wirtschaftliche Entwicklung gelten, stehen die GSW weithin im Ruf, zur Entwicklung ihres Landes wenig beizutragen. Daher werden sie aller Voraussicht nach darauf angewiesen sein, ihre Ausstattung stärker als bisher dadurch zu plausibilisieren, dass sie überzeugend auch auf Beiträge zur Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft ihrer Sitzregion verweisen können – also auf ihre (auch) regionale Relevanz.

Die hier gewählte Betrachtungsweise der Geistes- und Sozialwissenschaften erscheint der Mehrheit ihrer Vertreter.innen üblicherweise suspekt: eine regional fokussierte. In inhaltlicher Hinsicht gibt es in der Tat keine regionalen Geistes- und Sozialwissenschaften. Regionale Funktionen können sie gleichwohl wahrnehmen, doch bedürfen sie dafür des Kontakts zu den Fronten des Wissens – und diese verlaufen nicht regional. Zugleich gilt: Allein das Normensystem der Wissenschaft – Unabhängigkeit, Kritik, Methodenbindung usw. – zu vertreten, sichert noch keine (ggf. überlebensrelevante) Stabilität.

Das kollidiert einerseits beträchtlich mit dem GSW-Selbstbild als zweckfrei forschende und lehrende Fächer, die sich ausschließlich innerhalb des Kosmos der Wissenschaften zu legitimieren hätten. Andererseits besteht außerhalb der GSW häufig ein nur sehr unzureichendes Bild davon, was diese Fächer bereits heute an Beiträgen für die Entwicklung ihrer Sitzregionen leisten. Die genauere Betrachtung vermag eine Reihe von geläufigen Urteilen deutlich zu relativieren.

So kommt dieBetrachtung der Ausstattung, Strukturen, Forschungsstärke und Transfertätigkeiten der Geistes- und Sozialwissenschaften Sachsen-Anhalts zu Resultaten, die manchen verbreiteten Vorurteilen entgegenstehen:

- Mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung liegen die GSW in Sachsen-Anhalt etwa im Durchschnitt der vergleichbaren Bundesländer. Von einer Überdimensionierung kann aktuell keine Rede sein. Die Ausstattung bewegt sich vielmehr auf dem Niveau, das Wirtschaftskraft, Bevölkerungsgröße und -dichte des Landes erwarten lassen.

■ Auf der anderen Seite lässt sich auch ein gegenteiliger Vorwurf nicht erhärten: Es besteht keine eklatante Unterausstattung. Die im Bundesvergleich vorteilhaften durchschnittlichen Betreuungsrelationen sprechen dagegen. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich in einzelnen Fächern allerdings auch Überbeanspruchungen der Studienkapazitäten.

Analysemodell: Regionale Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften

<table>
<tr><th colspan="2">(dominierende) Perspektiven</th><th colspan="3">Innenperspektive</th><th colspan="2">Außenperspektive</th></tr>
<tr><td rowspan="6">Quantitativ-strukturell</td><td rowspan="2">Voraus-setzungen</td><td colspan="3" rowspan="2">Leistungen des Schulsystems</td><td>Landeshaushalt</td><td rowspan="2">gesellschaftliche Erwartungen</td></tr>
<tr><td>Demografie</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Strukturen</td><td colspan="2" rowspan="2">Disziplinen</td><td rowspan="2">Studien-fächer</td><td>Studierendenzahl</td><td rowspan="2">Kontexte: außer-hochschulische Forschung</td></tr>
<tr><td>Studiengänge</td></tr>
<tr><td>Ausstattung</td><td>Fächer-spektrum</td><td>Profes-suren</td><td>Betreuungs-relation</td><td colspan="2">Hochschulausgaben</td></tr>
<tr><td>Leistungs-daten</td><td colspan="2">Publikationen</td><td>Fachliche Reputation</td><td>Drittmittel</td><td>Studienerfolgs-quoten</td></tr>
<tr><td>Transfer</td><td colspan="3">Zweckfreiheit</td><td>Wissenstransfer in Anwendungs-kontexte</td><td>Absolventen-Be-schäftigungserfolg</td></tr>
<tr><td rowspan="5">Qualitativ-inhaltlich</td><td>Strukturen</td><td colspan="2">Forschungs-schwerpunkte</td><td>Forschungs-breite</td><td>Universitäten</td><td>HAWs</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Themen</td><td colspan="2">Aufklärung</td><td>soziales Frühwarnsystem</td><td rowspan="2">Identität</td><td rowspan="2">Image</td></tr>
<tr><td colspan="2">Kulturelles Erbe</td><td>soziale Innovationen</td></tr>
<tr><td>Kognitive Ansprüche</td><td colspan="3">durch hohe Gewissheitsgrade ausgezeichnete Aussagen</td><td colspan="2">handlungsbefähigende Informationen</td></tr>
<tr><td>Funktionen</td><td colspan="3">Grundlagen- vs. Anwendungs-orientierung</td><td>Dienstleister für die Wissens-gesellschaft</td><td>demografische Effekte</td></tr>
</table>

■ Mit 28 Prozent studiert in Sachsen-Anhalt weniger als ein Drittel aller Studierenden ein geistes- oder sozialwissenschaftliches Fach.

■ Die Geistes- und Sozialwissenschaften tragen nur zu einem geringen Teil dazu bei, dass Sachsen-Anhalt beim Studienerfolg insgesamt, d.h. über alle Fächer, hinter dem Bundesdurchschnitt um acht Prozentpunkte zurückliegt. Sie liegen gemittelt 3,7 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt ihrer Fächergruppen. Dagegen unterschreiten MINT-Fächer und Medizin in Sachsen-Anhalt die bundesdeutschen Erfolgsquoten gemittelt um 10,3 Prozentpunkte.

■ Sachsen-Anhalt wendet nicht in ungewöhnlich hohem Maße Haushaltsmittel für die Geisteswissenschaften auf. Mit 86,6 Cent pro 1.000 Euro seines nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt es mit Brandenburg (99,1 Cent) fast gleichauf. Während Thüringen für jede Milliarde Euro seines Bruttoinlandsprodukts 6,5 Professuren in dieser Fächergruppe unterhält, leistet sich Sachsen-Anhalt 4,8 Professuren.

■ Die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung in Sachsen-Anhalt konzentriert sich vor allem auf die Martin-Luther-Universität. Diese erweist sich im bundesweiten Vergleich als forschungsstark. So gelangten die Geistes- und Sozialwissenschaften der MLU bei den DFG-Einwerbungen zuletzt auf Platz 16 der 71 bewilligungsstärksten Hochschulen. Sie schneiden damit besser ab als jede andere Fächergruppe in Sachsen-Anhalt. Besonders forschungsstark zeigen sich insbesondere die Sozialwissenschaften der MLU, die im bundesweiten Wettbewerb um DFG-Bewilligungen Rang 12 unter den deutschen Hochschulen erreichen.

Die Beschäftigungserfolge der GSW-Absolvent.innen sind weitaus besser, als es das diesbezüglich Image ist. Sie haben sich als Dienstleister der Wissensgesellschaft etabliert. Und sie bringen dem Land eine demografische Rendite

Eine funktionale Außenperspektive auf die Geistes- und Sozialwissenschaften macht regionale Entwicklungsbeiträge sichtbar, welche die Fachvertreter selbst in aller Regel nicht ins Feld führen – z.B. weil sie fürchten, einer ihrer Arbeit letzten Endes abträglichen Verpflichtung auf wissenschaftsexterne Nutzeneffekte das Wort zu reden. Hier lassen sich die folgenden Beiträge identifizieren:

■ *Beschäftigungserfolge:* Die Absolvent.innen tragen, dem Klischee der ‚brotlosen Kunst' zum Trotz, ebenso zur ökonomischen Wertschöpfung bei wie diejeniger anderer Studiengänge auch: Sie arbeiten nicht mehr nur in herkömmlichen Berufsfeldern, sondern haben sich längst neue Beschäftigungschancen erschlossen. Daneben ist insbesondere auf die Unverzichtbarkeit der GSW für die Lehramtsausbildung zu verweisen.

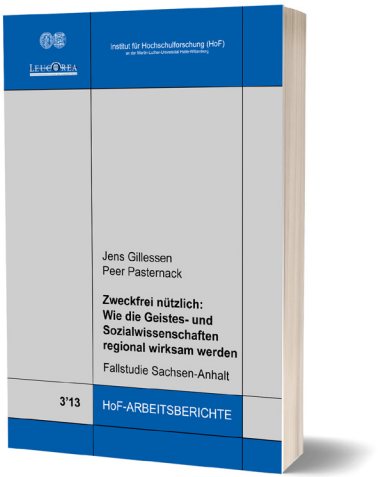
■ *Dienstleister für die Wissensgesellschaft:* Ein wachsender Anteil der Wertschöpfung vollzieht sich in Gestalt von wissensbasierten Dienstleistungen. Die Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften haben sich in der Wissensgesellschaft bisher Zug um Zug ihren Platz erobert.

■ *Demografische Rendite:* Die Abwanderung begabter junger Menschen, insbesondere von Frauen, verschärft die demografische Schrumpfung. Die Studienanfänger der Geistes- und Sozialwissenschaften sind jung, begabt –

und überproportional weiblich. Die für sie aufgewandten Mittel sind Investitionen in steuerzahlende junge Akademikerfamilien, die eine demografische Rendite versprechen.

Die Innenperspektive erschließt die Sichtweise der Wissenschaftler.innen auf ihre eigenen Fächergruppen. Hierbei lässt sich eine Reihe von Leistungen als anschlussfähig an die Forderung nach regionalen Entwicklungsimpulsen identifizieren:

- *Aufklärung hier und heute:* Die Geistes- und Sozialwissenschaften kultivieren in ihrer Forschung Distanzierungsfähigkeiten, die, vermittelt vor allem durch die Lehre, in die Gesellschaft hineindiffundieren. Sie fördern dadurch eine langfristig breitenwirksame Form der Aufklärung, durch die es besser gelingt, gesellschaftliche Konflikte in sachliche Diskurse zu überführen. Die Widerstandskräfte etwa gegen extremistische Ideologien können gestärkt werden – gerade auch unter ökonomisch schwierigen Bedingungen.
- *Kulturelles Erbe – Identität – Image:* Die Geisteswissenschaften erschließen das kulturelle Erbe des Landes. Sie schaffen damit die Voraussetzungen für eine positive Identifikation der Bevölkerung mit dem Land und seinen Kommunen – die dann wiederum eine positive überregionale Wahrnehmung des Landes begünstigt. Auf vielfältige Weisen wirken die Geisteswissenschaften als Motoren des Imagewandels und unterstützen die Entwicklung des Kulturtourismus-Sektors.
- *Soziales Frühwarnsystem und soziale Innovatoren:* Die Sozialwissenschaften sind das soziale Frühwarnsystem einer Gesellschaft. Indem sie gesellschaftliche Entwicklungen laufend beobachten, ermöglichen sie rechtzeitige Gegensteuerung. Indem sie soziale Innovationen konzipieren, beteiligen sie sich ganz direkt an der Lösung der Probleme.



Zentral ist eine aktivere Außenkommunikation der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dabei muss anschlussfähig argumentiert und präsentiert werden. Das heißt im einzelnen:

- *Reden über das, was bereits geschieht:* Selbst dort, wo sie es gar nicht als ihre Aufgabe ansehen, verfügen die Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrem Handeln über durchaus zahlreiche regionale Anknüpfungspunkte

und vorzeigbare Ergebnisse mit regionaler Relevanz. Diese herauszustellen, da sie ja nun einmal vorhanden sind, ist ein erster und nahe liegender Schritt.

- *Qualitativ* und *quantitativ argumentieren:* Geistes- und Sozialwissenschaftler.innen argumentieren professionstypisch vorzugsweise inhaltlich. Doch kann qualitatives Argumentieren auch immer quantitativ ergänzt werden: mit Zahlen zu Studierenden, Drittmitteln, außerwissenschaftlichen Kooperationen, Ausstattungen im Vergleich zu anderen Bundesländern und Studienerfolgsquoten. Qualitative Argumente lassen sich durch quantitative Informationen besser verstärken (wie auch umgekehrt), als qualitative durch weitere qualitative Argumente verstärkt werden können.
- *Selbstdefinition als zentraler Teil regionaler Wissensinfrastrukturen:* Die offensive Selbsteinordnung in regionale Wissensinfrastrukturen hat in einer wissensgesellschaftlichen Perspektive eine unmittelbare Plausibilität. Sie steigert die Wahrnehmung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute als Teil eines über dem Land liegenden Netzes, das Zukunftsfähigkeit verbürgt. Implizit wird damit auch die Verantwortung des Landes für die Aufrechterhaltung und Förderung dieser Strukturen formuliert.

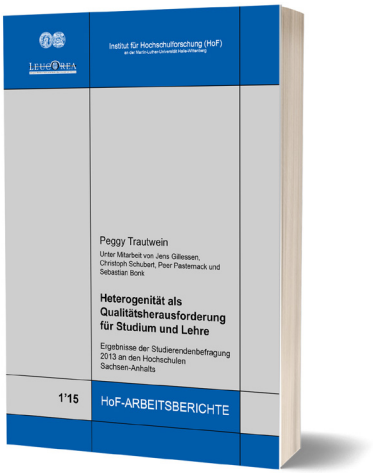
☞ Jens Gillessen / Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 124 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre

Angesichts einer zunehmenden Heterogenität der Studierenden werden Strategien benötigt, um erhöhte Abbruchrisiken nicht in eine Steigerung der Studienabbruchzahlen münden zu lassen. Wie heterogen ist die Studierendenschaft in Sachsen-Anhalt bereits? Das wurde einer einer Online-Befragung ermittelt.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sehen sich mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert, die voraussichtlich an Bedeutung gewinnen wird und dauerhaft begleitet werden muss:

- Einerseits gehört gerade Sachsen-Anhalt zu den am stärksten demografisch herausgeforderten Regionen. Reduzierte Altersjahrgänge und gleichzeitig erheblicher Fachkräftebedarf machen eines notwendig: Es müssen auch solche jungen Menschen für ein Hochschulstudium interessiert werden, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hätten.
- Andererseits ergibt sich aus diesen Umständen, dass die Heterogenität der Studierendenschaft deutlich zunehmen wird. Das betrifft differenzierte kognitive Anfangsausstattungen, unterschiedliche (berufs-)biografische Erfahrungshintergründe, kulturelle Herkünfte (sozial oder/und Herkunftsgebiet), Lebensalter sowie Erwartungen und Intentionen, die sich individuell mit einem Hochschulstudium verbinden. Damit werden zunehmend auch solche Studierende an die Hochschulen gelangen, die nach den bisherigen Erfahrungen erhöhten Studienabbruchrisiken unterliegen.

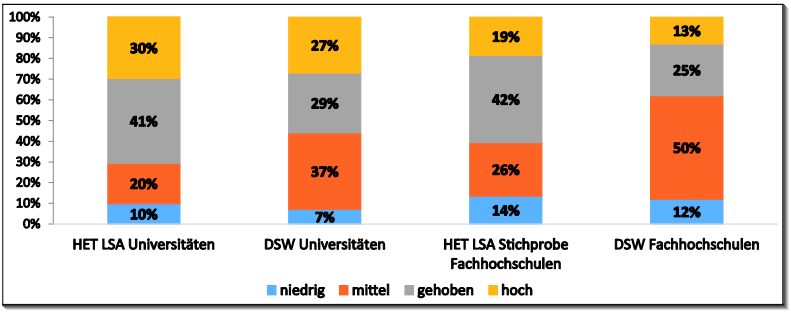


In diesem Zusammenhang wurde 2015 eine Befragung der Studierenden Sachsen-Anhalts durchgeführt. Sie sollte eine Informationsgrundlage zum Stand der Heterogenität schaffen. Insgesamt nahmen an der Befragung 4.708 Studierende der Universitäten und 1.261 der HAWs des Landes teil. Das entspricht

Rücklaufquoten von 15 % (Unis) bzw. 18 % (HAWs). Als zentrale Ergebnisse lassen sich festhalten:

- Nur wenige Befragte fühlen sich von der Schule genügend auf das Studium vorbereitet. Insgesamt werden die Anforderungen im Studium und im Studienalltag als sehr herausfordernd empfunden. Etwa 90 Prozent der Befragten wünschen sich ein Orientierungssemester zu Beginn des Studiums. Dies deutet auf dreierlei hin: eine (empfundene) unzureichende schulische Vorbildung, einen erhöhten Informationsbedarf zum Studium sowie ein ungenügendes Vermögen, sich selbst hinsichtlich der Studierfähigkeit einzuschätzen.
- Dennoch äußern sich die Befragten insgesamt zufrieden mit ihrem Studium und ihrer Hochschule. Für drei Viertel der Befragten haben sich bisher die Erwartungen an das Studium erfüllt. Die Mehrheit der Antwortenden studiert an der Wunschhochschule, wo zugleich die Studienbedingungen als überdurchschnittlich gut empfunden werden. Ebenfalls die Mehrheit fühlt sich sozial an der Hochschule und am Hochschulstandort integriert. Nur wenige Befragte tragen sich ernsthaft mit dem Gedanken an einen Studienabbruch, Fachwechsel oder Hochschulwechsel.
- Nachweisbar ist eine erhöhte soziale Selektivität nach Bildungsherkunft. Studierende in Sachsen-Anhalt weisen überdurchschnittlich häufig eine „hohe und gehobene Bildungsherkunft“ auf. Zugleich liegt der Bildungsherkunftstyp „niedrig“ in der Erhebung etwas über den vom Deutschen Studentenwerk ermittelten Werten. Dagegen ist die Ausprägung der „mittleren Bildungsherkunft“ auffällig schwächer ausgebildet.
- An den HAWs lässt sich eine verstärkte Nutzung nichttraditioneller Zugangswege an die Hochschule identifizieren. Deren Studierendenschaften zeichnen sich durch eine heterogenere Zusammensetzung hinsichtlich der

Bildungsherkunft der Studierenden



Quellen: 20. DSW-Sozialerhebung 2012, eigene Erhebungen und Berechnungen

schulischen Vorbildung und/oder beruflichen Vorkenntnisse aus. Nichttraditionelle Bildungswege werden zudem vorrangig von Studierenden genutzt, die aus Sachsen-Anhalt selbst stammen.

- Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt profitieren von einem vergleichsweise hohen Zulauf junger Menschen sowohl aus den westdeutschen als auch anderen ostdeutschen Bundesländern (insgesamt 60 %). Diese begründen ihre Hochschulwahl mit guten Studienbedingungen und passendem Fächerangebot.

- Erkennbar wird ein Zusammenhang von regionaler Herkunft und Verbleibswünschen in Sachsen-Anhalt: Studierende, die aus Sachsen-Anhalt stammen, haben ein größeres Interesse daran, nach Studienende im Land zu bleiben.

- Die studentische Erwerbsquote liegt an den Hochschulen Sachsen-Anhalts niedriger als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil an Studierenden, der arbeitet, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ist geringer und kann mit den vergleichsweise niedrigeren Lebenshaltungskosten erklärt werden. Daneben ist aber auch der Anteil an erwerbstätigen Studierenden kleiner, die als Erwerbsgrund angeben, sich etwas mehr leisten können zu wollen.

- In der Erhebung konnten auch 318 ausländische Studierende erreicht werden. Eine Fallzahl dieser Größenordnung kann als sehr positives Ergebnis festgehalten werden. Im Vergleich zu den deutschen Befragten weisen diejenigen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit höhere Werte in Bezug auf studiumsexterne Belastungen auf. Hinsichtlich ihrer Verbleibsabsichten wünscht sich weit mehr als die Hälfte einen beruflichen Einstieg in Deutschland, und 41 Prozent können sich vorstellen, zeitweise oder dauerhaft in Sachsen-Anhalt tätig zu sein.

☞ Peggy Trautwein: **Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts** (HoF-Arbeitsbericht 1'2015), unt. Mitarb. v. Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 116 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-15-1.pdf

Studienkapazitätsauslastung als Beitrag zur Regionalentwicklung

Niedrigschwellige Hochschulbildungsangebote unterbreiten, indem heimatortnahe Studienmöglichkeiten eröffnet werden: Dies ist ein wesentlicher politischer Grund dafür, dass in Deutschland eine nahezu flächendeckende Versorgung mit Hochschulen realisiert wird. Auch in Sachsen-Anhalt steigern die vorgehaltenen Angebote regional die Neigungen in der nachwachsenden Generation, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Ebenso gilt: Der überwiegende Teil der Studierenden wird allerorten regional rekrutiert, und dieser Anteil ist in der Regel umso höher, je kleiner der Sitzort der jeweiligen Hochschule ist.

Die Eingangsschnittstelle der Hochschulen baut auf den Vorleistungen des Schulsystems auf, das die bildungsbiografischen Voraussetzungen der Studienanfänger.innen bestimmt. Das Schulsystem wiederum ist in hohem Maße von Bedingungen abhängig, die es nicht beeinflussen kann. Dazu zählt heute insbesondere der demografische Wandel.

Schaut man auf die Entwicklung der Schülerschaft in den unterschiedlichen Schulformen, in denen eine Hochschulreife erworben werden kann, so zeigen sich sehr verschiedene Bilder in den westlichen und östlichen Flächenländern, und dort wiederum in Sachsen-Anhalt: Zwischen 2002 und 2010 nahm die Anzahl der Schulabsolventen mit Fachhochschulreife im gesamten Bundesgebiet zu (+11,4 %). Dagegen wuchs die Zahl der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife nur in den westlichen Flächenländern (+34,8 %), während sie im Osten (–37,4 %) und in Sachsen-Anhalt (–51,3 %) rückläufig war.

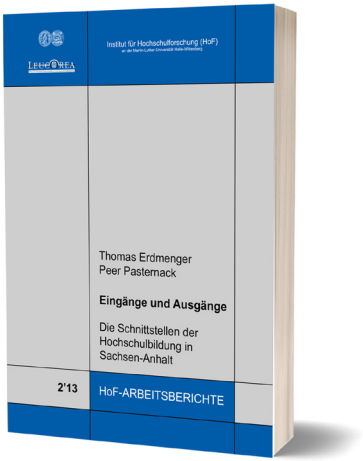
Die zurückgehenden Zahlen verweisen darauf, dass sich die Jahrgänge der Nachwachsenden in Sachsen-Anhalt insgesamt deutlich reduzierten. Dies galt für alle Städte. Zugleich streuten die Rückgänge der Absolventenzahlen allgemeinbildender Schulen von 2000 bis 2010 in den Städten zwischen –22 und –58 Prozent. Von 2000 bis 2010 sank die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger in Sachsen-Anhalt um 41 Prozent. Die Zahl der Studienanfänger aus dem Lande selbst sank im gleichen Zeitraum aber nur um zwölf Prozent. Hier zeigte sich, dass es den Hochschulen gelungen war, in bedeutendem Maße überregional zu rekrutieren.

Die quantitativen Entwicklungen im Schulsystem wurden von sehr durchwachsenen qualitativen Entwicklungen begleitet:

- Nach dem „Deutschen Lernatlas“ (2011) erreichte die Qualität der Schulbildung in Sachsen-Anhalt den elften von 16 Plätzen.
- Hinsichtlich einzelner Testbereiche wie Lese- sowie mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen erreichte Sachsen-Anhalt in den PISA-Tests (2006) schlechtere Platzierungen als die östlichen und westlichen Flächenländer.
- Gegenteilig verhielt es sich bei den IGLU- (2006) und IQB-Tests (2006, 2012). Dort nahm Sachsen-Anhalt obere Platzierungen ein.
- Bei der Chancengerechtigkeit des Schulsystems belegte Sachsen-Anhalt im „Chancenspiegel“ (2012) in den Dimensionen Integrationskraft, Durchlässigkeit sowie Zertifikatsvergabe Plätze in der unteren Gruppe.
- Zur Spitzengruppe zählte Sachsen-Anhalt im „Chancenspiegel“ hingegen in der Dimension Kompetenzförderung.

Vor diesen Hintergründen mussten die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre Studienkapazitätsauslastung organisieren. Dabei konnten sie wiederum an die Jahre seit 2000 anknüpfen: Trotz der reduzierten Jahrgänge einheimischer Nachwachsender gelang es, die Zahl der Hochschulabsolvent.innen von 2000 bis 2011 in Sachsen-Anhalt um mehr als 130 Prozent zu steigern.

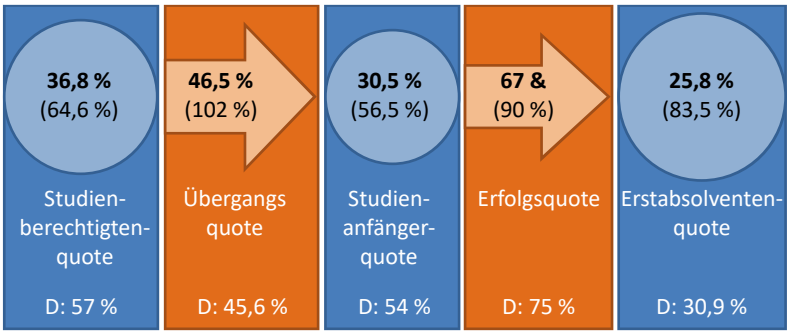
Zwar ist hier die Erhöhung der Abschlusszahlen durch die Bachelor-Master-Reform enthalten. Doch dies gilt bundesweit, und dort stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Abschlüsse nur um 80 Prozent. Der Hauptgrund für den deutlichen Unterschied zwischen Bundesdurchschnitt und Sachsen-Anhalt ist, dass die LSA-Ergebnisse ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau entstanden waren und zunächst eine Normalisierung auf das bundesdurchschnittliche Niveau herstellten. Aber sie zeigten zugleich: Durch aktive Anstrengungen sind die Hochschulen in der Lage, so etwas auch tatsächlich in überschaubaren Zeiträumen zu erreichen.



Die Studienkapazitäten auch langfristig auszulasten, liegt nicht nur im Eigeninteresse der Hochschulen, um die Ausstattungen dauerhaft zu legitimieren können. Vielmehr wird mit dem Auslastungsziel auch eine der zentralen regionalen Funktionen der Hochschulen bedient. Dazu können sich die Hochschulen in den demografisch schrumpfenden Regionen nicht allein

auf die ‚natürliche' Nachfrage verlassen. Vielmehr müssen sie aktive Strategien der Kapazitätsauslastung verfolgen – und haben dies getan.

Hochschulspezifische Kennziffern für Sachsen-Anhalt 2011



Werte in Klammern: Verhältnis zum Bundesdurchschnitt. Unten: Bundesdurchschnitt. Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Nach wie vor aktuell ist, dass Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in folgenden Maßnahmengruppen bestehen:

- Die individuellen Bildungswegentscheidungen werden vor allem auf Grund der Prognose getroffen, welche *beruflichen Chancen* sich mit dem jeweiligen Abschluss eröffnen. Daher sind aktiv kommunizierte Signale zu den regionalen Zukunftschancen notwendig. Auf Grund des demografischen Wandels und des Generationsübergangs in den Beschäftigungsstellen gilt hier: Heute kann den Studienanfänger.innen zahlreicher Studiengänge eine faktische Arbeitsplatzgarantie in der Region für die Zeit nach ihrem Studienabschluss gegeben werden.
- Sicherzustellen ist, dass möglichst *breitgefächerte Fächerangebote* regional verfügbar sind, um möglichst jedes individuelle Fachstudieninteresse in der Region bedienen zu können. Es sollten daher nicht ausgerechnet solche Studienangebote reduziert oder gar geschlossen werden, die regional nur einmal verfügbar sind. In Regionengrenznähe kann und sollte das jeweilige Hochschulangebot in der Nachbarregion in die Betrachtungen mit einbezogen werden.
- Die *Durchlässigkeit* zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung kann verbessert sowie die zwischen Bachelor und Master weit offen gehalten werden. Beides signalisiert: An den Hochschulen wird Wert darauf gelegt, dass jeder seine individuellen Talente ausschöpfen kann und dabei keine künstlichen Barrieren im Wege stehen. Hier dürfte gelten: Wer sich in Sachen Durchlässigkeit an die Spitze setzt, kann Innovationsgewinne einfahren. Wer

darauf verzichtet, wird um die Sache selbst – etwas später – nicht herumkommen, dann allerdings keinen Wettbewerbsvorteil mehr daraus ziehen können.

- Zur Verstetigung einer Erhöhung des *Anteils ausländischer Studierender* muss vor allem das Risiko ausländerfeindlicher Übergriffe, im weiteren auch die Fremdenfeindlichkeit im Alltag eingedämmt werden.

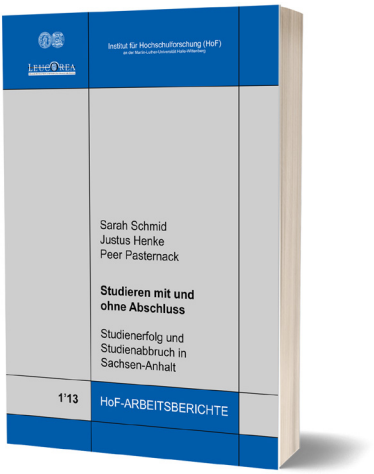
☞ Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: **Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt***,* Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 101 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_2_2013.pdf

Studienerfolg als Demografieressource

Die Hochschulen Sachsen-Anhalts vermochten es, in den zehn Jahren bis 2012 einen Zuwachs an Studierenden um fast 50 Prozent zu bewältigen. Die studienberechtigten Schulabsolventen Sachsen-Anhalts – vor allem solche mit Fachhochschulreife – konnten gut in das Hochschulsystem überführt werden. Das starke Anwachsen der Hochschulbildungsbeteiligung führte nicht zu einer deutlichen Zunahme von Studienabbrüchen. Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsen-Anhalts entsprechen 92 Prozent des Bundeswertes.

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts erreichten 2010 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts im Vergleich zu den anderen Flächenländern am wenigsten Studierende ihren Hochschulabschluss. 67 Prozent der sachsen-anhaltischen Studierenden schlossen ihr Studium erfolgreich ab. Der bundesdeutsche Durchschnitt lag im gleichen Jahr bei 75 Prozent. Allerdings lässt sich dies durchaus auch als (Teil-)Erfolg lesen:

- Die Hochschulen Sachsen-Anhalts hatten es vermochten, einen Zuwachs an Studierenden innerhalb von zehn Jahren um fast 50 Prozent zu bewältigen, ohne dass Studienabbrüche deutlich zunahmen. Das heißt: Die studienberechtigten Schulabsolventen Sachsen-Anhalts – hier vor allem solche mit Fachhochschulreife – konnten gut in das Hochschulsystem überführt werden.

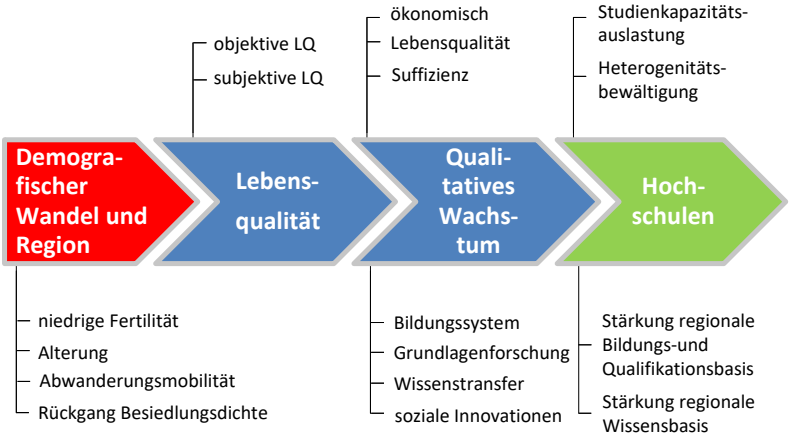


- Während die Zahl der Absolventen deutscher Hochschulen (bestandene Hochschulprüfungen incl. Promotionen) von 2000 bis 2011 um mehr als 80 Prozent gestiegen ist, nahm sie in Sachsen-Anhalt um 134 Prozent zu. Betrachtet man nur die Absolventen des Erststudiums, so ist der Unterschied zwischen bundesdurchschnittlicher Steigerung der Absolventenzahlen und derjenigen in Sachsen-Anhalt noch deutlicher:

Bundesweit nahm die Zahl der Absolventen um 74 Prozent zu, in Sachsen-Anhalt um 141 Prozent.

Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsen-Anhalts entsprechen 92 Prozent des Bundeswertes. Aufgrund des demografischen Wandels wird es darum gehen, *sowohl* die Öffnung der Hochschulen voranzutreiben und damit eine zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft zu verarbeiten *als auch* die damit erhöhten Abbruchrisiken nicht in ein Anwachsen der Studienabbruchzahlen münden zu lassen.

Demografischer Wandel und Hochschulen



Um die gegebenen Stärken beim Organisieren erfolgreichen Studierens zu stärken und vorhandene Schwächen auszugleichen, ergeben sich folgende Handlungsoptionen:

- Für eine gefestigte Studienwahl benötigen die Studierenden ausreichend Informationen zu den Studienbedingungen und -inhalten. Zudem muss es gelingen, die individuellen Interessen mit den Studieninhalten zu verknüpfen, um Studienmotivation und Fachidentifikation zu stärken. Hierfür können die Hochschulen den Studienbeginnern, z.B. in *Orientierungsseminaren*, die Möglichkeit geben, die Studienwahl zu überprüfen.
- Frühzeitige Maßnahmen in der *Studieneingangsphase* sind besonders erfolgsversprechend, um mögliche potenzielle Abbruchgründe im weiteren Studienverlauf zu reduzieren.
- *Individuelle Studienwege* sollten zugelassen und darüber hinaus explizit begünstigt werden. Hierzu sind Brückenkurse für Quereinsteiger, duale Stu-

dienmöglichkeiten, größtmögliche Durchlässigkeiten zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, den Hochschularten und Bachelor- und Master-Studiengängen sowie Möglichkeiten unterschiedlicher Studiergeschwindigkeiten vorteilhaft.

Maßnahmen zur Reduzierung von Studienabbrüchen

Zeitpunkt	Ziele	Zielgruppe	Maßnahmen
Studien-eingangs-phase	• Ausgleichen von ungleichen Startbedingungen • Information • akademische Integration • soziale Integration	• uninformierte Studienbeginner • Studienbeginner mit Defiziten in der Vorbildung (Sprach-/ Wissensdefizite) • Studierende, die einer Minderheit angehören	• Information • Beratung • Unterstützungs-maßnahmen • Maßnahmen zur sozialen Integration
Studien-eingangs-phase und weiterer Studien-verlauf	• Leistung verbessern • Motivation erhalten • Verbesserung der Lehr- und Lern-kultur • Integration in studentische Netzwerke • problematische Studien-bedingungen wie Zeitkonflikte vermeiden	• Studierende mit Leistungsproblemen • Studierende mit geringem Selbst-vertrauen / Selbstwirk-samkeitseinschätzung • Studierende ohne Zugang zu informellen Netzwerken • erwerbstätige Studierende • Studierende mit Finanzierungsproblemen • Studierende mit Familie	• Unterstützungs-maßnahmen (z.B. Vermittlung von Lernstrategien) • Motivations-veranstaltungen • Änderung der Didaktik / Lehrkultur • Unterstützung und Beratung (z.B. zu Finan-zierungsmöglichkeiten) • Flexibilisierung von Studienangeboten • Studienorganisation professionell gestalten

Hilfreich dürfte es sein, sich stärker als bisher den – in vielen nichtdeutschen Hochschulsystemen selbstverständlichen – Aufgaben der Studierendenbetreuung zu öffnen. Die verbreitete Rede von der „Hochschule als Dienstleistungsunternehmen“ kann sich an dieser Stelle als eindrucksvoll umsetzbare Handlungsmaxime erweisen:

- In diesem Sinne könnten die Hochschulen mit einer ersten Botschaft für sich werben – und sie einlösen: „Bei uns können Sie *studieren*. Um alles andere kümmern wir uns“.
- Eine zweite Botschaft sollte daran anknüpfen, dass insbesondere Studienanfänger.innen – adoleszent, verhaltensunsicher und daher in potenzieller

Krisenerwartung – besondere sozial-emotionale Sicherheitsbedürfnisse haben. Diese Botschaft könnte daher lauten: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschul*community*“.

Werden diese beiden Kernbotschaften glaubwürdig vermittelt und eingelöst, spricht sich das herum. Und die Neigung, an einer solchen Hochschule ein Studium aufzunehmen, steigt.

☞ Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: **Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 77 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2013.pdf

Qualität der Lehre im Verbund

10 Jahre HET-LSA-Koordination am HoF

2012 bis 2021 arbeitete im Rahmen des „Qualitätspakt Lehre“ der Verbund „Heterogenität als Qualitätsherausforderung: Hochschulbildung im demografischen Wandel“ (HET LSA). Er umfasste alle sieben sachsen-anhaltischen Hochschulen und war 2011 unter der Koordination des HoF-Direktors Peer Pasternack eingeworben worden. Nach den ersten vier Jahren hatte sich der Verbund erfolgreich für eine zweite Förderphase qualifizieren können. Sein Ziel: vor dem Hintergrund einer zunehmenden studentischen Heterogenität die Anschlussfähigkeit der Studierenden sichern und den Studienerfolg erhöhen. Wichtiger Teil des Verbundes war die am HoF angesiedelte Transferstelle „Qualität der Lehre“. Seit 2022 werden die Aktivitäten der sachsen-anhaltischen Hochschulen im Rahmen des „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ fortgesetzt.

In der ersten Förderperiode (2012–2016) waren von den Hochschulen verschiedene Maßnahmen und Instrumente für eine Professionalisierung der Lehrenden, Anpassungen der Studieneingangsphase sowie Betreuungs- und Begleitangebote für Studierende erarbeitet worden. Die Transferstelle „Qualität der Lehre“ am HoF hat dafür die notwendigen Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen etabliert, übernahm die wesentlichen Koordinations- und Organisationsaufgaben des Verbundes, arrangierte die Vernetzung der standortgebundenen Aktivitäten und förderte den Erfahrungstransfer zwischen den Hochschulen. Dazu gehörten die Vorbereitung der regelmäßig stattfindenden Verbundtreffen der Prorektor.innen für Studium und Lehre, die aller Projektmitarbeiter.innen sowie das landesweite Sichtbarmachen des Verbundes. So entstand unter redaktioneller Verantwortung der Transferstelle „Qualität der Lehre“ eine erste verbundweite Publikation. In dieser beschrieben Lehrende ihre Konzepte und praktischen Umsetzungen in der Lehre mit konkreten Hinweisen zur Übertragbarkeit.

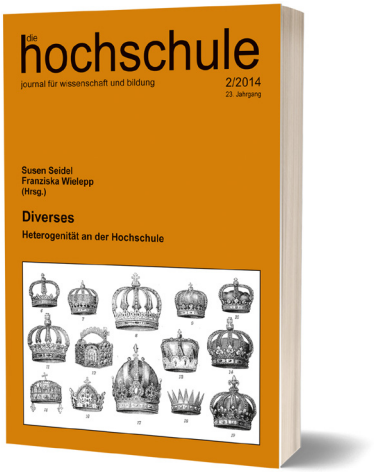
Auf diese Weise konnte manche Mehrfachentwicklung identischer oder ähnlicher Lösungsansätze für gleichartige Probleme vermieden werden (wenngleich nicht alle, doch auch die Zukunft braucht Aufgaben). Dank der Vernetzungsstruktur wurde die Intensität des Kompetenz- und Wissensaustauschs im sachsen-anhaltischen Hochschulsystem deutlich gesteigert.

Ein tragendes Element in der Verbundstruktur stellten die Kompetenzzirkel dar, die der Multiplikation der Arbeitsergebnisse in die Breite der Hochschulen dienten. In ihnen waren Akteure aus den Hochschulen versammelt, die über Expertise oder Zuständigkeit zu den jeweiligen Themen verfügen. Sie waren auch ein wichtiges hochschulübergreifendes Format der Kommunikation über die Verbundergebnisse. Hier unterstützte die Transferstelle die jeweiligen Initiator.innen bzw. koordinierte den fachbezogenen Austausch:

- Für die landesweite AG E-Learning wurden Bestandsaufnahmen und Vorrecherchen durchgeführt. Dabei ging es um E-Plattformen und Beratungsstruktur, rechtliche Fragen des E-Learning, Vorlesungsaufzeichnungen und Videos in der Lehre und E-Assessment. Die Ergebnisse wurden allen Verbundpartner zur Verfügung gestellt und eine überlokale Netzwerkarbeit etabliert.
- Für die Arbeitstreffen der Akademischen Auslandsämter des Landes übernahm die Transferstelle die Moderation, Dokumentation und Organisation. Der Erfahrungsaustausch für Mitarbeitende der Beratung für internationale Incoming-Studierende fand regelmäßig an verschiedenen Standorten statt.
- Im Bereich Qualitätsmanagement wurden zwei Kompetenzzirkel realisiert, welche die Basis für einen intensiveren Austausch sowie für die weitere Zusammenarbeit bilden.
- Für den Kompetenzzirkel Wissensmanagement an Hochschulen wurden vorhandene Ansätze und Modelle sowie verschiedene Umsetzungsformen (Wissenskarten, Prozessmatrix) verglichen. Die daraus entstandene Wissenskarte vereint didaktisches und studienorganisatorisches Handlungswissen in Form von Projektergebnissen, Toolboxen und Methodenwissen mit den zugehörigen Ansprechpartnern.
- Für den Kompetenzzirkel „Mathematische Brückenkurse“ führte die Transferstelle eine landesweite Bestandsaufnahme bestehender Angebote durch. Die Ergebnisse waren Grundlage für die Erarbeitung einer didaktischen Handreichung zur Durchführung von Brückenkursen in Zusammenarbeit mit dem MLU-Institut für Mathematik.
- Im Kompetenzzirkel Hochschuldidaktik wurden öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisiert. 2013 fanden

Manche Mehrfachentwicklung identischer oder ähnlicher Lösungsansätze für gleichartige Probleme an sieben Hochschulen konnte vermieden werden – wenn auch nicht alle

erstmalig an sechs Hochschulen die Hochschuldidaktischen Wochen statt. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war ein gemeinsamer Tag der Lehre. Die Transferstelle hat dabei die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Nachbereitung übernommen. Im Rahmen dessen wurden gestaltbare Einflussfaktoren für einen Erfolg von derlei Formaten identifiziert.

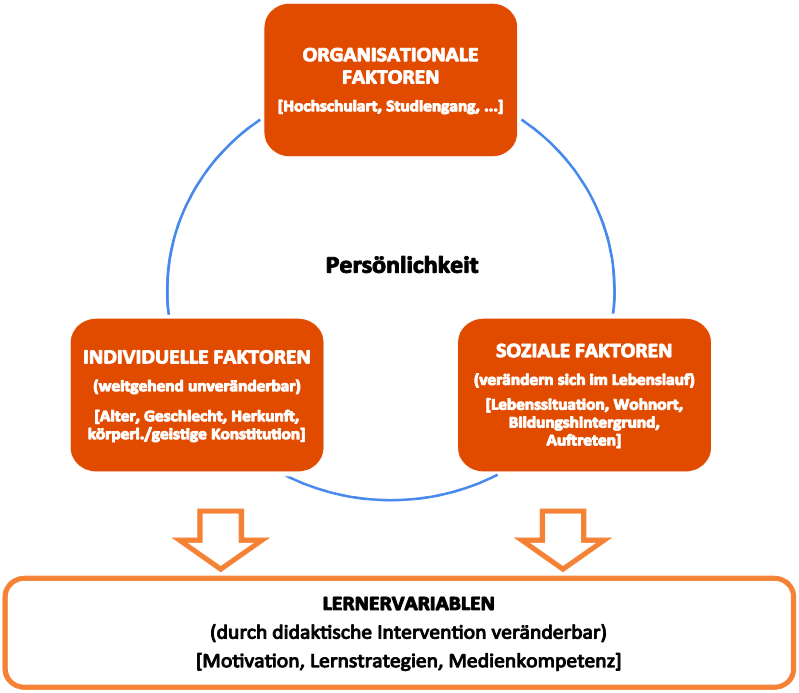


Als Informationsgrundlagen für die Verbundhochschulen erarbeiteten Transferstelle und HoF Expertisen und Handlungsempfehlungen zur studentischen Heterogenität und zum Lehrpersonal. Dazu gehörten

- eine systematisierte Gegenüberstellung verschiedener Zugänge aus den Erziehungswissenschaften, den Sozialwissenschaften sowie der Organisationsentwicklung: Diversity Management und Anerkennungspädagogik eignen sich als Sensibilisierungsinstrumente, da sie mit normativen Appellen operieren. Die Erziehungswissenschaften bieten als leitende Unterscheidungen des Begriffsfelds Heterogenität die Dichotomien naturalisierend und konstruktivistisch bzw. individualisierend und strukturalistisch an. Zu einer veränderten Wahrnehmung kann das Bewusstsein beitragen, dass Heterogenität immer von der eigenen Beobachtung abhängig ist;
- die Darstellung hochschulischer Szenarien im Umgang mit Heterogenität: Die vorherrschende defizitorientierte Perspektive resultiert zum einen aus institutionellen Strukturen, zum anderen aus den institutionell repräsentierten kulturellen Normen. Für einen erforderlichen Paradigmenwechsel sind in Hochschuldidaktik und Strukturplanung die Besonderheiten der Organisationskultur stärker zu berücksichtigen.

Während innerhalb der ersten Förderphase besonders Bedarfs- und Problemanalysen erstellt sowie einzelne Zielgruppen und Heterogenitätsaspekte bearbeitet wurden, standen in der zweiten Förderphase Systematisierung und thematische Fokussierung sowie die Übertragung und Verbreitung von Lösungen im Hochschulverbund im Vordergrund. Es ging darum, neben dem didaktischen Handeln der Lehrenden und dem Einsatz neuer Lehr-/Lernformen verstärkt studienorganisatorischer Aspekte in den Blick zu nehmen. Das schloss z.B. den Auf- und Ausbau neuer Angebote für Studierende mit besonderen Beratungs- und Betreuungsbedarfen (internationale Studierende, nichttraditionelle Studierende etc.) ein.

Heterogenitätsdimensionen: Leitmodell der Transferstelle „Qualität der Lehre“ am HoF



Bei all dem übernahm die Transferstelle das hochschulübergreifende Projektmanagement. Daran anschließend wurden die im Verbund erarbeiteten hochschulspezifischen Problemlösungen auf erweiterte Rahmenbedingungen übertragen und als Handlungswissen in praktisch orientierte Formate wie Methodensammlungen, Checklisten und Projektportfolios übersetzt.

☞ Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): **Diverses. Heterogenität an der Hochschule** (=die hochschule 2/2014), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014. URL https://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/14_2/2014_2.pdf

☞ Philipp Pohlenz / Susen Seidel / Thomas Berg (Red.): **Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt**, Verbund HET LSA, Magdeburg 2015, 144 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HET-LSA_Damit-das-Studium-f%C3%BCr-alle-passt.pdf

Damit das Studium für alle passt

Neue Konzepte und gute Praxis

Der Qualitätspakt Lehre (QPL) lief Anfang 2021 aus. Damit endete nach zehn Jahren auch das sachsen-anhaltische Verbundprojekt HET LSA. HoF hat im Auftrag des Verbunds die wesentlichen Ergebnisse und Erfahrungen in einer Broschüre gebündelt. Neben der Rückschau wird in dieser auch ein Blick nach vorn gewagt. Lehrende suchen Antworten auf die Frage: Wie sehen Studium und Lehre in zehn Jahren aus?

Infolge des demografischen Wandels sind die Hochschulen Sachsen-Anhalts mit einem Rückgang ‚traditioneller' Studierender konfrontiert. Die Zahl der Abiturient.innen als Hauptzielgruppe von Hochschulbildungsangeboten nimmt langfristig – und teils deutlich – ab. Zugleich ist ein Fachkräftemängel zu verzeichnen. Diesem muss entgegengewirkt werden, um die Generationennachfolge und die Innovationsfähigkeit der klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaft des Landes zu sichern.

Der Rückgang ‚traditioneller' Studienanwärter.innen bei gleichzeitig hohem Fachkräftebedarf hat dazu beigetragen, dass sich die Hochschulen Sachsen-Anhalts für neue Zielgruppen geöffnet haben. Von besonderem Belang sind dabei Studienberechtigte, die eine andere Hochschulzugangsberechtigung als das Abitur erworben haben, bspw. über berufliche Erfahrung. Auch Personen, die bisher von einem Vollzeitstudium absahen, da ein solches mit den aktuellen Lebensumständen nicht kompatibel schien (z.B. Berufstätige oder Eltern), sind als neue Zielgruppe erkannt worden. Hinzu kommt ein verstärktes Augenmerk auf die akademische Integration von internationalen Studierenden.

Mit der weitreichenden Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen geht eine steigende studentische Heterogenität einher. Infolgedessen müssen vielfältige Beratungs- und Orientierungsbedarfe bedient und unterschiedliche Lerndispositionen berücksichtigt werden. Darüber hinaus zeichnen sich die Studierenden durch ein breites Spektrum an berufs- und bildungsbiographischen Vorerfahrungen aus. Diese gilt es vonseiten der Hochschulen bei der Gestaltung von Curricula und Lehre zu beachten.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hatte 2012–2021 das QPL-Verbundprojekt „HET LSA" der sachsen-anhaltischen Hochschulen gearbeitet.

2020 wurde mit der Verbundbroschüre „Damit das Studium für alle passt. Schwerpunkt: Heterogenität und Digitalisierung“ ein Resümee gezogen.

Auf 148 Seiten wird eine große Vielfalt an praxisrelevanten und niedrigschwellig gehaltenen Beiträgen versammelt. Wissenschaftler.innen aus den Verbundhochschulen teilen mit Blick auf die umgesetzten Maßnahmen ihre Erfahrungen, benennen Erfolgsvoraussetzungen, skizzieren aufgetretene Herausforderungen und formulieren praktische Tipps zur Übertragung. Darüber hinaus enthält die Broschüre 13 Interviews mit Hochschullehrer.innen des Landes. Diese geben Einblicke einerseits in ihre Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung von Studium und Lehre. Andererseits werden die Möglichkeiten – und Grenzen – digitalisierter Lehre diskutiert.

In HET LSA entwickelt und umgesetzt: das Orientierungsstudium an der Hochschule Harz

Das Orientierungsstudium wurde im Rahmen von HET LSA als optionaler Bestandteil aller Vollzeit-Bachelorstudiengänge der Hochschule Harz entwickelt. Es wird seit dem Wintersemester 2018/19 fachbereichsübergreifend angeboten.

Es soll eine Starthilfe für junge Menschen sein, die ein Studium in Erwägung ziehen, sich aber noch nicht auf eine Fachrichtung festlegen können oder wollen. Für diese Zielgruppe bietet das Orientierungsstudium die Gelegenheit, durch Verlängerung der Studieneingangsphase Einblicke in alle Fachbereiche der Hochschule zu gewinnen: Automatisierung und Informatik, Verwaltungswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften.

Orientierungsstudierende erweitern ihr (über)fachliches Wissen, erkunden in einem Prozess der aktiven Selbstfindung eigene Neigungen und können dann eine bewusste Studienentscheidung treffen. Die Besonderheit des Orientierungsstudiums besteht in seiner dreidimensionalen inhaltlichen Ausrichtung in Form von Befähigung, Orientierung und Qualifizierung:

- Im *Bereich Befähigung* werden studienrelevante Kompetenzen vermittelt, wie z.B. Moderations- und Präsentationstechniken sowie Zeit- und Stressmanagement. Durch interdisziplinäre Projektarbeit werden Kommunikations- und Teamfähigkeit gefördert. In Werkstätten (Forschungs- und Wissenschaftswerkstatt sowie Wissenschafts- und Schreibwerkstatt) werden die Kompetenzen in puncto Schreiben, Forschen und wissenschaftliches Arbeiten gestärkt. Auch mathematische Grundlagen und Fremdsprachenkenntnisse werden vertieft.
- Im *Bereich Orientierung* werden die Studierenden in sogenannten Orientierungsveranstaltungen zu einer aktiven Selbstreflexion angeleitet.
- Im *Bereich Qualifizierung* haben die Studierenden die Möglichkeit, an regulären Einführungsveranstaltungen aller drei Fachbereiche teilzunehmen. Sie erleben das Studium unter realen Bedingungen und schaffen eine solide fachliche Grundlage für das anschließende Bachelorstudium.

In allen drei Bereichen kommen unterschiedliche Lehrformen zum Einsatz: Neben konventionellen Vorlesungen und Seminaren machen Exkursionen, Planspiele, interdisziplinäre sowie partizipative Projektarbeit und Teamprojekte das Studieren besonders erlebenswert. Drei konkrete Beispiele aus dem Bereich Orientierung:

- *Orientierungs- und Perspektivenseminar:* Die Studierenden definieren eigene Kompetenzen und Potenziale. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Themen Individualentwicklung und Teambuilding. Mit dem Ziel der Orientierung wird u.a. das Studiengang-Speeddating angeboten, um gebündelt das umfangreiche Angebot der HS Harz incl. dem dualen Studium aufzuzeigen. Der peer-to-peer-Charakter sorgt für gelassene Stimmung und regen Austausch zwischen den Orientierungsstudierenden und Vertreter.innen unterschiedlichster Studiengänge.
- *Ringvorlesung:* Neben dem Studienangebot lernen die Orientierungsstudierenden im Rahmen der regelmäßigen Treffen mit Alumni der Hochschule Harz unterschiedliche Branchen und Berufsfelder kennen, welche ihnen nach dem erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiums offenstehen.

Interdisziplinäres Seminar: Dieses besteht aus einem semesterübergreifenden fachlichen Grundlagenkurs im Bereich Projektmanagement und einem begleitenden interdisziplinären Seminar. Anhand eines jährlich gewählten gesellschaftlich relevanten Themas werden die Zusammenhänge der verschiedenen Studieninhalte aufgezeigt.

Die Broschüre ist auch durch einen starken Bezug zum aktuellen Zeitgeschehen charakterisiert: Viele der Beiträge thematisieren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Studien- und Lehrbetrieb. So geben Lehrende etwa Einblicke in ihre Erfahrungen, die sie bei der Umstellung von Präsenz- auf Online-Lehre gemacht haben. Dabei zeigt sich, dass die im HET-LSA-Kontext geschaffenen Strukturen dazu beigetragen haben, dass die Hochschulen Sachsen-Anhalts den Lehrbetrieb im ‚Corona-Modus' vergleichsweise gut bewerkstelligen konnten.

Wie dieses Vor-der-Pandemie und die Pandemie-Bewältigung ineinandergriffen, lässt sich den Beitragsthemen im Kapitel „Digitalisierung" ablesen:

- Das (E-)Tutorienprogramm und das E-Maker-Programm der Hochschule Merseburg
- Online-Qualifizierungsangebot: Hochschullehre mit digitalen Elementen gestalten
- Wissenschaftliches Arbeiten: Ein offener Selbstlernkurs für Studierende
- Digitale Modulkombination für individuelle Weiterbildung
- Konzeption und Umsetzung von mediendidaktischem und medientechnischem Support im Sommer 2020
- Stendaler Forschungswerkstatt: qualitativ_diskursiv für Lehrende geht online

- Online-Lehre und Selbststudium aufeinander abstimmen. Beispiel „Physik II für Ingenieur.innen“
- Innovativer Zusatzservice für neben dem Beruf Studierende in weiterbildenden Studiengängen
- Die digitale Materialsammlung der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Deutlich wird in den Auswertungen der Projekterfahrungen aber zugleich: Die klassische Hochschullehre mit ihren Präsenzveranstaltungen ist nicht, wie mitunter prophezeit, zu einem Auslaufmodell geworden. Der persönliche Austausch wird auch zukünftig das Fundament für eine hochwertige und heterogenitätssensible Hochschullehre bilden.

☞ Philipp Pohlenz / Stefan Haunstein / Melanie Augustin / Thomas Berg / Susen Seidel (Red.): **Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt 2020**, Verbund „Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre – Kompetenz- und Wissensmanagement für Hochschulbildung im demografischen Wandel“ (HET LSA), Magdeburg/Wittenberg 2020, 147 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/het_ lsa_broschuere_2020.pdf

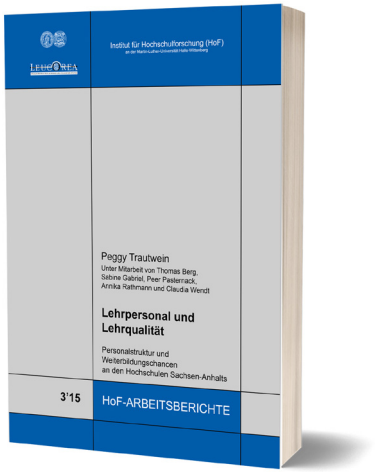
Lehrpersonal und Lehrqualität

Personalstruktur und Weiterbildungschancen

Wie verändern sich Anforderungen an Hochschullehrende? Wie wird mit Weiterbildungsangeboten darauf reagiert? Welches Weiterbildungsverhalten zeigen die Lehrenden? Welche Struktur hinsichtlich Personalkategorien und Alter weist des Lehrpersonal auf? Diese Fragen wurden für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt beantwortet. Dem zugrunde lag die Annahme, dass es Zusammenhänge zwischen der Struktur des Lehrpersonals und seiner Weiterbildungsaffinität gibt.

An den deutschen Hochschulen gehören Bemühungen zur Qualitätssteigerung der Hochschullehre seit geraumer Zeit zum institutionalisierten Konzept. Einen wesentlichen Baustein der Qualitätsentwicklung stellt die gezielte Unterstützung und Professionalisierung der Lehrenden dar, u.a. durch bedarfsgerechte und teilnehmerzentrierte Weiterbildungsangebote. Zugleich ist bekannt, dass die Erreichbarkeit von Lehrenden durch Weiterbildungsangebote nach Personalkategorie und Alter variiert.

Deshalb wurde die Struktur des Lehrpersonals in Sachsen-Anhalt ermittelt. Diese stellt einen Zugang dar, um Weiterbildungsbedarfe und die potenzielle Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten prognostizieren zu können. Erkennbar wird, wie groß die Gruppe potenzieller Weiterbildungsinteressierter im Nachwuchsbereich ist und voraussichtlich sein wird. Ebenso wird deutlich, wo aufgrund altersbedingten Ausscheidens von Professor.innen aus dem aktiven Hochschuldienst Neuberufungen anstehen:



- Im Ergebnis wurde prognostiziert, dass bis 2020 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts gut ein Drittel der Professorenschaft aus dem Dienst ausscheiden wird. Dort war mit Neuberufungen zu rechnen. Die vorherzusagenden Dienstbeendigungen verteilten sich nahezu gleichmäßig auf alle Fächergruppen, wobei die Medizin die meisten altersbedingten Pensionierungen

Weiterbildungsangebote stoßen nur dann auf Zustimmung, wenn die Transaktionskosten für die Lehrenden nicht höher sind als die prognostizierten Effekte

zu erwarten hatte, gefolgt von den Fächergruppen Kunst/Kunstwissenschaften sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften.

- Zum Erhebungszeitpunkt ließen sich 173 (16 %) Professor.innen unter 45 Jahren ausweisen. Diese erfahrungsjungen Lehrenden stellen eine vergleichsweise gut erreichbare Zielgruppe für die in Sachsen-Anhalt neu organisierten Weiterbildungs- und Unterstützungsformate wie „Hochschuldidaktische Wochen" oder „Tage der Lehre" dar. Die meisten jungen Professor.innen verzeichnete die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, gefolgt von Mathematik/Naturwissenschaften sowie den Ingenieurwissenschaften. Werden die Neuberufenen von ihrer Hochschule über passende Angebote willkommen geheißen, unterstützt es diese Gruppe bei einem guten Start in ihre – z.T. neue – Rolle als Lehrende.

- Besonders hoch war der Anteil an jungen Beschäftigten naturgemäß bei den Lehrenden unterhalb der Professur. 79 Prozent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter.innen waren unter 45 Jahren. Mehr als die Hälfte gehörte zur Altersgruppe der 25- bis 35-jährigen. Diese Personalkategorie stellt, bezogen auf ihr Alter, die am besten zu erreichende Zielgruppe für lehrbezogene Weiterbildungen dar.

- Innerhalb der Personalgruppen der Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Dozent.innen und Assistent.innen waren 36 bzw. 25 Prozent der Beschäftigten unter 45 Jahren. Lehrkräfte für besondere Aufgaben finden sich an allen Hochschulen und ergänzen die wissenschaftliche Lehre durch praktische und technische Kenntnisvermittlung. Dozent.innen und Assistent.innen sind fast ausschließlich an den Universitäten und dort mit dem größten Anteil in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften zu verzeichnen. Auch diese Gruppe stellt eine für Weiterbildung gut erreichbare Zielgruppe dar.

Als Hauptgrund, bislang keine Weiterbildungsangebote zu nutzen, wurde von den Lehrenden ihre hohe Auslastung genannt. Wenn es den Hochschulen gelänge, flexible Lösungen für Zeitkonflikte anzubieten, dann hätten sie die Chance, die Teilnahmeneigung ihrer Lehrenden zu erhöhen. Darüber hinaus können Angebote personalgruppengerechter über Qualifizierungsformate wie Inplacementkonzepte für Neuberufene und Einzelcoachings für bereits lehrerfahrene Professor.innen profiliert werden.

In jedem Falle stoßen hochschulische Weiterbildungsangebote nur dann auf Zustimmung, wenn die Transaktionskosten für die Lehrenden nicht höher

sind als die prognostizierten Effekte. Positiv ausgedrückt: Die individuelle Neigung, sich neue Lehrkompetenzen anzueignen, ist umso höher, je deutlicher daraus resultierende Lehr-Lern-Effekte den deshalb zu betreibenden Aufwand überschreiten.

Weiterbildungsangebote stoßen nur dann auf Zustimmung, wenn die Transaktionskosten für die Lehrenden nicht höher sind als die prognostizierten Effekte

Daher bedarf es aufwandsrealistischer hochschuldidaktischer Angebote, die in Rechnung stellen, dass die Lehrenden eine komplexe Berufsrolle auszufüllen und praktisch permanent mit Zeitnot zu kämpfen haben. Weiterbildungsangebote müssen deshalb Lösungen für real gegebene anstelle ideal gedachter Bedingungen offerieren. Sie dürfen die (Zeit-)Probleme der Lehrenden nicht vergrößern, sondern sollen sie minimieren.

☞ Peggy Trautwein: **Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts** (HoF-Arbeitsbericht 3'2015), unt. Mitarb. v. Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 44 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-2015-3.pdf

www.lehre-fuer-lehre.de

Lehrinnovationen in Sachsen-Anhalt

Zehn Jahre haben die Hochschulen Sachsen-Anhalts im Rahmen des „Qualitätspakt Lehre“ gemeinsam an der Entwicklung ihrer Lehrqualitäten gearbeitet. Aus diesem Anlass hat die am HoF angesiedelte Transferstelle „Qualität der Lehre“ die wesentlichen sachsen-anhaltischen Ergebnisse der Verbund- und der HoF-Arbeiten auf einer Website gesichert. So sind diese an einem zentralen Ort gebündelt, für interessierte Hochschulakteure unkompliziert nutzbar und werden auch künftig ergänzt werden können.

Von 2012 bis 2021 entstanden in Kooperation der sieben staatlichen Hochschulen Sachsen-Anhalts und des HoF zahlreiche Aktivitäten, um gemeinsam die Qualität von Studium und Lehre zu entwickeln. Darunter waren Kompetenzzirkel, hochschuldidaktische Weiterbildungen, multimediale Lehr-Lern-Materialien und Online-Module für Studierende sowie Qualifizierungsangebote für multimediales Lehren und Lernen. Die am HoF angesiedelte Transferstelle „Qualität der Lehre“ hatte die Koordinierungs- und Organisationsaufgaben übernommen, arrangierte die Vernetzung der Aktivitäten und förderte den Erfahrungstransfer zwischen den Hochschulen.

Dazu gehörte zum Abschluss der Verbundarbeiten auch die öfffentlich zugängliche Ergebnissicherung. Um die entstandenen Ergebnisse an einem Ort zu bündeln, wurde die Website www.lehre-fuer-lehre.de gestaltet. Auf diesem Online-Portal finden sich Lösungen für häufige Probleme und Ärgernisse des Lehralltags in verschiedenen Formaten angeboten. Darunter sind direkt im Lehralltag anwendbare Techniken sowie Beispiele für bereits gelungene und gelingende Praxis guter Hochschullehre in Sachsen-Anhalt. Die Website gliedert sich in drei Menüpunkte:

- *Methoden:* Hier finden sich insbesondere für Hochschullehrende gut aufbereitete Arbeitsmaterialien für eine aufwandsrealistische Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen. Angeboten werden kompakte, niedrigschwellige und heterogenitätssensible lehrmethodische Formate. Themenbereiche sind etwa Feedback, Präsentation, Diskussion und Reflexion. Ihr Einsatz hilft dabei, die Hochschullehre studierendenzentriert zu gestalten und fortlaufend zu verbessern. Die Arbeitsmaterialien sind auf allen mobilen Endgeräten nutzbar und lassen sich über die Website als PDF herunterladen.

- *Praxisbeispiele:* Unter diesem Menüpunkt sind gute Beispiele und Maßnahmen versammelt, um den Herausforderungen zu begegnen, denen die Hochschulbildung gegenübersteht. Es werden an sachsen-anhaltischen Hochschulen erprobte Ansätze, Konzepte und Anwendungsformate vorgestellt. Der Fokus liegt dabei auf den Themenfeldern Heterogenität, Studienerfolg, Beratung, E-Learning und Forschung zur Lehre. Die Praxisbeispiele bieten Interessierten eine Orientierung und Inspirationsquelle für die zukünftige Weiterentwicklung von Studium und Lehre – auch über Sachsen-Anhalt hinaus.
- *Orga-Kontexte:* Organisatorische Kontexte prägen den Alltag Hochschullehrender und beeinflussen deren Lehrgestaltung. Unter diesem Menüpunkt werden thematisch gegliedert Gestaltungsmuster zur Entlastung der Lehrenden angeboten. Die Bedingungen der Lehre sollten so gestaltet werden, dass Qualitätserzeugung nicht verhindert, sondern ermöglicht wird. Dafür wurden Gestaltungsmuster entwickelt. Sie formulieren Lösungswege für häufig auftretende organisatorische Probleme, die hemmend auf die Qualitätsentwicklung von Studium und Lehre an Hochschulen wirken.

Eingangsseite www.lehre-fuer-lehre.de

Mit der Online-Sicherung dieser Ergebnisse wird der entstandene Kompetenz- und Wissensaustausch im sachsen-anhaltischen Hochschulsystem auch weiterhin unterstützt und aufrechterhalten. Vermieden werden soll, dass bereits entwickelte Lösungen in Schubladen verschwinden oder nicht weitergenutzt werden. HoF pflegt das Portal weiterhin und macht dort neu entstehende Materialien zur Qualitätsentwicklung von Lehre und Studium verfügbar.

Zudem wird die Website auch über Sachsen-Anhalt hinaus wirksam. So bringt HoF die Seite in eine Initiative der Stiftung „Innovation in der Lehre“, die im Auftrag des Bundes den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ umsetzt, ein: Im Rahmen dieser werden alle Websites zu Fragen der akademischen Lehre über ein Meta-Portal zugänglich und interoperabel gemacht.

☞ Melanie Augustin / Stefan Haunstein (Red.): **Ideen für die Hochschullehre**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2021, URL www.lehre-fuer-lehre.de

Wer schon da ist, könnte auch bleiben

Internationale Studierende als künftiges Fachkräftepotenzial

Nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland besteht ein Fachkräftemangel. Zugleich können sich zwei Drittel der internationalen Studierenden an deutschen Hochschulen vorstellen, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben. Hier können die Hochschulen durch die Verbesserung von Integrations-, Informations- und Beratungsangeboten Willkommenssignale setzen, beim Übergang in das Beschäftigungssystem konkrete Unterstützung bieten und maßgeblich auf den Bleibewillen dieser Zielgruppe Einfluss nehmen. Zugleich spielt das gesellschaftliche Umfeld eine erhebliche Rolle.

Verbindet man die steigende Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studierende und den Fachkräftemangel miteinander, so liegt eine Schlussfolgerung auf der Hand: Ein Teil der Nachwuchsprobleme der Unternehmen und Beschäftiger in Sachsen-Anhalt könnte gelöst werden, wenn es gelänge, ausländische Absolventen und Absolventinnen der regionalen Hochschulen für einen Verbleib im Lande zu gewinnen.

Zwei Drittel der internationalen Studierenden würden gerne in Deutschland bleiben und arbeiten, so der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Tatsächlich verbleiben rund 25 Prozent. Ebenfalls nur etwa ein Viertel kennt die rechtlichen Regelungen, die eine Arbeitsaufnahme nach erfolgreichem Studienabschluss ermöglichen. 45 Prozent fühlen sich schlecht oder gar nicht informiert, und zwei Drittel fühlen sich als Fachkraft nicht willkommen.

Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil von rund 50 Prozent der ausländischen Vollzeitstudierenden, der sein Studium nicht beendet. Die Gründe dafür sind vielfältig: die ungewohnte Lehr- und Lernkultur in Deutschland, Sprachprobleme, fehlende Kommunikation und Begegnung sowie daraus resultierende geringe Integration sind die Hauptursachen für die Studienabbrüche.

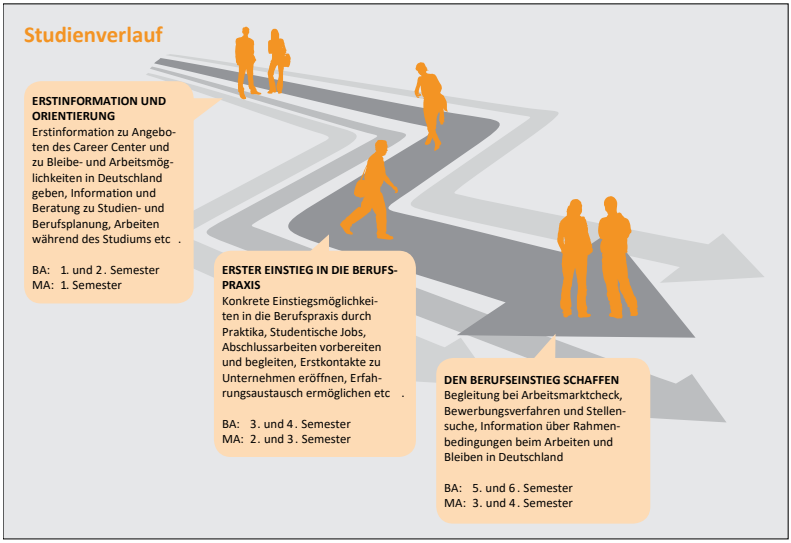
Sollen internationale qualifizierte Akademiker.innen gehalten werden, so müssten ihre Berufsperspektiven aktiv beworben sowie ihr Berufseinstieg in der Region unterstützt werden. Da ausländischen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern nach Studienabschluss maximal 18 Monate zur Verfügung stehen, um einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, sind Unterstützungsanngebote erst am Ende eines Studiums wenig sinnvoll. Von Seiten der Hochschu-

len braucht es unterschiedliche Offerten wie Beratung, Information und Training bereits im Verlauf des Studiums, möglichst in Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsmarktakteuren.

Deutlich wird jedoch auch: Das Thema der Integration von ausländischen Studierenden und Absolvent.innen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft kann nicht auf die Aktivitäten von Hochschulen und ggf. deren berufsbezogenen Kooperationspartner beschränkt werden. Ebenso wichtig sind

- die Integration von ausländischen Studierenden bereits während des Studiums,
- eine (bislang noch schwach ausgeprägte oder wenig durchgängig praktizierte) Willkommenskultur in- und außerhalb der Hochschulen auf vielen Ebenen,
- die Umgangskultur in Behörden und die Ausprägung einer (oft noch mangelnden) Sensibilität für die Bedarfe von Ausländer.innen und Migrant.innen generell,
- ein kreativer Umgang mit der Heterogenität der Studierendenschaft allgemein und der ausländischen Studierenden im besonderen.

Maßnahmen im Studienverlauf zur Integration internationaler Studierender



Immerhin fast 40 Prozent der Befragten haben, laut Sachverständigenrat, Diskriminierung erfahren oder sahen sich Vorurteilen gegenüber, weil sie Ausländer.innen sind. Über 60 Prozent sehen es als schwierig an, nach Abschluss ihres Studiums eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Besonders Menschen, die nicht ‚typisch mitteleuropäisch' aussehen, sind von Diskriminierung bis hin zu Gewalt betroffen. Fremdenfeindlichkeit spiele eine wesentliche Rolle bei der Jobsuche bzw. der Auswahl von Mitarbeiter.innen. Auch eine Hochschule, die im besten Falle selbst schon Willkommenskultur lebt, benötigt ein offenes und akzeptierendes Umfeld, damit ausländische Studierende und Gäste sich wohl fühlen.

Gründe internationaler Absolvent.innen für einen Verbleib in Deutschland und die Abwanderung (Reihung nach Häufigkeit der Nennung)

Schriftliche Befragung HoF	Interviews HoF	Sachverständigenrat dt. Stiftungen Integration/Migration
Verbleibsgründe		
Jobangebot und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	Lebensqualität und Lebensstil in Deutschland (hierunter diverse Beschreibungen wie deutsche Kultur und Eigenschaften, Sicherheit, Arbeitsbedingungen etc.)	Aussichten auf Arbeitsmarkt, internationale Arbeitserfahrung
Familie, Freunde, persönliche Beziehungen	Familie, Freunde, persönliche Beziehungen	Lebensqualität in Deutschland
Lebensstil / Attraktivität deutscher Kultur	Jobangebot und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	Finanzielle Gründe, Bildungsmöglichkeiten
Region attraktiv		Lebensstil in Deutschland
Schwierige Lage im Heimatland		Familie, Freunde, persönliche Beziehungen
Abwanderungsgründe		
Fehlende Jobangebote in der Region	Familiäre, partnerschaftliche, private Gründe; auch: rechtlich schwieriger Familiennachzug	Familiäre, partnerschaftliche, private Gründe
Sprache	Aussichten auf dem Arbeitsmarkt andernorts, verbunden mit finanziellen Aspekten	Aussichten auf dem Arbeitsmarkt andernorts
Bürokratische Hürden / keine Arbeitserlaubnis	Bürokratische Hürden/ keine Arbeitserlaubnis	Weitere Bildungsmöglichkeiten andernorts
Keine Willkommenskultur / Fremdenfeindlichkeit		Finanzielle Aspekte

Quellen: eigene Befragung und Interviews 2014; Sachverständigenrat 2012

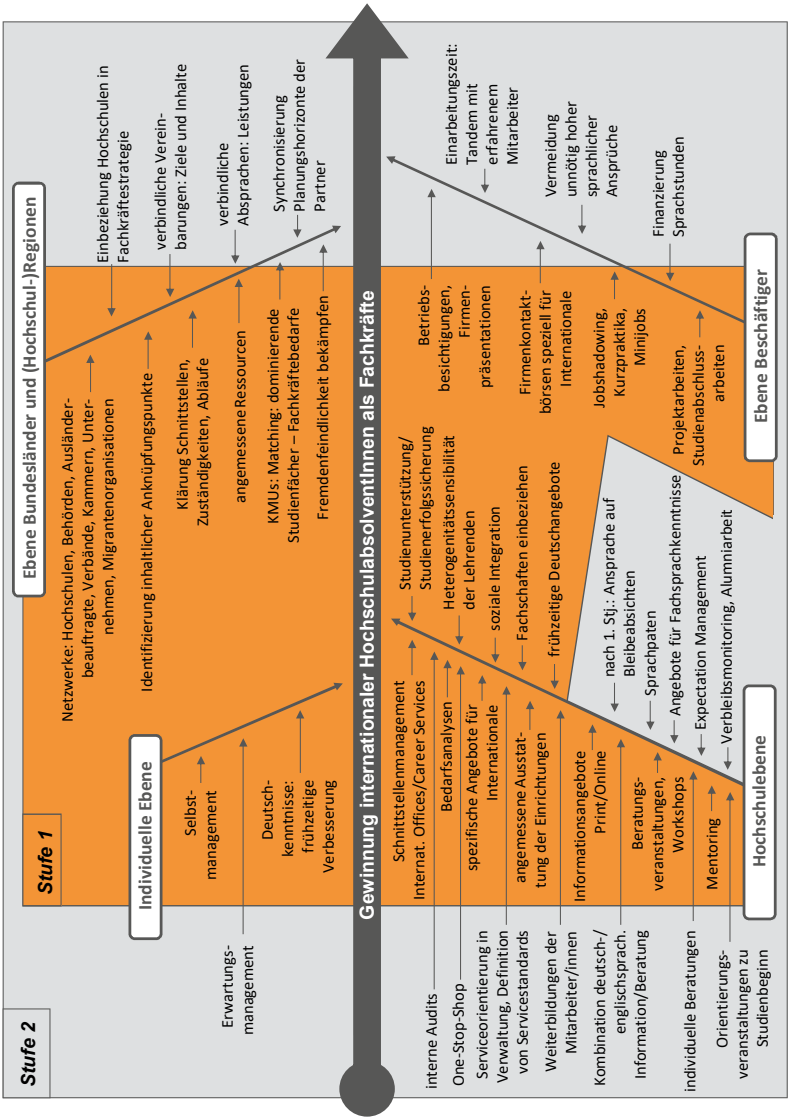
Hochschulen können hierbei durch ihre internationale Ausrichtung, die auch für die Weiterentwicklung ihrer Kernfelder Forschung und Lehre grundlegend ist, wichtige Impulse geben. Sehr viele Wirtschaftszweige arbeiten auch in Sachsen-Anhalt längst für einen internationalen Markt. Nur eine plurale Gesellschaft, die Unterschiede für ihre Weiterentwicklung auf allen Ebenen nutzt, statt diese auszugrenzen, kann langfristig Erfolg haben. Gerade in Regionen, die vom demografischen Wandel stark betroffen sind, muss auch die Frage, wie Menschen zusammenleben wollen und welche Werte das Zusammenleben und die weitere Entwicklung prägen sollen, gestellt werden.

Zunächst bedarf es zweierlei verstetigter Kooperationen: zum einen von Career Centern und International Offices an den Hochschulen, zum anderen der Hochschulen mit regionalen Akteuren. Während International Offices in der Regel stärker die Unterstützung von ausländischen Studierenden im Verlauf ihres Studiums sichern, können Career Center gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern in- und außerhalb der Hochschule vor allem berufsbezogene Informationen und berufsbezogene Angebote anbieten bzw. entwickeln.

Handlungsoptionen auf Hochschulebene sind insbesondere:

- Stärkung der Dienstleistungsorientierung der Hochschulen, Entwicklung einer Willkommenskultur und interkulturelle Sensibilisierung;
- die Einrichtung von „One-Stop-Shops", also zentraler Anlaufstellen an den Hochschulen, die alle Belange der internationalen Studierenden aufnehmen und ihre Klärung organisieren;
- Würdigung der Begleitung und Betreuung der internationalen Studierenden innerhalb der Hochschule durch Anerkennung, auch in Form von Ausstattung;
- Integrationsangebote sollten über die reine Studienunterstützung hinausgehen;
- Lehr- und Lernformen, die auch die Bedarfe internationaler Studierender im Blick haben;

Stufenplan mit Maßnahmen zur Gewinnung internationaler Studierender für einen Verbleib in Deutschland



- Gesamtstrategien zu Umgang mit und Begleitung von internationalen Studierenden sowie Konzepte zur Beantwortung der Heterogenität der Studierendenschaft;
- Beseitigung der ggf. prekären Situation von Angestellten in Career Centern: An manchen Hochschulen werden Sonderprogramme genutzt, um die Career Center zu finanzieren, so dass unklar ist, ob und in welcher Form sie dauerhaft finanziert und weiterexistieren werden. Infolgedessen gibt es eine hohe Abwanderungsneigung der Angestellten, sobald sich Jobs mit verlässlicheren Perspektiven bieten;
- solide Deutschkenntnisse sind bis auf sehr wenige Ausnahmen für alle Arbeitgeber vorrangig, und es ist schwierig, gerade in der Endphase eines (englischsprachigen) Studiengangs noch intensiv Deutsch zu lernen. Daher besteht im Abbau der Sprachbarriere eine wichtige Voraussetzung, um insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen ausländische Studienabsolventen als (Teil-)Lösung ihrer Fachkräfteprobleme zu offerieren.

☞ Martina Dömling / Peer Pasternack: **Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland** (HoF-Handreichungen 7), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 98 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-Handreichungen7.pdf

Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts

Mit einem im Jahr 2000 begonnenen Gender-Mainstreaming-Prozess nahm Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich für kurze Zeit eine Vorreiterrolle ein. Dieser Prozess blieb unabgeschlossen. Die statistischen Kennziffern zum Stand der Gleichstellung an den Hochschulen Sachsen-Anhalts und die Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit legen einen Neustart nahe.

Die statistische Bestandsaufnahme ergab die folgenden zentralen Befunde (hier die Daten, die zum Zeitpunkt der Untersuchung vorlagen):

- 2011 waren in Sachsen-Anhalt 42 Prozent der Frauen und 32 Prozent der Männer eines Jahrgangs *studienberechtigt*. Trotz einer steigenden Tendenz lag das Land damit deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt (Frauen: 63 %, Männer: 52 %).
- Bei jeweils über 5.000 *Studienanfänger.innen* jährlich betrug der Frauenanteil 48 Prozent. Der Anteil an den *Studierenden* insgesamt lag bei 49 Prozent. Beide Richtwerte lagen über dem jeweiligen Bundesmittel von 47 Prozent.
- *Studienabschlüsse* wurden in Sachsen-Anhalt häufiger von Frauen erworben. Unter den Hochschulabsolventinnen und -absolventen befanden sich 2011 55 Prozent Frauen.
- Gravierende Unterschiede bestanden bei der *Studienfachwahl*. 2010 studierten Frauen mit über 60 Prozent aller Studierenden in den Bereichen der Sprach- und Kulturwissenschaften (71 %), der Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (67 %) sowie Kunst und Kunstwissenschaften (61 %). Der Anteil der männlichen Studierenden lag in den Bereichen Ingenieurwissenschaften (79 %) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (61 %) deutlich höher.
- Bei den *Promotionen* hatte Sachsen-Anhalt 2011 einen Frauenanteil von 43,5 Prozent vorzuweisen. Damit bewegte es sich knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts von 45 Prozent. Im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2011 wies Sachsen-Anhalt in Relation zum Bundesdurchschnitt eine überdurchschnittliche Steigerungsrate auf, sodass sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt verringerte.
- Auf der folgenden Qualifizierungsstufe der *Habilitationen* lag Sachsen-Anhalt 2011 mit 23 Prozent (absolut 10 von 44) Habilitationen von Frauen etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 25,5 Prozent.

- Bei den *Juniorprofessuren* war ein Absinken des Frauenanteils von 28 Prozent (absolut 5 von 18 in 2005) auf 21 Prozent (absolut 5 von 24 in 2011) zu verzeichnen. Dagegen bewegte sich der Bundesdurchschnitt deutlich aufwärts und stieg von 29 Prozent (2005) auf 39 Prozent (2011).
- Während sich Sachsen-Anhalt bei den C3/W2-*Professuren* über dem Bundesdurchschnitt bewegte, fiel mit elf Prozent der Anteil in der höchsten Besoldungsgruppe (C4/W3) unterdurchschnittlich aus.

Anhaltspunkte, mit denen Hochschulleitungen und -management Handlungsbedarfe erkennen können, liefert das seit 2003 vorgelegte CEWS-Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten. Sein wichtigstes Qualitäts- und Leistungskriterium ist die Bewertung des Gleichgewichts der Teilnahme von Frauen und Männern an Studium, wissenschaftlichem Personal und wissenschaftlicher Qualifizierung. Mit dem Ranking ist zugleich ein längsschnittlicher Vergleich der Positionierung Sachsen-Anhalts im Zeitraum von zehn Jahren möglich. Aus der Gesamtbewertung der Hochschulen nach Bundesländern zeigt sich für Sachsen-Anhalt eine absteigende Entwicklung aus der Spitzengruppe beim ersten Ranking 2003 in die Schlussgruppe bei den Fortschreibungen 2011 und 2013.

Position Sachsen-Anhalts im CEWS-Gleichstellungsranking 2003 bis 2013

1 = Spitzengruppe	2 = Mittelgruppe			**3 = Schlussgruppe**		
	2003	**2005**	**2007**	**2009**	**2011**	**2013**
Berlin	1	1	1	1	1	1
Niedersachsen	1	1	1	1	1	2
Hamburg	1	1	2	2	1	2
Brandenburg	1	1	2	2	2	2
Mecklenb.-Vorp.	1	2	2	2	2	2
Bremen	2	2	2	2	2	2
Hessen	2	2	2	2	2	2
Saarland	2	2	2	2	2	2
Rheinland-Pfalz	2	2	2	**3**	2	2
Schleswig-Holstein	2	**3**	2	2	2	2
Bayern	**3**	2	**3**	**3**	2	2
NRW	2	2	**3**	**3**	**3**	2
Sachsen	2	2	**3**	**3**	2	**3**
Sachsen-Anhalt	1	2	**3**	2	**3**	**3**
Baden-Württemberg	**3**	**3**	**3**	**3**	2	2
Thüringen	2	**3**	**3**	**3**	**3**	**3**

Quellen: CEWS-Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten 2003 bis 2013; eigene Darstellung

Hier deuten sich auch Zusammenhänge zur Institutionalisierung der Gleichstellungsbeauftragten an: Bei den weniger gut platzierten Ländern handelte es sich vorwiegend um solche, die wie Sachsen-Anhalt keine hauptberuflichen, sondern nebenberufliche bzw. ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte haben.

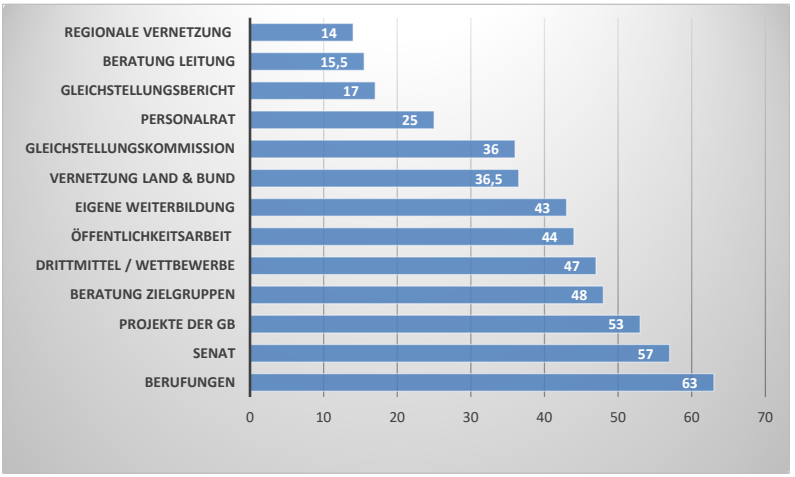
In Sachsen-Anhalt verfügen auch lediglich die zentralen Gleichstellungsbeauftragten der beiden Universitäten über einen eigenen Raum (Gleichstellungsbüro), nicht jedoch die an den HAWs und dem OVGU-Universitätsklinikum. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen sind auch in den Büros der zentralen Gleichstellungsbeauftragten der Universitäten nicht vorhanden. Zur Unterstützung der Gleichstellungsarbeit trägt die an der OVGU angesiedelte Koordinierungsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung (KFFG) bei (heute KGC – Koordinierungsstelle Genderforschung & Chancengleichheit Sachsen-Anhalt). Sie nimmt insbesondere die Aufgabe der hochschulübergreifenden Vernetzung wahr.

Erhoben wurden auch die Aufgabenschwerpunkte der Gleichstellungsbeauftragten. Besonders zeitintensiv sind demnach die Teilnahme an Berufungskommissionssitzungen und anderen Stellenbesetzungsverfahren sowie die Teilnahme am Hochschulsenat einschließlich Mitarbeit in Senatskommissionen. Es folgen als ebenfalls zeitintensiv die Konzeption und Umsetzung von eigenen Projekten der Gleichstellungsbeauftragten sowie die konzeptionelle und inhaltliche Bearbeitung von Anträgen, um Drittmittel für solche Projekte einzuwerben.

Im Ergebnis der Untersuchung konnten fünf Vorschläge für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel formuliert werden:

- *Genderkompetenz:* Die hochschulübergreifend tätige Koordinierungsstelle könnte – bei entsprechender Ausstattung mit Arbeitskapazitäten – auf zwei Gebieten noch stärker wirksam werden. Erstens kann sie zur Steigerung der Strategiefähigkeit bei der Drittmittelakquise der Hochschulen beitragen. Die erfolgversprechende Drittmittelakquise setzt inzwischen die Erfüllung von Gleichstellungsstandards, genderkompetente Organisationsanalysen etc. voraus. Zweitens kann die Koordinierungsstelle auch hinsichtlich der Vermittlung von Genderkompetenz durch Weiterbildung wirken. Dies betrifft einerseits die Gleichstellungsbeauftragten, andererseits die Stärkung der Genderkompetenz aller Führungskräfte in Hochschulleitungen und -management.
- *Mindestausstattung:* Ausgehend vom Status Quo wird hier nicht der Hinweis gegeben, hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte zu institutionalisieren, obwohl dies als notwendig zu betrachten ist, nicht zuletzt um zu den gleichstellungspolitisch strategiefähigen Bundesländern aufzuschließen. Für

Aufgabenspektrum der Gleichstellungsbeauftragten nach Zeitaufwand: alle sieben Hochschulen Sachsen-Anhalts, Stunden pro Monat



Sachsen-Anhalt ist es bereits ein anspruchsvolles Ziel, eine Mindestausstattung der zentralen Gleichstellungsbeauftragten an allen Hochschulen zu realisieren, insbesondere mit Gleichstellungsbüros. Daneben sollte der Umfang der Freistellung der zentralen und dezentralen Gleichstellungsbeauftragten erhöht werden.

- *Kaskadenmodell:* Bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Rekrutierung von Wissenschaftlerinnen für Führungspositionen sollten sich die Hochschulen am Kaskadenmodell orientieren. Dabei ist die Bezugsgröße der Frauenanteil in der jeweils niedrigeren Qualifikationsstufe. Die Festlegung von Zielzahlen und ein Monitoring zur Überprüfung der Zielerreichung sind dabei essentiell: Wenn das Verhältnis von Frauen und Männern auf einer Karrierestufe signifikant von dem der jeweils darunter liegenden Stufe abweicht, sollten die Hochschulen festlegen und publizieren, um welchen Anteil dieser Abstand mit welchen Aktivitäten innerhalb eines bestimmten Zeitraums verringert werden wird. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte sich stärker auf die Postdoc-Phase konzentrieren. Zu empfehlen ist, die aktuellen Angebote ergänzend und verstetigend, ein landesweites Mentoring-Programm.
- *Berufungsverfahren:* Auch die Berufung von Frauen lässt sich entsprechend dem Kaskadenmodell fördern. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass in Sachsen-Anhalt der Frauenanteil in der höchsten Besoldungsgruppe (C4/W3) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Unterstützend sollte die Erstellung von geschlechtergerechten Berufungsleitfäden für interne wie externe

Zielvereinbarungen ein Thema sein. Hierzu gehört u.a., dass von den Berufungskommissionen der Nachweis aktiver Rekrutierung von Frauen zu erbringen ist. Das Stimmrecht der Gleichstellungsbeauftragten in Berufungskommissionen sollte wiederhergestellt werden.

- *Hochschulgovernance:* Gleichstellungsziele und Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit sollten Gegenstände von internen und externen Zielvereinbarungen bzw. der Leistungsorientierten Mittelverteilung (LOM) und im Hochschulgovernance-Konzept der einzelnen Hochschulen sowie auf Landesebene sein. Dafür braucht es hochschulintern verbindliche Zielvereinbarungen mit den Fakultäten hinsichtlich Gleichstellung, so dass LOM-Mittel aufgrund von Gleichstellungskennzahlen auch für Gleichstellungsmaßnahmen verwendet werden. Auch auf der externen Ebene sollten im Rahmen der Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen konkrete und verbindliche Ziele und Aufgaben festgelegt werden. Sie sollten thematisch über die bisherigen Zielvereinbarungen Hochschulen – Land deutlich hinausgehen.

☞ Karin Zimmermann: **Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 44 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf

Beiträge zur Geschichte Sachsen-Anhalts

Nach 204 Jahren endlich online: www.uni-wittenberg.de

Seit es das Internet gibt, hat jede Institution, die etwas auf sich hält, eine eigene Website. Wer keine hat, existiert in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung im Grunde nicht – bzw. hat nicht existiert. Die Universität Wittenberg gibt es seit 1817 nicht mehr, und folglich gab es sie bisher virtuell nicht. Das marginalisiert sie, trotz ihrer Bedeutung, im kulturellen Gedächtnis. Um dem abzuhelfen, wurde die LEUCOREA *2021 online gebracht.*

Die Wittenberger Universität LEUROREA war 1502 gegründet und 1817 qua Vereinigung mit der Universität Halle (gegr. 1694) aufgehoben worden. In den Jahren ihrer Existenz hatte sie ein bewegtes Leben absolviert. Im 16. Jahrhundert war die Leucorea zeitweise die am meisten frequentierte deutsche Universität, und im 17. und 18. Jahrhundert durchlebte sie Erfolgs- wie Abschwungphasen. Um die Jahrhundertwende 1800 befand sie sich wieder auf einem Weg der inneren und äußeren Konsolidierung. Infolge der napoleonischen Besetzung stellte die Universität ihren Betrieb 1813 faktisch ein. Die Vereinigung mit Halle 1817 ließ die LEUROREA dann zu einem Teil des sogenannten großen Universitätssterbens um 1800 werden: 15 der 42 deutschen Universitäten sind zwischen 1792 und 1818 untergegangen.

Hätte es 1817 bereits das Internet gegeben, so hätte die Universität Wittenberg selbstredend auch eine Website gehabt, und gewiss hätte sich dann ein Freundeskreis gefunden, der diese Website auch nach der Universitätsschließung weiterpflegt. Aus Sicht des Internetzeitalters aber ist die LEUROREA 180 Jahre zu früh geschlossen worden. Diesem misslichen Umstand wurde nun durch www.uni-wittenberg.de abgeholfen. Für HoF war die Erarbeitung dieses Online-Portals eine glückliche Gelegenheit, seine wissenschaftshistorischen und wissenschaftskommunikativen Kompetenzen zusammenführen zu können.

Leucorea-Siegel von 1502

Zunächst ist das Portal ähnlich aufgebaut, wie es die Online-Präsenzen heute bestehender Universitäten sind: Das Hauptmenü umfasst Rubriken zur allgemeinen Universitätsentwicklung und zu jeder der vier

Fakultäten. Bei den Fakultäten – Artistische/Philosophische, Theologische, Juristische und Medizinische – haben deren bedeutendere Hochschullehrer jeweils eine Personenseite. Auf dieser werden sie biografisch und mit ihren Hauptwerken vorgestellt. Daneben gibt es jeweils einen Untermenüpunkt zur Fakultätsentwicklung mit einem Überblick zur Forschungsliteratur. Die Naturwissenschaften an der Philosophischen Fakultät und die Spruchpraxis der LEUCOREA-Juristen sind durch eigene Untermenüpunkte abgebildet.

Bei all dem kann auf die inzwischen reichhaltigen Bemühungen zurückgegriffen werden, historische Quellen und historiografische Literatur digital verfügbar zu machen: Für diese, soweit sie die LEUROREA betreffen, ist die Website als Knotenpunkt konzipiert, der zu den digitalisierten Beständen hinführt. Wo immer möglich, sind daher Quellen- und Texthinweise mit Volltextdateien oder anderen ergänzenden Online-Informationen verknüpft. Dabei hat die Website zwei Funktionen:

- Als sortiertes Archiv liefert sie Orientierung in den nur schwer überschaubaren Quellen- und Textbeständen, die es aus der und über die Wittenberger Universität gibt. Gegliedert sind die Materialien dabei sowohl nach Personen als auch sachthematisch. So werden Sichtachsen durch die Überfülle des Materials geschlagen.
- Als digitales Lesebuch kann die Website genutzt werden, um sich schmökernd in die drei Jahrhunderte der LEUCOREA und ihr Nachleben zu vertiefen. Texte von zeitgenössischen Chronisten vermitteln neben Sachinformationen auch das Fluidum der jeweiligen Zeit. Wichtige historische Dokumente belegen, was häufig richtig, manchmal halbrichtig und gelegentlich auch falsch

Menüführung auf www.uni-wittenberg.de

weitererzählt und -geschrieben wird. Wissenschaftliche Texte, die seit dem 19. Jahrhundert zur LEUCOREA verfasst wurden, liefern Wissen auf dem Stand der jeweils aktuellen Forschung. Popularisierte Darstellungen eröffnen niedrigschwellige Zugänge.

Auf der Eingangsseite begrüßt ein laufender Newsfeed die Userin und den User. Gekoppelt an den jeweils aktuellen Monat werden so Daten und Ereignisse aus der Universitätsgeschichte erinnert. Eine Zeittafel fasst die zentralen Ereignisse von 1502 bis 1817 zusammen. Doch auch nach einer Universitätsschließung geht das Leben weiter. Daher wird auf der Website zudem präsentiert, was nach 1817 im Bereich von Wissenschaft und Höherer Bildung in Wittenberg stattgefunden hat und heute, reichlich 200 Jahre später, dort stattfindet.

Wittenberger Matrikel 1502–1552, Erstes Rektoratsblatt, heute in der ULB Sachsen-Anhalt

Dafür gibt es die Rubriken „Das Nachleben der LEUCOREA“, „Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1989“ sowie „Wissenschaft in Wittenberg seit 1990“. Was sich dort präsentiert findet, weist wiederum intensive Bezüge zur Wittenberger Universitätsgeschichte auf:

- Das Evangelische Predigerseminar war 1817 als Ausgleichsgabe für die geschlossene Universität gegründet worden, saß dann bis 2012 im vormaligen Rektoratsgebäude der LEUCOREA, dem Collegium Augusteum, hatte einen großen Teil der Universitätsbibliothek übernommen und sicherte die Kontinuität theologischer Bildung in Wittenberg.
- Die Lutherhalle bzw. die Stiftung Luthergedenkstätten betrieb und betreibt das Wohnhaus des berühmtesten Professors der Universität, überdies das frühere Stipendiatenhaus, das Melanchthomhaus und seit 2012 auch das Collegium Augusteum.
- Die Luther-Gesellschaft wäre nicht 1918 in Wittenberg gegründet worden und 2004 zurückgekehrt, wäre Wittenberg nicht die Stadt der Reformationsuniversität gewesen.
- Die heutige Stiftung Leucorea betreibt mit dem Collegium Fridericianum das Areal, auf dem sich der wesentliche Teil des Universitätslebens abgespielt hatte.
- Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek sichert und bearbeitet die Überlieferung der Universität, die in Wittenberg verblieben war.

Zahlreiche weitere Einrichtungen, die heute in Wittenberg ansässig sind, verweisen indirekt auf die Geschichte des Ortes und finden sich gleichfalls vorgestellt. Im Mittelpunkt aber steht naturgemäß die LEUCOREA selbst.

Das Collegium Augusteum der Leucorea (Zustand um 1900)

Insgesamt bietet die Website direkt fast 1.000 Volltextdateien an und führt über externe Verlinkungen zu weiteren rund 700 digitalisierten Volltexten: Originalquellen, Forschungsliteratur und populären Darstellungen. Da mittlerweile auch beträchtliche Bestände an Archivquellen, insbesondere Autographe, online zur Verfügung stehen, verlinkt die Website ebenso auf 42 einschlägige Archivportale, und zwar nicht auf die Eingangsseiten, sondern die LEUCOREA-relevanten Einzelbestände innerhalb dieser Portale. Anhand all dessen können die 300 Jahre Universitätsentwicklung und die reichlich 200 Jahre nach der Universität vertieft werden.

So werden etwa mehrere Gesamtdarstellungen zur Universitätsgeschichte bereitgestellt, ebenso die komplette Wittenberger Matrikel als Digitalisate des Originals und der Veröffentlichungen von Transkripten. Dokumente und Forschungsliteratur zur Universitätsgeschichte finden sich nachgewiesen, auch diese zum großen Teil volltextdigitalisiert. Für die Website wurde erstmals auch eine umfassende Darstellung zur Überlieferungssituation der Wittenberger Quellen und der Universitätsbibliotheksbestände erarbeitet.

Insgesamt: Mit der Homepage wurde der Wittenberger Universität ein Online-Nachleben organisiert, das typische Informationen über eine Universität, Web-Ressourcen und eigens erstellte Digitalisate bündelt. Mit diesem Web-Portal hat die LEUCOREA eine Online-Präsenz von solcher Informationsfülle und -qualität, wie sie hinsichtlich der Institutionengeschichte keine andere frühere oder heute existierende deutsche Universität besitzt.

☞ Peer Pasternack / Daniel Watermann (Red.): **www.uni-wittenberg.de – Die historische Leucorea (1502–1817) online**, Halle-Wittenberg 2021

☞ Peer Pasternack / Daniel Watermann: **www.uni-wittenberg.de. Begleitheft zur Website**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2020, 28 S. URL https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/UniWB_Homepage_Begleitheft.pdf

Nicht nur Resteverwertung

Die Verwaltung der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817

Die Auflösung der Universität Wittenberg LEUCOREA 1817 (qua Vereinigung mit Halle) machte die Verwaltung ihrer Hinterlassenschaften nötig. Das betraf die sog. Wittenberger Fundation. Dazu waren einerseits die Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg und andererseits, in Halle (Saale), das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung gegründet worden. Beide kümmerten sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein um die materiellen und finanziellen Hinterlassenschaften der LEUCOREA. In einschlägigen Darstellungen waren beide bisher nur kursorisch und hinsichtlich des Gesamtzeitraums ihres jeweiligen Bestehens noch gar nicht behandelt worden.

Als die Wittenberger Universität 1817 qua Vereinigung mit der Universität Halle (gegr. 1694) aufgehoben wurde, war das formal keine Schließung, sondern eine Fusion. Gleichwohl erzeugte die faktische Auflösung der LEUCOREA Handlungsbedarf. Die unmittelbaren Hinterlassenschaften der Universität – Unterlagen, Sammlungen, Gebäude, Personal, Erinnerungen, Symbole usw. – waren zu vielfältig, als dass sie umstandslos hätten zu den Akten gelegt werden können. Das betraf vor allem die sog. Wittenberger Fundation incl. der LEUCOREA-Immobilien.

Briefkopf des Kollegiums der Professoren Wittenberger Stiftung, 1930er Jahre

Daher wurden zwei organisatorische Einheiten geschaffen: die Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg und, in Halle (Saale), das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung, beide 1817 gegründet. Die Universitätsverwaltung bewirtschaftete bis 1952 die Vermögensbestände und die historischen Einnahmerechte der LEUCOREA. Das Kollegium (1817–1957) verlieh Stipendien an Hallesche Studenten, die aus den Erträgen vormals Wittenberger Stiftungen gespeist wurden. Dabei waren die Verhältnisse alles andere als durchsichtig, wie sich beispielhaft an den Kompliziertheiten der Wittenberger Stiftungen und Stipendien zeigen lässt:

Stiftungen und Stipendien aus der vormaligen LEUCOREA

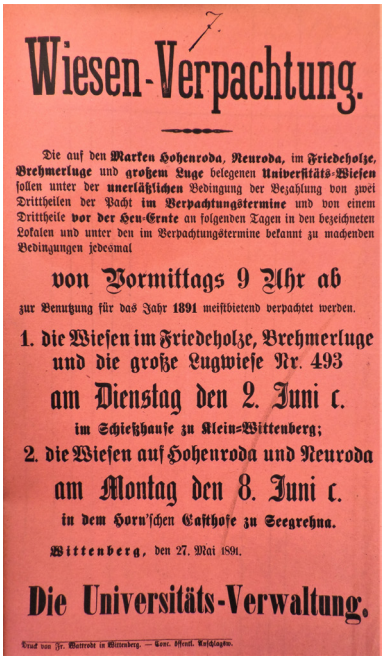
<table>
<tr><th colspan="6">Wittenberger Fundation</th></tr>
<tr><th>Stipendien-Fonds</th><th colspan="5">Universitäts-Fonds</th></tr>
<tr><td colspan="6">verwaltet durch</td></tr>
<tr><th colspan="3">Universität Halle-Wittenberg</th><th colspan="3">Universitätsverwaltung zu Wittenberg</th></tr>
<tr><td colspan="6">Kollaturrecht (Halle) bzw. Zuweisung und Abzeichnung (Wittenberg) bei</td></tr>
<tr><td colspan="2">Kollegium der Professoren Wittenberger Stiftung</td><td>Benefizien-Kommission</td><td colspan="3">Predigerseminar Wittenberg</td></tr>
<tr><th>private Stiftungen</th><th colspan="2">staatliche Zuwendungen</th><th colspan="3">private Lokalstiftungen</th></tr>
<tr><td>akademische Stipendien (Fiscus stipendorium academicorum)</td><td>Konvik-torium (Fisco convictorii)</td><td>Königliche Stipendien (Fisco stipendo-rium regiorum)</td><td>Armen-stiftungen</td><td>Gedächtnis-stiftungen</td><td>Stiftungen für weitere wohl-tätige Zwecke</td></tr>
</table>

Jedenfalls wurde deutlich: Eine Universität, die über dreihundert Jahre bestanden hatte, lässt sich nicht einfach so und rückstandsfrei auflösen. Deshalb wurde aus der Wittenberger Fundation der LEUCOREA der „Universitätsfonds zu Wittenberg“ gebildet. Um diesen kümmerte sich die Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg, eine Art öffentlich-rechtliches Unternehmen, das alte Rechtstitel bewirtschaftete, im übrigen aber aus dem Umstand, dass es sich um die Rechtstitel der LEUCOREA handelte, keine symbolische Überhöhung bezog. Erledigt wurden administrative und kaufmännische Angelegenheiten.

Verwertet wurde das 1817 vorhanden gewesene Barvermögen der LEUCOREA, deren einstiger Grundbesitz, ihr Gebäudebestand sowie Pachtrechte (im Umfeld Wittenbergs wurden über 130 Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen verpachtet). Zudem erzielte sie Kapiteleinnahmen aus elf Wittenberger Lokalstiftungen. Im Jahre 1814 hatte die Gesamtsumme der Kapitalien aller Fonds der Universität 354.358 Rtlr. betragen (kaufkraftbereinigt 13,6 Mio Euro entsprechend). Hinzu traten zahlreiche Pachtgelder, Zinsen, Mieten, Naturallieferungen usw. All dies zusammengerechnet, betrug der Kapitalwert des Universitätsbesitzes eine halbe Million Thaler (19,25 Mio Euro).

Aus den Einnahmen wurden dann recht vielfältige Ausgaben getätigt, nämlich Zuschüsse für das 1817 gegründete Predigerseminar in Wittenberg, die Besoldung der nun in Halle tätigen ehemals Wittenberger Professoren, Neuanschaffungen der (Halleschen) Universitätsbibliothek, das Wittenberger Lyceum zur Ergänzung der Lehrergehälter, Schülerstipendien und eine Handbibliothek sowie die Bürgerschule zur Ergänzung der Lehrergehälter. Desweiteren waren Bau- und Reparaturkosten der ehemaligen Universitätsgebäude

Wiesenverpachtung durch die Universitätsverwaltung



Wiesen-Verpachtung.

Die auf den **Marken Hohenroda, Neuroda,** im **Friedeholze, Brehmerluge** und **großem Luge** belegenen **Universitäts-Wiesen** sollen unter der **unerläßlichen** Bedingung der Bezahlung von zwei Drittheilen der Pacht **im Verpachtungstermine** und von einem Drittheile **vor der Heu-Ernte** an folgenden Tagen in den bezeichneten Lokalen und unter den im Verpachtungstermine bekannt zu machenden Bedingungen jedesmal

von Vormittags 9 Uhr ab

zur Benutzung für das Jahr **1891** meistbietend verpachtet werden.

1. die Wiesen im Friedeholze, Brehmerluge und die große Lugwiese Nr. 493

am Dienstag den 2. Juni c.

im Schießhause zu Klein-Wittenberg;

2. die Wiesen auf Hohenroda und Neuroda

am Montag den 8. Juni c.

in dem Horn'schen Gasthofe zu Seegrehna.

Wittenberg, den 27. Mai 1891.

Die Universitäts-Verwaltung.

Druck von Fr. Gottrodt in Wittenberg. — Conc. öffentl. Lesekabinet.

in Wittenberg zu tragen. Aus den Erträgen von Lokalstiftungen wurden die jeweiligen Stiftungszwecke bedient. Der vereinten Universität in Halle hatte die Universitätsverwaltung jährlich 10.000 Taler zu überweisen – in heutigem Geldwert 279.000 Euro. Insgesamt gingen 47 Prozent der Wittenberger Einnahmen nach Halle. Zwischen 1817 bis 1905 erhöhte sich die finanzielle Begünstigung der Halleschen Universität, die ihr durch die Vereinigung mit der LEUCOREA zugewachsen war, kaufkraftbereinigt um 26 Prozent.

Mit der Erwirtschaftung der Einnahmen und der Organisation der Ausgaben war eine beträchtliche Fülle an Aufgaben verbunden. Das betraf vor allem die sog. Universitätsdörfer, d.h. Dörfer in der Umgebung Wittenbergs, die einst der LEUCOREA übereignet worden waren, um mit den daraus zu erzielenden Einnahmen das wirtschaftliche Fundament der Universität zu stärken. In diesen Dörfern waren die Armenkassen zu bewirtschaften, die Aufsicht hinsichtlich der öffentlichen Ordnung zu führen, etwa die Errichtung neuer Wirtshäuser zu genehmigen, Kirchen- und Schul-Angelegenheiten zu begleiten, z.B. bei der Besetzung von Pfarrstellen oder Kirchenvorsteher-Bestellungen, sowie Reparaturen an Schul- oder Kirchengebäuden zu organisieren. Aus Getreide-Abgaben wurden zunächst Natural-Deputate des Predigerseminars bedient und das übrigbleibende Getreide öffentlich verkauft. Zwischen Empfang und Verkauf des Getreides fungierte die Universitätsverwaltung als Betreiberin eines Getreidekontors.

In Wittenberg selbst kümmerte sich die Universitätsverwaltung um alles, was die früheren Universitätsgebäude betraf: Augusteum und Lutherhaus incl. Lutherhof und umliegende Grünanlagen sowie Melanchthonhaus. Verpflichtungen waren auch gegenüber der Schlosskirche als ehemaliger Universitätskirche zu bedienen. Keine Zuständigkeit hingegen hatte die Universitätsverwaltung für das Collegium Fridericianum. Dieses war frühzeitig aus dem Bestand

des Universitätsvermögens herausgelöst worden, da dort in den 1840er Jahren eine Kaserne entstand.

Eingang des Wittenberger Collegium Augusteum (Zustand 2022)

Zum 31. Dezember 1952 wurden sämtliche zum Universitätsfonds gehörenden Liegenschaften offiziell dem Rat der Stadt Wittenberg übertragen. Zugleich war damit die Universitätsverwaltung als Institution aufgelöst.

Nur wenig länger als die Universitätsverwaltung zu Wittenberg sollte das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung bestehen. Dessen Arbeit bestand darin, dem größeren Teil der Stiftungen und Benefizien, die aus der LEUCOREA überkommen waren, zu deren sachgemäßer Verwendung zu verhelfen. Da deren Vergabe mangels Studenten in Wittenberg nicht mehr am ursprünglichen Ort geschehen konnte, waren die Stiftungen nach Halle verlegt worden und wurden fortan in Halle als „Wittenberger Stipendien“ ausgereicht.

Das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung bestand zunächst aus sechs Professoren, die mit der Universitätsvereinigung von Wittenberg nach Halle gegangen waren. Schied einer von diesen – meist durch Tod – aus, so wurde er nach einem bestimmten Fakultätenschlüssel durch einen anderen halleschen Professor ersetzt. Diesem wurde dann die Eigenschaft eines Wittenberger Professors verliehen.

1886 waren die Stiftungsvermögen der in Halle verwalteten Wittenberger Stiftungen im Vergleich zu 1820 deutlich gestiegen. Ihr Gesamtvermögen betrug rund 365.000 Mark mit einem jährlichen Zinsertrag von 14.550 Mark (in

heutiger Kaufkraft 109.000 Euro). Aus diesen Mitteln konnten insgesamt 91 Stipendien vergeben werden. 1901 wurden aus 31 Stiftungen rund 150 Stipendien vergeben. 1916 schätzte der Ephorus des Wittenberger Kollegiums ein, dass die Wittenberger Benefizien „das einzige reale Band zwischen Halle und Wittenberg“ darstellten, welches noch bestehe.

Um die Mitte der 1930er Jahre setzte ein Bedeutungsverlust des Kollegiums der Professoren Wittenberger Stiftung ein. Erst wurde ihm 1934 die Zuständigkeit für die Wittenberger Stipendien völlig entzogen, ab 1937 die Beteiligung zumindest eines Vertreters an den Sitzungen des nun zuständigen Förderungsausschusses der MLU ermöglicht. Auch nach dem Ende des 2. Weltkriegs kam es zu keiner Wiederherstellung der früheren Zuständigkeiten. Bis 1954 waren dann drei der 1946 vorhandenen sechs Mitglieder verstorben und 1955 zwei weitere ausgeschieden. Der Ephorus des Kollegiums war mittlerweile das einzige verbliebene Mitglied.

Er bemühte sich in mehreren Anläufen um eine Neubelebung des Kollegiums, unter anderem durch eine gewisse Impertinenz, mit der er 1955 bis 1957 das Rektorat der Universität mit Anfragen, Briefen und einem Antrag an den Akademischen Senat traktierte. Im Juli 1957 endet die Archivüberlieferung zum Thema. Das Kollegium der Professoren Wittenberger Stiftung war offenkundig ausgelaufen, also faktisch aufgelöst.

Universitätsverwaltung und Wittenberger Kollegium waren im selben Jahr, 1817, gegründet worden und kamen im selben Jahrzehnt, den 1950er Jahren, an ihr Ende. Dem aber war jeweils ein Niedergang vorausgegangen, der beide weit früher in sklerotische Organisationsphasen brachte. Für die Universitätsverwaltung zu Wittenberg kann der Zeitpunkt dafür auf 1897 datiert werden: In diesem Jahr endete die hauptamtliche Wahrnehmung ihrer Leitung, fortan kümmerte sich der Rendant der Kreiskasse nebenbei um die Verwaltung des Universitätsfonds. Für das Wittenberger Kollegium begann der Bedeutsamkeitsverlust im Jahr 1934, als die Entscheidungen über die Wittenberger Stipendien erst an den Gebührenerlaßausschuß, dann den Förderungsausschuß der MLU übertragen wurden.

Insofern vollendete die DDR in den 50er Jahren lediglich etwas, das bei Universitätsverwaltung wie Wittenberger Kollegium lange vorher bereits angelegt war. Dabei war es aber förderlich, dass die Auflösungen beider Einrichtungen durchaus mit der Linie der sozialistischen Hochschulpolitik korrespondierten: Weder passte, wie man es wohl wahrgenommen hat, akademische Gefühlsduselei im Zusammenhang der Erinnerung an eine Universität, die seit fast anderthalb Jahrhunderten nicht mehr existierte, so recht zu den Anforderungen der sozialistischen Revolution, die zu entfachen man sich auch an den Hochschulen vorgenommen hatte. Noch schien die Pflege der Erinnerung an die Reformationsuniversität in den 50er Jahren, als die SED gleich

mehrere kirchenkämpferische Kampagnen auslöste, ausgesprochen vordringlich.

1992/1993 dann war der Jurist Jürgen Costede (1939–2021) Wittenberg-Beauftragter der Martin-Luther-Universität. In dieser Rolle hatte er sich mit den Umständen der Wittenberger Situation, die nicht von vornherein offen zutage lagen, im Detail zu befassen: Wem gehört mit welcher Berechtigung was? Wem scheint nur etwas zu gehören, weil es sich im Laufe jahrzehntelanger Übung so ergeben hat?

Das Collegium Fridericianum Anfang der 1990er Jahre

Im Ergebnis seiner Recherchen gelangte Costede zu der Einschätzung, dass durch die königlich-preußischen Entscheidungen 1816/1817 die Universität Wittenberg gar nicht beseitigt worden sei. Denn immerhin sei ihr Vermögen erhalten geblieben, und sie habe weiterhin als Körperschaft mit eigenen Rechten weiter existiert, „allerdings von der Lehre entbunden und beschränkt auf den Grundbesitz und auf die Verwaltung der Erträgnisse“ – nämlich in Gestalt der Universitätsverwaltung. Derart stellte es sich Costede jedenfalls aus der Perspektive Anfang der 1990er Jahre dar. Inzwischen sind andere Tatsachen geschaffen worden.

☞ Peer Pasternack: **Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817** (HoF-Arbeitsbericht 120), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2022, 140 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_120.pdf

Verstreut: Die Überlieferungssituation aus und zur Universität Wittenberg

Auffindbarkeit und Zugänge

Am Anfang stand eine Feststellung, die Erstaunen auslösen konnte: Zwar gab und gibt es, nicht zuletzt im Umfeld des Reformationsjubiläums 2017, einige Institutionen und Forschungsprojekte, die sich mit der Geschichte der Wittenberger Universität befass(t)en. Doch einen Überblick zur schriftlichen Überlieferung der LEUCOREA und ihren Aufbewahrungsorten gab es nicht. Das war auf Dauer kein haltbarer Zustand, wenn auch weiterhin seriös zur Geschichte der Universität geforscht werden sollte. Daher ist eine Überlieferungsermittlung am HoF unternommen worden.

Die Überlieferungsgeschichte von Bibliothek und Archiv der Universität Wittenberg spiegelt die wechselvolle Geschichte der LEUCOREA wider: von ihrem Aufstieg über einschneidende politische Veränderungen, Kriegsschäden und Beeinträchtigungen durch Kriegsfolgelasten bis zur Universitätsvereinigung mit Halle 1817 und der Nachgeschichte der Wittenberger Universität. All das hatte jeweils auch Auswirkungen auf die verschiedenen Sammlungen der LEUCOREA, darunter das Archiv und die Bibliothek. Es führte zu Verlusten, Teilungen und Verstreuungen. Infolgedessen sind Bestände, Sammlungen und Archivmaterial der LEUCOREA stark fragmentiert und an unterschiedlichen Orten zu finden.

So kann man heute in mindestens 20 Bibliotheken, Archiven, Akademien und Museen an 14 Orten fündig werden. Dabei gibt es vielfältige Vermischungen von bibliothekarischen und archivalischen Sammlungen in Bibliotheken bzw. Archiven. Zudem finden sich, wiederum an zahlreichen Orten, zahlreiche Materialien zur Universität Wittenberg, die nicht ihrem Archiv oder ihrer Bibliothek entstammen.

Der Gesamtüberblick, der darüber zu erstellen war, wurde in einer Doppelperspektive erarbeitet: Zum einen ging es darum, für möglichst alle LEUCOREA-bezogenen Bestände ihre Verwahrungsorte zu identifizieren und die Zugänglichkeitsmöglichkeiten zu ermitteln. Zum anderen waren die Bedingungen der Überlieferung in den Blick zu nehmen, um die Zerstreuung der Wittenberger Bestände verständlich werden zu lassen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte sich der Bestand der Bibliothek aus etwa 20.000 Büchern sowie rund 30.000 kleineren Schriften zusammen, hin

Eingang zur Bibliothek der LEUCOREA im Collegium Augusteum

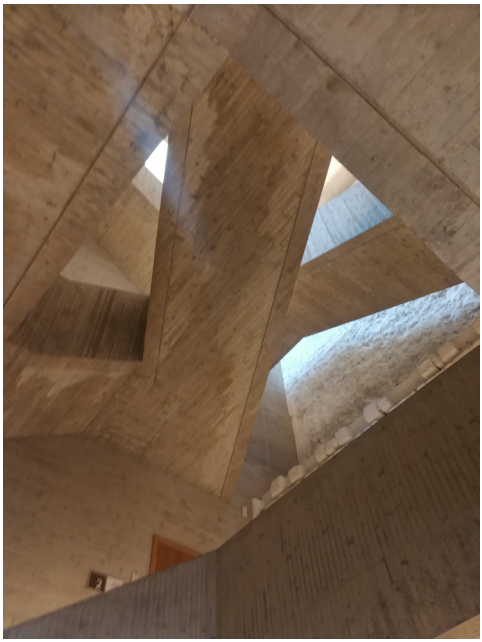
zu kamen Sammlungen von Gelehrtenbibliotheken. Nach einigen Querelen gelangten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zwei Drittel der Wittenberger Universitätsbibliothek nach Halle. Vor allem theologische, philologische und philosophische Literatur verblieb in Wittenberg, daneben Dubletten hallescher Bestände aus anderen Fachgebieten. Sie bildeten dort die Grundlage für den Aufbau der Bibliothek des 1817 gegründeten Predigerseminars. Konkret waren das ca. 14.000 Buchbinderbände, 10.000 zum großen Teil in Wittenberg entstandene Dissertationen sowie mehr als 4.000 Leichenpredigten aus dem mitteldeutschen Raum. Auch die Bibliothek des alten Wittenberger Franziskanerklosters ist im Bestand vorhanden, darunter ca. 250 Inkunabeln.

Die vormaligen LEUCOREA-Bibliotheksbestände des Predigerseminars sind heute Teil der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg, die 2018 eröffnet wurde. Diese verwahrt auch eine Reihe nichtbibliothekarischer Sammlungen: mehrere Sondersammlungen von Handschriften, Funeralien und Gemälden, Archivalien zur Abwicklung der Leucorea 1817 und Folgejahre sowie das Archiv des Predigerseminars seit 1817.

Das Universitäsarchiv verblieb nach der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle zunächst in Wittenberg. Sein Zustand war durch Unordnung und Kriegsverluste gekennzeichnet. Mehrfach wurden Archivare nach Wittenberg entsandt, um den Bestand aufzunehmen, zu ordnen und zu bewerten. Ein jahrelanger Streit um den Aufbewahrungsort führte letztlich zu folgendem Ergebnis: Die Güterverwaltungsakten blieben bei der Universitätsverwaltung zu Wittenberg, die zur Verwaltung der ehemaligen Universitätsgebäude und -liegenschaften 1817 gegründet worden war. Dem Predigerseminar wurden mehrere Bestände übereignet: Archivalien, eine Handschriften- und eine Funeraliensammlung sowie Sammlungen weiterer Objekte, z.B. rund 70 Gemälde mit Darstellungen von Reformatoren, Landes-

fürsten und LEUCOREA-Professoren. Der Hauptteil der Akten wurde an die Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg als Rechtsnachfolgerin der LEUCOREA überführt.

Spektakulärer Aufstieg in die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek: das neue Treppenhaus im Schloss



In die heutige Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt (ULB) waren nicht nur der bedeutendste Teil der früheren LEUCOREA-Bibliothek überführt worden, sondern auch wichtige handschriftliche Quellen. Das bekannteste Beispiel ist die Wittenberger Universitätsmatrikel, die für den gesamten Bestandszeitraum der Universität Wittenberg überliefert ist. Auch Akten zur Spruchtätigkeit der Wittenberger Juristenfakultät finden sich dort. Der Großteil der Urteilsbücher lagert jedoch im Bestand „Juristenfakultät Wittenberg als Spruchkollegium 1575–1815“ des Hauptstaatsarchivs in Dresden.

Wie für die meisten Universitäten der Frühen Neuzeit typisch, so war auch die Leucorea stark mit anderen Universitäten vernetzt. Hinzu traten die Kommunikationsaktivitäten der Wittenberger Professoren, die im Zuge der reformatorischen Entwicklungen nötig waren. Vor allem aus diesen Gründen finden sich heute sowohl in Wittenberg selbst als auch an zahlreichen weiteren Orten Druckwerksammlungen und Archivbestände, die mit der Universität Wittenberg im Zusammenhang stehen, ohne aus LEUCOREA-Sammlungen zu stammen. Hinzu treten Bestände zur Wirkungsgeschichte von LEUCOREA und Reformation.

So lagern in den Magazinen verschiedenster Bibliotheken zahlreiche Wittenberger Dissertationen und Disputationsschriften. Seit 1610 waren semesterweise Lektionskataloge (Vorlesungsverzeichnisse) der Leucorea gedruckt

worden. Sie sind nicht vollständig überliefert und die vorhandenen Exemplare heute auf drei Bibliotheken verstreut: die Bibliothek des Evangelischen Ministeriums im Augustinerkloster Erfurt, die Forschungsbibliothek zu Gotha und die Thüringische Universitäts- und Landesbibliothek Jena.

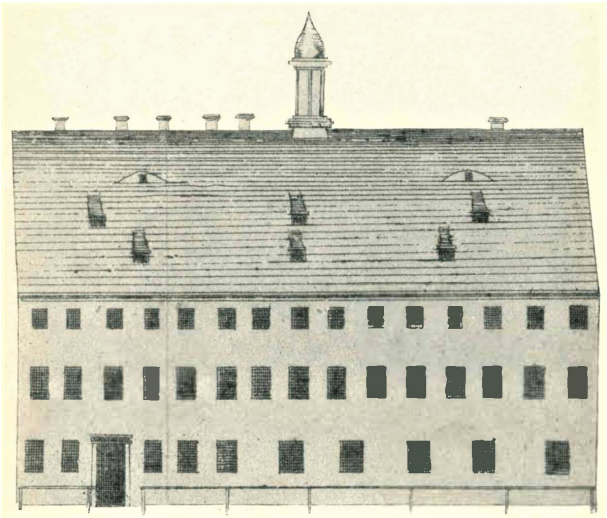
Dekanatsbücher der LEUCOREA im Universitätsarchiv Halle

Daneben gibt es weitere, oftmals personenbezogene Sammlungen an anderen Orten, die für das Verständnis der LEUCOREA-Geschichte Relevanz haben. Exemplarisch kann in diesem Zusammenhang die Sammlung von Druckschriften Martin Luthers in der 1883 gestifteten Luther-Bibliothek der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek Worms genannt werden. Auch in Eisenach auf der Wartburg ist 1883 aus Anlass des 400. Geburtstages des Reformators eine Luther-Bibliothek angelegt worden.

In Wittenberg selbst finden sich auch zwei Archivbestände, die mancherlei Bezüge zur Universitätsgeschichte aufweisen, ohne direkt aus der Universität zu stammen. Im Archiv der Stadtkirchengemeinde Wittenberg werden drei universitätsrelevante Bestände verwahrt: Akten zu diversen privaten (familiären) Stipendienstiftungen, die Wittenberger Ordiniertenbücher von 1537 bis 1811 und eine Reihe von Bildern der Pfarrer, die zugleich das Amt des Generalsuperintendenten innehatten und Professoren an der Wittenberger Universität waren.

Die Städtischen Sammlungen mit dem Ratsarchiv verfügen über Überlieferungen zu privaten (familiären) Stipendienstiftungen, Studentenstammbücher und landesherrliche Stipendiatenverzeichnisse von 1605 bis 1660. Zudem gibt es diverse Bestände, welche die Beziehungen zwischen Universität und Stadt bzw. Universitätsangehörigen und Stadt dokumentieren, bspw. zu Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Universität oder zu Festlichkeiten, die gemeinsam von Universität und Stadt organisiert wurden, etwa die Reformationsfeste.

Das Collegium Fridericianum (um 1800)



Ein Weg zu Beständen zahlreicher Archive außerhalb Wittenbergs ist das Archivportal der Deutschen Digitalen Bibliothek – jedenfalls für die Archive, die sich an dieser Initiative beteiligen. Wird dort mit dem Suchbegriff „Universität Wittenberg“ recherchiert, so ergeben sich 7.139 Ergebnisse in 18 Archiven bzw. Archivverbünden. Eine besondere Plattform, auf der digitale Quellensammlungen zur Reformation in mitteldeutschen Regionen präsentiert werden, ist das „Reformationsportal Mitteldeutschland“. Auch hier spielen Quellen mit Bezug auf die LEUCOREA als Gravitationszentrum der Reformation eine bedeutende Rolle. Sechs Projekte sind daran beteiligt.

Desweiteren weisen zahlreich und breit gestreut eine Reihe weiterer Rechercheportale Wege zu Beständen an Autographen Wittenberger Universitätsprovenienz, häufig auch bereits mit Digitalisaten versehen, so im Bestand der ULB oder der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden. Letztere bewahrt ein Viertel aller erhaltenen Schriften von der Hand Martin Luthers – neben Manuskripten auch mehr als 50 eigenhändige Briefe. Zur dortigen Sammlung zählen darüber hinaus originale Schriftzeugnisse von Philipp Melanchthon, Caspar Cruciger, Justus Jonas, Georg Spalatin und anderen bedeutenden Reformatoren. Die Forschungsstelle zur Erschließung des Melanchthon-Briefwechsels an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften offeriert über eine Zusammenstellung von Links einen Zugang zu Autographen Melanchthons.

In den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz sind nicht nur die Verwaltungsvorgänge der Wittenberger Universitätsabwicklung dokumentiert. Auch aus der vorangegangenen kursächsischen Zeit lassen sich Wittenberg-relevante Funde machen, meistenteils in den Ablagen „[Preußische] Beziehungen zu Kursachsen“.

Verdienstvoll ist in unserem Zusammenhang schließlich auch eine Wikipedia-Seite. Die Wikipedia-Verschlagwortungssystematik bietet eine Option, die das bisherige Fehlen eines Professorenkatalogs für die Wittenberger Universität zu einem großen Teil substituiert: Da alle Wittenberger Professoren, die einen Personenartikel auf Wikipedia haben, mit „Hochschullehrer (Leucorea)“ indexiert sind, erzeugt das Online-Lexikon daraus auch ein eigenes Lemma unter https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Hochschullehrer_(Leucorea). Dieses weist, alphabetisch sortiert, 552 Professoren nach. Das ist nicht ganz, aber ziemlich vollständig.

Aufbewahrungsorte LEUCOREA-relevanter Überlieferungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt	Archiv der Stadtkirchengemeinde Wittenberg
Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena	Universitätsbibliothek Bielefeld
Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg	Luther-Bibliothek der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek Worms
Universitätsarchiv Halle	Luther-Sammlung der Wartburg Eisenach
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar	Lutherhaus Wittenberg
Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden	Forschungsstelle zur Erschließung des Melanchthon-Briefwechsels an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften
Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden	Melanchthonhaus Bretten
Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz	Europäische Melanchthon-Akademie Bretten
Städtische Sammlungen mit Ratsarchiv Wittenberg	Archivportal der Deutschen Digitalen Bibliothek
	Digitales Archiv der Reformation

☞ Peer Pasternack / Daniel Watermann: **Universitätsbibliothek, Archiv und Überlieferung**, URL https://www.uni-wittenberg.de/ueberlieferung/

☞ Peer Pasternack / Daniel Watermann: **Verstreut: Die Überlieferungssituation aus und zur Universität Wittenberg. Auffindbarkeit und Zugänge**, in: Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 2022, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2022, S. 211–248

Toleriert und kontrolliert

Konfessionelles Bildungswesen in Sachsen-Anhalt 1945–1989

HoF hat einige Jahre im Arbeitskreis Zeitgeschichte der Historischen Kommission Sachsen-Anhalt (HiKo) mitgearbeitet, um der Zeitgeschichte in der HiKo zu einem angemesseneren Status zu verhelfen. Letzteres ist zwar nicht gelungen, aber im Kontext dessen wurde eine kompakte Darstellung der konfessionell gebundenen Bildungsmöglichkeiten erarbeitet, die 1945 bis 1989 in Sachsen-Anhalt bzw. den Bezirken Halle und Magdeburg bestanden. In diese sind alle evangelisch-landeskirchlichen, römisch-katholischen und freikirchlichen Bildungsangebote einbezogen – insgesamt 259.

Hier handelt es sich um ein Teilergebnis eines Dokumentationsprojekts, das seinen vorläufigen Höhepunkt 2019 im Handbuch „Parallelwelt" gefunden hatte. Dort waren in lexikalischer Form für die gesamte DDR 1.432 konfessionelle Bildungseinrichtungen und -formen vorgestellt worden, wobei der Handbuch-Charakter zu starker Verknappung zwang. Im Sachsen-Anhalt-Buch nun konnten sehr viel ausführlicher die recherchierten Informationen ausgebreitet werden.

Nicht zuletzt ließ sich dabei die Frage beantworten, wie sich das konfessionelle Bildungswesen quantitativ entwickelt hat. Hier ist es sinnvoll, zwischen den Kernsegmenten des konfessionellen Bildungswesens und den Arbeitsformen mit Bildungs*anteilen* zu unterscheiden. Derart sortiert, kann festgehalten werden:

- Im Kernsegment hat es zwischen 1945 und 1989 insgesamt 115 konfessionell gebundene Bildungseinrichtungen, Arbeitszusammenhänge und Medienformate gegeben.
- Daneben fanden Bildungsaktivitäten in weiteren 144 Einrichtungen und Arbeitsformen statt, etwa in den konfessionellen Kindergärten und -heimen oder in Einrichtungen, die z.B. Orientierungsjahre durchgeführt haben, sonst aber keine weiteren Ausbildungsangebote unterhielten.

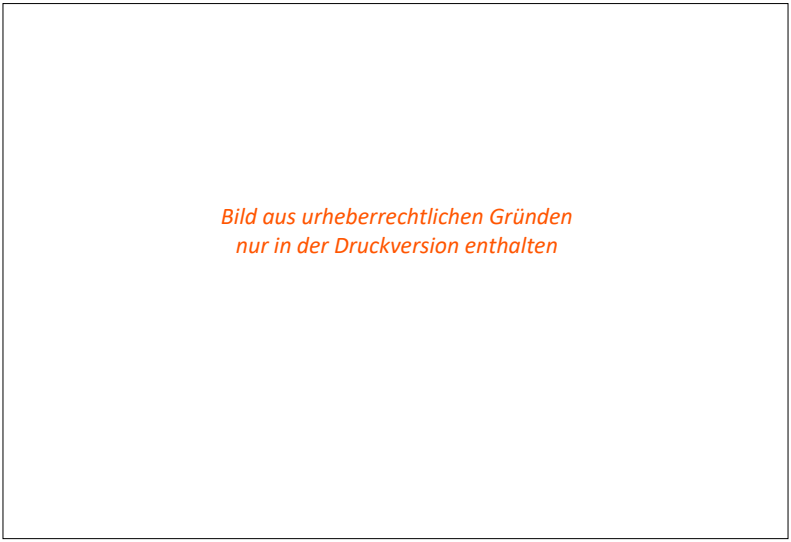
Das macht, alles addiert, 259 Einrichtungen und Arbeitszusammenhänge incl. Medien. Nicht alle davon existierten während der gesamten Zeit der DDR. Für immerhin 47 traf dies aber zu. Nimmt man zwei Stichjahre und vergleicht das Jahr der DDR-Gründung 1949 mit dem Jahr des Systemzusammenbruchs

1989, dann ergibt sich für das konfessionelle Bildungswesen im engeren Sinne:

- 1949 existierten 46 Einrichtungen und Arbeitszusammenhänge incl. Medien.
- 1989 waren es 80 Einrichtungen und Arbeitszusammenhänge incl. Medien.

Mithin hat sich das Kernsegment des konfessionell geprägten Bildungswesens in Sachsen-Anhalt während der 40 Jahre DDR um 74 Prozentpunkte vergrößert, konnte also um drei Viertel seiner ursprünglichen Größe erweitert werden. Dieser Befund ist angesichts der parallel stattfindenden und staatlich geförderten Säkularisierung sowie der durchgehend kirchenunfreundlichen bis kirchenfeindlichen Politik des DDR-Staates durchaus bemerkenswert.

Die Huysburg, 1952–1992 Sitz des katholischen Priesterseminars (hier um 1970)



© Bistumsarchiv Magdeburg

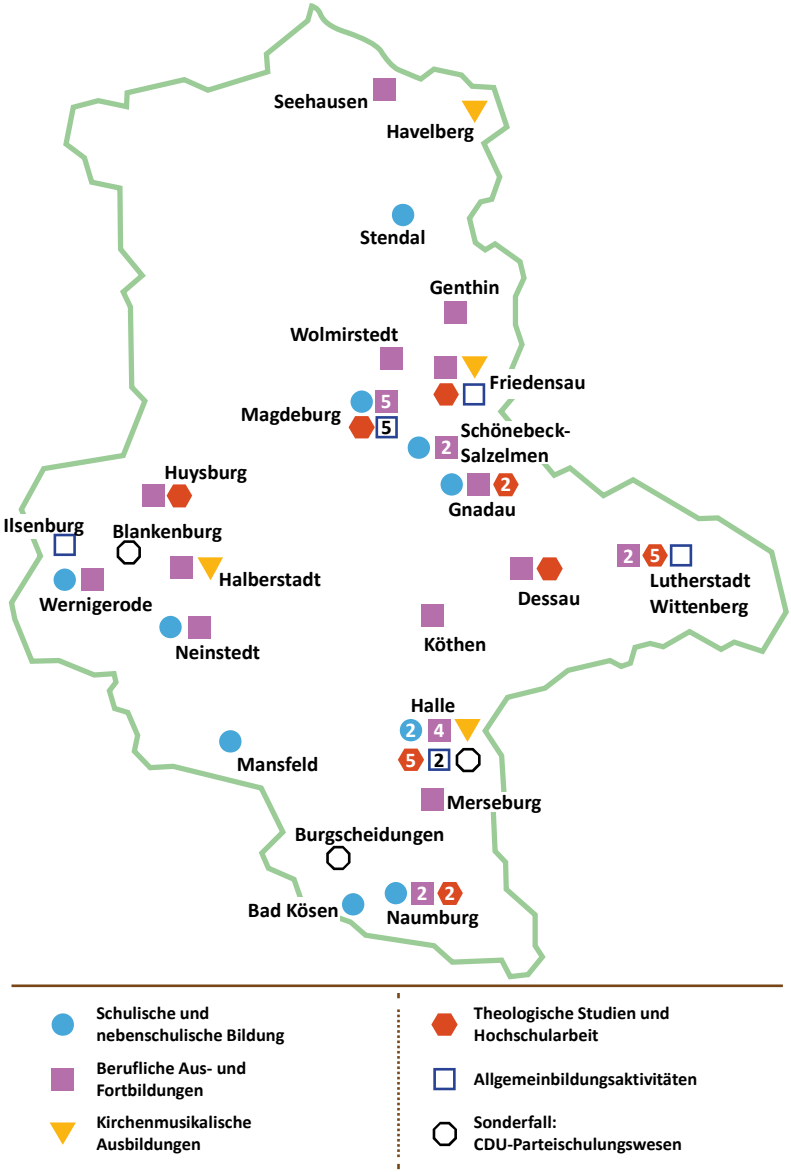
So ist auch der Titel des Buches zu verstehen: „Toleriert und kontrolliert“. Auch wenn es zahllose Auseinandersetzungen mit dem Staat um die konfessionellen Bildungseinrichtungen gab, das MfS deren Aktivitäten intensivst beobachtete, Baugenehmigungen und Materialzuweisungen ein Dauerproblem

darstellten usw. usf.: Letztlich blieben die Einrichtungen im Grundsatz toleriert, und dies – das gilt nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern die gesamte DDR – in einem Maße, der im Ostblock einmalig gewesen sein dürfte; eine Ausnahme davon dürfte allenfalls die VR Polen gewesen sein.

Daneben lassen sich als sachsen-anhaltische Besonderheiten vor allem fünf Punkte festhalten:

- In den beiden evangelischen Landeskirchen, die in den Bezirken Halle und Magdeburg operierten, gab es Angebote in sämtlichen Bildungsstufen und -segmenten: angefangen bei Kindergärten und schulbegleitender Bildung, insbesondere der Christenlehre, über berufs- oder studienvorbereitende Kurse einschließlich zweier Möglichkeiten, ein kirchliches Abitur zu erwerben, fortgesetzt mit zahlreichen Optionen für berufliche Ausbildungen, mit zwei Einrichtungen, um Theologie zu studieren, und mehreren, um sich kirchenmusikalisch ausbilden zu lassen, bis hin zu vielfältigsten Weiterbildungsmöglichkeiten und allgemeiner Erwachsenenbildung.
- Bemerkenswert ist auch der sachsen-anhaltische Anteil an bestimmten Einrichtungstypen: So fand sich auf sachsen-anhaltischem Territorium ein Drittel der zwölf Diakonissenhäuser in der DDR. Seit 1975 hatte es DDR-weit 15 evangelische Krankenpflegeschulen gegeben. Sieben davon, also die Hälfte, lagen in den Bezirken Halle und Magdeburg. Insgesamt gab es in der DDR 18 evangelische und katholische Seminare für die zweite Phase der theologischen Ausbildung und die Pfarrerweiterbildung. Von diesen hatten fünf (28 %) ihren Sitz in den Bezirken Halle und Magdeburg.
- Unter den konfessionellen Bildungseinrichtungen lässt sich eine beträchtliche Anzahl finden, die nicht allein regional relevant, sondern überregional bedeutsam waren. Beispielhaft nennen lassen sich die Gnadauer Anstalten, das Katechetische Seminar Wernigerode, die Sektion Theologie der MLU Halle-Wittenberg, das Katechetische Oberseminar Naumburg, die Kirchenmusikschule Halle und der Kirchliche Fernunterricht der KPS für den evangelischen Bereich. Bedeutungen, die deutlich über den katholischen Jurisdiktionsbezirk Magdeburg hinausreichten, hatten das Norbertuswerk Magdeburg, das Priesterseminar Huysburg, der Aktionskreis Halle, das Polenseminar Magdeburg und die Katholische Arbeitsstelle für Pastorale Hilfsmittel Magdeburg. Der Umstand, dass die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten ihren Hauptsitz in Friedensau bei Magdeburg unterhielt (und unterhält), brachte auch hier überregionales Gewicht mit sich.
- Durch die konfessionellen Einrichtungen wurden zahlreiche Orte als Bildungsstandorte gestärkt. Eine Reihe der Einrichtungen verschaffte ihren Sitzorten überhaupt erst die Eigenschaft, auch ein Ort weiterführender Bildung zu sein. Zwar konzentrierten sich die Einrichtungen auf die beiden Großstädte Halle (15 Einrichtungen) und Magdeburg (13). Aber auch in immerhin 13 Klein-

*Konfessionelle Bildungseinrichtungen auf dem Territorium Sachsen-Anhalts 1945–1989**



* ohne Kindergärten und -heime, Bibliotheken, Medienarbeit und Aktivitäten an wechselnden Orten

und Mittelstädten bestanden konfessionelle Bildungsinstitutionen. Überdies waren fünf Dörfer durch konfessionelle Einrichtungen Bildungsorte (und sind es zum Teil heute noch).

■ Als durchaus bemerkenswert lässt sich schließlich der Umstand festhalten, dass in Zeitzeugenberichten und Untersuchungen die konfessionellen Bildungseinrichtungen nur selten als begrenzend oder einengend beschrieben werden, vielmehr ganz überwiegend als kulturell liberaler, kognitiv anregender und sozial integrativer beschrieben. Das muss sich nicht von selbst verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass jenseits der DDR konfessionelle Bildungseinrichtungen mitunter gänzlich andere Bewertungen erfahren: als indoktrinierend und die Persönlichkeitsentwicklung durch dogmatische Vorgaben – seien es inhaltliche oder solche zur Lebensführung – formatierend. Dieser Befund sagt vermutlich mehr noch über das DDR-Bildungssystem aus als über die konfessionellen Angebote. Letztere benötigten lediglich eine minimale Offenheit gegenüber Nonkonformismus, um sich vom prägenden Konformismus des staatlichen Bildungswesens abzusetzen.

☞ Uwe Grelak / Peer Pasternack: **Toleriert und kontrolliert. Konfessionelles Bildungswesen auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts 1945–1989**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2021, 364 S. Inhaltsverzeichnis und Leseprobe: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/KoBi-LSA-Einleitung.pdf

Die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR

Das Fallbeispiel Halle-Neustadt

Die Offene Arbeit war ein innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR entwickelter Ansatz einer akzeptanzbasierten Jugendarbeit. Er reagierte auf vor allem zwei Umfeldbedingungen: einerseits eine religionsferne Mehrheitsbevölkerung, andererseits ein politisch normiertes und normierendes Bildungs- und Erziehungssystem. In diesem Kontext zielte die Offene Arbeit darauf, Freiräume für Selbsterfahrung, weltanschauliche und kulturelle Horizonterweiterung, politische Diskussionen und Selbstermächtigung zu schaffen. Einer ihrer zentralen Orte war von 1977 bis 1983 die Evangelische Kirchengemeinde Halle-Neustadt.

1977 suchte die Evangelische Gemeinde Halle-Neustadt einen Jugenddiakon. Die Aufgabe übernahm der 24jährige Thüringer Lothar Rochau. Mit der Idee der Offenen Arbeit (OA) im Gepäck wollte er die kirchliche Jugendarbeit in der Gemeinde revolutionieren: offene Kirchentüren und ein offenes Ohr für jedermann. Am Rande der wachsenden Chemiearbeiterstadt wuchs ein bis dahin unbekannter Freiraum.

Die Offene Arbeit war in den 1970er Jahren ein neuartiger und kreativer Ansatz der evangelischen Jugendarbeit. Die Öffnung einer Jungen Gemeinde versprach die uneingeschränkte Aufnahme aller, die kamen. Radikal wurde das Modell einer *Kirche für andere* erprobt. Der Schutz der Kirche ermöglichte Gespräche ohne Vorbehalte und die vorurteilsfreie Annahme jedes Menschen. In den praktizierenden Kirchen bildete sich ein Freiraum für Heranwachsende – egal ob Christ oder nicht.

Die Gemeindeleitung gestand dem Diakon das Beschreiten unkonventioneller Wege für den Aufbau einer Jungen Gemeinde zu. Und unkonventionell entwickelte sich die Offene Arbeit in Halle-Neustadt – bald geläufig als OA. Dem Mangel an Räumlichkeiten etwa half die Herrichtung eines alten Bauwagens für die OA-Abende ab. Dieser stand fortan auf dem Gemeindegelände für die Jugendarbeit zur Verfügung.

Es wurde ein erstaunliches, in mehreren Hinsichten gänzlich unerwartbares staatsfernes Angebot an Jugendliche und junge Erwachsene etabliert. Dessen Besonderheit wird nachvollziehbar, wenn man sich zweierlei vergegenwärtigt:

■ Die anderen Zentren der Offenen Arbeit – so in Halle (Altstadt), Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Jena, Erfurt, Berlin und einigen weiteren Städten – waren in alten, d.h. baulich und sozialstrukturell gewachsenen Städten angesiedelt. Solche erzeugen und ermöglichen jenseits politischer Steuerung des städtischen Lebens auch Sektoren der Autonomie. Für Städte ist es konstitutiv, dass gewachsene stadträumliche Strukturen und ihre symbolische Inbesitznahme es Individuen und Gruppen ermöglichen, Kontrollansinnen auszuweichen – je nach Kontrolldichte mehr oder weniger. Da sich gewachsene Städte unabhängig vom Gesellschaftssystem immer nur begrenzt bändigen lassen, war auch in der DDR die übliche Heterogenität von Altstadtbevölkerungen durch die typische Mischung aus Konformität und Nichtkonformität gekennzeichnet.

■ Anders in den DDR-Planstädten. In diesen waren von vornherein keine Freiräume für – aus Sicht des sozialistischen Systems – deviante Aktivitäten gegeben: Diese Städte waren vielmehr funktional so gebaut, dass sie Normenkonformität fördern. Abweichungen von den vorgegebenen Normen des sozialistischen Lebens sollten systematisch ausgeschlossen werden. Die Normerwartungen waren besonders hoch, und in die Normbefolgung wurde beträchtliche Aufmerksamkeit und Aktivität investiert. In einer solchen Stadt für Jugendliche und junge Erwachsene ein Angebot der Offenen Arbeit zu installieren, war eine besondere Herausforderung, traf aber auch auf besonderes Interesse – wie auch auf besondere politische Aufmerksamkeit.

Vor diesem Hintergrund ergab es sich, dass die Offene Arbeit in Halle-Neustadt einen sehr eigenen und singulären Charakter tragen musste und trug. Es war ein Angebot in einer Stadt, die auf Grund ihrer Entstehungs- und Besiedlungsgeschichte im Vergleich mit anderen DDR-Städten besonders intensiv durch politischen und kulturellen Konventionalismus charakterisiert war. Auf viele Jugendliche in Halle-Neustadt wirkte zudem die uniforme Erscheinung der Stadt als Teil einer Zurichtung auf eine uniforme Haltung.

Dass Halle-Neustadt seiner Jugend auch andere Möglichkeiten hätte bieten müssen, machte der Erfolg der Offenen Arbeit offenkundig. Keine Mehrheit

der Neustädter Jugendlichen und jungen Erwachsenen sammelte sich dort, aber eine relevante Minderheit. Das MfS folgte der Entwicklung von Beginn an argwöhnisch. Nach seinen Schätzungen wurde die OA bereits im ersten Jahr von bis zu 150 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren freuquentiert.

Mit viel Engagement entstand ein Alltagsbetrieb aus Seelsorge und praktischer Hilfe mit Sprechstunden, gemeinsamen Abenden, Hauskreisarbeit, Wochenendausflügen, Besuchen anderer Zentren der Offenen Arbeit und Rüstzeiten. Besonders beliebt wurde der offene Freitagabend im Bauwagen – mit Diskussionen bei Rockmusik und Bier.

Die Offene Arbeit Halle-Neustadt war in ein DDR-weites Netzwerk eingebunden, das sie mit ähnlichen Strukturen in anderen Städten verband. Seit 1978 veranstaltete die OA, anfangs noch zweimal im Jahr, eigene Gemeindefeste, die auch zu überregionalen Ereignissen wurden – die *Werkstattage*. Wie das MfS aufgeschreckt vermerken musste, erfuhren sie rasch und viel Zulauf und erbrachten der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt Renommee weit über die Grenzen des Bezirkes Halle hinaus. Die *Werkstattage* wurden zum festen Bestandteil der Reisebewegungen in der republikweiten Szene – erkennbar an jungen Leuten in Parka, Jeans, Jesuslatschen und mit langen Haaren.

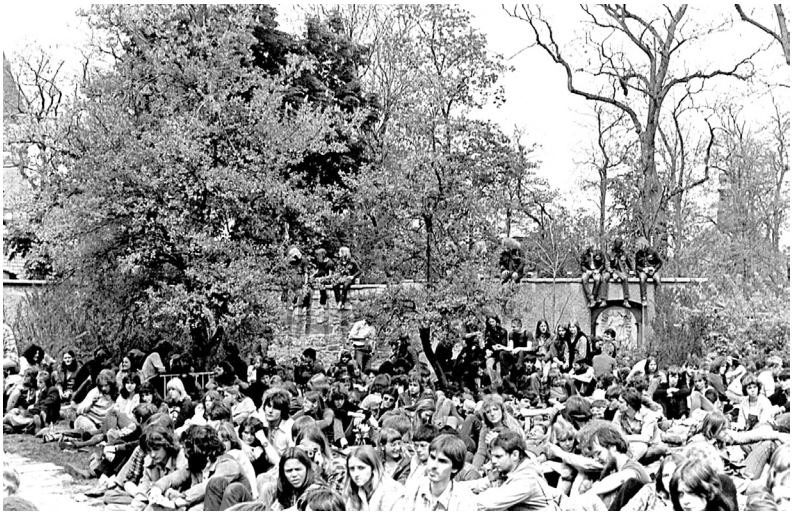
Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1979

© Foto: Andreas Baumgartner, Slg Lothar Rochau

Wer anreiste, konnte ein Wochenende lang den Ausnahmezustand vom grauen Alltag der allgegenwärtigen Bevormundungen durch den Staat erleben. Offenheit und Authentizität prägten den Umgang miteinander. Die *Werkstatttage* boten zudem der DDR unliebsamen Künstlern eine Bühne. Die Liedermacherin Bettina Wegner, außerhalb der Kirchen bereits mit Auftrittsverbot belegt, hatte 1979 in Halle-Neustadt einen ihrer in dieser Zeit seltenen DDR-Auftritte, bevor sie 1983 in die Bundesrepublik ausreiste. Die Mischung des Programms der Werkstattage ließ bei den Teilnehmer.innen vorübergehend das Gefühl von Freiheit aufkommen.

Von Veranstaltung zu Veranstaltung wuchsen die Besucherzahlen stetig. Bereits zu den 4. *Werkstattagen* waren über 450 Teilnehmer.innen auf dem kleinen Passendorfer Kirchengelände zu verzeichnen. Im Mai 1980 dann platzte die Kirche bei den 5. *Werkstattagen* mit ca. 700 Teilnehmern aus allen Nähten. So kamen zum inzwischen gewachsenen Unmut in der Gemeindeleitung über den fortwährenden Ärger mit dem Staat pragmatisch drängende Sorgen hinzu.

Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1980



© Foto: Andreas Baumgartner, Slg. Lothar Rochau

Die bewusste Erweiterung der bisherigen konventionellen Formen kirchlicher Jugendarbeit hatte zu massiven Störungen des herkömmlichen Gemeindelebens geführt. Zugleich gelang es dem Staat, beinahe unmerklich, die aufgetretenen innerkirchlichen Befindlichkeiten auf die Person des Jugenddiakons

zu fokussieren. Dazu wurden durch das MfS ein dichtes IM-Netz gespannt und fortwährend mehr oder weniger freiwillige Gespräche staatlicher Stellen mit Kirchen- und Gemeindevertretern genutzt. So wurde die Frage nach der Zukunft der Offenen Arbeit vor Ort zu einer Frage nach dem Verbleib des Jugenddiakons im Amt gewandelt.

Der Konflikt mit der Gemeinde über den Politisierungsgrad dieser Arbeit weitete sich auf den Kirchenkreis aus und führte schließlich 1983 zu Rochaus Entlassung. Anschließend, nicht mehr durch den Status des kirchlichen Mitarbeiters geschützt, wurde er inhaftiert, zu drei Jahren Haft verurteilt und später in die Bundesrepublik abgeschoben. Die Szene, die sich um die Offene Arbeit herum gebildet hatte, zog nach Halle-Altstadt. Ein Teil verließ frustriert die DDR.

Von 1977 bis 1983 hatte es einen für Halle-Neustadt einmaligen Freiraum des offenen Diskutierenkönnens gegeben. Ein Resultat des staatlichen Vorgehens gegen dieses Angebot bestand darin, dass anschließend keine Stelle mehr für eine solch unkonventionelle Jugendarbeit in der Kirchengemeinde Halle-Neustadt vergeben wurde. Ein anderes Resultat war: Wo sich fortan in Halle politische Opposition regte, waren ehemalige OAler aus Halle-Neustadt stets zugegen. So auch im Jahr der friedlichen Revolution 1989, etwa bei der Aufdeckung des Wahlbetruges im Mai oder der ersten Montagsdemonstration im Herbst. Am 26. Oktober des Jahres mussten staatliche Vertreter auf einer freien Bürgerversammlung auch ihnen das erste Mal Rede und Antwort stehen. Das System fiel zusammen.

☞ Sebastian Bonk / Florian Key / Peer Pasternack: **Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 48 S. URL https://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre_OA-HaNeu.pdf

☞ **https://oa-halle-neustadt.de**

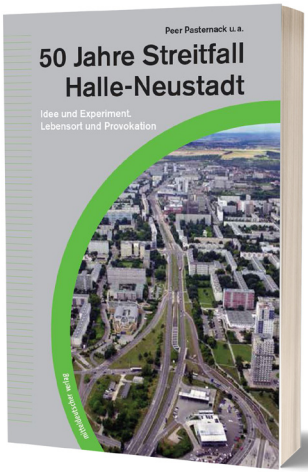
Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town

Die „sozialistische Chemiearbeiterstadt“ Halle-Neustadt

Halle-Neustadt, errichtet von 1964 bis 1989, kann als prototypische Plattenbaustadt in Ostdeutschland gelten: Wie ein Großteil der vergleichbaren Planstädte und -siedlungen, so hat auch Halle-Neustadt ein Vierteljahrhundert seiner bisherigen Existenz in der DDR und dann 25 Jahre im vereinigten Deutschland zugebracht: 2014 wurde es 50 Jahre alt. Beide 25 Jahre hatten Folgen, die der dramatische Einschnitt der Jahre 1990ff. unübersehbar machte: Halle-Neustadt verwandelte sich in rasend kurzer Zeit vom Prototyp der geplant expandierenden sozialistischen Stadt in der DDR zum Prototyp der ungeplant schrumpfenden Stadt in Ostdeutschland.

In der DDR war Halle-Neustadt das größte Stadtbauprojekt gewesen. Die einzige DDR-Neuplanung einer ganzen Großstadt gewesen zu sein, ihr Modellcharakter für den gesamten DDR-Wohnungsbau und die lange Bauzeit von 1964 bis 1989: Das begründet die Singularität dieses Projekts.

Am Anfang hatten zwei Probleme gestanden, die nicht allein DDR-typisch waren: Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität. Angesichts dessen wurde die Lösung der Wohnungsfrage zu einem Kernpunkt des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik erhoben. Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass genormte Lösungen den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten. Dies wurde seinerzeit nicht als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt.



Der Aufbau Halle-Neustadts wurde mit einer gleichsam zivilreligiösen Aufrüstung verbunden. Recht markante Vorstellungen, die in Bezug auf die Stadt –

d.h. für sie, in ihr, durch und über sie – produziert wurden, verdichteten sich in den DDR-Jahren zu einem städtischen Ideenhaushalt. Halle-Neustadt sollte vieles sein: sozialistische Stadt, Chemiearbeiterstadt, Modell für den Städtebau in der DDR, Großstadt, Stadt der Jugend. Also: *sozialistische Chemiearbeiter-Modellgroßstadt der Jugend*.

Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts

▪ Funktionalismus, Rationalität, Typisierung und Planung, kurz: Modernität ▪ Funktionstrennung, Weite, Licht und grüne Stadt ▪ Perfektion und Effizienz der Ressourcenbewirtschaftung sowie optimale Organisation familiären und kommunalen Lebens ▪ Chemie als Basis einer individuellen wie gesellschaftlichen Wohlstandsverheißung	▪ soziale Gleichheit und Glücksversprechen ▪ Gemeinschaftlichkeit, Nachbarschaft und Kollektivität ▪ sozialistische Lebensweise mit der Übereinstimmung von gesellschaftlichen und individuellen Interessen sowie normgeleiteter Bedürfnisbefriedigung
▪ Arbeitsethos und Bildungsoptimismus ▪ historische Einbettung in die Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung und sozialistische Kulturrevolution ▪ Sinnlichkeit und Steigerung architektonischer Aussagen durch Kunst, also ästhetisch vermittelte Weltaneignung	▪ Zeitersparnis und Freizeitgewinn ▪ Freizeitwert und Aufenthaltsqualität der Stadt ▪ großstädtischer Charakter ▪ Gegenentwurf zu Alt-Halle ▪ Planbarkeit pulsierenden urbanen Lebens
▪ Familienorientierung und Frauenemanzipation ▪ Neuer Mensch bzw. allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit ▪ (systemverträgliche) Partizipation der Einwohner	▪ Modellhaftigkeit der Stadt ▪ Überlegenheit im Systemwettbewerb, Gewissheit des „unaufhaltsamen Sieges“ des Sozialismus und Zukunftsoptimismus

Dieser Ideenhaushalt wurde im Zeitverlauf politisch und alltagsweltlich bewirtschaftet: beginnend bei den Bedeutungen, die Halle-Neustadt als einer zu verwirklichenden Idee von politischer Seite angesonnen worden waren, über die Penetration und Persistenz dieser ideologischen Maximalversorgung im damaligen Alltagsbewusstsein und heute im Gedächtnis seiner Alt-Einwohner.innen. Nach 1990 hatte aber das alte Leitbild nicht mehr gegriffen, da dessen gesellschaftspolitischer Bezugsrahmen entfallen war. Allenfalls historische Bedeutung konnte ihm noch zugeschrieben werden. Im übrigen schien das symbolische Feld – abgesehen von alltagskulturell verankerten, weitgehend nostalgischen Zuschreibungen – leer und also neu beschreibbar:

■ Das implizite DDR-Leitbild war die *eindeutige Stadt* gewesen, eine architektonisch wie kulturell gebändigte Stadt. Die zugrundeliegende Stadtkonstruktion zielte darauf, Deutungsoffenheiten, konkurrierende Deutungen,

Normenkonflikte, alternative Optionen, Paradoxien, Dilemmata oder Zielkonflikte systematisch auszuschließen. Eine strikte Funktionalität erstreckte sich auf die stadträumliche Gestalt und die praktischen Lebensvollzüge der in ihr lebenden Menschen. Derart sollte der Neue Mensch entstehen.

■ Der Versuch, im Rahmen der IBA Stadtumbau (2002–2010) neue leitbildfähige Ideen für die (seit 1990) Teilstadt zu erzeugen, litt nicht unter einem Mangel an kreativen Ideen. Er blieb aber dennoch stecken: in der temporären Wahrnehmung und Inszenierung der *Stadt als Ereignis*. Das narrative Feld wurde neu formatiert, aber es gelang nicht, dieses auch neu zu beschreiben. Es blieb dabei, Heterogenität künstlich zu induzieren. Die inzwischen tatsächlich vorhandene Heterogenität – sozial und hinsichtlich der Herkunftsregionen – dagegen konnte nicht leitbildfähig formuliert werden. Die Teilstadt verbleibt einstweilen im Stadium des Diffusen.

Stadtwappen Halle-Neustadt

Stadtwappen Halle-Neustadt mit: Friedenstauben, die einer aufbrechenden Knospe – Symbol für Optimismus und Zukunft – entsteigen; Schlüssel als Symbol der zehntausendfachen Schlüsselübergabe in der neuen Stadt; dessen Schließblatt in Form eines Benzolrings als Symbol für die Chemiearbeiterstadt; im Schlüsselbart ein sechsstrahliger Stern als Zitat des Hallenser Stadtwappens; rote Grundierung als symbolischer Bezug zur Arbeiterbewegung

Die erste Stadtkonstruktion war intentionalistisch und vollzog sich in einem kybernetischen Modus; die zweite war situationistisch und vollzog sich in einem kreativen Modus. Erstere zielte auf die Realisierung eines „sozialistischen Wohnkonzepts“ und einer „sozialistischen Lebensweise“; letztere zielte auf einen produktiven Umgang mit der schrumpfenden Stadt. Während die eine von 1964/65 bis 1989 Geltung hatte, prägte die andere seit den 2000er Jahren das Nachdenken über Halle-Neustadt:

■ *Intentionalistisch* war die dominierende Stadtkonstruktion in den DDR-Jahrzehnten insofern, als die Stadt ein exemplarisch gedachter Bestandteil eines Gesellschaftsprojekts gewesen ist, das sein Ziel kannte und das zur Zielerreichung gewillt war, jegliche Irritationen als irrelevant zu ignorieren oder ggf. aus dem Weg zu räumen – statt sie zu bearbeiten.

■ *Kybernetisch* war der Modus, in dem dies umgesetzt wurde, insofern die Stadt als ein selbstreguliertes System geplant und gebaut wurde, in welchem funktionale Eindeutigkeiten das störungsfreie Voranschreiten zum sozialistischen Leben und Streben ermöglichen sowie steuernde Interventionen politischer oder ideologischer Natur gleichsam algorithmisch in Abläufe und Selbstbild der Stadt implementiert werden. Eine Stadt-Mensch-Kopplung war angestrebt, in der durch die Stadtmorphologie und das Institutionengefüge verhaltenssteuernde Nachrichten an die Bewohner.innen übertragen werden, welche sich dann in den determinierten Regelkreisen bewegen.

Halle-Neustadt, verschränkt mit dem Dorf Nietleben

■ *Situationistisch* vollzog sich die Stadtkonstruktion in den 2000er Jahren, da der abrupte Wandel von der wachsenden zur schrumpfenden Stadt auf strategische Rat- und Hilflosigkeit traf. Das strategische Defizit wurde, um überhaupt etwas zu tun, mit einem taktischen situationsbezogenen Aktionismus gefüllt.

■ Der Modus dessen war ein *kreativer*: Jede Idee ist erlaubt, damit überhaupt Ideen zustande kommen. Vor allem junge Architekten, Künstler.innen und Soziologen, typischerweise in gemischten Teams, wurden auf die Stadt angesetzt, um sie symbolisch zu rekonstruieren. Da vor der Problemfülle des aktuellen Halle-Neustadts die administrativen Routinen versagen, wurde nahezu ungehemmt etwas zugelassen, das kommunale Administrationen üblicherweise nur in sehr eingehegten Varianten protegieren: Kreativität ohne Auflagen.

Bis 1989 war die Stadt überdeterminiert, insofern sie ideell und symbolisch überversorgt wurde. Die Einwohnerschaft nahm dies als Bestätigung einer

privilegierten Wohnform hin. Im übrigen aber lebte sie vornehmlich neben den überfordernden Ansprüchen, die der Stadt politisch angesonnen wurden. Fernseher, Kleingarten oder die mühevolle Individualisierung der Plattenbauwohnungen – das vor allem bestimmte die Freizeit vieler Neustädter. Doch war auch die Toleranz gering, wenn es um Abweichungen von gängigen Üblichkeiten ging. Ob lange Haare bei männlichen Jugendlichen, öffentlicher Unmut gegen die unübersehbare Umweltverschmutzung durch die Chemiewerke oder Wehrdienstverweigerung: So etwas war den meisten Neustädtern eher suspekt. Das bekamen vor allem die zahlreichen Jugendlichen zu spüren. Für deren Entfaltung bot die Stadt kaum Freiräume.

Halle-Neustadt-Zentrum, Ansicht vom Kolkturm in der Dölauer Heide

Individualismus wurde nur in den beengenden Grenzen des sozialistischen Systems geduldet, etwa als Erfindertum für die „Messe der Meister von morgen“ (MMM) oder als „Junger Mathematiker“ in der „Station Junger Techniker und Naturforscher“. Die wenigen Jugendklubs betrieb die Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die Schulen waren vergleichsweise gut ausgestattet und vermittelten erfolgreich Grundlagenbildung. Doch zugleich waren sie, wie überall in der DDR, politische Disziplinaranstalten. Renitenz wurde streng geahndet mit Sanktionen, Ausschluss aus der FDJ und Verweigerung weiterführender Bildung.

Nach 1989 setzte sich die Bewirtschaftung des realsozialistischen Ideenhaushalts postmortal fort. Zum einen aktivierten die Bewohner.innen die materiell bestätigungsfähigen Ideen – Modernität, grüne Stadt usw. – zur Stabilisierung zufriedenstellender Selbstkonzepte gegen eine Abwertung von außen. Zum anderen durchläuft das vormals sozialistische Halle-Neustadt beständig

neue Deutungsschleifen. Die situationistischen Belebungsversuche, auf neue Ideen für den Stadtteil zielend, blieben unterm Strich aber Episoden.

Auf eine einheitliche Bewertung lassen sich die Urteile über Halle-Neustadt nicht bringen: Halle-Neustadt polarisiert vielmehr, nicht erst nach 1989, sondern von Beginn an. Es war dauerhaft Idee und Experiment, Lebensort und Provokation. Der industrielle Plattenbau brach gründlich mit der Vorstellung von der gewachsenen Stadt. Neuankömmlinge in der Stadt, die lange Zeit zudem eine Großbaustelle war, waren hin und her gerissen zwischen dem seinerzeit ungewöhnlichen Wohnkomfort und der etwas spröden Anmutung der Betonhäuser. Auswärtige konnten sich meist nie recht vorstellen, dass man sich inmitten dieser Architektur heimisch fühlen könne.

Die Architekten fochten Dauerkämpfe aus, um die Typenbauten durch sogenannte Sonderlösungen attraktiver zu machen. Die Bauleiter schlugen sich mit unzulänglichen Zulieferungen herum und suchten fortwährend, die Baustellenorganisation in den Griff zu bekommen. Künstler beschwerten sich, immer erst dann, wenn alles schon beschlossen sei, zur Aufhübschung herangezogen zu werden. Das Stadtzentrum sollte der gestalterische Höhepunkt werden, blieb aber in seinem zentralen Teil bis weit in die 90er Jahre eine Brache. Da der geplante Kulturpalast nie gebaut wurde, hatte die Hochkultur dauerhaft keine Heimstatt in Halle-Neustadt. Die Magistrale erwies sich in der umgesetzten Form als Fehlplanung.

Halle-Neustadt war Dauer-Großbaustelle und sich entwickelnde Stadt. Dann war es ein Problemstadtteil, der sich wieder einigermaßen stabilisierte. Die Stadt war gebraucht worden für 93.000 Menschen, und der Stadtteil wird heute gebraucht für 48.000. So wie es in der DDR kaum möglich gewesen wäre, derart viele Menschen anderweitig mit akzeptablem Wohnraum zu versorgen, so wäre es auch heute nicht möglich, die 48.000 Einwohner.innen außerhalb der Neustadt angemessen zu beherbergen.

☞ Peer Pasternack u.a.: **50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014, 608 + XXXII S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Pasternack-Halle-Neustadt.pdf

Parallel zum Grafikdesign: Helmut Brade als Essayist und Requisitenbriefschreiber

Gerhard Wünscher

Im Jahr 2015 hat Helmut Brade, Hallescher Grafiker und Bühnenbildner, sein 700. Plakat veröffentlicht – seit mehr als 50 Jahren gestaltet er Plakate für Theater, Oper, Museen und Kinos. Daneben aber schrieb er immer auch. Seine Essays und Gelegenheitstexte lassen sich lesen als fortlaufender Kommentar zu den künstlerischen und gesellschaftlichen Kontexten eines Werkes, das Brade den Status einer Plakat-Legende verschafft hat. In den Kontext seiner Bühnenarbeit gehören die handgeschriebenen Requisten-Briefe, die von Brade für verschiedene Theater-Produktionen gestaltet wurden. Sie ergänzen mit Witz und Humor die jeweilige Handlung aufs Beste und sind grafisch ein Hochgenuss.

Helmut Brade (*1937 in Halle/Saale) feierte 2017 seinen 80. Geburtstag. Nach seinem Studium an der BURG, der Kunsthochschule Halle, war er zunächst freischaffend als Maler und Grafiker tätig. 1972 begann er, auch als Bühnenbildner zu arbeiten, zuerst an der Volksbühne Berlin (Ost) für Inszenierungen von Benno Besson und Brigitte Soubeyran, seit Anfang der 1980er Jahre auch in Budapest und Tübingen. 1986 startete seine bis heute andauernde Zusammenarbeit mit Peter Konwitschny unter anderem in Halle, Leipzig Basel, Hamburg, Paris, Barcelona, Tokio, Oslo und Kopenhagen.

Weniger Aufmerksamkeit fand bislang, dass er ganz nebenher ein veritabler Essayist war, der viel zu Kunst und Künstlern, zum Kunststudium, zum Kommunikations- und Grafik-Design, zur Kunst des Plakatmachens, zur Theaterarbeit und gelegentlich zu Problemen von Stadt und Gesellschaft geschrieben hat. Die Texte geben in Brade jemanden zu erkennen, der neben seinem eigenen umfangreichen Oeuvre sich für andere Künstler und die Künste engagiert hat. Er hat für Künstler eine beträchtliche Anzahl von Reden zur Eröffnung von deren Ausstellungen gehalten, die nicht jene kunstwissenschaftliche Rhetorik und Routine benutzten, die diese oft so unverbindlich und unverständlich daherkommen lassen. Seine Äußerungen haben gerade in Halle dazu geführt, der Kunstszene insgesamt Orientierung zu geben.

Selbstredend waren solche zu DDR-Zeiten öffentlich gehaltenen Reden im politischen Sinne selten provokativ, wofür hätte das auch gut sein sollen – eher weisen ironische Untertöne die Richtung, in die die Zuhörer zu denken haben. Aber eins wird man in diesen Texten nicht finden: ein Bekenntnis zur

offiziellen Kunstpolitik und der in diesem Sinne geförderten Kunst. Im Gegenteil, wenn sein Verständnis von Kunst einen Leitfaden hat, dann ist es Trauer darüber, was die Hallesche Malerei ohne die ideologische motivierte Beeinflussung (insbesondere während des Formalismusstreits in den 50er Jahren) hätte sein können.

Zu wenig Beachtung hat gefunden, dass Brade inzwischen an fast sechzig Inszenierungen von Oper und Schauspiel beteiligt war. Dies ist der Flüchtigkeit, die der Theaterarbeit generell innewohnt, und der Schwierigkeit geschuldet, Inszenierungen dokumentieren zu können. Helmut Brade war hier meist als Bühnenbildner tätig. Es gehört aber zum Spezifikum seines Beitrags zu den Inszenierungen, dass dieser sich nicht auf die gestalterische Dimension der Ausstattung beschränkt, sondern eine quasi-dramaturgische Begleitung darstellt.

Als Professor für Kommunikationsdesign konnte er besonders seine Fähigkeiten ausspielen, Kunst zu gestalten, darüber vor einem weit gefächerten Bildungshintergrund zu reflektieren und dabei Studierende zu eigener, nicht epigonenhafter Produktivität anzuregen. Wenngleich für Grafikdesign zuständig, hat er nicht zugelassen, dass zwischen der ‚reinen' und der angewandten Kunst Grenzen gezogen wurden. Er hat seinen Fähigkeiten gemäß die Überzeugung vertreten, dass der angewandte Bereich immer aus der Kunst und dem damit verbundenen Formverständnis gespeist werden müsse.

Immer wieder hat er vor den Verführungen gewarnt, statt auf Verständnis für die Form und der darauf aufbauenden Gestaltung auf die Computermöglichkeiten zu setzen. Nicht, dass er die damit verbundenen Werkzeuge nicht zu schätzten gewusst hätte. Es geht ihm als eine Art Credo darum, auf den kreativen Akt des Künstlers oder Grafikdesigners hinzuführen, der nicht ausschließt, Computer gelegentlich benutzen zu können, aber nicht darauf reduziert werden darf. Mit dieser Überzeugung hat er auch viel dazu beigetragen, die sich immer

wieder ergebende Kluft zwischen Kunst und Design, die für ihn nie existiert hat, einzuebnen. Auch in dieser Hinsicht war er einer der wichtigen Burg-Lehrer.

Die Stadt, vor allem die Stadt Halle an der Saale, ist für Brade ein großes Thema. Nach seinem Verständnis kulminiert die Kultur im städtischen Leben. Das sind für ihn nicht nur die Stätten der Hochkultur, Theater und Museen. Sein gestalterischer Blick sieht die Stadt in ihrer Wandlungsfähigkeit und mit dem Anspruch, dass ihr Gesamtbild gestalterische Qualitäten haben müsse. Er konnte in Halle gelegentlich – z.B. bei der Gestaltung des Riebeck-Platzes – Beiträge leisten, aber er hätte wesentlich mehr leisten wollen. Dieser Stadt tief verbunden, schmerzen ihn im Angesicht seines Oeuvres gerade die hier vergebenen Möglichkeiten der Gestaltung der Stadt. Ideen dazu hat er viele entwickelt.

Helmut Brade 2015 bei der Eröffnung der Ausstellung „Die hundert besten Plakate der Burg“, in der er selbst mit zahlreichen Werken vertreten war

© Foto: Norman Posselt

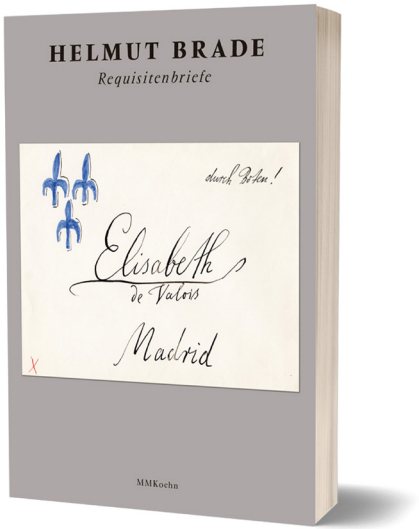
Immer wieder taucht in den Texten eine Skepsis auf, die sich auf die von wirtschaftlichen Kräften getriebene gesellschaftliche Entwicklung bezieht. Es ist vor allem die zunehmende Umweltverschmutzung und die Zerstörung der Natur, die ihn tief besorgt macht, seine utopische Kraft relativiert. Das ist von ihm im Brechtschen Sinne durchaus antikapitalistisch formuliert. Aber wenn es ideologisch oder radikal werden könnte, schützt ihn eine andere tiefe Überzeugung: dass Kultur und Bürgersinn das Gemeinwesen immer wieder in den Blick zu nehmen haben und positive Veränderungen herbeizuführen sind.

Unverkennbar verwurzelt in Halle, sind es die kosmopolitische Haltung Brades, dessen kritischer Blick auf die Gesellschaft und sein analytischer, aber

einfühlender Blick auf die Künstler, die den Texten in der Gesamtheit über das Konkrete der Aussagen hinaus zeitgeschichtliches Gewicht verleihen. Fesselnd ist es zu verfolgen, wie diese Aussagen über die Wendezeit 1989/1990 hinweg ihre Konstanz bewahren. Für die herausgeberische Arbeit war es wichtig, neben den Äußerungen zur Kunst, zu Theater, Literatur, Gebrauchsgrafik und Ausbildung von Künstlern auch diese gesellschaftskritische Dimension aufscheinen zu lassen. Solche motivartig in den Texten wiederkehrenden Äußerungen machen die Äußerungen nicht nur zeitgeschichtlich wertvoll, sondern die Zusammenschau macht dies überhaupt erst sichtbar.

Das umfangreiche Konvolut von verstreut erschienenen Texten und unveröffentlicht gebliebenen Reden aus den Jahren 1965 und 2017, die zu verschiedenen Anlässen und mit unterschiedlichen Absichten verfasst wurden, erforderte eine herausgeberische Revision. Dabei war es erforderlich, Wiederholungen in den Texten zu beseitigen, ohne das Spektrum der Äußerungen einzugrenzen, was gegen den zeitgeschichtlichen Anspruch der Herausgeberschaft gesprochen hätte. Wichtig war es, einen Künstler zu zeigen, der eine Fülle von Gedanken und eine Vielfalt von Aspekten insbesondere zur Kunst ausbreitet, die in der Gesamtheit von kunst- und zeitgeschichtlichen Wert sind. Eine zusammenfassende Würdigung der Texte durch den Herausgeber bildet die Summe dieser texterschließenden Arbeit.

Zum Spezifikum von Helmut Brades Beiträgen zu Theaterinszenierungen gehört es, dass sie sich nicht auf die gestalterische Dimension der Ausstattung beschränkten, sondern eine quasi-dramaturgische Begleitung darstellten. In diesen Kontext gehören auch handgeschriebene Requisiten-Briefe, die für verschiedene Theater-Produktionen von Brade gestaltet wurden. Eine Auswahl hat Gerhard Wünscher in einem zweiten Band versammelt und kommentiert. Sie bringen die Schauspieler und Sänger in eine besondere Situation: Sie ergänzen mit Witz und Humor die Handlung aufs Beste und sind grafisch ein Hochgenuss, wenn etwa der kleine Don Carlos seine Begeisterung über das schimmernde Haar und wie es der kleinen Élisabeth über die Schulter fällt, in einem mit



kindlicher Schreibschrift geschriebenen Brief Ausdruck verleiht. Zu schade, um es nur auf der Bühne zu verwenden: Auch diese Briefe brauchen ein Publikum.

☞ Helmut Brade: **Ich zeichne noch Buchstaben. Texte 1965–2017**, hrsg. von Gerhard Wünscher, MMKoehn-Verlag Berlin/Leipzig 2017, 527 S.; s.a. http://www.mmkoehnverlag.de/helmut-brade-ich-zeichne-noch-buchstaben-texte-1965-2017/

☞ Helmut Brade: **Requisitenbriefe**, hrsg. von Gerhard Wünscher. Mit handschriftlichen Texten von Helmut Brade, Anmerkungen von Gerhard Wünscher und Alena Fürnberg, einem Text von Maik Priebe, MMKoehn-Verlag Leipzig 2022, 120 S.; s.a. https://www.mmkoehnverlag.de/requisitenbriefe/

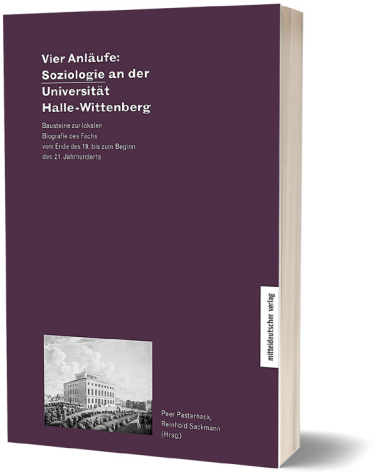
Vor allem Arbeit

Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1990

Von 1947 bis 1949 hatte es an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) bereits ein Institut für Soziologie gegeben, doch eine eigentliche Institutionalisierung des Faches gelang erst 1963 mit der Gründung einer eigenen Forschungsgruppe. 1976 startete ein eigenständiger Diplomstudiengang. Damit war Halle einer von drei Standorten, an denen in der DDR Soziologen und Soziologinnen ausgebildet wurden. Neben dem Wissenschaftsbereich Soziologie wurde aber auch an mehreren anderen Einrichtungen MLU soziologisch gearbeitet, so etwa zur Literatur-, Medizin- und Sportsoziologie.

Soziologie in Halle unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs verbindet sich mit zwei Namen, die allerdings eine im engeren Sinne soziologische Wirkung erst entfalteten, nachdem sie Halle verlassen hatten: Max Gustav Lange und Leo Kofler.

Zum 1.9.1947 war Max Gustav Lange als ordentlicher Professor für Soziologie und zum Direktor des Instituts für Soziologie an der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät berufen worden. In seiner (kurzen) halleschen Zeit befasste er sich vor allem mit ideengeschichtlichen, bildungstheoretischen und pädagogischen Fragen, was auch dadurch gefördert wurde, dass er zugleich Chefredakteur der Zeitschrift „pädagogik“ war. Bereits 1949 wechselte Lange an die Pädagogische Hochschule Potsdam.



Interesse als Soziologe weckte er indes vornehmlich nach seinem Verlassen der DDR 1951: 1953 bildete er mit Ernst Richert und Otto Stammer an der DDR-Abteilung des FU-Instituts für politische Wissenschaft in West-Berlin eine Arbeitsgruppe „Neue Intelligenz“. Diese gelangte frühzeitig zu der These, dass die kommunistischen Herrschaftssysteme nicht monolithisch-starre, sondern historisch-dynamische Gebilde seien

und band dies argumentativ an das „Problem der ‚neuen Intelligenz'". Diese werde für die Wirtschafts- und sonstige Planung benötigt, doch zugleich sorge die Lösung des „Intelligenzproblems" für eine Umgestaltung des totalitären Systems, denn: Die Erfordernisse der Wirtschafts- und Verwaltungspraxis seien wichtiger als die Logik der gesellschaftlichen Perspektive. Damit hatte Lange früh vorweg genommen, was in den 60er Jahren durch Peter Christian Ludz prominente Meinung werden sollte.

Ähnlich wie bei Lange verhielt es sich mit einem anderen soziologisch relevanten Hochschullehrer: Leo Kofler. Er hatte Anfang Dezember 1947 seine Habilitationsschrift „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" eingereicht und wurde bereits am 5. März 1948 zum Professor für Geschichtsphilosophie an die MLU berufen. Die Berufung erfolgte gegen den Widerstand der Fakultät. Offizielle Begründung: „Seine gesamte Zielsetzung ist theoretisch-soziologisch, nicht geschichtlich-soziologisch". Inoffiziell gefiel die marxistische Orientierung Koflers nicht.

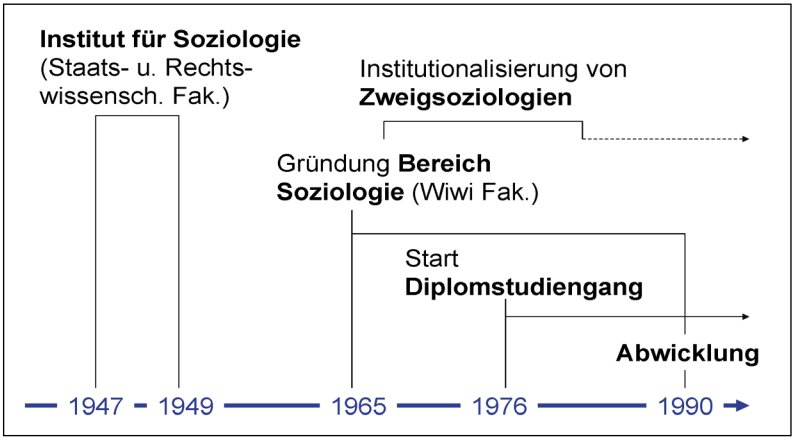
Bereits nach zwei Jahren war er aber auch bei der SED nicht mehr gelitten. Im Februar 1950 trat er aus der SED aus und verließ die Universität, um sich ein halbes Jahr später in den Westen abzusetzen. Dort wurde er ein bedeutender Analytiker und Kritiker des stalinistischen Bürokratismus (wie auch des sozialdemokratischen Revisionismus). Er legte 1951 die Schrift „Marxistischer oder stalinistischer Marxismus" und 1952 „Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie" vor. Alsbald profilierte er sich dann mit scharfsinnigen soziologischen Analysen der westlichen Gesellschaften. Im akademischen Betrieb der Bundesrepublik blieb er als unorthodoxer Marxist randständig. Ähnlich wie Max Gustav Lange hatte Kofler seine wirkliche Bedeutsamkeit als soziologischer Analytiker weniger in seiner (kurzen) Hallenser Zeit erlangt, sondern in den anschließenden Jahren in Westdeutschland.

In den 50er Jahren dann gab es keine soziologische Forschung und Lehre an der MLU mehr. 1963 nahm die Soziologie in Halle einen neuen Anlauf zu ihrer Institutionalisierung, indem eine „Kommission für konkret-soziologische Forschung" gegründet wurde. Diese befasste sich vor allem mit universitätsinternen Studentenbefragungen. Politisch wurde in dieser Zeit die Notwendigkeit soziologischer Forschung dadurch erkannt, dass ein Bedarf an rationalen Grundlagen gesellschaftlicher Systemoptimierung entstand.

So nahm Anfang 1965 eine „Soziologische Abteilung" ihre Arbeit auf. Sie hielt zunächst soziologische Ergänzungsveranstaltungen für Studierende anderer Disziplinen ab. Später umgegründet zum „Wissenschaftsbereich Soziologie" an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, verantwortete die Einrichtung 1968 bis 1974 Nebenfachstudien für Studierende der Wirtschaftswissenschaften. 1976 schließlich startete der Diplomstudiengang Marxistisch-leni-

nistische Soziologie, wobei im jährlichen Wechsel mit der Leipziger Universität immatrikuliert wurde. Seit 1973 bot der Wissenschaftsberiech zudem Postgradual- und Weiterbildungstudien für Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie an.

Zentrale Daten zur Entwicklung der Halleschen Soziologie in der DDR



Die Lehrpläne wurden zentral erstellt und galten für alle drei Soziologie-Studienorte Leipzig, Berlin und Halle (sowie für den Fernstudienstandort Rostock). Halle war in Gestalt des Wissenschaftsbereichsleiters Rudhard Stollberg aber prominent in die Erarbeitung der Lehrpläne eingebunden. Die zentralen Studienbereiche im Diplomstudium waren Geschichte der Soziologie bzw. Klassiker der Soziologie, Theorie der Soziologie, Methodik der soziologischen Forschung, Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie sowie diverse Zweigsoziologien.

Rudhard Stollberg hatte die Leitung des Wissenschaftsbereichs von 1965 bis 1990 inne. Die Personalausstattung bestand aus ihm als Leiter und Professor, zwei Dozent.innen, drei bis vier unbefristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter.innen und einer wechselnden Anzahl befristeter wissenschaftlicher Mitarbeiter.innen. Die Forschung des Wissenschaftsbereichs hatte ein grundsätzliches und durchgehendes Hauptthema: das Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Dabei wurde insbesondere die Kollektivität der Arbeit als Quelle individueller Anerkennung betrachtet – dies vorzugsweise im Kontrast zur Hausarbeit von Frauen. Das Forschungsprogramm fand sich durch zahlreiche Projekte in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie (AIBS) untersetzt. Arbeitsmotivation, Schichtarbeit, Arbeitsverhalten oder das „Kulturell-

technische Niveau der Werktätigen“ waren entsprechende Forschungsthemen.

Politisch wurden vom Wissenschaftsbereich Soziologie Beiträge zur Optimierung von Arbeitsprozessen in der Industrie erwartet. Vollständig pflegeleicht waren die MLU-Soziologen dabei nicht, wie man auch in der westdeutschen DDR-Forschung wahrnahm: „Der Hallenser Arbeitssoziologe Rudhard Stollberg blieb der *einzige*, der … grundsätzliche Kritik an der Schichtarbeit wagte“, so der westdeutsche Soziologe Dieter Voigt 1986.

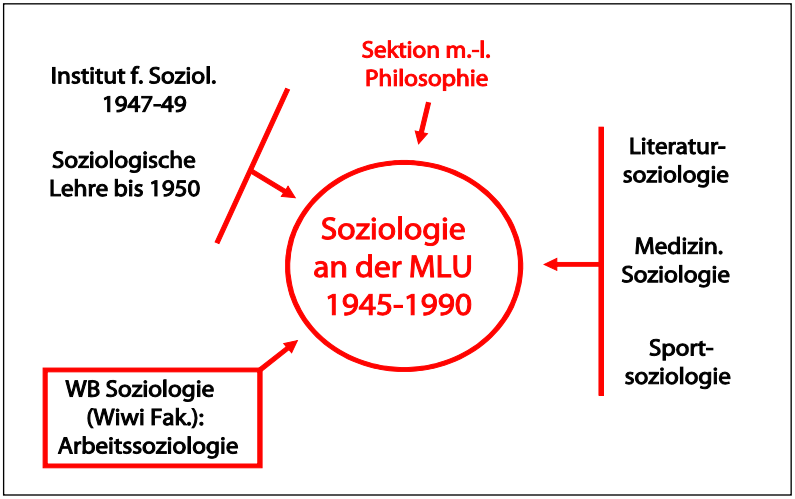
Die arbeits- und industriesoziologische Forschungsorientierung prägte auch die Lehre und das Studium in Halle. Seit 1971 unterhielt der Wissenschaftsbereich ein Lehrlabor im VEB Mansfeld Kombinat. Durch dieses hatten die Studierenden die Möglichkeit eigener arbeits- und betriebssoziologischer Forschungen und waren unmittelbar in die Realisierung des Forschungsprogramms des Wissenschaftsbereichs eingebunden. Zudem zeigte sich der AIBS-Schwerpunkt des halleschen Soziologiestudiums darin, dass in diesem Bereich auch die studienbegleitenden Praktika zu absolvieren sowie, im Regelfall, die Diplomarbeiten zu schreiben waren. Mit dieser Schwerpunktsetzung waren die Lehrinhalte zugleich konkrete Berufsvorbereitung für den beruflichen Einsatz als betriebliche Koordinatoren der Arbeit in der Industrie oder in der soziologischen Forschung.

Die Hallesche Arbeitssoziologie war vor allem empirisch orientiert und arbeitete eher theorieentlastet: Zu den interessanteren Kontroversen etwa zum Arbeitsbegriff oder zur Entfremdung kamen die Beiträge vornehmlich aus philosophischen Instituten, insbesondere in Berlin, nicht aus der Arbeitssoziologie in Halle, aber auch nicht aus dem Zentralen Forschungsinstitut für Arbeit (ZFA) Dresden.

Hierin zeigte sich eine Besonderheit soziologischen Arbeitens in der DDR: Allgemeine Soziologie oder soziologische Gesellschaftstheorie gab es so nicht, da deren Gegenstände in der Systematik der Wissenschaften dem Historischen Materialismus als einer Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Philosophie zugewiesen waren. Infolgedessen entstanden auch in Halle entsprechende Arbeiten nicht in der Soziologie, sondern an den Sektionen Marxistisch-leninistische Philosophie bzw. Marxismus-Leninismus.

Daneben wurde auch an anderen Bereichen der Universität soziologisch gearbeitet. So hatte die Literatursoziologie eine dauerhafte zweiköpfige Bastion an der Sektion Germanistik und Kunstwissenschaften. Die Sportsoziologie wurde durch einen Wissenschaftler an der Sektion Sportwissenschaften (mit)vertreten. An den Bereichen Sozialhygiene und Marxistisch-leninistische Ethik der Medizinischen Fakultät wurde unter anderem Medizinsoziologie betrieben.

Soziologische Aktivitäten an der Universität Halle-Wittenberg zwischen 1945 und 1990



Insoweit lassen sich für die Nachkriegsjahrzehnte bis 1990 an der Universität Halle-Wittenberg drei Stränge soziologischen Arbeitens festhalten, die jeweils unterschiedlich institutionell beheimatet waren:

- Gesellschaftstheorie im Sinne einer Allgemeinen Soziologie im Bereich der Philosophie bzw. der ML-Sektion (1947–1990);
- Wissenschaftsbereich Soziologie mit eigenem Studiengang und Konzentration auf Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie, wobei auf Grund curricularer Notwendigkeiten auch über AIBS hinausgehende Themenfelder wie Soziologiegeschichte und soziologische Methoden abzudecken waren (1965–1990);
- Bindestrich-Soziologien an Fachsektionen (Mitte der 60er Jahre – 1990).

☞ Peer Pasternack / Reinhold Sackmann (Hg.): **Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013, 256 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_mlu_soziologie_Buch_web.pdf

☞ Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: **Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945–1991**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 56 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_5_2013.pdf

Hochschulforschung in Sachsen-Anhalt und ihre Vorgeschichte: 1964–2014

50 Jahre Forschung über Hochschulen im Osten Deutschlands: 1964 war das Institut für Hochschulpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin gegründet worden. 2014 war das Institut für Hochschulforschung in Wittenberg (HoF) in seiner heutigen Form inhaltlich und organisatorisch konsolidiert. Dazwischen lagen noch zwei weitere Institute, sehr unterschiedliche Umfeldentwicklungen und mehrere krisenhafte Situationen, darunter ein Wechsel des Gesellschaftssystems.

Am 19. September 1996 war im sachsen-anhaltischen Kultusministerium in Magdeburg das Institut für Hochschulforschung formal gegründet worden. Dieser administrative Akt erlaubte es, die Arbeitsaufnahme des neuen Instituts vorzubereiten. Das gelang recht flott – Stellenausschreibung, Anhörungen, Einstellungen –, so dass am 2. Dezember 1996 die Gründungsbelegschaft ihre erste Teambesprechung durchführen konnte. Um allerlei zeremonielle Bedürfnisse zu befriedigen, wurde das Institut am 8. Oktober 1997, also zehn Monate nach dem Start, auch offiziell mit einem akademischen Festakt eröffnet. Damit besteht eine vergleichsweise reiche Auswahl an Gründungsdaten: 19.9.1996, 2.12.1996, 8.10.1997. Als wichtigsten wird man den Tag nehmen dürfen, an dem sich die Mitarbeiter.innen des Instituts in Wittenberg zu ihrer ersten Arbeitsbesprechung trafen.

Die Gründung war ein Ereignis gegen mancherlei Wahrscheinlichkeiten. Warum und wie es dennoch 1996 dazu kam, verdient, erzählt zu werden. Daher wurde es erzählt, wobei sich die Darstellung zugleich ins Exemplarische heben ließ. 1982 waren vier DDR-Einrichtungen zum Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) fusioniert worden. 1991 schloss sich das ZHB an die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst an, die bis 1995 die ostdeutsche Hochschultransformation dokumentierte und erforschte. 1996 wurde das heutige Institut für Hochschulforschung (HoF) gegründet. Vom ZHB ausgehend werden dessen wichtigstes, 1964 gegründetes Vorgängerinstitut, das Umfeld sonstiger Forschungen über Hochschulen in der DDR incl. Wissenschaftsforschung und die sich in den 90er Jahren anschließenden Einrichtungen in den Blick genommen: 25 Jahre vor und 25 Jahre nach der Implosion des DDR-Sozialismus.

Tagung des Wissenschaftlichen Rates des ZHB 1987 (oben) und Get-together des HoF-Trägervereins und -Fachbeirats mit dem Institutsteam 2016 (unten)

Das ZHB unterstand dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) und war insofern ein Ressortforschungsinstitut. Wie in allen Staaten, so galt auch in der DDR: Solche Einrichtungen wurden unterhalten, um politisch definierte Erkenntnisinteressen zu befriedigen. Aus diesem Umstand resultierten Eigenheiten der ZHB-Arbeitsweise. Die Theoriebindung der Arbeit war überwiegend instrumentell. Es wurden zum einen die marxistische Gesellschaftstheorie zugrundegelegt (und die Parteidokumente, da sich die SED als theoriebildende Instanz verstand), zum anderen die Fachdebatten in den Bezugswissenschaften rezipiert. Vornehmlich wurde kompiliert.

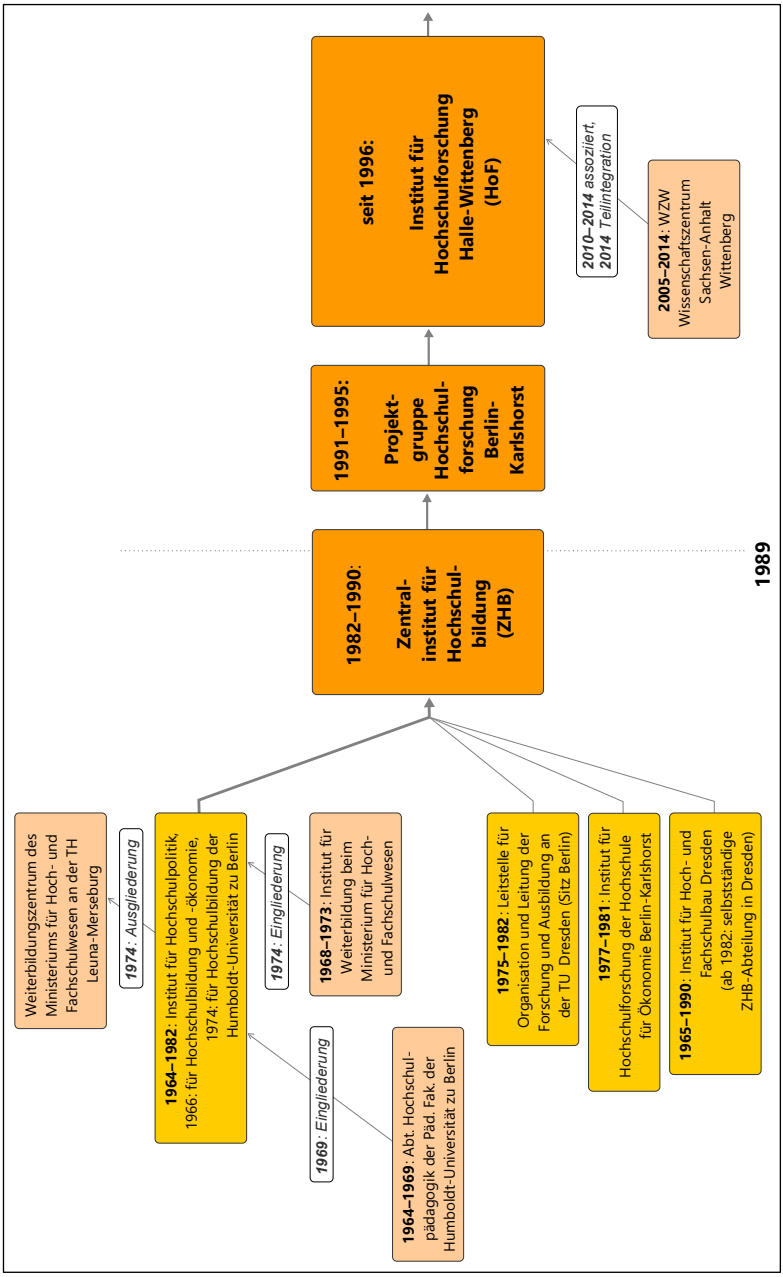
Dort, wo die DDR-Hochschulforschung, ebenso die Wissenschaftsforschung, kritische Funktionen wahrnahmen, geschah dies – ihrem Kontext, Auftrag und Selbstverständnis entsprechend – systemimmanent (wie es für die meiste sozialwissenschaftliche Normalwissenschaft in allen Gesellschaften gilt). Die Bemühungen zielten darauf, im Rahmen des marxistischen Paradigmas gültige, d.h. wahrheitsfähige Aussagen zu produzieren. Wo daraus Konflikte resultierten, lassen sie sich in der Regel als Systemoptimierungskonflikte kennzeichnen. Der Streit mit den Funktionären ging um die Gestaltung des gemeinsamen politischen Projekts, nicht um dessen Infragestellung.

Zum 31.12.1990 fiel das ZHB der Abwicklung anheim, ohne evaluiert worden zu sein, da seinerzeit niemand in der Politik an die Staatsinstitute gedacht hatte. Dem Engagement der westdeutschen Hochschulforschungscommunity und dem Interesse des BMBW, bei der (ostdeutschen) Länderangelegenheit Hochschultransformation Mitspieler zu sein, verdankte sich dann die Gründung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Sie war eine Transformationseinrichtung im doppelten Sinne: als Teil der Transformationen in der ostdeutschen Wissenschaft und als Analytikerin dieser Vorgänge, hier konkret derer im Hochschulwesen.

Auch die Jahre seit 1996 halten reichlich Stoff für eine exemplarische Erzählung bereit: wie sich ein ‚Ost-Institut' als ein gesamtdeutsches zu konsolidieren vermochte, welche mehrfachen Neuerfindungen seiner selbst es dabei zu bewerkstelligen hatte, wie sich Forschung jenseits der Bindung an eine Einzeldisziplin organisieren lässt, auf welche Weise sich ein Institut auf sein Sitzland einlassen kann, ohne darüber zum Regionalinstitut zu werden, und wie sich bei all dem externe und interne Turbulenzen produktiv wenden lassen.

Von 1996 bis 2016 sind am HoF insgesamt 214 Projekte unterschiedlichster Größenordnung realisiert worden. Dabei wurde im Laufe der Jahre die dominierende Stellung zweier Themengruppen zu Gunsten einer Themendiversifizierung abgebaut: „Governance und Organisation von Hochschulen" und „Hochschulbildung, Studienreform, Studentenforschung" machten im ersten Institutsjahrzehnt zusammen 56 Prozent Anteil am Arbeitsprogramm aus. Die im Laufe der Jahre relativ gestärkten Themengruppen waren „Hochschul- und

Von einem Institut zum andern: Der institutionelle Weg vom IfH zum HoF



Bildungsentwicklung in der Region“, „Hochschulpersonal, wissenschaftlicher Nachwuchs, Gleichstellung“ und „Zeitgeschichte von Hochschule, Wissenschaft und Bildung“.

Für 118 Projekte bzw. Aufträge konnten 1996–2016 bei 53 Institutionen Mittel eingeworben werden, und zwar insgesamt 10,2 Millionen Euro. 90 wissenschaftliche Veranstaltungen hatte das Institut für Hochschulforschung in diesen zwei Jahrzehnten organisiert und durchgeführt, mithin jahresdurchschnittlich 4,5. Der Personaldurchlauf betrug insgesamt 135, davon 69 wissenschaftliche Angestellte. Das Geschlechterverhältnis unter diesen war – mit 33 Frauen und 36 Männern – ausgewogen. Sieben Promotionen und zwei Habilitationen wurden erfolgreich abgeschlossen. Elf Prozent der wissenschaftlichen Beschäftigten dieser Zeit sind inzwischen Professor.innen.

☞ Peer Pasternack: **Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014**, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 497 S. Inhaltsverzeichnis und Textprobe: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ZHB_Auszug.pdf

☞ Peer Pasternack: **20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_ 20_J_HoF_Buch_ONLINE.pdf

Kurz vor der Gegenwart

Zeitgeschichte als HoF-Thema

Das Institut für Hochschulforschung widmet sich seit seiner Gründung 1996 zwar vorrangig der forschenden Aufklärung gegenwartsbezogener Entwicklungen. Daneben aber bearbeitet es kontinuierlich auch (zeit)historische Themen. Insgesamt wurden bisher 55 Projekte zur Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte durchgeführt, deren Ergebnisse in 45 Büchern, 24 Forschungsberichten und 176 Artikeln dokumentiert sind.

Als HoF 1996/97 sein erstes Arbeitsjahr absolvierte, setzte etwas ein, das sich in den Jahren seither kontinuierlich fortgesetzt hat: die Bearbeitung historischer, vor allem zeitgeschichtlicher Fragestellungen. Das Institut ist damit die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die verstetigt auch zur Zeitgeschichte arbeitet. Immerhin: Es stärkt die Gegenwartskompetenz, wenn sie historisch informiert ist. Einerseits wird die Gefahr von Fehldeutungen gemindert, wenn historische Erfahrungen präsent sind. Andererseits lassen sich (zeit)geschichtliche und aktuelle Entwicklungen mitunter auch unmittelbar aufeinander beziehen.

Die am HoF bearbeiteten zeithistorischen Themen reichen von den programmatischen Konzepten der Hochschulentwicklung in Deutschland seit 1945, dem Phänomen akademischer Rituale oder der Entwicklung der Hochschulbildungsbeteiligung in West und Ost seit 1950 über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR, den ostdeutschen Hochschulbau, die dortige wissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft, den (Nicht-)Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR, das dort existierende konfessionelle Bildungswesen, die DDR-Gesellschaftswissenschaften, Weiterbildung an DDR-Universitäten, den Spezialsektor der Militär- und Polizeihochschulen in der DDR, die künstlerischen Hochschulen daselbst und die Aufarbeitung der ostdeutschen akademischen Medizin nach 1989, desweiteren die Entwicklung privater Hochschulen seit 1950 im internationalen Vergleich, die 50jährige Geschichte des Schweizerischen Wissenschaftsrats oder die westdeutsche DDR-Forschung vor und die gesamtdeutsche DDR-Forschung nach 1989 bis hin zur ostdeutschen Wissenschaftstransformation ab 1990 und den Umgang der Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte – sowie zahlreiche weitere Themen.

Was dabei übergreifend deutlich wird, ist vor allem eines: Die deutsche Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts eignet sich in be-

sonders geringer Weise dazu, Institutionen- und Fächergeschichte als Erzählung eines fortwährenden Aufstiegs der jeweiligen Einrichtung bzw. des Faches zu konstruieren (wie es z.B. die heute beliebte hochschulische Markenbildung erforderte). Sie ist stattdessen besonders häufig eine Geschichte der Ambivalenz und Ambiguität. Trifft das im allgemeinen für alle deutschen Hochschulen zu, so ist es im speziellen Fall der ostdeutschen Hochschulen nochmals verschärft: Die zweifache Diktaturerfahrung mit der spezifischen Konnotation, dass die DDR als radikale Negation der nationalsozialistischen Diktatur entworfen worden war, verlangt nach anspruchsvollen Auseinandersetzungsmustern. Benötigt werden Wissen und Deutungen, welche die Details, die Unterschiede, die Ambivalenzen und deren jeweilige Ursachen nicht scheuen.

Die Geschichtsschreibung hat hier aktiv der Neigung entgegenzuarbeiten, zeithistorische Ambivalenzen als Zumutung wahrzunehmen. Dem trägt das Institut für Hochschulforschung seit seiner Gründung 1996 Rechnung, indem es die wechselseitigen Analysepotenziale von Zeitgeschichte und Gegenwartsbetrachtung erschließt. Einen allzu verengten Horizont pflegt das Institut bei all dem nicht. Es ging und geht nicht allein um Hochschulen, sondern immer auch um Wissensgeschichte und Bildungsentwicklung. Einige der am HoF durchgeführten Studien sind bis heute die einzigen umfassenden Behandlungen ihrer Gegenstände geblieben. Das gilt etwa für

- die DDR-Militär- und Polizeihochschulen,
- den Hochschulbau in der DDR,
- den bildungsplanerischen Zusammenhang von Bildung und Beschäftigung in der DDR,
- den Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte,
- die akademische Weiterbildung in der DDR, und
- die Landschaft konfessionell gebundener Bildung in der DDR.

Sachsen-Anhalt ist dabei immer wieder ein spezifischer Gegenstand der zeithistorischen HoF-Untersuchungen gewesen. Mehrere Projekte widmeten

und widmen sich der Bildungsgeschichte des Sitzortes des Instituts, also Wittenbergs. Halle-Neustadt und die Geschichte der Offenen Arbeit in der evangelischen Jungen Gemeinde Halle-Neustadt waren Untersuchungsgegenstände. Das konfessionelle Bildungswesen auf dem Territorium Sachsen-Anhalts in den Jahren 1945 bis 1989 wurde zum Thema eines Buches. Gleiches gilt für die Entwicklung der Soziologie an der Martin-Luther-Universität. Zwei Bücher entstanden zu dem halleschen Grafikdesigner Helmut Brade (Burg Giebichenstein). Die Geschichte der Franckeschen Stiftungen in der DDR war ein weiteres Thema und auch die Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt seit 1990 wurde analysiert.

☞ Peer Pasternack (Hg.): **Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Kurz-vor-der-Gegenwart_WEB.pdf

Zwischen Tradition und Reflexion

Wie die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre jüngere Geschichte aufarbeiten

> *Den ostdeutschen Hochschulen wurde und wird immer wieder attestiert, sich nur unzureichend mit ihrer eigenen Vergangenheit in der DDR auseinanderzusetzen: Sie hätten während des politischen Umbruchs 1989 abseits gestanden und auch in den Jahren danach kaum etwas unternommen, um ihre Rolle in der DDR glaubhaft und kritisch zu untersuchen. Durchweg fehle der Wille zur Aufarbeitung. Solche Kritiken formulieren allerdings primär einen Eindruck, nicht das Ergebnis einer Analyse.*

Sieben der acht staatlichen Hochschulen Sachsen-Anhalts existierten – zum Teil über Vorgängereinrichtungen – bereits vor 1990: die Universitäten in Halle und Magdeburg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein sowie die HAW Anhalt und Merseburg und die FH der Polizei in Aschersleben. Daneben bestanden auch die Evangelische Kirchenmusikhochschule Halle und die Theologische Hochschule Friedensau bereits in der DDR.

Hochschulen mit Bezug zur SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt

Hochschule	Gründung	Integrierte bzw. Vorläufereinrichtungen	Besonderheiten
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1502 Wittenberg, 1694 Halle	• PH Halle-Köthen „N.K. Krupskaja“ • TH Leuna-Merseburg (Teilintegration)	Namensverleihung 1933
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	1993	• TU „Otto von Guericke“ • PH „Erich Weinert“ • Medizinische Akademie	Namensverleihung an TH 1961
Burg Giebichenstein – HS f. Kunst u. Design Halle	1879	• 1958 Verleihung des Hochschulstatus als Hochschule für industrielle Formgestaltung	
Evangelische HS für Kirchenmusik Halle	1926	• in der DDR Kirchenmusikschule, d.h. aus staatlicher Perspektive keine Hochschule • 1993 Verleihung des Hochschulstatus	
Hochschule Anhalt	1991	• TH Köthen • Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg • PH „Wolfgang Ratke“ Köthen	3 Standorte: Bernburg, Dessau, Köthen

Hochschule	Gründung	Integrierte bzw. Vorläufereinrichtungen	Besonderheiten
Hochschule Harz	1991	• Neugründung ohne Vorläufer	2 Standorte: Halberstadt, Wernigerode
Hochschule Magdeburg-Stendal	1991	• Ingenieurschule für Bauwesen • Fachschule für Chemie • Ingenieurschule für Wasserwirtschaft • Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik • FH Altmark in Gründung	2 Standorte: Magdeburg, Stendal
Hochschule Merseburg	1992	• TH „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg (Teilintegration)	
Fachhochschule der Polizei Aschersleben	1997	• seit 1951 befanden sich in den ehemaligen Wehrmachtsartillerie-kasernen Polizei-Ausbildungseinrich-tungen, zuletzt eine Offiziersschule des DDR-Innenministeriums	(verwaltungs-) interne Hochschule
Theologische Hochschule Friedensau	1899	• in der DDR Predigerseminar, staatlich nicht anerkannt, aber geduldet	HS der Sieben-ten-Tags-Ad-ventisten

Die grundlegenden Daten zeigen: Es kann kein prinzipielles Desinteresse oder überwiegende Inaktivität der Hochschulen Sachsen-Anhalts im Hinblick auf ihre Zeitgeschichte konstatiert werden. Einige Schlaglichter machen das deutlich:

Publikationen und Qualifikationsschriften zur Zeitgeschichte von Hochschulen in Sachsen-Anhalt (Stand 2013)

Hochschulen	Publikationen und Qualifikationsschriften		
	intern veranlasst	davon jahres-tagsbezogen	extern veranlasst
MLU Halle-Wittenberg	38	26	21
OvGU Magdeburg	10	4	20
Burg – HS f. Kunst u. Design Halle	3		1
Ev. HS für Kirchenmusik Halle	1	1	
Hochschule Anhalt	1	1	
Hochschule Magdeburg-Stendal	1	1	
Hochschule Merseburg	2	2	1
FH der Polizei Aschersleben	1		
Theologische Hochschule Friedensau			1
Gesamt Sachsen-Anhalt	57	35	44
Gesamt Ostdeutschland	511	264	307

Von 1990 bis 2013 sind 57 selbstständige Publikationen erschienen, in denen sich die sachsen-anhaltischen Hochschulen auf Eigeninitiative mit ihrer Zeitgeschichte auseinandersetzen. Ebenso sind an den Hochschulen zehn Ausstellungen erarbeitet und gezeigt worden.

Ausstellungen der sachsen-anhaltischen Hochschulen mit Bezügen zur eigenen Zeitgeschichte (Stand 2013)

Hochschule	Ausstellung	Jahr
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	„EMPORIUM. 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg“	2002
	„Von der Universität in den Gulag – Studentenschicksale im sowjetischen Straflager Workuta 1945 bis 1955“	2003
	„Archivalien - Unikate und Zimelien. 60 Jahre Universitätsarchiv“	2007
	„Ohnmacht und Erneuerung. Die friedliche Revolution an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ausstellung über den Prozess der Veränderungen an der Universität vom Sommer 1989 bis zum Frühling 1990“	2009
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	Ausstellung „’… und daß der Mensch was lernen muß’. Bildung und Erziehung in DDR-Schulen“ (im Kunsthistorischen Museum, in Kooperation mit Inst. f. Erziehungswissenschaft)	1999
	„Guerickes Erben. 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg – 10 Jahre Otto-von-Guericke-Universität “	2003
Burg – Kunsthochschule Halle	„Burg Giebichenstein. Die Hallesche Kunstschule von den Anfängen bis zur Gegenwart“	1993
Hochschule Harz	„Eine Villa im Wandel der Zeiten“ [Geschichte der Rektoratsvilla in Wernigerode]	2010
HS Merseburg	Fotografieausstellung „50 Jahre Hochschule in Merseburg“	2005
	„Dick Aufgetragen“ [Ausstellung von Gemälden der Kunstsammlung der früheren TH Leuna-Merseburg]	2011

Zugleich wird allerdings eine gewisse Aversion gegenüber der publizistischen Begleitung hochschulbezogener Konfliktthemen sichtbar – die Universitätsjournale und Webseiten werden zunehmend als primär für die Imagebildung zuständig betrachtet. Dementsprechend zielen sie häufig auf die Vermittlung einer positiven Identität. Verwundern kann es dennoch, dass nur vier von den sieben Hochschulen, welche bereits in der DDR existierten, die DDR-Zeit in ihrer Online-Geschichtsdarstellung thematisieren.

Die unternommene Tiefensondierung zu den Hochschulaktivitäten, die eigene Zeitgeschichte aufzuarbeiten, zeigt:

■ Die Aktivitäten sind zwar durchwachsen und in der Regel wenig systematisch, zugleich aber auch durchaus weit gefächert. Ein generelles Desinteresse kann nicht konstatiert werden, eher ein erratisches Vorgehen, eine vergleichsweise hohe Jubiläumsabhängigkeit und die Schwierigkeit, Kontinuität aufrecht zu erhalten. Einschränkungen ergeben sich z.T. auch aus äußeren Umständen wie Ressourcenverfügbarkeit, dem (Nicht-)Vorhandensein historischer Expertise oder Problemen, Basisdaten zu generieren, z.B. zu Repressionsopfern in der DDR.

Zeitgeschichtliche Bezüge in den Internet-Selbstdarstellungen der ostdeutschen Universitäten (Stand 2013)

Hochschule	Angabe Gründungsjahr	Angabe Vorgänger–einrichtungen	eigenständige Geschichtsdarstellung	Chronologie / Fließtext	NS		SBZ / DDR	
					Thematisierung	Kennzeichnung des Diktaturcharakters	Thematisierung	Kennzeichnung des Diktaturcharakters
MLU Halle-Wittenberg	☑	☐	–	–	–	–	–	–
OvGU Magdeburg	☑	☑	–	–	☐	☐	✓	–
Zum Vergleich:								
FSU Jena	☑	☐	☑	F	☑	☑	☑	☑
Humboldt-Univ. zu Berlin	☑	☐	☑	C+F	☑	☑	☑	☑
Universität Leipzig	☑	☐	☑	C+F	☑	☑	☑	☑

☑ direkt, ✓ indirekt, – nicht angegeben, ☐ keine Vorgängereinrichtung

C = Chronologie, F = Fließtext

■ Die wichtigsten Auslöser für Selbsterkundungen der eigenen Zeitgeschichte durch die Hochschulen waren in den letzten über 20 Jahren anstehende Hochschuljubiläen. Daneben, aber nicht dominant finden sich auch anlassfreie Geschichtsaufarbeitungen.

■ In (meist jubiläumsbedingt erscheinenden) Gesamtdarstellungen der Geschichte einzelner Hochschulen gelingen bisher nur im Ausnahmefall sowohl problembewusste als auch perspektivenreiche Darstellungen, die zeitgeschichtliche Ambivalenzen und Konflikte ausdrücklich nicht glätten, sondern aushalten.

■ Auf den Homepages aller Hochschulen steht die Etablierung einer möglichst langen positiven Traditionslinie deutlich im Vordergrund. Ist eine Traditionslinie jenseits der Zeitgeschichte unerreichbar, so wird auf geschichtliche

Bezugnahmen mangels Attraktivität dessen, was dargestellt werden könnte, weitgehend verzichtet.

- Große Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Hochschultypen. Eine Konzentration der hochzeitgeschichtlichen Aktivitäten ist an den Universitäten festzustellen. An den HAWs finden sich zeitgeschichtliche Selbstthematisierungen nur selten.

Insgesamt lassen sich drei Zugangsweisen der Hochschulen zu ihrer Zeitgeschichte identifizieren, wobei die erste und die zweite Variante durchaus auch gemeinsam vorkommen:

- Dominant ist die *Nutzung der Geschichte als Traditionsquelle und der Geschichtspolitik für das Hochschulmarketing:* Geschichte wird genutzt, um ein positives Bild nach außen hin und um positive interne Integrationseffekte zu erzeugen oder zu verstärken. Beides geschieht meist über Traditionsstiftung bzw. Traditionserhalt, d.h. eine selektive Nutzung von positiv bewerteten Elementen der Hochschulgeschichte.
- Auch vorkommend ist *Geschichte als Aufarbeitung und Selbstaufklärung:* Hierbei können sich Motive, die hohen wissenschaftlichen wie ethischen Ansprüchen entspringen, mit solchen Motiven vereinigen, die institutionenpolitischer Gegenwartsbewältigung dienen. Die anspruchsvolle Integration zeithistorischer Selbstaufklärung in das Hochschulleben wird insbesondere dann erkennbar, wenn Jubiläen zum Anlass für Selbstirritation werden.
- Selten vorkommend ist (vollständige) *zeitgeschichtliche Abstinenz*: Gegenwart und Zukunft werden betont bei gleichzeitiger Vermeidung, aus der Geschichte herrührende Schatten auf der Institutionsgeschichte zu thematisieren oder damit zusammenhängende Konflikte auszutragen.

☞ Daniel Hechler / Peer Pasternack: **Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 505 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Traditionsbildung-Forschung-und-Arbeit-am-Image.pdf

☞ Peer Pasternack / Daniel Hechler: **Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 98 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/Handreichungen/HoF-Handreichungen1.pdf

Alle HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt im Überblick (1997–2022)

Peer Pasternack (Hg.): **Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Pasternack_LSA_Studien.pdf

33 HoF-Studien zur Wissensregion Sachsen-Anhalt – die möchte man nicht unbedingt alle in aller Ausführlichkeit lesen. Aber vielleicht die wichtigsten Resultate. Daher sind diese für den schnellen Leser zusammengefasst worden, jeweils auf drei bis sechs Seiten, dazu Handlungsoptionen, die sich aus den Untersuchungsergebnissen ableiten lassen. Für HoF ist Sachsen-Anhalt vor allem ein sozialwissenschaftlich ‚interessanter Fall'. Seit seiner Gründung widmet das Institut daher seinem Sitzland eine spezielle Aufmerksamkeit. Die Überschriften der fünf Hauptkapitel des Bandes markieren zugleich die Breite der realisierten Forschungen: „Stadtentwicklungspotenziale", „Forschungspotenziale", „Bildungspotenziale", „Organisations- und Steuerungspotenziale" sowie „Zeitgeschichte als Ressource".

Peer Pasternack: **25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016, 90 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_101.pdf

Wissenschaftspolitik umfasst in ihrem Kern die Forschungs- und die Hochschulpolitik. In diesen Policy-Feldern werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für die inhaltlichen Leistungserbringungen der Wissenschaft schaffen und erhalten. Einleitend werden Akteure, Adressaten und Funktionslogiken sowie Prozesse und Interaktionen der Wissenschaftspolitik im allgemeinen und in Sachsen-Anhalt verhandelt, um dann die zentralen wissenschaftspolitischen Entwicklungen der zurückliegenden 25 Jahre anhand ihrer prägenden Konkurrenzen und Konflikte verdichtend zu resümieren.

Demografischer Wandel & Regionalentwicklung

Peer Pasternack / Axel Müller: **Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen**. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010"-Prozess, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 156 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_7_2005.pdf

Untersucht wird, welche Potenziale Wittenberg hat und gegebenenfalls entwickeln könnte, um sich künftig explizit als Bildungsstandort zu profilieren. Dabei wird von dreierlei ausgegangen: Bildung und Bildungsangebote sollen zum ersten Teilhabechancen und Lebensqualität der ansässigen Wohnbevölkerung steigern, zum zweiten die Stadt überregional attraktivieren und zum dritten wirtschaftliche Effekte erzeugen. Dieser Betrachtung entsprechend werden konkrete Handlungsoptionen für Wittenberg entwickelt. Sie zielen darauf, (a) Ideen für den Ausbau von Studium, Forschung und Wissenschaftsservice zu bewerten bzw. zu formulieren, (b) Anregungen für eine nachhaltige Aktivierung der Wittenberger Bürgerschaft zu geben und (c) Überlegungen anzustellen, wie der vorhandene Bildungstourismus gestärkt und mit neuen Impulsen versehen werden könnte.

Peer Pasternack (Hg.): **Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 542 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellen in sozioökonomischer Hinsicht die leistungsstärkste Großregion Ostdeutschlands dar. Gemeinsam bezeichnen sich die drei Länder als „Region Mitteldeut*schland" und untermauern dies durch länderübergreifende Kooperationen. Zusammen haben sie neun Millionen Einwohner/innen. Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2020 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch dort eine fragmentierte. Neben einigen Leistungsinseln stehen Problemzonen. Die Studien fragen danach, welchen Beitrag die Hochschulen leisten können, um die soziale und ökonomische Entwicklung zu stabilisieren.

Yvonne Anger / Oliver Gebhardt / Karsten König / Peer Pasternack: **Das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) im Schnittpunkt von Anspruchsgruppen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit**, Wissenschaftszentrum

Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2010, 111 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr5.pdf

Es werden die Anspruchsgruppen des WZW und deren Interessenlagen analysiert sowie funktional ähnliche intermediäre Einrichtungen in anderen Bundesländern vergleichend betrachtet. Im Ergebnis entstehen drei auf verschiedene inhaltliche Ziele des WZW und differenzierte Ressourcenausstattungen abgestimmte Szenarien zur Weiterentwicklung des WZW als intermediäre Einrichtung des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt.

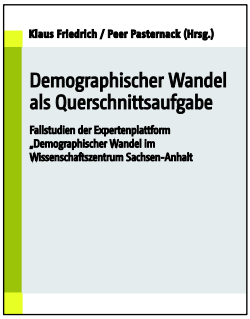
Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: **Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf

Der demografische Wandel fällt regional unterschiedlich aus. Um ihm angemessen zu begegnen, sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Zu diesen zählen in besonderem Maße die Hochschulen. Eines der am stärksten von demografischen Veränderungen betroffenen Bundesländer ist Sachsen-Anhalt. Als zentrale Schaltstellen der Regionalentwicklung gehören Hochschulen zu diesen Potenzialen. Zugleich sind Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden. Um dort bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalentwicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale mit den im Lande ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu nutzen. Daneben dürfte die Third Mission für Sachsen-Anhalts Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Die Studie stellt die Probleme dar und präsentiert Handlungsoptionen, wie ihnen begegnet werden kann.

Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): **Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 68 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr7.pdf

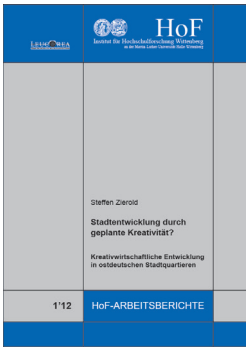
Präsentiert werden Arbeitsergebnisse von 14 Projekten, die seit 2010 an sachsen-anhaltischen Wissenschaftseinrichtungen bearbeitet wurden. Das Spektrum der Themen reicht von der „Anpassung regional wirksamer Steuerungsinstrumente“ und „Daseinsvorsorge in peripheren Räumen“ über „Mobilität in der Fläche“ und „Die Bedeutung des demographischen Wandels für kleine und mittelständische Unternehmen“ bis hin zu „Demographischer Wandel in ländlichen

Regionen“ und mehreren bildungsbezogenen Themen: „Das Bildungssystem in schrumpfenden Regionen“, „Die Bildungs-IBA“, „Bestand und ökonomische Bedeutung kognitiver und nicht-kognitiver Fähigkeiten“, „Ingenieurwissenschaftliche Sensibilisierung an allgemein- und berufsbildenden Schulen“, „Neue Aufgaben für Hochschulen und Museen“.



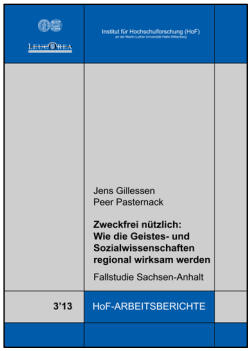
Klaus Friedrich / Peer Pasternack (Hg.): **Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe. Fallstudien der Expertenplattform „Demographischer Wandel“ beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt**, Universitätsverlag Halle, Halle (Saale) 2012, 312 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Demographischer_Wandel_als_Querschnittsaufgabe.pdf

Die Expertenplattform „Demographischer Wandel“ vereint 40 Wissenschaftler.innen, die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts einschlägige Forschungsprojekte bearbeiten. Dabei geht es u.a. um nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturanpassung, regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Bildungs- und Qualifizierungsstrategien sowie familienfreundliche und alternssensible Wohn- und Lebensbedingungen.



Steffen Zierold: **Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren**, Institut für Hochschulforschung, Halle-Wittenberg 2012. 63 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2012.pdf

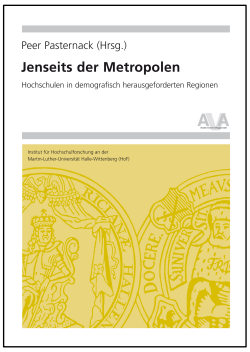
Regionale Wirtschaftsstrukturen, die im Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft keine nennenswerten Potenziale vorzuweisen haben, gelten hinsichtlich ihrer Fertigungstiefe als unvollständig. Entsprechend wird nach Wegen gesucht, kultur- und kreativwirtschaftliche Potentiale zu erschließen und zu fördern. In diesem Kontext wurde eine Analyse kreativwirtschaftlicher Entwicklungen in zwei Städten Ostdeutschlands unternommen. Beide Beispielstädte, Halle (Saale) und Erfurt, zeichnen sich dadurch aus, dass sie kreativwirtschaftlich über keine einschlägige Tradition verfügen. Im Mittelpunkt steht die Frage: Inwieweit ist administrative kommunale Planung in der Lage, Bedingungen zu schaffen, um Kultur- und Kreativwirtschaft zu entwickeln und zu fördern?



Jens Gillessen / Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 124 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Geistes- und Sozialwissenschaften stehen in einer Hinsicht traditionell unter Druck: Ihr Nutzen sei nicht so recht zu erkennen. Vor diesem Hintergrund werden ihre regionalen

Entwicklungsbeiträge untersucht und sichtbar gemacht. In einer Außenperspektive finden sich die Ausstattungen und Strukturen der Fächergruppe, ihre spezifischen Wertschöpfungsbeiträge und demografischen Effekte in Augenschein genommen. Qualitativ beschrieben werden ihre Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, Pflege des kulturellen Erbes und Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden Innenperspektive wird das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt. Am Ende stehen Handlungsoptionen.



Peer Pasternack (Hg.): **Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Jenseits-der-Metropolen.pdf

Fragt man nach den Entwicklungschancen der demografisch herausgeforderten Regionen, sind zwei zentrale Komponenten einzubeziehen: wirtschaftliche Stabilität und soziale Stabilität. Die wirtschaftliche Stabilität erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens, und die gesellschaftliche Stabilität erfordert soziale Innovationen. Diese Innovationen werden wesentlich über wissensgesellschaftliche Entwicklungsfaktoren vornehmlich über endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen sein. Die regionalen Hochschulen sind die institutionell stabilsten Agenturen der Wissensgesellschaft. Indem sie sich auf die Herausforderungen ihrer jeweiligen Region einlassen, können sie zu einem zentralen Verödungshemmnis in den demografisch herausgeforderten Regionen werden.

Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): **Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr11.pdf

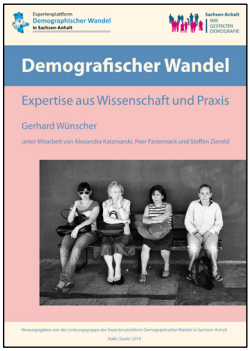
Die Ergebnisse von 40 einschlägigen Projekten werden niedrigschwellig präsentiert: In kurz gefassten und übersichtlich aufgebauten Artikeln finden sich Ergebnisse sowie Handlungsoptionen formuliert. Es wird deutlich: Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels Relevanz gewinnt, wird an mindestens einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung Sachsen-Anhalts wissenschaftlich bearbeitet. Welche Expertise damit vor Ort abrufbar ist, lässt sich hier im Überblick eruieren.

Benjamin Köhler / Isabell Maue / Peer Pasternack: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014, 84 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/01_Demografie_FLK-LSA_DINA5.pdf

Es werden die Forschungslandschaft zum demografischen Wandel systematisiert, inhaltliche Schwerpunkte und Lücken herausgearbeitet sowie die diesbezüglich tätigen Institute mit ihren demografierelevanten Projekten in kurzen Steckbriefen vorgestellt. Insgesamt an 38 wissenschaftlichen Einrichtungen Sachsen-Anhalts wird zum demografischen Wandel geforscht, wobei in den zurückliegenden fünf Jahren insgesamt 94 einschlägige Forschungsprojekte durchgeführt wurden. Thematisch konzentrieren sich die wissenschaftlichen Aktivitäten zum demografischen Wandel auf die Felder „Gesundheit & Alter“, „Bildung & Wissenschaft“, „Wirtschaft & Beschäftigung“ sowie „Raumbezogene Fragen“. Unausgeschöpfte Kooperationsressourcen zwischen Wissenschaft und Praxisakteuren bestehen dagegen vor allem beim Thema Stadtumbau.

Alexandra Katzmarski / Peer Pasternack / Gerhard Wünscher / Steffen Zierold: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demographie**, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 95 S. URL https://www.expertenplattform-dw.de/Landkarte-Demographie.pdf

Welches Wissen existiert in Sachsen-Anhalt zum demografischen Wandel? Wo findet sich dieses Wissen? Wer sind Expertinnen und Experten für entsprechende Themen? Dazu wurde ein Navigationsinstrument entwickelt, das in drei Kapiteln zu dem einschlägigen Wissen hinführt: Expertise zu einzelnen Themen, Expertise in Organisationen und Expert.innen. So werden drei unterschiedliche Blickrichtungen ermöglicht, um Zugang zu den Informationen zu erhalten. Es zeigt sich, dass in Sachsen-Anhalt nicht nur Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin, sondern auch die Geistes-und Sozialwissenschaften zahlreiche gewichtige Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Ebenso zeigt sich, dass die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in ihren Regionen sehr aktiv sind.



Gerhard Wünscher: **Demographischer Wandel. Expertise aus Wissenschaft und Praxis**, unt. Mitarb. v. Alexandra Katzmarski, Peer Pasternack und Steffen Zierold, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 217 S. URL https://expertenplattform-dw.de/expertise-demografischer-wandel.pdf

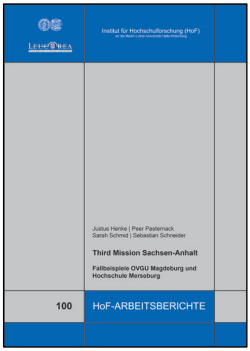
Diese ausführliche Online-Landkarte des Wissens zum demografischen Wandel geht über die vorstehend verzeichnete Forschungslandkarte hinaus: Steht in der Forschungslandkarte Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt der Recherche, so wird hier das vorhandene Problembearbeitungswissen auch andernorts nachgewiesen. Immerhin erscheint es wichtig, auch nutzbares Wissen zu erfassen, das außerhalb des Landes vorliegt.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: **Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Die-Bildungs-IBA.pdf

Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ (2002–2010) war ein Experiment von bundesweiter Bedeutung, das auch in internationalen Fachkreisen Beachtung gefunden hat: Die IBA zielte darauf, der Herausforderung schrumpfender Städte zu begegnen, indem diese Städte selbst exemplarische Antworten entwickeln. Insgesamt 19 Städte hatten sich an der IBA beteiligt. 15 dieser Städte entwickelten dafür lokale Profile, die auf Bildungsfragen entweder fokussiert waren oder diese explizit einbezogen. Sie hatten erkannt: Den weniger vorhandenen Menschen müssen unter Schrumpfungsbedingungen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Diese 15 Städte werden hier untersucht.

Carsten Köppl / Peer Pasternack / Steffen Zierold: **Abgehängte Regionen? Probleme und Gegenstrategien**, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2018, 24 S. URL https://expertenplattform-dw.de/wp-content/uploads/2020/06/Broschuere-zum-Transferworkshop-2018.pdf

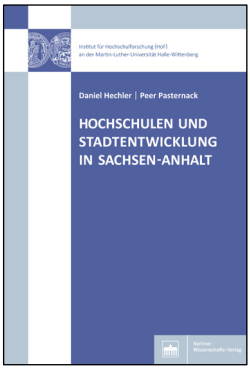
Sind die ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts abgehängt? Eine Studie im Auftrag der Bundesregierung kam Anfang 2017 zu diesem Ergebnis und sorgte für Furore. Die am HoF koordinierte Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ nahm sich daher 2017–2019 des Themas an. In den Blick rückte dabei nicht zuletzt die Wissensausstattung der ländlichen Räume.



Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: **Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016, 88 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/third-mission-sachsen%e2%80%90anhalt/

Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf die Third Mission eine besondere Hochschullandschaft: Die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen nehmen explizit Bezug auf die Third Mission. Die Hochschulen haben sich in ihren Hochschulentwicklungsplänen eigene Third-Mission-Ziele gesetzt. Und Sachsen-Anhalt gehört aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung zu den am meisten herausgeforderten Bundesländern, was die Erreichung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ angeht – entsprechend hoch sind auch die Erwartungen an

die ansässigen Hochschulen, hierzu Beiträge zu leisten. Für zwei sachsen-anhaltische Hochschulen wird der Stand der Third Mission untersucht. Im Anschluss daran werden Wege entwickelt, wie sich die Third Mission besser in die Außenkommunikation der Hochschulen einbinden lässt.



Daniel Hechler / Peer Pasternack: **Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt**, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-HePa_HS-u-Stadt-LSA_web.pdf

Werden Hochschulen und Wissenschaft für die Stadtentwicklung genutzt, und wie können sie erfolgreich in entsprechende Konzepte eingebaut werden? Welche kulturellen, sozialen und ökonomischen Wirkungen sind von ihnen zu erwarten, und wie werden diese Erwartungen erfüllt? Wie werden Hochschulen als Agenturen der Verteilung des Wissens im Raum wirksam? Welche Prägungen der Raumstruktur sind durch Hochschulen leistbar, etwa als regionale Infrastruktur? Diese Fragen werden hier für die sachsen-anhaltischen Hochschulstädte untersucht.

Peer Pasternack (Hg.): **Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen heute**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 211 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_BWV_Plattenbaubuch_Online.pdf

2019 wurde das Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“ gefeiert. Dabei gab es eine bemerkenswerte Lücke: Die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen war abwesend, obgleich der industrialisierte Wohnungsbau (auch) am Bauhaus vorgedacht wurde. Im Osten Deutschlands sind die Plattenbausiedlungen prägende Elemente der Stadtlandschaften, in den westlichen Bundesländern um deren gelegentliche Ergänzungen. 100 Jahre nach der Bauhausgründung und 30 Jahre nach dem Versinken des Sozialismus widmen sich die Autor.innen dieses Buches der Frage, wie zutreffend die Außenwahrnehmung der ostdeutschen und unter diesen vor allem der Sachsen-anhaltischen Plattenbausiedlungen ist und welche Umsteuerungen angeraten sind.

Peer Pasternack: **Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute**. Transferworkshop der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, EPF, Halle (Saale)

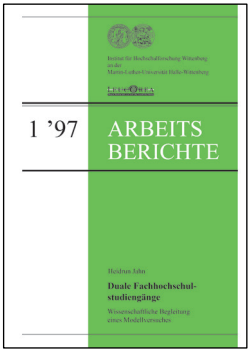
2019, 28 S. URL https://expertenplattform-dw.de/files/2019/09/EPF-Workshop-Bauhaus-Erbe-Brosch% C3%BCre-2019.pdf

Die Broschüre fasst Verlauf und Ergebnisse des Workshops prägnant zusammen und verdichtet am Ende die erarbeiteten Handlungsoptionen.

Peer Pasternack (Hg.): **Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2019, 265 S. Inhaltsverzeichnis und Leseprobe: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Ha-Neu-Buch-2019_Inhalt-u-Leseprobe.pdf

2014 hatte sich die Gründung Halle-Neustadt zum 50. Male gejährt. Fünf Jahre danach werden nun zwei Fragen gestellt: Hat die 2014 erhöhte Aufmerksamkeit dazu geführt, dass eine größere Souveränität im Umgang mit den Problemen des größten Stadtteils Halles gewonnen werden konnte? Ließ sich seither für die zentralen Herausforderungen, vor denen die Neustadt stand und steht, ein produktiver Bearbeitungsmodus finden?

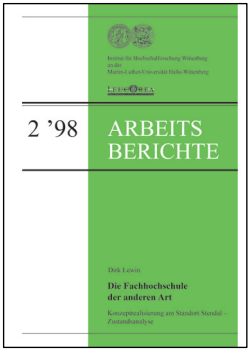
Studium und Lehre



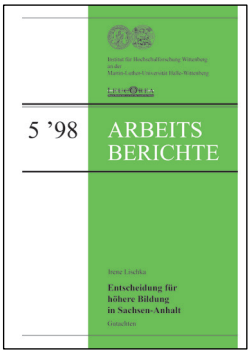
Heidrun Jahn: **Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1997, 22 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/duale-fachhochschulstudiengaenge-wissenschaftliche-begleitung-eines-modellversuches/

Der Modellversuch fand an zwei Fachhochschulen des Landes statt, an der Fachhochschule Magdeburg im Studiengang Betriebswirtschaft und an der Fachhochschule Merseburg im Studiengang Technische Betriebswirtschaft. Die wissenschaftliche Begleituntersuchung ist in erster Linie auf Praxisinnovation bezogen: Zielsetzung des Modellversuches; Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem; Beweggründe für duale Ausbildung; Chancen dualer Ausbildung, potentielle Risiken und Lösungsansätze; Anforderungen an die Studiengangsentwicklung; curriculare Voraussetzungen und studentische Möglichkeiten.

Dirk Lewin: **Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal**. Zustandsanalyse, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1998. 44 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/die-fachhochschule-der-anderen-art-konzeptrealisierung-am-standort-stendal-zustandsanalyse/

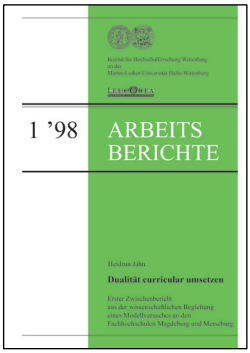


In der Studie wird der Aufbau der Fachhochschule Altmark i.G. nachgezeichnet, mit dem Ziel, für vorgesehene Innovationen theoretische und empirische Begründungen bereitzustellen (Beraterfunktion), die Erfahrungen der Hochschule in ihrer Andersartigkeit prozessbegleitend zu analysieren, sie für die hochschuldidaktisch begründete Prozessgestaltung nutzbar zu machen (Feedbackfunktion) und Aussagen hinsichtlich der Effekte der neuartigen Organisationsformen und Arbeitsweisen in bezug zu den Zielen der Hochschule zu treffen (Prüffunktion). Ergebnis: Wesentliche Bestandteile der Progammatik des neuartigen Konzepts der Fachhochschule sind Neuregelungen des Hochschulzugangs, aber auch Praktika vom ersten Semester an und ein Auslandspraktikum. In einer strukturschwachen Region wird ein Bildungsangebot entwickelt, das an der individuellen Bildungsnachfrage orientiert ist und auf die Vewertung des Bildungsabschlusses in der Region zielt.



Irene Lischka: **Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt**. Gutachten, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1998, 43 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB51998

In dem Gutachten werden (1) Ursachen und Hintergründe für die geringe Studierwilligkeit und Inanspruchnahme der Studienplätze in Sachsen-Anhalt aufgezeigt sowie (2) Hinweise dafür gegeben, ob und in welcher Weise eine stärkere Inanspruchnahme der Studienmöglichkeiten erzielt werden könnte. Die Studienberechtigungsquote hat sich seit 1990 verdoppelt, liegt aber leicht unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Auffallend ist, daß in keinem der anderen neuen Bundesländer so viele Studienanfänger das Land verlassen. Dem steht keine adäquate Bildungseinwanderung gegenüber. Die Studienentscheidung erfolgt vorwiegend mit Blick auf die berufliche existentielle Verwertung. Die Entscheidung gegen ein Studium ist vor allem von materiellen Überlegungen getragen.



Heidrun Jahn: **Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1998, 40 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB11998

Ziel des Modellversuches ist es, Studienangebote an Fachhochschulen zu erproben, die sich durch einen besonderen Praxisbezug in dreijähriger dualer Ausbildung auszeichnen und zu nachgefragten Qualifikationen – dokumentiert in dem alternativen Fachhochschulabschluß Diplom (BA für Berufsakademie) – führen. Es sollen duale Studiengänge sein, die inhaltliche und methodisch-organisatorische Möglichkeiten für eine enge Verbindung der beiden Lernorte Hochschule und Betrieb eröffnen. Der Modellversuch mißt den

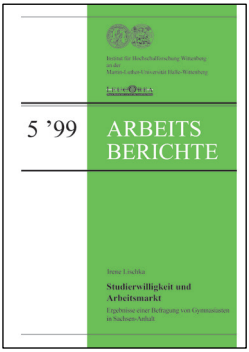
gegenseitigen Abstimmungen und in diesem Zusammenhang der Forderung eine entscheidende Bedeutung zu, theoretische und berufspraktische Ausbildungsinhalte wechselseitig in einen engen Bezug zu setzen und im Zeitablauf in einer zu erprobenden Organisationsstruktur miteinander zu verzahnen.

Dirk Lewin: **Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 61 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB31999

Als ein innovatives Gestaltungselement hat die Fachhochschule Altmark i.G. Auswahlgespräche mit den Studienbewerbern eingeführt. Deren Ziel ist, Studienbewerber zum Studium zuzulassen, die dem Konzept der Stendaler Hochschule besonders aufgeschlossen gegenüberstehen. Das modifizierte Zulassungsverfahren der Hochschule wurde im Wintersemester 1998/99 empirisch untersucht. Es konnten wesentliche Einstellungen und Motive von Studienberechtigten diagnostiziert werden, die die Wahl dieser Hochschule beeinflussen. Die Auswahl geeigneter Studienanfänger durch die Hochschule wurde unter dem Aspekt der Güte der Auswahl mit Hilfe multivariater statistischer Verfahren überprüft.

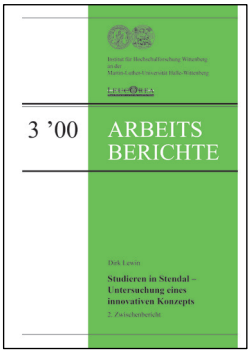
Heidrun Jahn: **Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 35 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB41999

Ein besonderer Anspruch dualer Studiengangsentwicklung, dessen Umsetzung im Modellversuch an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg erprobt wird, ist der Erwerb berufsrelevanter Qualifikationen durch die Studierenden im Zusammenwirken von Hochschule und Betrieb. Der Bericht thematisiert drei miteinander verbundene Schwerpunkte für die Gestaltung des Qualifikationserwerbs in dualen Studiengängen: die Motive von Studierenden und Betrieben für die Teilnahme an diesen Studiengängen und Bedingungen ihrer Förderung; gemeinsame und spezifische Qualifizierungs- und Sozialisationsleistungen der Studienorte 'Hochschule' und 'Betrieb' und curriculare Verbindungen zwischen dem Studium an der Hochschule und der Ausbildung im Betrieb. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß die curriculare Abstimmung zwischen den Akteuren in Hochschule und Betrieb ein zentrales Problem bei der Gestaltung des dualen Qualifikationserwerbs ist und weisen auf Möglichkeiten für die Verbesserung der Zusammenarbeit hin.



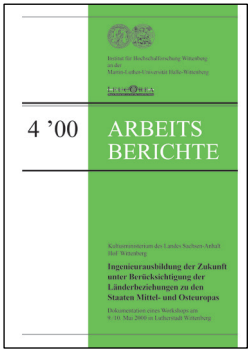
Irene Lischka: **Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 104 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/studierwilligkeit-und-arbeitsmarkt-ergebnisse-einer-befragung-von-gymnasiasten-in-sachsen-anhalt/

Die veränderte Nachfrage nach Hochschulbildung in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern wird pauschal häufig mit der veränderten Arbeitsmarktsituation begründet. Mit den Untersuchungen, insbes. einer Befragung von Gymnasiasten aus Regionen unterschiedlicher Arbeitsmarktlage innerhalb des Bundeslandes mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland, wurden entsprechende Annahmen detailliert hinterfragt. Sie ergaben ein sehr differenziertes Bild der Zusammenhänge zwischen Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass den Weg zum Abitur im Prinzip bereits nur solche Schüler wählen, deren Eltern im Ergebnis der Umstrukturierung in einer guten beruflich-sozialen Situation sind.



Dirk Lewin: **Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts**. Zweiter Zwischenbericht, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2000. 127 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/studieren-in-stendal-untersuchung-eines-innovativen-konzepts-zweiter-zwischenbericht/

Das Stendaler Modell greift zahlreiche Studienreformbestrebungen der aktuellen deutschen Hochschuldebatte auf und versucht diese, in einem Konzept zusammenzuführen. Im Mittelpunkt der Untersuchungen des Stendaler Konzepts standen jene Effekte, die durch die Implementation eines Auswahlgesprächs in den Prozess der Hochschulzulassung, die semesterbegleitende Integration von Betriebspraktika in den Studienprozess sowie die Absolvierung eines Auslandssemesters empirisch überprüft werden konnten. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass neben den konzipierten Ansprüchen, dem Engagement der Lehrenden und der regionalen Wirtschaft in der Altmark insbesondere die Befähigung der Studierenden zur Identifikation und Ausgestaltung des Stendaler Konzepts bedeutsam sind, um die von den Akteuren des Studienreformprozesses antizipierten Effekte zu erzielen.



Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): **Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas**. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001. 83 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB42000

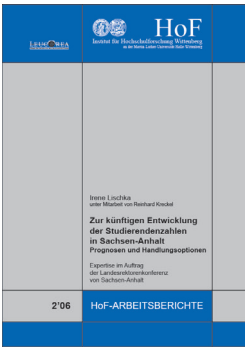
Es werden drei Perspektiven des Themas aufgegriffen. Erstens wird die Nachfrage nach einem ingenieurwissenschaftlichen Studium, insbesondere im Land Sachsen-Anhant, behnadelt. Dabei geht es sowohl um die Studienwünsche als auch um die Angebote im Land sowie die Berufsperspektiven für Ingenieur.innen. Zweitens werden Entwicklungen aufgezeigt, mit denen es bisher und künftig gelingen soll, die Ingenieurausbildung zu reformieren und dabei die internationalen Entwicklungen aufzugreifen. Drittens werden die Widersprüche verdeutlicht, die sich derzeit in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen Mittel- und Osteuropas zeigen. Einerseits werden die in den 90er Jahren wiederbelebten Formen der Zusammenarbeit deutlich, andererseits die Gefahr, dass bei einer Veränderung der Förderschwerpunkte durch EU-Programme diese Entwicklung gefährdet ist.

Heidrun Jahn: **Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001. 58 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2001.pdf

Die Ziele des seit 1997 vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Modellversuchs bestanden vor allem darin, in Orientierung an staatlich anerkannten Studiengängen von Berufsakademien ein alternatives dreijähriges Studienangebot zu entwickeln, dass durch besonders enge Verbindungen zwischen Fachhochschule und Betrieb einen stärkeren Praxisbezug als in traditionellen Studiengängen ermöglicht, von Studierenden aus der Region in hohem Maße nachgefragt wird und ihnen gute Beschäftigungschancen eröffnet. Der Abschlussbericht beschreibt differenziert die Einschätzungen der verschiedenen Akteure bezogen auf die Studiengangsziele, den Grad ihrer Realisierung und auf weitere zentrale Aspekte der Studienkonzeption. Er zeigt auf, wie sich der Modellversuch in den allgemeinen Kontext der Etablierung dualer und gestufter Studiengänge einordnet und weshalb die Übernahme der erprobten Studiengänge in das Regelangebot der beteiligten Fachhochschulen zu befürworten ist.

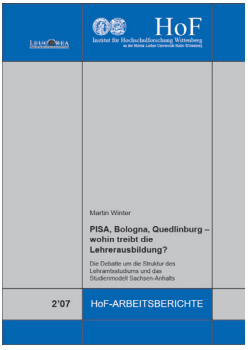
Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: **Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2002. 42 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2002.pdf

Der Bericht liefert empirische Bestandsaufnahme der in Sachsen-Anhalt bestehenden öffentlichen und privaten Weiterbildungsaktivitäten im tertiären Bereich sowie der in Sachsen-Anhalt existierenden oder im Aufbau begriffenen Projekte multimedialer Fernlehre. Im Ergebnis werden fünf Szenarien für die mögliche Entwicklung des EFZSA erarbeitet, die von einem pessimistischen Null-Szenario auf der einen bis hin zu einem zupackenden Entwicklungs-Szenario auf der anderen Seite reichen.



Irene Lischka: **Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen**. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2006. 52 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2006.pdf

Wie wirkt sich der starke Rückgang der Geburten- und damit der Schülerzahlen in den kommenden Jahren auf die Nachfrage nach Hochschulbildung aus? Wird allein dadurch, dass der Anteil der Studienberechtigten an den einzelnen Altersjahrgängen und auch der Anteil der ein Studium aufnehmenden Studienberechtigten weiter ständig steigt, die Anzahl der StudienanfängerInnen bzw. Studierenden etwa gleich bleiben? Oder wie könnten sich die anstehenden steigenden Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern, die Einführung von Studiengebühren und Auswahlverfahren, die Einführung gestufter Studiengänge in Kontext mit wissenschaftlicher Weiterbildung darauf auswirken? Modellrechnungen nach unterschiedlichen Szenarien zeigen mögliche Entwicklungen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen und daraus resultierende Erfordernisse.



Martin Winter: **PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2007, 58 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2007.pdf

In Sachsen-Anhalt wurde die Lehrerausbildung (für die allgemein bildenden Schulen) auf die Universität Halle-Wittenberg konzentriert. In einer Zielvereinbarung von 2005 einigten sich Land und Universität darauf, das Studium zu modularisieren, aber nicht zu stufen und damit – gegen den bundesweiten Trend – beim Staatsexamen als Abschluss zu bleiben. Im Rahmen eines mehrjährigen Kooperationsprojekts mit der Universität Halle-Wittenberg war der Autor für die Konzeption des gestuften Studienmodells und der neuen Struktur des Lehramtstudiums verantwortlich. In dem Arbeitsbericht werden das Modell und seine Entstehungsgeschichte vorgestellt.

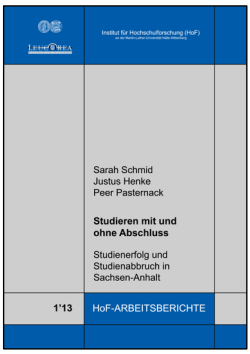
Peer Pasternack (Hg.): **Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 542 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellen in sozioökonomischer Hinsicht die leistungsstärkste Großregion Ostdeutschlands dar. Gemeinsam bezeichnen sich die drei Länder als „Region Mitteldeutschland“ und untermauern dies

durch länderübergreifende Kooperationen. Zusammen haben sie neun Millionen Einwohner/innen. Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2020 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch dort eine fragmentierte. Neben einigen Leistungsinseln stehen Problemzonen. Die Studien fragen danach, welchen Beitrag die Hochschulen leisten können, um die soziale und ökonomische Entwicklung zu stabilisieren.

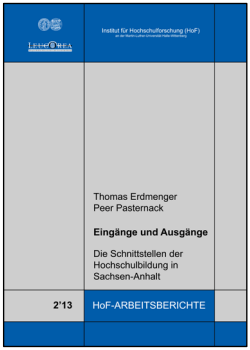
Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: **Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf

Der demografische Wandel fällt regional unterschiedlich aus. Um ihm angemessen zu begegnen, sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Zu diesen zählen in besonderem Maße die Hochschulen. Eines der am stärksten von demografischen Veränderungen betroffenen Bundesländer ist Sachsen-Anhalt. Als zentrale Schaltstellen der Regionalentwicklung gehören Hochschulen zu diesen Potenzialen. Zugleich sind Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden. Um dort bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalentwicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale mit den im Lande ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu nutzen. Daneben dürfte die Third Mission für Sachsen-Anhalts Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Die Studie stellt die Probleme dar und präsentiert Handlungsoptionen, wie ihnen begegnet werden kann.



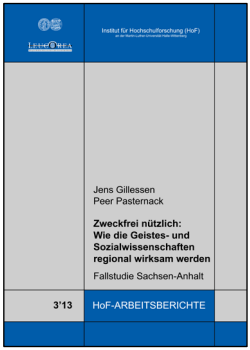
Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: **Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Halle-Wittenberg 2013, 77 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2013.pdf

Der Report ermittelt erstmals für Sachsen-Anhalt hochschul- und fächergruppenspezifische Studienerfolgsquoten. Hierfür wird ein entsprechendes Berechnungsmodell entwickelt und angewandt. Daneben werden studienabbruchrelevante Problemlagen der Studierenden sowie abbruchgefährdete Studierendengruppen identifiziert und die Ursachen der Abbrüche an den Hochschulen eingegrenzt. Deutlich wird: Die Hochschulen Sachsen-Anhalts vermochten es, einen Zuwachs an Studierenden innerhalb von zehn Jahren um fast 50 % zu bewältigen. Das starke Anwachsen der Hochschulbildungsbeteiligung konnte bisher bewältigt werden, ohne dass Studienabbrüche deutlich zunahmen. Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsen-Anhalts entsprechen 92 % des Bundeswertes. Für die Zukunft wird es zudem darum gehen, sowohl die Öffnung der Hochschulen voranzutreiben und damit eine zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft zu verarbeiten als auch die damit erhöhten Abbruchrisiken nicht in ein Anwachsen der Studienabbruchzahlen münden zu lassen.



Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: **Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Halle-Wittenberg 2013, 101 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/datei en/ab_2_2013.pdf

Mit der Eingangs- und der Ausgangsschnittstelle des Studiums sind die Hochschulen in die individuellen Biografien geschaltet und an das Schulsystem und das Beschäftigungssystem gekoppelt. Die Eingangsschnittstelle baut auf den Vorleistungen des Schulsystems auf, das die bildungsbiografischen Eingangsvoraussetzungen der Studienanfänger bestimmt. Das Schulsystem wiederum ist in hohem Maße von Bedingungen abhängig, die es nicht beeinflussen kann. Dazu zählt heute insbesondere der demografische Wandel. An ihrer Ausgangsschnittstelle gestalten die Hochschulen den Übertritt ihrer Absolventen ins Beschäftigungssystem: Sie üben indirekten Einfluss darauf aus, was ihre Absolventen aus dem zertifizierten Zuwachs an Bildung und Qualifikation nach dem Studium zu machen vermögen.



Jens Gillessen / Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Halle-Wittenberg 2013, 124 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Geistes- und Sozialwissenschaften stehen in einer Hinsicht traditionell unter Druck: Ihr Nutzen sei nicht so recht zu erkennen. Vor diesem Hintergrund werden ihre regionalen Entwicklungsbeiträge untersucht und sichtbar gemacht. In einer Außenperspektive finden sich die Ausstattungen und Strukturen der Fächergruppe, ihre spezifischen Wertschöpfungsbeiträge und demografischen Effekte in Augenschein genommen. Qualitativ beschrieben werden ihre Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, Pflege des kulturellen Erbes und Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden Innenperspektive wird das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt. Am Ende stehen Handlungsoptionen.

Peggy Trautwein: **Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts**, unt. Mitarb. v. Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 116 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-15-1.pdf

Ermittelt wird der Stand der Heterogenität Studierender an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Hierfür wurden zwei Online-Befragungen durchgeführt, die eine erhebbare Auswahl der Dimensionen studienrelevanter Heterogenität abbilden. Damit wird eine Informationsgrundlage geschaffen, die dem sachsen-anhaltischen Verbundprojekt HET LSA bei der Identifizierung von Handlungsbedarfen in Studium und Lehre zur Orientierung dienen kann. Ausgehend von den demografischen Entwicklungen mit dem Rückgang der studienanfängerrelevanten Altersjahrgänge wird es zukünftig darum gehen, sowohl die Öffnung der Hochschule voranzutrieben als auch der daran gebundenen zunehmenden Heterogenität der Studierenden konstruktiv zu begegnen, um damit gepaarte erhöhte Abbruchrisiken nicht in eine Steigerung der Studienabbruchzahlen münden lassen zu müssen.

Verbundprojekt Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre „HET LSA“ (Hg.): **Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt**, Magdeburg 2017, 149 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/damit-das-studium-fuer-alle-passt-2017/

In acht Themenfeldern werden didaktische und studienorganisatorische Antworten auf die steigende Heterogenität der Studierendenschaft gegeben. Die Themen reichen von Maßnahmen zur Professionalisierung von Lehre und Studienberatung bis zur curricularen Optimierung der Studieneingangsphase. Dabei bieten die Beiträge der Lehrenden und Hochschulpraktiker auch Hinweise und Empfehlungen zur Übertragbarkeit. Redaktionell verantwortlich war die am HoF angesiedelte Verbund-Transferstelle „Qualität der Lehre“.

Philipp Pohlenz / Stefan Haunstein / Melanie Augustin / Thomas Berg / Susen Seidel (Red.): **Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt 2020. Schwerpunkt: Digitalisierung und Heterogenität**, hrsg. vom Verbund „Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre – Kompetenz- und Wissensmanagement für Hochschulbildung im demografischen Wandel“ (HET LSA), Magdeburg/Wittenberg 2020, 147 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/het_lsa_broschuere_ 2020.pdf

Der Qualitätspakt Lehre (QPL) lief Anfang 2021 aus. Damit endete auch das Verbundprojekt aller sachsen-anhaltischen Hochschulen HET LSA, das 2011 unter Koordination von Peer Pasternack eingeworben worden war. HoF hat im Auftrag des Verbundes die wesentlichen Ergebnisse und Erfahrungen des Projekts in einer Broschüre gebündelt. Neben der Rückschau wird auch ein Blick nach vorn gewagt. Lehrende suchen Antworten auf die Frage: Wie sehen Studium und Lehre in zehn Jahren aus?

Peggy Trautwein: **Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts**, unt. Mitarb. v. Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2015, 44 S.; URL http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-2015-3.pdf

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, die gezielte Strategien zur stetigen Verbesserung der Qualität der Lehre erfordern. Der Bericht beleuchtet einerseits veränderte Anforderungen an Hochschullehrende, diesbezügliche Weiterbildungsangebote und das Weiterbildungsverhalten Hochschullehrender. Andererseits wird die Struktur des Lehrpersonals an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt nach Personalkategorien und Alter ermittelt. Ziel dieser doppelten Darstellung ist es zu ermitteln, wie in Sachsen-Anhalt aktuell und künftig potenzielle Weiterbildungsnachfragende verteilt sind bzw. sein werden, um entsprechende Konzepte entwickeln zu können.

Melanie Augustin / Stefan Haunstein (Red.): **Ideen für die Hochschullehre**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2021, URL www.lehre-fuer-lehre.de

Die Website ist ein weiteres Format zur Ergebnissicherung des sachsen-anhaltinische Verbundprojekt HET LSA, das die Hochschulen des Landes im Rahmen des Qualitätspakts Lehre 2012 bis 2021 realisiert hatten. Die am HoF angesiedelte Transferstelle „Qualität der Lehre“ hat hier die wesentlichen Ergebnisse der Verbund- und der HoF-Arbeiten gesichert, um diese an einem zentralen Ort zu bündeln, für interessierte Hochschulakteure unkompliziert nutzbar zu machen und künftig auch ergänzen zu können.

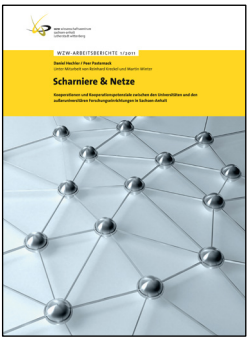
Forschung

Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: **Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme**, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2008. 81 S. URL http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_ 2008.pdf

Regionale Bestandsaufnahme des Forschungsfeldes. Es zeigt sich, dass die Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt im überregionalen Vergleich dicht vertreten ist, inhaltlich sämtliche Lebenslaufphasen abdeckt, eine beträchtliche Vielfalt an Fächerperspektiven integriert und gleichermaßen eine bedeutsame Rolle in überregionalen Fachkontexten spielt.

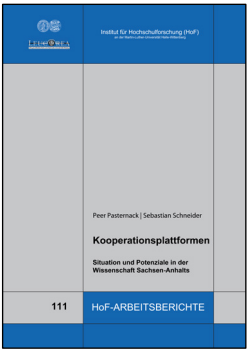
Peer Pasternack (Hg.): **Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 542 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellen in sozioökonomischer Hinsicht die leistungsstärkste Großregion Ostdeutschlands dar. Gemeinsam bezeichnen sich die drei Länder als „Region Mitteldeutschland" und untermauern dies durch länderübergreifende Kooperationen. Zusammen haben sie neun Millionen Einwohner.innen. Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2020 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch dort eine fragmentierte. Neben einigen Leistungsinseln stehen Problemzonen. Die Studien fragen danach, welchen Beitrag die Hochschulen leisten können, um die soziale und ökonomische Entwicklung zu stabilisieren.



Daniel Hechler / Peer Pasternack: **Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt**, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 107 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_1_2011.pdf

Die Binnendifferenzierung des deutschen Wissenschaftssystems in universitäre und außeruniversitäre Forschung gilt als Ursache geminderter Leistungsfähigkeit. Entsprechend zielen zunehmend wissenschaftspolitische Bemühungen auf eine Verstärkung der Kooperation zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Kooperationen haben bestimmte Voraussetzungen, insbesondere ein gemeinsames Interesse der potenziellen Partner. Die Interessen sind in der Wissenschaft vorrangig kognitiv bestimmt. Deshalb sind Entfernungswiderstände gegen fachliche Kooperationen eher gering. Zugleich kann aber die räumliche Nähe niedrigere Transaktionskosten einer Zusammenarbeit ermöglichen. Die Gestaltung günstiger Kontexte zielt darauf, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, in denen potenzielle Partner die Chance haben, ihre gemeinsamen Interessen zu entdecken. Im Ergebnis werden kooperationsrelevante Erfolgsfaktoren identifiziert und über den untersuchten Einzelfall hinaus eingeordnet.



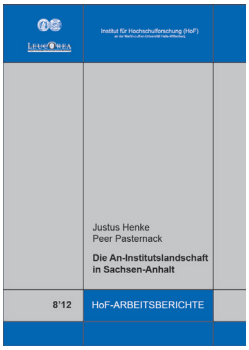
Peer Pasternack / Sebastian Schneider: **Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts**, unt. Mitarb. v. Carolin Seifert, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-

Wittenberg 2019, 129 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_111.pdf

Kooperationen in der Wissenschaft sind eine Chance, durch Potenzialzusammenführungen Leistungen zu steigern, auch gemeinsam mit nichtwissenschaftlichen Partnern. Der Wissenschaftsrat hatte dazu 2013 der sachsen-anhaltischen Wissenschaft die vermehrte Bildung von Kooperationsplattformen (KPF) nahe gelegt. Wie sieht es diesbezüglich fünf Jahre später aus? Es gibt 15 Initiativen, die alle Kriterien für eine KPF erfüllen, und 19 Initiativen sind auf dem Weg dahin („KPF-Kandidaten"). Von diesen insgesamt 34 Initiativen sind 14 innerwissenschaftliche Vernetzungen und 20 solche von Wissenschaft und externen Partnern. Diese wurden nicht nur ermittelt, sondern auch genauer analysiert.

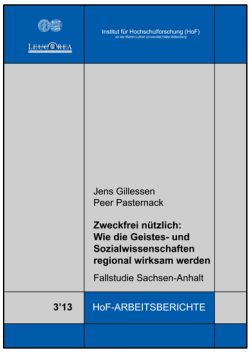
Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: **Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf

Der demografische Wandel fällt regional unterschiedlich aus. Um ihm angemessen zu begegnen, sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Zu diesen zählen in besonderem Maße die Hochschulen. Eines der am stärksten von demografischen Veränderungen betroffenen Bundesländer ist Sachsen-Anhalt. Als zentrale Schaltstellen der Regionalentwicklung gehören Hochschulen zu diesen Potenzialen. Zugleich sind Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden. Um dort bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalentwicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale mit den im Lande ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu nutzen. Daneben dürfte die Third Mission für Sachsen-Anhalts Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Die Studie stellt die Probleme dar und präsentiert Handlungsoptionen, wie ihnen begegnet werden kann.



Justus Henke / Peer Pasternack: **Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2012, 36 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_8_2012.pdf

An-Institute als organisatorisch sowie rechtlich eigenständige wissenschaftliche Einrichtungen, die einer Hochschule assoziiert sind, wurden (und werden) seit den 1980er Jahren deutschlandweit eingerichtet. Ihre Leistungsangebote sollen ergänzend bzw. komplementär zur jeweiligen Hochschule sein, also nicht in Konkurrenz zu ihrer Hochschule stehen. Gegenstand systematischer Erkundung waren sie bislang kaum. Im Rahmen einer Studie wurden sie am Fallbeispiel des Landes untersucht, das mit 67 Einrichtungen – davon drei außerhalb des Landes – über die bundesweit dichteste An-Institutslandschaft verfügt: Sachsen-Anhalt. Erstmalig wurde die sachsen-anhaltische An-Institutslandschaft kartiert, anhand wesentlicher Merkmale analysiert und Szenarien für die Weiterentwicklung erörtert.



Jens Gillessen / Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 124 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Geistes- und Sozialwissenschaften stehen in einer Hinsicht traditionell unter Druck: Ihr Nutzen sei nicht so recht zu erkennen. Vor diesem Hintergrund werden ihre regionalen Entwicklungsbeiträge untersucht und sichtbar gemacht. In einer Außenperspektive finden sich die Ausstattungen und Strukturen der Fächergruppe, ihre spezifischen Wertschöpfungsbeiträge und demografischen Effekte in Augenschein genommen. Qualitativ beschrieben werden ihre Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, Pflege des kulturellen Erbes und Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden Innenperspektive wird das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt. Am Ende stehen Handlungsoptionen.

Peer Pasternack: **20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_ 20_J_HoF_Buch_ONLINE.pdf

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) war eine Gründung gegen mancherlei Wahrscheinlichkeiten. Warum und wie es dennoch 1996 zu dieser Gründung kam, verdient, erzählt zu werden. Daher wird es erzählt, ebenso wie die 20 Jahre seither. Diese halten reichlich Stoff für eine exemplarische Erzählung bereit: wie sich ein 'Ost-Institut' als ein gesamtdeutsches zu konsolidieren vermochte, welche mehrfachen Neuerfindungen seiner selbst es dabei zu bewerkstelligen hatte, wie sich Forschung jenseits der Bindung an eine Einzeldisziplin organisieren lässt, auf welche Weise sich ein Institut auf sein Sitzland einlassen kann, ohne darüber zum Regionalinstitut zu werden, und wie sich bei all dem externe und interne Turbulenzen produktiv wenden lassen.

Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): **Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt**, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr11.pdf

Die Ergebnisse von 40 einschlägigen Projekten werden niedrigschwellig präsentiert: In kurz gefassten und übersichtlich

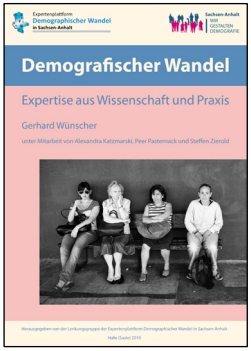
aufgebauten Artikeln finden sich Ergebnisse sowie Handlungsoptionen formuliert. Es wird deutlich: Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels Relevanz gewinnt, wird an mindestens einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung Sachsen-Anhalts wissenschaftlich bearbeitet. Welche Expertise damit vor Ort abrufbar ist, lässt sich hier im Überblick eruieren.

Benjamin Köhler / Isabell Maue / Peer Pasternack: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014, 84 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/01_Demografie_FLK-LSA_DINA5.pdf

Es werden die Forschungslandschaft zum demografischen Wandel systematisiert, inhaltliche Schwerpunkte und Lücken herausgearbeitet sowie die diesbezüglich tätigen Institute mit ihren demografierelevanten Projekten in kurzen Steckbriefen vorgestellt. Insgesamt an 38 wissenschaftlichen Einrichtungen Sachsen-Anhalts wird zum demografischen Wandel geforscht, wobei in den zurückliegenden fünf Jahren insgesamt 94 einschlägige Forschungsprojekte durchgeführt wurden. Thematisch konzentrieren sich die wissenschaftlichen Aktivitäten zum demografischen Wandel auf die Felder „Gesundheit & Alter“, „Bildung & Wissenschaft“, „Wirtschaft & Beschäftigung“ sowie „Raumbezogene Fragen“. Unausgeschöpfte Kooperationsressourcen zwischen Wissenschaft und Praxisakteuren bestehen dagegen vor allem beim Thema Stadtumbau.

Alexandra Katzmarski / Peer Pasternack / Gerhard Wünscher / Steffen Zierold: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demographie**, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 95 S. URL https://expertenplattform-dw.de/Landkarte-Demographie.pdf

Welches Wissen existiert in Sachsen-Anhalt zum demografischen Wandel? Wo findet sich dieses Wissen? Wer sind Expertinnen und Experten für entsprechende Themen? Dazu wurde ein Navigationsinstrument entwickelt, das in drei Kapiteln zu dem einschlägigen Wissen hinführt: Expertise zu einzelnen Themen, Expertise in Organisationen und Expert.innen. So werden drei unterschiedliche Blickrichtungen ermöglicht, um Zugang zu den Informationen zu erhalten. Es zeigt sich, dass in Sachsen-Anhalt nicht nur Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin, sondern auch die Geistes-und Sozialwissenschaften zahlreiche gewichtige Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Ebenso zeigt sich, dass die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in ihren Regionen sehr aktiv sind.



Gerhard Wünscher: **Demographischer Wandel. Expertise aus Wissenschaft und Praxis**, unt. Mitarb. v. Alexandra Katzmarski, Peer Pasternack und Steffen

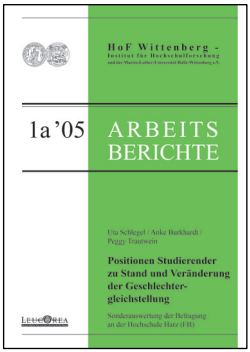
Zierold, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 217 S. URL https://expertenplattform-dw.de/expertise-demografischer-wandel.pdf

Diese ausführliche Online-Landkarte des Wissens zum demografischen Wandel geht über die vorstehend verzeichnete Forschungslandkarte hinaus: Steht in der Forschungslandkarte Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt der Recherche, so wird hier das vorhandene Problembearbeitungswissen auch andernorts nachgewiesen. Immerhin erscheint es wichtig, auch nutzbares Wissen zu erfassen, das außerhalb des Landes vorliegt.

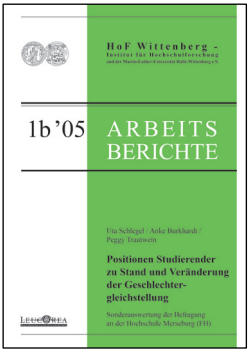
Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellung

Uta Schlegel / Anke Burkhardt: **Frauenkarrieren und -barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext**. Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 156 S. URL https://tinyurl.com/HoFAB62005

Der Bericht erläutert die Bemühungen des Landes Sachsen-Anhalt zum Gender Mainstreaming und stellt die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Förderprogrammen zur Erhöhung der Karrierechancen von Frauen an Fachhochschulen und Universitäten in diesen Kontext. Sodann werden Schlussfolgerungen für künftige Geschlechtergleichstellungsprogramme an Hochschulen formuliert.



Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: **Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz (FH)**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005. 51 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1a_2005.pdf



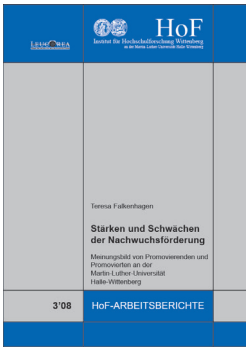
Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: **Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Merseburg (FH)**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005. 51 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1b_2005.pdf

Die Untersuchung in Gestalt schriftlicher Befragungen von Studierenden fand an ausgewählten Fachhochschulen des Landes sowie in verschiedenen Studienbereichen und Verlaufsphasen des Studiums statt. Der Report behandelt die

Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit qua Geschlecht, Zuschreibung von Gründen weiblicher Benachteiligung, antizipierter Veränderungsbedarf und Verantwortungszuschreibung, Einschätzung der Wirksamkeit und Akzeptanz verschiedener Gleichstellungspolitiken, Kenntnis und Beurteilung der Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule und geschlechtstypische Leistungsattribuierung.

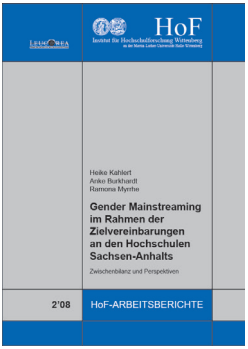
Uta Schlegel / Anke Burkhardt: **Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn: Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2007. 47 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2007.pdf

Analysiert wird der berufliche Werdegang von Stipendiatinnen im Anschluss an die Förderung in den Programmen „Forschungsstipendien zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses im Land Sachsen-Anhalt“ und „Förderung der Berufungsfähigkeit von Frauen an Fachhochschulen im Land Sachsen-Anhalt“. Der Hauptbefund ist, dass die Förderung für die anschließenden Berufsverläufe einen kräftigen und sehr nachhaltigen Motivations- und Qualifikationsschub initiiert und verstetigt haben. Die größten Potenzen zur weiteren Effektivierung der Programme liegen in einer verbindlich zu machenden, konsequenten Integration der Stipendiatinnen in die Hochschul- und Fachbereichsstrukturen.



Teresa Falkenhagen: **Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2008. 123 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2008.pdf

In einer Online-Befragung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg werden die Promotionsbedingungen dargestellt und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Studie zeigt die Situation der befragten Doktorand.innen an der MLU und stellt Beziehungen zu den Ergebnissen vergleichbarer Doktorandenbefragungen her. Zwei Drittel der befragten Promovierenden sind mit der Betreuung überwiegend zufrieden.



Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrrhe: **Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2008. 119 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2008.pdf

Ziel der Untersuchung war es zu ermitteln, ob und wie die mit den Zielvereinbarungen 2003 bis 2005 eingegangene

Verpflichtung der Hochschulen zur Entwicklung eigener Gender-Mainstreaming-Konzepte umgesetzt wurde, welche Erfahrungen man vor Ort dabei gesammelt hat und ob Beratungsbedarf besteht. Abschließend wird mit Blick auf die Schwerpunktsetzung in den anstehenden Zielvereinbarungen 2006 bis 2010 der Frage nachgegangen, welche Anknüpfungspunkte die gängigen Qualitätssicherungsverfahren für Gender Mainstreaming aufweisen.

Robert Schuster: **Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2009, 80 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2009.pdf

Analysiert wird die Gleichstellungsarbeit der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in vergleichender Perspektive. Es werden die Frauenanteile bei Promotionen, Habilitationen und Professuren im mitteldeutschen Ländervergleich analysiert, der Stand der Gleichstellungsbemühungen anhand der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Fortschreibungen des CEWS-Rankings ausgewertet und die Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbeauftragten untersucht. Da auch die Etablierung und Institutionalisierung von Frauenforschung ein wichtiges Indiz für den Fortschritt bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages ist, wurde auch der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Frauenforschung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen etablieren konnte.

Karin Zimmermann: **Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2013, 44 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf

Die Bestandsaufnahme bezieht sich auf die Gleichstellungsaktivitäten und Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit. Im Zentrum steht die Auswertung der Ergebnisse einer schriftlichen Befragung der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen. Defizite wie Potenziale von Gleichstellungs- bzw. Chancengleichheitspolitik im Hochschulbereich Sachsen-Anhalts deutlich werden. Fünf Hinweise für einen erfolgreichen Kulturwandel sind das Resultat der Bestandsaufnahme. Sie können als Vorschläge bzw. Empfehlungen für die künftige Ausgestaltung der gleichstellungspolitischen Rahmenbedingungen und Aktivitäten an den Hochschulen und auf der Landesebene gelesen werden.

Regionale Zeitgeschichte

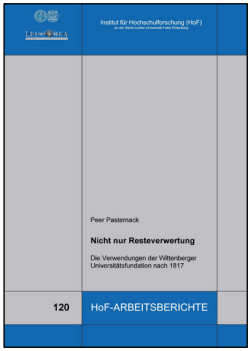
Peer Pasternack / Daniel Watermann (Hg.): **www.uni-wittenberg.de – Die historische Leucorea online (1502–1817)**, Halle-Wittenberg 2021, URL www.uni-wittenberg.de

Peer Pasternack / Daniel Watermann: **www.uni-wittenberg.de. Begleitheft zur Website**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2020, 28 S. URL https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/UniWB_Homepage_Begleitheft.pdf

Seit es das Internet gibt, hat jede Institution, die etwas auf sich hält, eine eigene Website. Wer keine hat, existiert in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung im Grunde nicht – bzw. hat nicht existiert. Die Universität Wittenberg gibt es seit 1817 nicht mehr, und folglich gab es sie bisher virtuell nicht. Das marginalisierte sie, trotz ihrer historischen Bedeutung, im kulturellen Gedächtnis. Um dem abzuhelfen, wurde die Leucorea online gebracht.

Jens Hüttmann (Hg.): **Wittenberg nach der Universität. Ausstellungskatalog**, unt. Mitarb. v. Stefanie Götze und Peer Pasternack, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2002, 35 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/ausstellungskatalog.pdf

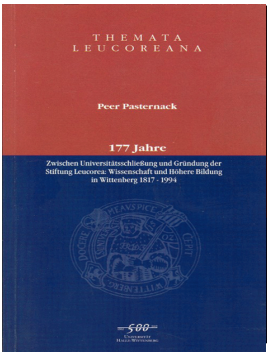
Zum 500. Gründungsjubiläum der Universität Wittenberg, 1817 in die Universität Halle überführt, hat HoF im Wittenberger Schloss eine Ausstellung zu „Wittenberg nach der Universität" ausgerichtet. Beleuchtet wurden die – im einzelnen sehr unterschiedlich ausgefallenen – Kontinuitätsbrüche, welche die Stadt nach der Universitätsaufhebung 1817 erfahren hat. Sie sucht, die Brüche erfahrbar zu machen, indem Wittenberg als Ort theologischer Ausbildung, der medizinischen Ausbildung und Versorgung, als Ort des Rechts sowie als Ort propädeutischer Ausbildung und naturwissenschaftlicher Forschung vorgestellt wird – gekennzeichnet durch das Charakteristikum, all dies trotz Universitätsschließung im Jahre 1817 geblieben oder später wieder geworden zu sein.



Peer Pasternack: **Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817** (HoF-Arbeitsbericht 120), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2022, 140 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_120.pdf

Die Auflösung der Universität Wittenberg Leucorea 1817 (qua Vereinigung mit Halle) machte die Verwaltung ihrer Hinterlassenschaften nötig. Das betraf die sog. Wittenberger Fundation incl. der Leucorea-Immobilien. Dazu waren

einerseits die Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg und andererseits, in Halle (Saale), das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung gegründet worden. Sie kümmerten sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein um die materiellen und finanziellen Hinterlassenschaften der Leucorea. In einschlägigen Darstellungen waren beide bisher nur kursorisch und hinsichtlich des Gesamtzeitraums ihres jeweiligen Bestehens noch gar nicht behandelt worden. Daher ist hier erstmals deren Geschichte rekonstruiert worden.



Peer Pasternack: **177 Jahre. Zwischen Universitätsschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994**. Stiftung Leucorea, Wittenberg 2002, 122 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/177_jahre.pdf

1817 wurde die Wittenberger Universität aufgehoben und mit Halle vereinigt. Die Darstellung widmet sich der Zeit, in der Wittenberg kein universitärer Standort war. Unterschieden wird zwischen reformationsbezogenen und nichtreformationsbezogenen Aktivitäten: Welche Rolle spielte Wittenberg in den geschichtspolitischen Verarbeitungsversuchen der Reformation, und welche Entwicklung dabei die reformationshistorische Infrastruktur der Stadt Wittenberg? Inwiefern fortexistierte bzw. entstand Wissenschaft und Bildung nach der Universität – so aus Gründen der technologisch-industriellen Innovation oder der zunehmenden Verwissenschaftlichung zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche, aus strukturpolitischen Gründen, die zur der Ansiedlung nichtuniversitärer Forschungs- und Bildungseinrichtungen führten, oder aus kulturellen Motiven?

Jens Hüttmann / Peer Pasternack (Hg.): **Wittenberg nach der Universität. Eine historische Spurensicherung**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2003, 77 S. URL www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni

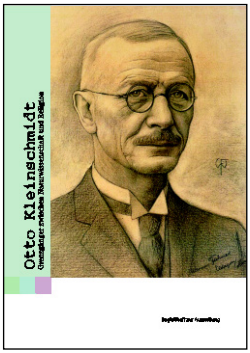
Als Beitrag des Instituts für Hochschulforschung war 2002 zum 500jährigen Gründungsjubiläum der Universität Halle-Wittenberg im Wittenberger Schloss die Ausstellung „Wittenberg nach der Universität“ gezeigt worden. Die Netzpräsentation dieser Ausstellung bildet den Mittelpunkt der Online-Veröffentlichung. Erweitert ist dies um weitere Materialien zum Thema.

Peer Pasternack: **Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945–1994**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001, 45 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2001.pdf

In den letzten beiden Jahrhunderten war Wittenberg 177 Jahre lang eine Stadt ohne Universität. 1817 war die Universität Leucorea faktisch aufgehoben worden – administrativ vollzogen als Vereinigung mit der Friedrichs-Universität zu Halle/Saale. 177 Jahre später, 1994, erfolgte die Gründung der Stiftung Leucorea, die sich in der historischen Kontinuität zur Universität sieht. Sie operiert als eigenständig verwaltete Außenstelle der Universität in Halle, und als ihre wesentliche Aufgabe wurde formuliert, zur "Wiederbelebung akademischen Lebens in Wittenberg" beizutragen. Von Interesse ist daher, woran diese Wiederbelebung vor Ort anknüpfen kann.

Jens Hüttmann / Peer Pasternack (Hg.): **Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945**, Drei-Kastanien-Verlag, Wittenberg 2004, 414 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Wissensspuren.pdf

1994 war in Wittenberg die Stiftung Leucorea gegründet worden. Sie hat seither den Auftrag, in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität in Halle/S. den historischen Universitätsstandort in Wittenberg akademisch wiederzubeleben. Der Band liefert eine Bestandsaufnahme von Bildung und Wissenschaft in den fünf Jahrzehnten, die dieser Wiederbelebung vorangegangen waren. Unter den 37 Autorinnen und Autoren finden sich ebenso Wissenschaftler wie Zeitzeugen. Die zentralen Fragen sind: In welcher Weise partizipierten periphere Orte – im Unterschied zu den Metropolen – an der rasanten industrialisierungsbedingten Verbreiterung von Qualifikationserfordernissen, Bildungsbedürfnissen und Verwissenschaftlichungstendenzen? Und wie sind die diesbezüglichen Ausgangsbedingungen für eine Einbindung geografischer Randlagen in wissensgesellschaftliche Entwicklungen zu bewerten?



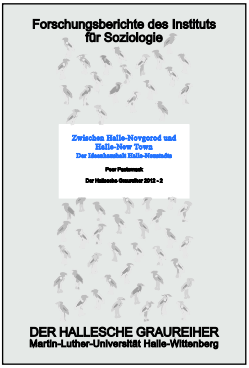
Matthias Kopischke / Michael Beleites / Thorsten Moos / Peer Pasternack: **Otto Kleinschmidt. Grenzgänger zwischen Naturwissenschaft und Religion**, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Lutherstadt Wittenberg 2007, 12 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/Ausst_Heft_O_Kl.pdf

Otto Kleinschmidt (1870-1954) war der erste Leiter des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg, Theologe und Zoologe, Weltanschauungspublizist und Ausstellungsmacher sowie Dozent am Evangelischen Predigerseminar in Wittenberg. Dass er all dies in drei verschiedenen politischen Systemen war – Weimarer Republik, Nationalsozialismus und

SBZ/DDR –, macht sein Leben und Werk auch über den biografischen Einzelfall hinaus interessant.

Antje Schober: **Otto Kleinschmidt – Theologe, Naturwissenschaftler, Rassenkundler**. Magisterarbeit, Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig/Institut für Hochschulforschung (HoF), Leipzig/Wittenberg 2005, 70 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/A_Schober_MA.pdf

Untersucht werden Otto Kleinschmidts (1870-1954) Weg von der Ornithologie zur Anthropologie, sein rassenkundlerische Engagement vor dem Hintergrund der Etablierung der Rassenlehre und Rassenhygiene in Wissenschaft und Politik in den 1920er und 30er Jahren sowie Kleinschmidts Rassenkunde im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Wissenschaft im „Dritten Reich".



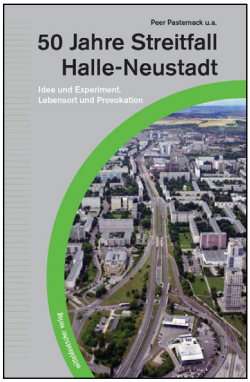
Peter Pasternack: **Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts**, Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2012, 112 S. URL https://www3.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1202.pdf

Halle-Neustadt, errichtet von 1964 bis 1989, kann als prototypische Plattenbaustadt in Ostdeutschland gelten: Es hat reichlich zwei Jahrzehnte seiner bisherigen Existenz in der DDR und weitere über zwei Jahrzehnte im vereinigten Deutschland zugebracht. Nach 1990 verwandelte sich Halle-Neustadt in rasend kurzer Zeit vom Prototyp der geplant expandierenden sozialistischen Stadt in der DDR zum Prototyp der ungeplant schrumpfenden Stadt in Ostdeutschland. Rekonstruiert werden vor diesem Hintergrund der Ideenhaushalts Halle-Neustadts und seine Bewirtschaftung. Das implizite DDR-Leitbild war die Eindeutige Stadt, eine architektonisch wie kulturell gebändigte Stadt. In den 2000er Jahren wurde versucht, neue leitbildfähige Ideen zu erzeugen. Dies litt nicht unter einem Mangel an Ideen, blieb aber dennoch stecken: in der temporären Wahrnehmung und Inszenierung der Stadt als Ereignis. Das narrative Feld wurde neu formatiert, aber es gelang nicht, dieses auch neu zu beschreiben.

Sebastian Bonk / Florian Key / Peer Pasternack (Hg.): **Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 48 S. URL https://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre_OA-HaNeu.pdf

Die sozialistische Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt war ein Prestigeprojekt der DDR-Staatsführung. Ein bisher kaum bekanntes Kapitel der Stadtgeschichte ist die „Offene Arbeit" (OA) in der evangelischen Kirchengemeinde von 1977 bis 1983. Es ist im Stadtgedächtnis faktisch nicht vorhanden. Die OA wollte im Schutzraum der Kirche junge Menschen befähigen, selbstständig Entscheidungen zu treffen und aktiv ihre Umwelt mitzugestalten. Halle-Neustadt erwies sich als

ein besonderer Resonanzboden für diese Art der selbstverantworteten Jugendarbeit. Das Experiment erregte zunächst Aufsehen. Dann entwickelte es sich zu einer Zerreißprobe für die Kirchgemeinde. Es endete vor 30 Jahren mit der Verhaftung und Verurteilung des Jugenddiakons. Wie es im Verlauf der wenigen Jahre dazu kam, zeigt die Broschüre.



Peer Pasternack u.a.: **50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014, 608 + XXXII S. URL https://www.hof.uni-halle.de/publikation/50-jahre-streitfall-halle-neustadt/

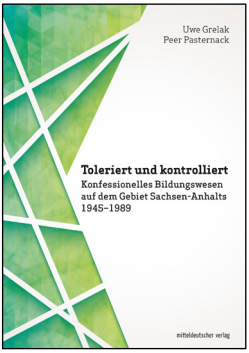
Seit 1964 errichtet, wurde Halle-Neustadt – heute größter Stadtteil von Halle (Saale) – 2014 50 Jahre alt. 25 der bisherigen Jahre lagen in der DDR, weitere 25 dann im vereinigten Deutschland. Unumstritten war Halle-Neustadt von Beginn an nicht. Der industrielle Plattenbau brach gründlich mit der Vorstellung von der gewachsenen Stadt. Doch die Einwohner arrangierten sich. Ab 1990 verwandelte sich Halle-Neustadt in rasend kurzer Zeit vom Prototyp der geplant expandierenden sozialistischen Stadt in der DDR zum Prototyp der ungeplant schrumpfenden Stadt in Ostdeutschland. Indes: So wie die einst gebraucht worden war für 90.000 Menschen, so wird sie heute benötigt für 45.000. Peer Pasternack und 46 weitere AutorInnen liefern in 123 Artikeln, illustriert mit 300 Abbildungen, kontroverse Ansichten zu dieser größten Stadt, die nach 1945 im Osten Deutschland errichtet worden war.

Peer Pasternack / Reinhold Sackmann (Hg.): **Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013, 256 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_mlu_soziologie_Buch_web.pdf

Seit 1963, also seit 50 Jahren, wird an der Martin-Luther-Universität ununterbrochen soziologisch gelehrt und geforscht. Die Soziologie hatte dort eine bewegte Geschichte. Insgesamt benötigte sie vier Anläufe zu ihrer Institutionalisierung, angefangen bei der Einrichtung des ersten Lehrstuhls für Soziologie 1930 (bis 1933) und des ersten Instituts für Soziologie 1947 (bis 1949) über eine „Kommission für konkret-soziologische Forschungen“ (1963), aus der dann der Wissenschaftsbereich Soziologie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hervorging (1965-1990), bis hin zur Neugründung des heutigen Instituts für Soziologie 1992. Teil der Darstellung ist die Vorgeschichte der Halleschen Soziologie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Ab den 70er Jahren dann war die Universität Halle eine von nur drei Hochschulen in der DDR, an der ein Direktstudium Soziologie absolviert werden konnte. Daneben war auch an mehreren anderen Einrichtungen der Universität soziologisch gearbeitet worden, so zur Literatur-, Medizin- oder Sportsoziologie. Auch diese Aktivitäten werden dokumentiert.

Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: **Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Dokumentation zum Zeitraum 1945–1991**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 56 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_5_2013.pdf

Die Dokumentation stellt einen Anhang zur Buchpublikation Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.): Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale) 2013 dar (s.o.). Dokumentiert werden Rechercheergebnisse zur Soziologie an der Martin-Luther-Universität seit dem Kriegsende bis zum Umbruch infolge der deutschen Vereinigung. Bereits in den 1940er Jahren hatte es dort, von 1947 bis 1949, ein Institut für Soziologie und daneben weitere soziologische Lehr- und Forschungsaktivitäten gegeben. 1963 startete ein erneuter Institutionalisierungsversuch, der dann in die konsolidierte Form eines „Wissenschaftsbereichs Soziologie" an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät mündete. Parallel entwickelten sich diverse zweigsoziologische Aktivitäten an anderen Fachsektionen. Für all dies werden die Ergebnisse der Recherchen zu Publikationen, Praktikums- und Diplomarbeitenthemen, Dissertationen und Habilitationen bzw. Dissertationen B sowie den Themen der bearbeiteten Forschungsprojekte dokumentiert.



Uwe Grelak / Peer Pasternack: **Toleriert und kontrolliert. Konfessionelles Bildungswesen auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts 1945–1989**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2021, 364 S. Inhaltsverzeichnis und Leseprobe: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/KoBi-LSA-Einleitung.pdf

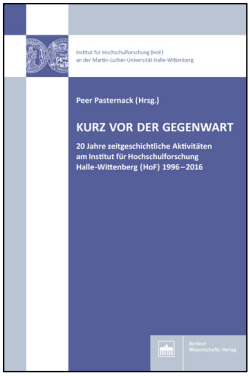
Diese Darstellung der konfessionell gebundenen Bildungsmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt bzw. den Bezirken Halle und Magdeburg, die in den Jahren 1945 bis 1989 bestanden, bezieht alle evangelisch-landeskirchlichen, römisch-katholischen und freikirchlichen Bildungsangebote ein – insgesamt 259. Dabei ist die Fokussierung auf Sachsen-Anhalt auch von Interesse, weil sich einige Besonderheiten herausarbeiten lassen, insbesondere die überregionale Bedeutsamkeit des dortigen konfessionellen Bildungswesens für die DDR insgesamt.

Peer Pasternack: **Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014**, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 497 S. Inhaltsverzeichnis und zentrale Ergebnisse: https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ZHB_Auszug.pdf

Erzählt warden 50 Jahre Vorgeschichte und Geschichte des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg: 50 Jahre Forschung über Hochschulen im Osten Deutschlands. 1964 war das Institut für Hochschulpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin gegründet worden. 2014 war das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) in seiner heutigen Form inhaltlich und organisatorisch konsolidiert. Dazwischen lagen noch zwei weitere Institute, sehr unterschiedliche Umfeldentwicklungen und mehrere krisenhafte Situationen, darunter ein Wechsel des Gesellschaftssystems. Auf je eigene Weise waren alle vier Einrichtungen mit ihren Vorgängern bzw. Nachfolgern verknüpft. Zu verfolgen sind organisatorische, kulturelle und inhaltliche Kontinuitäten wie Brüche innerhalb zweier Gesellschaftssysteme und über den 1989er Systemwechsel hinweg: 25 Jahre vor und 25 Jahre nach der Implosion des DDR-Sozialismus.

Peer Pasternack: **20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_20_J_HoF_Buch_ONLINE.pdf

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) war eine Gründung gegen mancherlei Wahrscheinlichkeiten. Warum und wie es dennoch 1996 zu dieser Gründung kam, verdient, erzählt zu werden. Daher wird es erzählt, ebenso wie die 20 Jahre nach der Gründung. Diese halten reichlich Stoff für eine exemplarische Erzählung bereit: wie sich ein ‚Ost-Institut' als ein gesamtdeutsches zu konsolidieren vermochte, welche Neuerfindungen seiner selbst es dabei zu bewerkstelligen hatte, wie sich Forschung jenseits der Bindung an eine Einzeldisziplin organisieren lässt, auf welche Weise sich ein Institut auf sein Sitzland einlassen kann, ohne darüber zum Regionalinstitut zu werden, und wie sich bei all dem externe und interne Turbulenzen produktiv wenden lassen.



Peer Pasternack (Hg.): **Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S. URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Kurz-vor-der-Gegenwart_WEB.pdf

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg widmet sich seit seiner Gründung zwar vorrangig der forschenden Aufklärung gegenwartsbezogener Entwicklungen. Daneben aber hat es kontinuierlich auch zeithistorische Themen bearbeitet. Insgesamt wurden 52 Projekte zur Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftszeitgeschichte durchgeführt, deren Ergebnisse in 41 Büchern, 20 Forschungsberichten und 166 Artikeln dokumentiert sind. Der vorliegende Band fasst diese für jedes Projekt auf jeweils fünf Seiten zusammen, darunter acht Projekte zur Zeitgeschichte Sachsen-Anhalts.

Verzeichnis der Übersichten und Abbildungen

Zentrale Fragen in den demografisch herausgeforderten Regionen 6
Modell der Produktion regional relevanten wissenschaftlichen Wissens 7
Die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft 8
An-Institute der Hochschulen Sachsen-Anhalts 8
Öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt 9
EPF-Homepage 14
Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demografierelevanten Forschungsaktivitäten 16
Bildungsthemen innerhalb der IBA Stadtumbau 19
IBA-Projekt Bildungszentrum Bestehornpark, Aschersleben 20
Die Governance-Struktur der IBA Stadtumbau 22
Hochschulangehörige je 100 Einwohner in sachsen-anhaltischen Hochschulstädten 25
Modell lokaler und regionaler Hochschulwirkungen 27
Workshopimpression 1 31
Workshopimpression 2 32
Ausprägung regionaler Lebensverhältnisse 34
Blick in den Tagungssaal des IWH Halle während des Workshops 37
Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt 41
Stendal-Stadtsee 43
Workshop im IWH Halle am 1.7.2019 45
Handlungserfordernisse und -optionen 46
1990–2019: 30 Jahre Halle-Neustadt in Stichworten 49
Einschätzungen der Lebenszufriedenheit 50
Blick über Halle-Neustädter Dächer zum Wissenschaftsquartier Weinberg Campus/Heide-Süd 52
Visualisierte Zukunftsstadtvision aus dem Fraunhofer IMWS Halle 53
Systematik der Third Mission 57
Wissenschaftspolitische Akteurslandschaft in Sachsen-Anhalt 66
Expertengremien zur sachsen-anhaltischen Wissenschaftsentwicklung 67
Regionale Verankerung der Kooperationsplattformen 71
KPF und KPF-Kandidaten im Überblick 73
Analysemodell: Regionale Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften 75
Bildungsherkunft der Studierenden 80
Hochschulspezifische Kennziffern für Sachsen-Anhalt 2011 84
Demografischer Wandel und Hochschulen 87
Maßnahmen zur Reduzierung von Studienabbrüchen 88
Heterogenitätsdimensionen: Leitmodell der Transferstelle „Qualität der Lehre“ am HoF 93
In HET LSA entwickelt und umgesetzt: das Orientierungsstudium an der Hochschule Harz 95
Eingangsseite www.lehre-fuer-lehre.de 102
Maßnahmen im Studienverlauf zur Integration internationaler Studierender 105

Gründe internationaler Absolvent.innen für einen Verbleib in Deutschland und die Abwanderung 106
Stufenplan mit Maßnahmen zur Gewinnung internationaler Studierender für einen Verbleib in Deutschland 108
Position Sachsen-Anhalts im CEWS-Gleichstellungsranking 2003 bis 2013 111
Aufgabenspektrum der Gleichstellungsbeauftragten nach Zeitaufwand: alle sieben Hochschulen Sachsen-Anhalts, Stunden pro Monat 113
Leucorea-Siegel von 1502 117
Menüführung auf www.uni-wittenberg.de 118
Wittenberger Matrikel 1502–1552, Erstes Rektoratsblatt, heute in der ULB Sachsen-Anhalt 119
Das Collegium Augusteum der Leucorea (Zustand um 1900) 120
Briefkopf des Kollegiums der Professoren Wittenberger Stiftung, 1930er Jahre 122
Stiftungen und Stipendien aus der vormaligen LEUCOREA 123
Wiesenverpachtung durch die Universitätsverwaltung 124
Eingang des Wittenberger Collegium Augusteum (Zustand 2022) 125
Das Collegium Fridericianum Anfang der 1990er Jahre 127
Eingang zur Bibliothek der LEUCOREA im Collegium Augusteum 129
Spektakulärer Aufstieg in die Reformations- geschichtliche Forschungsbibliothek: das neue Treppenhaus im Schloss 130
Dekanatsbücher der LEUCOREA im Universitätsarchiv Halle 131
Das Collegium Fridericianum (um 1800) 132
Aufbewahrungsorte LEUCOREA-relevanter Überlieferungen 133
Die Huysburg, 1952–1992 Sitz des katholischen Priesterseminars (hier um 1970) 135
Konfessionelle Bildungseinrichtungen auf dem Territorium Sachsen-Anhalts 1945–1989 137
Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1979 141
Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1980 142
Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts 145
Stadtwappen Halle-Neustadt 146
Halle-Neustadt, verschränkt mit dem Dorf Nietleben 147
Halle-Neustadt-Zentrum, Ansicht vom Kolkturm in der Dölauer Heide 148
Helmut Brade 2015 bei der Eröffnung der Ausstellung „Die hundert besten Plakate der Burg“, in der er selbst mit zahlreichen Werken vertreten war 152
Zentrale Daten zur Entwicklung der Halleschen Soziologie in der DDR 157
Soziologische Aktivitäten an der Universität Halle-Wittenberg zwischen 1945 und 1990 159
Tagung des Wissenschaftlichen Rates des ZHB 1987 (oben) und Get-together des HoF-Trägervereins und -Fachbeirats mit dem Institutsteam 2016 (unten) 161
Von einem Institut zum andern: Der institutionelle Weg vom IfH zum HoF 163
Hochschulen mit Bezug zur SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt 168
Publikationen und Qualifikationsschriften zur Zeitgeschichte von Hochschulen in Sachsen-Anhalt (Stand 2013) 169
Ausstellungen der sachsen-anhaltischen Hochschulen mit Bezügen zur eigenen Zeitgeschichte (Stand 2013) 170
Zeitgeschichtliche Bezüge in den Internet-Selbstdarstellungen der ostdeutschen Universitäten (Stand 2013) 171

Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Das Institut für Hochschulforschung (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte. Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und an der Lehre in verschiedenen Studiengängen beteiligt. Direktor des Instituts ist Prof. Peer Pasternack.

Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung:

- HoF betreibt primär Forschung über Hochschulen und ist, damit verknüpft, in Teilbereichen der Wissenschaftsforschung, Zeitgeschichte, Bildungs- und Regionalforschung tätig. Es arbeitet an handlungsrelevantem Wissen zur Rationalitätssteigerung von Entscheidungsprozesse. In diesem Sinne ist HoF bewusst im Feld zwischen Forschung und Anwendung tätig.

- Eine besondere Aufmerksamkeit gilt Untersuchungen zu Raumbezügen der Hochschulentwicklung („Hochschule in der Region“), Third Mission und Wissenschaftskommunikation.

- Intensiv bearbeitet HoF Fragen der Hochschulgovernance und Hochschulorganisation, des Wissenschaftsmanagements, der Qualitätsentwicklung an Hochschulen, akademischer Personalentwicklung incl. Gleichstellung, der Hochschulbildung, Studienreform und Nachwuchsförderung. Damit wird nahezu komplett das Spektrum der Hochschulentwicklung und -forschung abgedeckt.

- Ein Alleinstellungsmerkmal ist, dass HoF als einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen kontinuierlich auch (zeit-)historische Themen bearbeitet.

Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand im Kontext der Neubelebung des historischen Universitätsstandorts. 1502 war die Wittenberger Universität Leucorea gegründet worden und wurde nach mehr als 300 Jahren, 1817, durch die Vereinigung mit der Universität in Halle aufgegeben. In Anknüpfung an die historische Leucorea ist 1994 eine gleichnamige Stiftung errichtet worden, in deren Räumlichkeiten das Institut ansässig ist. Unter den Wittenberger Instituten ist HoF seit langem das drittmittelstärkste, größte und produktivste. Neben Forschung und Lehre nimmt es auch seine eigene Third Mission sehr ernst: Ausdruck dessen ist insbesondere, dass die lokale und regionale Bildungsgeschichte bearbeitet wird, z.B. mit der Website zur historischen Universität Wittenberg (www.uni-wittenberg.de).